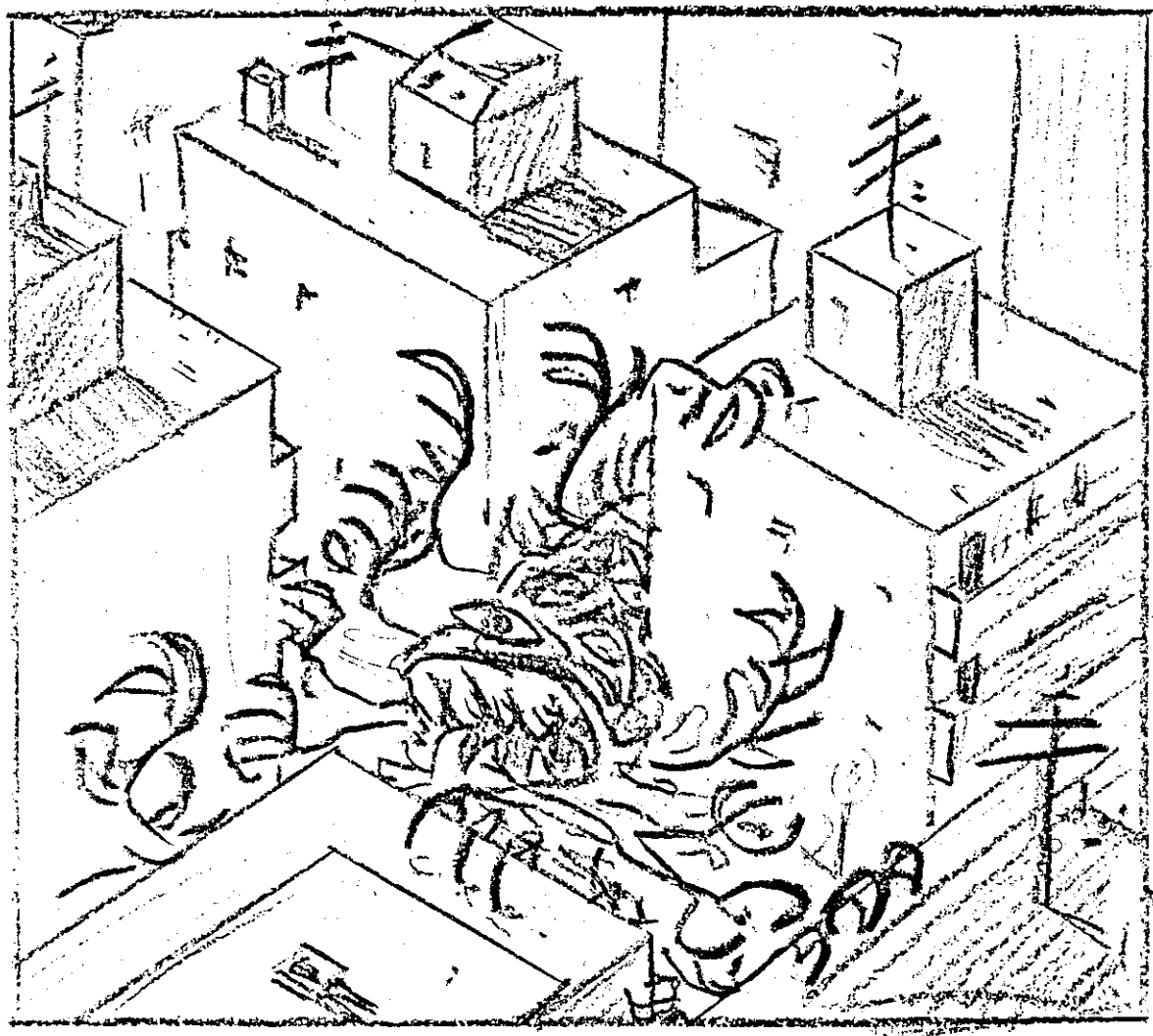


# hoyerswerda in mannheim-schönau?



dokumentation der ereignisse vom 27. mai bis 23. juni

- thesen - flugblätter -
- kommentare - presseberichte -

# HALLO

Mit dieser Dokumentation wollen wir einen ersten oberflächlichen Beitrag zur Aufarbeitung der "Ereignisse" in Mannheim-Schönau leisten. Kaum eine andere Thematik dürfte zur Zeit heftigere Auseinandersetzungen in der "Linken" provozieren. Die Auseinandersetzung hat den Stellenwert von Grundsatzfragen der weiteren politischen Herangehensweisen. Während den Diskussionen kristallisieren sich deutliche Meinungsverschiedenheiten heraus. Dies wird an den unterschiedlichsten Einschätzungen der Situation und der Verschiedenheit der Analysen von Rassismus/Faschismus und unserem Verhältnis zur herrschenden Klasse deutlich.

Wir versuchen mit dieser Doku zu vermitteln, was wir als lockerer Zusammenhang von Individuen erlebt haben. Wir dokumentieren alle Flugblätter und Stellungnahmen der unterschiedlichsten politischen Gruppen, die wir zum Thema "Schönau" bekommen haben.

Wir haben die Berichterstattung der bürgerlichen Presse dargestellt, kommentiert und uns eine erste Meinung dazu gebildet. Als nächstes erwarten (und fordern!) wir eine gründliche und solidarische Diskussion um einige wesentliche Fragen klären zu können:

- Was verstehen wir heute unter Rassismus?
- Was heißt für uns antirassistische Politik? ("Der letzte Rassismus ist der Antirassismus"??!!)
- Ist Flüchtlingsarbeit politisch sinnvoll? Wenn ja, wie?
- Welchen Stellenwert und Zweck hat heute Migration im kapitalistischen System?
- Welche Mittel setzt das Kapital zur Regulierung und Kontrolle ein?

Schickt uns Eure Meinungen und Stellungnahmen!

Weitere Bestellungen der Doku nur gegen Vorkasse (8 DM + 2 DM Porto - am besten ein 10-Markschein im Brief) an folgende Adresse:

- Dokugruppe -  
c/o Schwarzwurzel  
Jakob-Binderstr. 10  
6700 Ludwigshafen

# Rassismus - Antirassismus - Klassenkampf

Dieser Text wurde geschrieben als Grundlage für eine Diskussion einiger LudwigshafenerInnen. Er ist entstanden in unseren Diskussionen über die Angriffe auf die AsylbewerberInnen in Mannheim-Schönau und die Aktionen dagegen. Er hat nicht den Anspruch, "den Rassismus" oder die staatliche Asyl- und Einwanderungspolitik umfassend zu erklären. Er soll aber dazu beitragen, die konkrete Situation besser zu verstehen, um künftige Angriffe dieser Art aktiver und effektiver bekämpfen zu können. Versteht diesen Text nicht als abgeschlossen und auch nicht als Produkt einer Partei oder einer politisch homogenen Gruppe. Versteht ihn als Aufruf zu diskutieren.

Mit der Demonstration am 13.6. war für viele die "Affäre Schönau" gegessen. Aber es bleibt ein zwiespältiges Gefühl: eine gewisse Erleichterung darüber, daß die Demo widder Erwarten nicht zusammengeknüppelt wurde und der "Schönauer Mob" momentan (!) Ruhe gibt, zumindest nicht mehr in großer Zahl vor dem Flüchtlingslager aufläuft. Diese Erleichterung hat allerdings noch eine andere Wurzel: viele waren unzufrieden mit den Aktionen (mit ihrer politischen Ausrichtung und ihrem praktischen Verlauf), nicht zu übersehen war eine gewisse politische und praktische Hilflosigkeit gegenüber dem "Schönauer Mob", gegenüber den Bullen, gegenüber der staatlichen Propaganda....Unter dem Druck der Ereignisse waren wir und viele andere, die sich mit Bauchschmerzen beteiligten, eingeklemmt zwischen den verschiedenen Strömungen des Antirassismus-/Antifaschismus: zwischen dem Konzept der "Strafexpedition" ("Zerschlagt den deutschen Mob"), zwischen einer Flüchtlingspolitik, die sich nur aus einer moralischen Parteinahme für die Schwächeren speist und in der Konsequenz in die alternative Sozialarbeit mündet und zwischen einem Antirassismus, dessen praktisches Ziel die reibungslose Integration "der ausländischen MitbürgerInnen" in die kapitalistische Gesellschaft ist, an der er offensichtlich keinerlei grundlegende Kritik hat. Auf viele Leute, die handeln wollten, wirkte das taktierende Hickback der verschiedenen Gruppen und Organisationen auf den Versammlungen abstoßend. In der Zerfahrenheit der meisten Aktionen und Demos konnte mensch sich nur schwer zurechtfinden, verstärkt dadurch, daß die konkreten Entscheidungen von einigen Wenigen hinter den Kulissen und für viele nicht nachvollziehbar stattfanden.

Es wäre aber zu kurz gegriffen, die verschiedenen Bewegungen und Aktionen der letzten Wochen auf die Ideologie der Flugblätter und der Redebeiträge und auf die Entscheidungen der WortführerInnen zu reduzieren. Schließlich ist das, was heute in der Gesamtheit als antifaschistische/antirassistische Bewegung erscheint keine homogene und kompakte Einheit. Wir denken, daß die subjektiven Beweggründe vieler Menschen, die sich an den Demos beteiligt haben, verschieden sind von dem, was letztlich der öffentliche Ausdruck war. Und darüber raus, daß diese Beweggründe oftmals politischer sind, ein höheres Maß der Kritik am Bestehenden beinhalten als das, was sich in den stereotypen Anti\*-ismen äußert.

Ein paar Beispiele sollen dies verdeutlichen:

- die alte Frau, die sich lautstark mit den hungerstreikenden AsylbewerberInnen auf der Breiten Straße solidarisierte, ist nicht einfach "gegen Rassismus" und "für gleiche Rechte". Sie arbeitet in einer Schnellfresse; als sie sich den Arm gebrochen hat, stellten sich die immigrierten KollegInnen auf ihre Seite, gegen den Druck der Geschäftsleitung und einiger deutscher KollegInnen. Ihre Solidarität speist sich nicht aus der "Moral der guten Menschen", auch nicht aus dem Grundgesetz, sondern explizit aus einer Erfahrung des Konflikts mit der alltäglichen Ausbeutung.

- der Punk, der die Nazis bekämpfen will, hat ganz materielle Gründe für seine Solidarität mit den Flüchtlingen: er verteidigt seine Verweigerung der kapitalistischen Normen, seine Kritik an der Verlogenheit dieser Gesellschaft, letztlich eine ganze Lebensweise, die von den Nazis ebenso angegriffen wird wie die AsylbewerberInnen...Solidarität ist für ihn weit mehr, als eine Frage der Moral.

- die Schtlerin, die die Schnauze schon voll hat, bevor der sogenannte Ernst des Lebens begonnen hat und die begreift, daß derselbe Staat, der die Flüchtlinge in die Lager sperrt, sie selbst letztendlich hinter die materiellen und immateriellen Mauern des "Ernst des Lebens" sperren will.

- letztlich basierte ein großer Teil der Demo am 13.6. auf einer spontanen Mobilisierung; niemand weiß so genau, woher urplötzlich die vielen Leute kamen. Zweierlei ist aber unbestreitbar:

Erstens waren es sehr viele Menschen, die nicht zu den traditionellen Scenes der Linken, der Antifa und den Antirassismus-Zirkeln gehören. Es gehörte nach dem Gemetzel am Samstag vorher eine gehörige Portion Mut dazu, auf die Straße zu gehen. Ohne die Brutalität des Bulleneinsatzes gegen uns und die offensichtliche Verharmlosung der Angriffe auf die AsylbewerberInnen durch die Presse, wären diese Menschen zwar nicht auf die Straße gegangen. Aber der Antrieb dazu resultiert sicherlich auch aus einer umfassenderen Unzufriedenheit mit den Verhältnissen.

Zweitens werden sich die meisten dieser Menschen nicht am Punkt Antirassismus organisieren. Zum einen weil sich der Antirassismus/Antifaschismus allenfalls auf einen Bruchteil ihrer Realität, ihrer Konflikte in der Maloche, in ihren Beziehungen, in der Familie, in ihrer Clique...bezieht, wenn überhaupt. Zum anderen fehlt überhaupt die Bereitschaft sich

in den traditionellen Formen politisch zu organisieren. Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, wieso unter den Jugendlichen und den ArbeiterInnen diese Bereitschaft kaum da ist.

Wir denken, daß es sehr wichtig für ein zukünftiges Vorgehen ist, unsere Aktionen ohne Schönfärberei zu kritisieren.

So stimmen wir nicht mit "den FrankfurterInnen" überein, die auf einem Redebeitrag behaupteten, "wir hätten die Pressesperre durchbrochen". Vielmehr war es so, daß "unsere" Aktionen von der bürgerlichen Presse weitgehend in eine reaktionäre Propaganda eingebunden wurden, deren Kern etwa so aussah: Asylager - Chaoten - Gewalt - Polizei- Ruhe. Die Taktik der Verantwortlichen, mit der Hetze gegen die "Chaoten, Gewalttäter und Politrocke" vom eigentlichen Konflikt auf der Schönau abzulenken, hat weitgehend funktioniert.

Zweitens müssen wir uns eingestehn, daß (zumindest in der unmittelbaren Situation) nicht "wir" der Schutz für die AsylbewerberInnen waren, sondern die Bullen. Der "Schutz" war also eine - wenn auch wertvolle und solidarische - trotzdem weitgehend symbolische Geste. Ganz konkret ist es jetzt für jede/n einzelne/n AsylbewerberIn im Alltag hundertmal gefährlicher als in den meisten Situationen der letzten Wochen. Es ist nicht auszuschließen, daß "das nächste Mal" die Bullen und der Staat eine andere politische Linie fahren und eben nicht da sind. In dieser Situation ist es nötig dem Mob die Herrschaft über die Straße zu entziehen. Dazu ist es wichtig, den "Mob" sehr genau einschätzen zu können. Das duldet keine Vereinfachungen und Pauschalisierungen und Übertreibungen.

In diesem Zusammenhang kritisieren wir einige Darstellungen in den Publikationen der Linken. Ein Beispiel: Eine Stellungnahme des Infotelefon/Frankfurt schreibt: ".....Trotz der zeitweilig mit drei Hundertschaften präsenten Polizeikräfte, konnten Angriffe nicht verhindert werden. Es wurden mehrere Scheiben des Wohnheims eingeworfen und es gelang einer Gruppe von Faschisten, trotz der angeblichen (Hervorheb. von uns) Schutzmaßnahmen der Polizei, nachts ein Loch in den Zaun zu schneiden und in das Gelände einzudringen....."

Diese Darstellung ist zumindest mißverständlich: sie suggeriert eine Situation, in der drei Hundertschaften Bullen (!) die Lage nicht im Griff haben und damit eine Stärke, Entschlossenheit und Organisiertheit "der SchönauerInnen", wie sie so nicht da war. Der "Mob", wie er wirklich war, war schlimm genug - wir müssen das nicht übertreiben.....

Drittens ist es so, daß das anfängliche Ziel der Demo, die "Vertreibung des Mob's von den Straßen" nicht erreicht wurde. (Was zudem ein recht widersprüchliches Ziel ist, denn wie will man die BewohnerInnen eines Stadtteils dauerhaft von den Straßen vertreiben bzw. wer will das überhaupt?)

Viertens war die Demo am Samstag, dem 13. eher geduldet, als durchgesetzt. Was wir erlebt haben, war die klassische Mischung von Peitsche und Zuckerbrot, vermittelt über einen Prozeß der Deeskalation: den starken Staat wie er knüpelt und den starken Staat in seiner souveränen und toleranten Pose. In dieser Abfolge eigentlich nichts neues und wenig überraschend. Überraschend war eher die Dimension des Einsatzes und wir denken, daß dabei präventive Überlegungen eine Rolle spielen, die sich nicht auf die 2000 DemonstrantInnen, sondern auf eine auch für die Herrschenden zunehmend unkalkulierbares Verhalten der Bevölkerung beziehen. Der Polizeieinsatz - das Abriegeln einer ganzen Stadt - war auch eine Notstandsübung.

Auf vielen Flugblättern stand "Hoyerswerda in Schönau" - teilweise zurecht mit Fragezeichen versehen.

Die äußerlichen Unterschiede lagen in der Art der Pressedarstellungen und im Vorgehen der Bullen.

In Hoyerswerda zeigte sich der Staat relativ schwach. Sowohl gegenüber dem "Mob", als auch gegenüber den linken Demonstranten. Mit dieser Schwäche öffnete er auch letztlich den Raum für die folgende rechte Brandsatzkampagne gegen Asylager als auch für die spalterische Kampagne der Alternativen und Linken gegen die Ostdeutschen. (TAZ: "Die Ossi sind nicht reif für die Demokratie..."). Die Medienkampagne nach Hoyerswerda kam einem Aufruf an die Faschos gleich, zu handeln (was sie dann auch gemacht haben). Die politische Situation in der Ex-DDR war zu diesem Zeitpunkt weitgehend unkalkulierbar. Es standen Entlassungen an, es gab massenhafte Aktionen von ArbeiterInnen (z.B. die Besetzung der Autobahn durch tausende ArbeiterInnen der Trideltawerke - übrigens ganz in der Nähe zu Hoyerswerda..). Der Staat brauchte in dieser Situation einen Sündenbock - die Flüchtlinge - gegen die aktiv und massenhaft vorgegangen wird.

Aber wir würden uns in die Tasche lügen, wenn wir dasselbe für Schönau (wie in einigen Flugblättern geschehen) behaupten: der Staat, die Bullen, der Bürgermeister, die Parteien waren von Anfang an darauf aus, die Randalie vor dem Lager zu unterdrücken, zu befrieden und totzuschweigen. Sie wollten gerade keine Nachahmungseffekte. Die Bulleneinsätze gegen den "Mob" waren relativ hart, und wir dürfen da in der Beurteilung nicht unsere Maßstäbe und Erfahrungen oder die des Vorgehens der Bullen gegen organisierte Faschisten oder Skins anlegen. Anfangs haben die Bullen mit einem flächigen Einsatz teilweise undifferenziert (Frauen mit Kindern, Alte..) zugeschlagen, was sie später bereut haben.

Das soll nicht heißen, daß der Staat heute kein Interesse mehr an der Spaltung der ArbeiterInnenklasse hat und daß das System keine Sündenböcke mehr braucht. "Schönau" kam ihnen aber offensichtlich - momentan - ungelegen.

Es wird zu diskutieren sein, wie sich diese Tatsache dazu verhält, daß jedem/r - natürlich auch dem OB - mit der Einrichtung des Lagers auf der Schönau klar war, daß es dort krachen wird.

Es gibt eine bestimmte Masche insbesondere der Sozialdemokratie, der Grünen und der Pfaffen, die etwa so aussieht: Schönau ist ein "sozialer Brennpunkt", es gibt eine Menge "Probleme" und in Schönau funktioniert nicht alles so, wie "es" sollte. Schönau sei ein "vernachlässigter Stadtteil" mit einer "komplizierten Sozialstruktur". Aus dieser Sichtweise resultiert dann: "Man muß auch Verständnis mit den Schönauern haben, ihre Sorgen, Probleme und Ängste ernst nehmen....". Eine gewisse Toleranz gegenüber den Angriffen auf die AsylbewerberInnen.

Eine linke Variante davon ist, die SchönauerInnen als "Opfer der Krise des Kapitalismus" zu sehen, als Objekte einer Entwicklung, als Marionetten der reaktionären Propaganda.

Die ganze Sichtweise der Sozialdemokratie und ihrer linken Anhängsel begreift "Schönau" als Problem der Sozialpolitik, als

technisches Problem der kommunalen Bevölkerungspolitik. Sie sehen "Schönau" als Ausrutscher, als Lücke, die es schnellstmöglichst auszufüllen gilt. Womit ?

Zuerst kommt die Staatsgewalt in Form der Bullen - nicht übertrieben hart, aber allemal geeignet einzuschüchtern. Dann kommen die Sozialtechniker, die SozialarbeiterInnen, die Manager des Elends. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Umstellung einer Schule auf Ganztagsunterricht. Dann wird (falls noch Kohle übrig ist) die Stadtteilkultur aufgepeppt, kriegen irgendwelche fetten Vereinsvorsitzenden mal ein paar Tausender rübergeschoben, wird vielleicht endlich die Pergola der wunderschönen Kindertagesstätte repariert, kriegt das Jugendzentrum seinen zweiten Sozialarbeiter, kriegen die FixerInnen entweder mehr Druck oder billigeres Heroin...für den Fall, daß die Kohle "nicht da ist", eben die billige Lösung: Bullenpräsenz - und vielleicht ist der Schutz der AsylbewerberInnen nicht mehr als ein Vorwand....

Ein erster Schritt der Kontrolle war schon die "sozialverträgliche Belegung" des Lagers ( viele befürchten, daß die aufgestaute Wut des "Mob's" dann nicht mehr auf doch ziemlich wehrhafte junge Männer aus den Kriegs - und Krisenregionen dieser Welt trifft, sondern eben auf Frauen und Kinder).

Die ganze staatlich - sozialdemokratische Sichtweise steckt voller Widersprüche -

Tatsächlich ist "Schönau" - trotz einem riesigen sozialdemokratischen Wählerpotential von ca. 50% - Ausdruck des Scheiterns der SPD - eines schwitzenden Widders im "Mob"...und es wäre unsererseits völlig daneben, dieses dadurch entstandene Vakuum jetzt ausfüllen zu wollen, die Forderung an den Staat zu richten, praktisch wieder gutmachen zu wollen, was die SPD nicht mehr hingekriegt hat, die konsequenten Sozialdemokraten im linken Gewand zu spielen.

Wir lehnen es ab, einen proletarischen Stadtteil zum Objekt staatlicher Befriedungspolitik zu machen, mehr Bullenpräsenz zu fordern und ähnliche Vorstellungen einer vermeintlichen "Bekämpfung des Rassismus".

Genauso lehnen wir es ab, die Angriffe auf die Flüchtlinge in irgendeiner Form zu entschuldigen. Demgegenüber denken wir, daß es gerade wichtig ist Verhaltensweisen wie die der "SchönauerInnen" scharf, in der unmittelbaren Situation auch mit physischer Gegengewalt zu kritisieren. Keine Mißverständnisse: damit meine ich nicht das autonome "Konzept Strafexpedition", das nicht mehr differenziert, das nicht polarisiert und nicht politisiert, sondern im moralischen Überschwang kurzerhand ganz Schönau zum faschistischen Gebiet erklärt und eine falsche Konfrontationslinie entwickelt...Die politische Haltung gegenüber "den SchönauerInnen" wäre auch nicht: "Ihr geht gegen Schwächere vor...das ist unmoralisch und wird von uns bestraft..." sondern: Ihr handelt gegen unsere Interessen als ArbeiterInnen, gegen die Flüchtlinge, was Eure KlassengenossInnen sind und damit auch letztlich gegen Euch selbst...Ihr schadet der ArbeiterInnenklasse und nutzt den Reichen, den Managern und Politikern....."; diesem politischen Anspruch wurden lediglich zwei Flugblätter gerecht: das eine "Rebellion ist gerechtfertigt.." war in dieser Hinsicht richtungsweisend; das zweite war ein Flugblatt von Frauen: es griff die Verhaltensweisen der "Schönauer", die vorgaben ihre Frauen zu verteidigen, frontal an. Indem es darauf hinwies, daß es die Vergewaltiger natürlich auch unter den Flüchtlingen und unter den linken Demonstranten gibt, hat es die realen Widersprüche wesentlich schärfer benannt, als die ganzen Schwarz-Weiß-Gut-Böse-Flugblätter, die sonst verteilt wurden. Es ist von einem eigenen subjektiven Interesse aus geschrieben und wendet sich an ein Subjekt; schade, daß es nur auf der Demo und nicht an die Schönauerinnen verteilt wurde...diese wären ja wohl die einzige Kraft, die wirklich in der Lage ist, ihre Männer von derartigen "Beschützeraktionen" abzuhalten.

Genauso wie die sozialdemokratisch-sozialtechnische Entschuldigungs-Linie lehnen wir allerdings auch Analysen ab, die sich mit einer unpolitischen, weil nur moralischen Gegenüberstellung der Kategorien Täter - Opfer zufriedengeben. Wer meint, daß die Diagnose "tiefsitzende rassistische Denkstrukturen" ausreicht, hat nichts kapiert und wird eben diese "rassistischen Denkstrukturen" auch nie wirklich bekämpfen können.

**Was IST Schönau und warum sind die SchönauerInnen so wie sie sind oder gibt's überhaupt " die SchönauerInnen" ?**

"Schönau ist kein normaler Stadtteil, das ist von Anfang an völlig geplant" (ein Mitarbeiter des Stadtarchivs)

"Schönau hat keine organische Entwicklung durchlaufen wie andere Stadtteile Mannheims..."oder so ähnlich (Meier)

Schönau war bis Mitte der 30er Jahre eine wilde Siedlung aus Bretterbuden und Baracken aus Kanisterblech. Hier wohnte ein Teil des städtischen Subproletariats, das sich - weitgehend außerhalb der kapitalistischen Produktion - über Kriminalität (z.B. Holzdiebstahl), Geflügelzucht usw. reproduzierte. Es ist klar, daß dem Faschismus derartige unkontrollierte Strukturen der "Arbeitsscheuen" und "Asozialen" ein Dorn im Auge waren. Die faschistische Stadt- und Sozialplanungspolitik "machte aus der Not eine Tugend": die GBG erstellte einen strengen Bebauungsplan und errichtete die ersten Blocks. Im Bemühen, "die Straßen Mannheims zu säubern", die Gesellschaft zu strukturieren und zu kontrollieren wurden die ersten paar Hundert Menschen auf die Schönau "eingewiesen", alles Menschen aus den untersten Schichten des Mannheimer Proletariats.

Wir wissen wenig über diese erste offizielle Phase. Wahrscheinlich ging aber der Zweck dieser Maßnahme über die "Säuberung Mannheim's" raus: die Konzentration und Ghettoisierung dieser Menschen lieferte möglicherweise die Bedingungen für das faschistische Projekt der Arbeit, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsdienste und Zwangsverpflichtungen. Nicht unpraktisch für die Herrschenden, daß gleichzeitig mit den Blocks nebdran, in der heutigen Lilienthalstraße, eine Kaserne für die faschistischen Bullen gebaut wurde.

Nach dem Krieg war die Gendarmeriekaserne und einige Gebäude am Ende der Kattowitzer Zeile von US-Einheiten belegt. Die kommunale Bevölkerungspolitik setzt bruchlos fort, was der Faschismus '35 auf der Schönau begonnen hatte: "....am Nordende werden weitere 500 zusammengetrommelte und dahergelaufene Menschen in acht Baracken ausgesetzt..."(MM, 10.9.60, siehe Artikel in der Doku)

Die Mannheimer Innenstadt ist zerstört, Millionen von Flüchtlingen aus dem Osten sind unterwegs. Diese Menschen werden "schier grenzenlos in die Schönau hineingepumpt"(MM), Innerhalb von zehn Jahren wird die Einwohnerzahl fast verdreifacht, von ca. 5000 nach dem Krieg auf 15000 bis 1958. "Mannheimer und Polen, Ungarn und Tschechen, Pommern und Schlesier,

Ostpreußen und Sachsen. Daß hier soziale Probleme entstehen haben die Londoner in ihren Slums längst vor uns und krasser erlebt...(MM, 1960). Zu dieser multinationalen Zusammensetzung kommen die vielen GI's, die auf der Schönau bleiben und ihre Kinder. "Der letzte Schlag war der viel kritisierte Gemeinderatsbeschluß, nach dem 55/56 im Neubaugelände drei Wohnblocks für Minderbemittelte gebaut wurden und in denen - ebenfalls massiert - noch einmal rund 500 Sozialschwache in das bereits angeschlagene Gebiet gestopft wurden..."(MM, 1960)

Viele der Schlagzeilen aus der Zeitungsberichterstattung nach dem Krieg erinnern uns verblüffend an das, was heute diskutiert wird. Beispielsweise waren die Quoten der Flüchtlingszuweisung auch damals vom Land festgelegt. Es gab schon damals die liberale Kritik an der Konzentration von Flüchtlingen in einem Stadtteil. Es gab Auseinandersetzungen um die Wertminderung von Häusern durch die "schlechte Nachbarschaft". Es gab den Konflikt zwischen den alten Siedlern, den Flüchtlingen und den "Asozialen", der in Intensität und Gewalttätigkeit den heutigen Auseinandersetzungen in nichts nachsteht und der der Schönau den Spitznamen "Klein-Mexiko" einbrachte. In den 60er und 70er Jahren folgten weitere Einwanderungswellen, zuerst die ItalienerInnen, dann TürkInnen, JugoslawInnen, GriechInnen, PortugiesInnen.....

Schönau ist das Ergebnis sehr moderner kapitalistischer Stadtplanung und Bevölkerungspolitik. Vom Faschismus initiiert wurde es nach dem Krieg zu einer der ersten Trabantenstädte, lange bevor Ende der 60er Stadtteile wie Pfingstweide oder Vogelstang hochgezogen wurden.

Was bedeutet diese Geschichte im Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen ?

In einigen Flugblättern wurde der Konflikt auf der Schönau als "Angriff des deutschen Mob's auf AusländerInnen" beschrieben. Das ist falsch: es handelt sich um einen Konflikt innerhalb eines multinational zusammengesetzten Proletariats. Viele, die die AsylbewerberInnen angegriffen haben, waren selbst Flüchtlinge oder sind die Kinder von Flüchtlingen, viele, die "die Neger" angegriffen haben, sind selbst "Farbige", viele die so taten, als wären sie Einheimische, sind ebensowenig wie die AsylbewerberInnen freiwillig dorthin gezogen, sondern wurden "eingewiesen", wohnen ebenso wie die AsylbewerberInnen in Kasernen, auch wenn die (inzwischen ! ) eine bessere Ausstattung haben.

Wenn wir schon von "Rassismus" reden, müssen wir klarstellen, daß es ein sehr spezifischer Rassismus ist. Es ist eher eine Form von Fremdenfeindlichkeit, die auf der Schönau Geschichte hat. Das ist vom Rassismus eines Widder wesentlich verschieden. Es wird zu diskutieren sein, ob es sowas wie einen "rassistischen Konsens" gibt, also ein Zusammengehen von rassistischer Bevölkerungspolitik, dem Rassismus der Stammtischbrüder, dem der "Marginalisierten" und dem der organisierten Faschisten.... Unsere These ist, daß es falsch ist, alles in einen Topf zu werfen, weil es uns auf der Ebene der Analyse einengt und uns praktische Handlungsmöglichkeiten verbaut.

Schönau ist ein "Arbeitervorort mit wunden Punkten" (MM). Es ist ein Stadtteil mit einer ungeheuren Homogenität, tatsächlich gibt es auf der Schönau kaum Reiche, sehr wenig Akademiker, eine im Vergleich zu anderen Stadtteilen sehr schmale Mittelschicht. Gleichzeitig ist Schönau in sich extrem gespalten. Es gibt die Eigenheime der garantierten Teile der Arbeiterklasse genauso wie - in verschiedenen Abstufungen - die häßlichen Blocks, in denen die prekären Schichten der Klasse wohnen. Die Baracken der zweitgrößten Obdachlosensiedlung der Stadt wurden zwar 1972 abgerissen, aber was an deren Stelle gesetzt wurde ist auch nicht viel besser. Die Beziehungen der BewohnerInnen zu den Benz-Baracken im nahegelegenen Stadtteil Waldhof, die den "größten zusammenhängenden Slum Deutschlands" (Merian) bilden, sind eng und ein überverhältnismäßig großer Teil der Leute aus den Benz-Baracken setzt sich aus ehemaligen, zwangsgeräumten oder sonstwie obdachlos gewordenen SchönauerInnen zusammen. Die Nachfrage nach Wohnungen ist auf der Schönau wesentlich höher als in den meisten anderen Stadtteilen. Große Familien in immer noch sehr kleinen Wohnungen, wenn auch nicht mehr zu siebt in einem Zimmer, wie in den 50er Jahren.

Es gibt eine sehr große Drogenszene, vermutlich auch deshalb, weil es viele GI's gibt. Es gibt eine große Alk-Szene, die stark unter Druck steht. Ihr Treffpunkt, der Kiosk im Park hinter der Endhaltestelle, wurde vor einiger Zeit kurzerhand geschlossen. Aufgrund der sozialen Zusammensetzung des Stadtteils und weil es nichts gibt, keine Discos, nur ein mickriges Jugendzentrum und keine Kneipenkultur wie etwa in der Neckarstadt, spielt sich das gesellschaftliche Leben auf der Straße ab.

Das ist eine der Bedingungen, wie es zwei Wochen lang zu relativ massenhaften Versammlungen vor dem Lager kommt: die Leute sind sowieso auf der Straße und "so ist es halt in Schönau: wenn was los ist läuft gleich halb Schönau zusammen.." (ein Schönauer Jugendlicher).

Die Menschen, die an der Endhaltestelle, im Park, vorm Jugendzentrum rumlungern, die ständig auf der Straße sind...sie waren der militante Kern des "Mob's".

Einige Aspekte zu den Motiven und zum Ablauf ihrer Angriffe gegen die AsylbewerberInnen:

- Ihre Scenes sind stark gespalten, es gibt einen ständigen Kampf aller gegen alle, der Cliques untereinander, es gilt das Gesetz des Stärkeren. Sie heben ihre Rivalitäten und Streitigkeiten untereinander auf und wenden diese kollektiv gegen die Flüchtlinge....Die Härte und Gewalttätigkeit ihres Auftretens entsteht nicht erst im Angriff auf die AsylbewerberInnen, sondern sie ist schon vorher in ihrem Alltag da....

Konkret war es so, daß sich die Ausweitung und Vermassung der Angriffe auf die AsylbewerberInnen direkt im Anschluß an einen Konflikt untereinander, gewissermaßen aus diesem heraus ergab: Die Massenschlägerei beim Siedlerfest wurde von den Bullen unterbunden, das Fest beendet. So gesehen haben die Bullen eine der Bedingungen geschaffen, die FestbesucherInnen vor's Lager zu mobilisieren.

- Ihr Konkurrenzverhältnis mit den AsylbewerberInnen auf der Schönau und ImmigrantInnen im allgemeinen, was sie wiederum auf die Flüchtlinge auf der Schönau übertragen, ist zum Teil real, zum Teil konstruiert. Sie befürchten, daß sie demnächst mit den AsylbewerberInnen um die Schwarzjobs konkurrieren, um den "Topf" des Sachbearbeiters auf dem Sozialamt, um Wohnungen, sie befürchten, daß ihnen demnächst ihr Revier als kleine DrogendealerInnen strittig gemacht wird, daß die Chefin

der Putzkolonnen eine Immigrantin bevorzugen könnte.....

Oftmals wird - bei weitem nicht nur seitens der Pfaffen - versucht, die Angriffe lediglich aus ihrer unmittelbaren Erscheinung heraus politisch zu interpretieren und den "Rassismus" als individuelles Fehlverhalten der "Täter" zu begreifen.

Wer die gesellschaftlichen Aspekte der Angriffe ausblendet, und - ergänzend dazu - die Flüchtlinge nur als "Opfer" begreift, erkennt den Flüchtlingen damit letztlich jegliche soziale Subjektivität ab. Dies ist rassistisch.

- Weil die SchönauerInnen auf der Straße sind und die AsylbewerberInnen eben auch keine anderen Möglichkeiten der "Freizeitgestaltung" haben, entwickelt sich ein Konflikt um die Straße. Sie meinen "ihr Revier" verteidigen zu müssen.

- Sie greifen die AsylbewerberInnen nicht nur deshalb an, weil diese schwarz sind ( das sind sie auch gar nicht alle), sondern weil sie, wie sie selbst, ProletarierInnen sind.

- für die Schicht dieser Menschen ist die Perspektive des individuellen Aufstiegs, eines der wesentlichen Momente der Integration, stark reduziert. Sie stehen unten. Über die Aktionen versuchen sie, sich gegen ein neues "unten" abzugrenzen. Ihre Aktionen gegen die AsylbewerberInnen sind ein kollektiver Versuch der Integration in die Gesellschaft. Mit ihren Aktionen rechnen sie mit der Zustimmung der Gesellschaft, sie setzen um, was viele denken und was die Propaganda der Medien nahelegt.

Sicherlich waren nicht nur solche Leute, aus den unteren Schichten des Proletariats beteiligt. Wir denken aber, daß sie eine zentrale Bedeutung in den Angriffen auf die AsylbewerberInnen gespielt haben.

Bis heute ist völlig unklar, welche Rolle organisierte Faschisten gespielt haben. Es gab Behauptungen, diese hätten eine entscheidende Rolle gespielt. Umgekehrt wurde auch das genaue Gegenteil und damit ein wichtiger Unterschied zu Hoyerswerda behauptet. Beide Behauptungen sind unserer Meinung nach bis heute nicht beweisbar. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Faschisten jetzt ihre Möglichkeiten auf der Schönau nutzen werden.

Der Begriff "Rassismus" taugt in seiner Allgemeinheit wenig dazu, zu erklären, was auf der Schönau los war/ist/und auch vermutlich weiter sein wird. Er ist eine Art "analytische Dampfwalze" die sämtliche Unebenheiten der konkreten politischen und sozialen Situation einebnet.

Wir haben eine lange Diskussion geführt über die Rolle rassistischer Ideologie unter den "SchönauerInnen". Zweifellos ist diese bei vielen - wenn auch nicht allen - sehr massiv vorhanden. ( So gab es durchaus Stimmen, für die im Mittelpunkt die Kritik an der Institution Lager stand, und die sich von rassistischen Äußerungen abgrenzten. Eine bruchlose rassistische Identität aller Beteiligten des "Mob's" zu behaupten, geht an der Situation vorbei und schwächt uns. So verbaut diese Sichtweise beispielsweise die Möglichkeit, die Scharfmacher politisch und praktisch zu isolieren..... ).

Unsere Diskussion über die Rolle rassistischer Ideologie drehte sich im wesentlichen um die Frage: gibt es eine Autonomie oder relative Autonomie rassistischer Denkweisen von den konkreten sozialen und materiellen Verhältnissen ? Ist der "Rassismus" Wurzel der Angriffe oder die ideologische Begleitmusik? Wollen die Leute "einfach nur ihren Rassismus ausleben" oder sind die Angriffe eine verquere, rechte Form des sozialen Protests ?

Wir denken, daß sich "rassistische Denkweisen" eben nicht von den sozialen Verhältnissen ablösen lassen:

Darüber raus: Eine verkürzte Analyse verharmlost die Angriffe. Gerade w e i l in den Angriffen soziale Motive stecken, sind sie gefährlich. Gerade w e i l sich da nicht nur "blanker Rassismus" ausdrückt, sind solche Bewegungen brisant.

Und gerade dies eröffnet uns praktische Möglichkeiten, die über die Bekämpfung des "blanken Rassismus" durch den "blanken Antirassismus" rausgehen.

Ansonsten werden wir weiterhin reduziert bleiben auf die Funktion eines (schlechten) Feuerlöschers, der eingesetzt wird, wenn's schon brennt. - Und wir gehen davon aus, daß Schönau nicht die letzte Mobilisierung gegen AsylbewerberInnen sein wird. Wenn wir solche Mobilisierungen wie den "Schönauer Mob" wirklich effektiv verhindern wollen, müssen wir die theoretischen und praktischen Einengungen des Antirassismus/Antifaschismus durchbrechen. Dies beginnt damit, die Ereignisse als Probleme des Klassenkampfes zu interpretieren, einen Zugriff auf die gesamte Klassenrealität sämtlicher Teile des Proletariats, in diesem Fall der ImmigrantInnen, der SchönauerInnen und unserer eigenen zu entwickeln. Von diesem Standpunkt aus sind radikale Aktionen möglich, Demonstrationen könnten einen Inhalt haben, der angreift und eingreift.

## Die Flüchtlinge und ihre Lage

Im November '91 wurden die ersten 59 Flüchtlinge in das Schönauer Lager eingewiesen.

Sie kommen zum großen Teil aus dem zersplitterten Jugoslawien, einigen schwarzafrikanischen Ländern (Nigeria, Südafrika...), aus Rumänien, der Türkei/Kurdistan....Sie werden aus der ZAST in Karlsruhe in Sammellager, in diesem Fall auf die Schönau verteilt. Dort sind sie zwischen einigen Tagen und mehreren Monaten und werden dann auf die kommunalen Asylunterkünfte verteilt. Dies ist aber nicht durchgängige Regel: uns sind Fälle bekannt, wo Flüchtlinge in andere Landessammellager verschubt wurden.

Nach welchen Kriterien das Lager belegt wird ist für uns ziemlich undurchsichtig. Anfangs sollten es 300 - 400 Menschen sein; das wurde "aufgrund von Protesten" - dann reduziert auf 216. (Phasenweise war das Lager aber wohl "überbelegt" ). Wir vermuten, daß mit Beginn der Angriffe auf die AsylbewerberInnen die Zahl stark reduziert wurde. Bekannt ist uns, daß in der letzten Juni-Woche 40 Leute auf einmal verlegt wurden. Bekannt ist uns auch, daß einige gegen ihren Willen in Sammellager in die EX-DDR verlegt wurde. Dies ist eine erste Konfrontationslinie mit dem System der Lager und der Zuweisungen: viele verlangen sozusagen eine freie Wahl des Wohnorts, sei es weil sie irgendwo Verwandte oder FreundInnen haben, sei es weil sie über irgendeinen Ort Gutes oder Schlechtes gehört haben. Der Lagerleiter behauptet, er habe auf die Verlegungen keinen

Einfluß, alles käme vom Land, von "oben". Wir denken aber, daß die Verlegungspolitik eine Methode ist, die "Disziplin" im Lager aufrechtzuerhalten, Einzelne zu erpressen, widerständiges Verhalten zu bestrafen.

Die Zusammensetzung der LagerbewohnerInnen ist nicht nur Politik "nach außen", sondern auch eine Hierarchisierung und Spaltungsmethode nach innen. Die Belegungspolitik ist nicht zufällig oder ein rein bürokratischer Akt; sie ist ein äußerst flexibles Instrument der sozialen Kontrolle.

Vor einigen Monaten gab es im Lager angeblich eine Massenschlägerei zwischen Leuten aus Afrika und dem Osten. Auslöser soll eine Bevorzugung einer Gruppe beim Essen gewesen sein. Wir wissen nichts genaueres, wie das wirklich war - es hat angeblich einige Verletzte und einen massiven Bulleneinsatz gegeben. Wir vermuten, daß es der Lagerleitung gelungen ist, ein kollektives Vorgehen aller LagerbewohnerInnen gegen den Fraß zu verhindern, indem sie einzelne Gruppen gegeneinander ausgespielt hat. Es hat kleinere Aktionen gegen das Essen gegeben: eine Gruppe von 6 Leuten verschiedener Nationalitäten hat sich aus Protest gegen das Essen eine Glatze geschoren.

In einem Lager bei Heilbronn gab es im Juni einen kollektiven Hungerstreik der AsylbewerberInnen gegen das Essen. Dasselbe "Feinschmeckerrestaurant" in Heilbronn liefert auch das Essen für das Schönauer Lager.

Die LagerbewohnerInnen kriegen monatlich ganze 70 DM. Außerdem "dürfen" sie sich nebenher durch Putzen im Lager das Taschengeld aufbessern. Wir wissen nicht, wieviel sie dafür kriegen. Wir wissen auch nicht, ob einige, die vielleicht länger da sind, Schwarzjobs nebenher machen.

Die Fenster sind zum "Schutz" der Flüchtlinge vergittert, man kann sich auch nicht rauslehnen.

Die Besucher werden Kontrollen unterzogen. Dies beginnt schon an der Pforte. Es wird unter den BesucherInnen selektiert, wer rein darf und wer nicht. Der Lagerleiter checkt die Leute ab, ob sie "Unruhestifter" sind.

Die Lagerleitung bestimmt willkürlich, wer reinkommt und wer nicht.

Durch die Belagerung durch den Mob wird die Bewegungsfreiheit der AsylbewerberInnen weiter stark eingeschränkt. Manche trauen sich nicht mehr raus.

Die Polizei, die zum "Schutz" der AsylbewerberInnen da ist, hat über Wochen das Zustandekommen von Kontakten behindert, bzw. die Kontakte selektiert. Ab 17 Uhr gab es fast drei Wochen lang keinen direkten Zugang mehr zum Lager, indem das Gelände konsequent abgeriegelt wurde und verstärkt Streifen gefahren wurden.

Dieses Zusammenspiel des Mob's und den Verantwortlichen der Lagerpolitik bedeutet eine Verschärfung der Ghettoisierung.

Die Ghettoisierung und Abschottung der Flüchtlinge resultiert aber nicht nur aus ihrer materiellen Situation, aus den verschiedenen repressiven Maßnahmen: der kontrollierte und selektive Kontakt über caritative und sozialarbeiterische Initiativen ist genauso ein Moment der relativen Isolierung der Flüchtlinge. Der Staat kanalisiert so die sozialen Kontakte in eine Form, die seinen Interessen entspricht.

Aber daß es von uns aus sehr wenig Kontakt und Kommunikation mit den Flüchtlingen gab/gibt liegt nicht nur an den diversen Behinderungen durch die Lagerleitung, sondern hat seine Wurzel in der Unfähigkeit der regionalen linken Szene sich zu öffnen, auf andere Leute zuzugehen, aus dem eigenen Ghetto rauszugehen. Mensch ist gerne unter sich. Aber es ist auch ein politisches Problem: wie kann mensch einen Kontakt mit den Flüchtlingen herstellen, der auf einer gleichberechtigten Ebene abläuft? Wie kann eine Kommunikation aussehen, in der die Flüchtlinge nicht von uns politisch instrumentalisiert werden und in der wir nicht die alternativen Sozialarbeiter spielen?

Das scheint nicht einfach, ohne eine radikale Bewegung, die in der Lage ist die Einwanderung politisch zu thematisieren und die aber nicht auf diesen Punkt beschränkt ist. Andererseits kann das Fehlen so einer Bewegung kein Grund sein, nichts zu tun.

Auch individuelle und persönliche Kontakte zu einzelnen Flüchtlingen sind notwendig und ein konkreter Akt der Solidarität. Schon allein deshalb, weil wir mitkriegen müssen, was in den Lagern abläuft. Wir können so die Verantwortlichen beobachten und die Bedingungen schaffen, gegen die staatlichen Methoden vorzugehen.

Die ImmigrantInnen kommen hierher und haben erstmal viel miesere Bedingungen als wir und als die Einheimischen und schon heimisch gewordenen Schichten der ArbeiterInnenklasse. Das Interesse der Flüchtlinge ist, möglichst schnell, diesselben Lebensbedingungen zu erreichen. Das heißt in erster Linie nicht mehr den ganzen repressiven Maßnahmen, der Drohung mit Abschiebung unterworfen zu sein. Den Wohnort frei wählen zu können, Wohnungen überhaupt, ein materieller Lebensstandard, der besser ist als in den Herkunftsländern.

Je eher die ImmigrantInnen gleiche Bedingungen erreichen, je weniger Unterschiede in der materiellen Lebenssituation es zwischen ImmigrantInnen und "Einheimischen" gibt, desto eher wird es möglich sein, weitergehende gemeinsame Kämpfe zu führen und rassistische Spaltungen zu überwinden. Vor diesem Hintergrund liegt es in unserem direkten Interesse jeden Versuch der Einschüchterung, sei es durch die staatliche Politik oder durch den "Mob" zu bekämpfen.



# Mit Kind und Kegel

## in die Kaserne

59 Asylbewerber „rückten“ in Schönauer Unterkunft ein

MM NOV 91

Ganz zivil ging es gestern in der Gendarmerie-Kaserne auf der Schönau zu: 59 Asylbewerber zogen in die ehemalige US-Army-Unterkunft ein. Ein Novum in Mannheim: Es sind die ersten von den Amerikanern geräumten Blocks und es ist auch das erste Sammellager in einer Soldatenburg.

Zwei Großfamilien und 40 junge Männer aus Rumänien, Jugoslawien, der Türkei und Indien rückten mit leichtem Gepäck ein und belegten acht Mann hoch die Buden. Doppelstockbetten, ein Tisch und pro Hintern ein Stuhl, dazu ein winzig kleines Spindfach, ein spaltbreit nur für die Habe - da kann sich keiner groß ausbreiten. Doch zum Überleben in Habachtstellung, zum Warten auf bessere Zeiten, reicht's allemal. Hauptsache man kann ruhig schlafen und hat was zu beißen. Am Hungertuch nagte zum Beispiel die Familie aus Makedonien. Der Vater, ein ausgezehrt Hilfsarbeiter, konnte seiner zahlreichen Kinderschar den Tisch nicht mehr decken. Er sei ein Armutsflüchtling, gibt er im Kreise seiner hungrigen Lieben unumwunden zu.

Aus dem Kosovo flüchtete eine Gruppe junger Männer. Sie suchten ihr Heil in der Flucht aus Angst, doch noch zu den Waffen gerufen zu werden, das Leben zu riskieren für eine Sache, die ihre nicht ist. Nach monatelangem Hin und Her, nach Bürgerprotesten und Stadtteil-Versammlungen ging gestern der erste Akt der Beteiligung mit Asylsuchenden reibungslos über die Bühne. Die umwohnenden Schönauer scheinen sich mit der neuen Nachbarschaft abgefunden zu haben, was erleichtert wurde durch sachliche Diskussionen mit den Bürgern und einem Zugewandnis des Landes, das die Gendarmerie-

rie-Kaserne als Sammelunterkunft in eigener Regie betreibt: Statt der zunächst vorgesehenen über 300 Asylbewerber sollen nur maximal 216 Flüchtlinge in den Soldatenbuden untergebracht werden.

Geleitet wird das Lager von einem Profi: Manfred Benz regierte bislang die Landesunterkunft Wiesloch, jetzt führt er in den Schönauer Blocks in einem holzgetäfelten „Offiziersbüro“ das Kommando.

Die soziale Betreuung für die Flüchtlinge konnte noch nicht endgültig geregelt werden. Zwischen dem Land und der Liga der freien Wohlfahrtsverbände kam es in dieser Frage zu Meinungsverschiedenheiten. Um die Neuankommlinge in Mannheims Norden nicht ganz in der Luft hängen zu lassen, kümmert sich vorerst ein Mitarbeiter der Caritas um die Neuen.

In einer Kaserne kann nicht jeder sein eigenes Süppchen kochen, dafür fehlt die Infrastruktur. Vollverpflegung kommt ins Haus, doch für Mütter, die ihre Kleinen mit Babynahrung verköstigen - müssen und für alle Fremden, die es in der Ferne nach heimatlicher Kost gelüftet, stehen in einer Küche Kochplatten bereit, es darf gebruzzelt werden.

Erstmals Asylbewerber in einer ehemaligen US-Kaserne, noch ein weiteres Novum gibt es aus Mannheims Norden zu vermelden: Es hat sich ein Stadtteilbeirat aus Vertretern der Schulen, des Bezirksbeirates Schönau und des Landes gebildet, der sich für ein gutes Miteinander zwischen Kasernenleuten und Bürgern einsetzen will, der als ein „Scharnier“ zwischen den Gästen und der Bevölkerung funktionieren will. Ein erstes positives Zeichen haben die Schönauer schon gesetzt. Es kursierte nämlich nicht nur eine Unterschriftensammlung gegen das Asylbewerber-Lager, sondern auch eine Liste für die Flüchtlinge. Zu der Zeile „Dem Haß keine Chance“ bekannten sich viele mit Namen und Adresse.



Ins Ungewisse blicken diese makedonischen Kinder.

Bild: Neusch

Schon Anfang Oktober 91 begannen in der Lokalpresse (Mannheimer Morgen und Rheinpfalz) die Hetzartikel, die sich auf die ehemalige Gendarmeriekaserne in Mannheim-Schönau bezogen. Die Stimmungsmache wird weitergeführt und die „einen“ gegen die „anderen“ ausgespielt. Unsicherheit und Angst werden geschürt. Flüchtlinge werden grundsätzlich als Problem dargestellt. Besorgte „Bürger“ dürfen in Leserbriefen Stimmung machen.

## Die ersten kommen Ende November

### 216 Asylbewerber auf die Schönau

Bereits Ende November werden die ersten Asylbewerber in die freige-wordene Gendarmeriekaserne auf der Schönau einziehen. Insgesamt sollen hier 216 Menschen untergebracht werden. Dies gab der Vizepräsident des Regierungspräsidiums Karlsruhe, Dr. Hans Scheurer, auf der Sondersitzung des Bezirksbeirats Schönau bekannt.

Auf der ruhig und sachlich verlaufenen dreistündigen Veranstaltung, die von Oberbürgermeister Gerhard Widder geleitet wurde, stellte das Land seine Pläne für eine Sammelunterkunft in der Kaserne vor. Die jetzt gefundene Lösung ist nach den Worten Scheurers ein Kompromiß. Der Oberbürgermeister habe eine Ballung von Asylbewerbern hier stets abgelehnt: „Die Stadt war sehr streng mit uns“, formulierte Scheurer.

Gegenüber früheren Plänen ist der Umfang der Sammelunterkunft reduziert worden. Statt der befürchteten 300 bis 400 Asylbewerber werden es nur 216. Das größte Gebäude des Kasernenkomplexes, das linke Haus, wird mit 150 Asylbewerbern belegt, aber nur zur Hälfte. Die andere Hälfte, mit neu zu ziehenden Wänden abgetrennt, steht künftig sozialen Einrichtungen des Stadtteils zur Verfügung.

Im mittleren Gebäude werden keine Asylbewerber wohnen, hier sollen lediglich die Speise- und Betreuungsräume liegen; etwa 50 der 216 Bewohner werden Kinder sein. Das rechte, kleinste Gebäude wird mit 66 Asylbewerbern belegt. Sie kommen Ende November als erste. Scheurer versprach die Einrichtung eines Hausmeister-Wachdienstes rund um die Uhr

sowie eine Betreuung der Asylbewerber durch zwei Sozialarbeiter.

Die Bezirksbeiräte und Bürger lehnten die Pläne ab; die Schönau habe bereits große soziale Probleme wie eine komplizierte Sozialstruktur, Alkoholismus und eine ausgedehnte Drogenszene zu verkraften, nun kämen die Asylbewerber noch hinzu. Andere Stadtteile würden dagegen geschockt.

Die Bürger argumentierten jedoch nicht nur die möglichen Probleme durch die Asylbewerber selbst; vor allem befürchteten sie, daß durch die Belegung des Gebäudes mit Asylbewerbern Rechtsradikale und Rowdys angezogen werden. „Viele warten nur darauf, bis das Ding kommt, um dann Randalen zu machen“, erzählte ein Zuhörer. Gefährlich werde die Situation dadurch, daß die Schönau über kein Polizeirevier verfüge (das nächste ist in Sandhofen), sondern nur über einen bis 16 Uhr besetzten Polizeiposten. Polizeihauptkommissar Hans Beutel sah jedoch mit Unterstützung durch die benachbarten Reviere die Sicherheit gewährleistet. Schon jetzt hat die Polizei ein wachsames Auge auf alle Asylbewerber-Unterkünfte. Beim Brandanschlag in der Industriestraße schnappte sie auf diese Weise sofort die Täter.

Ein Zuhörer warf den Politikern aller Parteien vor, „total abgehoben“ zu diskutieren. Daraus, daß sich bei solchen Veranstaltungen kaum jemand getraue, seine ablehnende Meinung offen zu sagen, sollten sie nicht auf Zustimmung schließen: „Es brodeln kräftig in der Bevölkerung“, meinte er. „Nur dann, wenn es wie in Bremen kracht (gemeint war der Wahlerfolg der DVU), dann guckt ihr erstaunt und wundert euch.“

## Falsches Verhalten überwinden

Sie alle hätten auch bei uns in Deutschland keine Arbeit und Wohnung gefunden, wäre da nicht durch den deutschen Fleiß das Wirtschaftswunder entstanden und hätte nicht die kurzschichtige und falsche Politik besonders der Gewerkschaften zu den zu schnellen Arbeitszeitverkürzungen und damit zu Arbeitskräftemangel geführt.

Wie lange braucht man bei den politischen Gremien und den Betreibern von Arbeitszeitverkürzungen noch, um zu begreifen, daß zu starke Arbeitszeitverkürzung volkswirtschaftlichen Schaden - z. B. zunehmende Schwarzarbeit und Umweltschäden, z. B. vermehrte Benutzung von Motorfahrzeugen - bedeutet und auch weiteren Zustrom von Ausländern bewirkt, und damit bei den gegenwärtig unbefriedigenden Verhältnissen, besonders in den neuen Ländern Deutschlands, vermehrt dem angeborenen, negativen Verhaltensmuster zum Durchbruch verhilft!

Um weiteren Schaden von Deutschland abzuwenden, ist Einhalt und Umkehr erforderlich und auch der Artikel 16, 2, 2, zu ändern, denn sonst müßten die heuchelnden Floriansjünger der Medien, der Politik, der Gewerkschaften und der Kirche u. a. doch wirklich am Ende auf ihre eigenen Kosten Asylanten in ihren Wohnun-

gen unterbringen und diese 100 Millionen, die als Asylanten kommen wollen, überfordern dann bestimmt auch die Möglichkeiten dieser „Philanthropen!“

Dr. Dietrich Ziegler, Mannheim

### Zum Thema Ausländer und Asylbewerber

Verkennerung von Ursache und Wirkung! Wie lange noch betreiben nahezu alle Medien, Politiker, Gewerkschaftsführer, Kirchenführer u. a. in Deutschland verantwortungslose tendenziöse Berichterstattung über die zutiefst bedauerlichen Übergriffe weniger, besonders junger Deutscher gegen fast „nur sogenannte Asylanten“, statt verantwortungsbewußte Aufklärung über angeborene Verhaltensmuster von Abwehr gegenüber vielen Fremden bei der Gattung Mensch zu üben!

Diese Abwehrverhaltensmuster sind keineswegs typisch deutsch, sondern sie sind der gesamten Gattung Mensch angeboren - Rivalitäten in der Familie, Rivalitäten von Straßenzug zu Straßenzug, Rivalitäten von Dorf zu Dorf, Rivalitäten von Stamm zu Stamm und von Volk zu Volk, die mit die Ursachen aller Kriege sind. Nur ständige Aufklärung über lange bis längste Zeiträume hinweg vermag durch das Bewußtwerden dieser angeborenen Verhaltensweise des Menschen eine bessere Einsicht und Handlungsweltse zu bewirken.

„Ausländerfeindlichkeit“ ist bei Deutschen bestimmt nicht stärker vorhanden als bei anderen Nationen. Im Gegenteil! Millionen von Ausländer haben in Deutschland Arbeit und Wohnung gefunden, die ihnen ihre Heimat auch nicht an-nähernd hat bieten können. Wären sie sonst freiwillig in so großer Zahl seit fast 40 Jahren zu uns nach Deutschland gekommen? Und wurden sie fast durchweg nicht gut aufgenommen?!

# Erste Asylbewerber eingezogen

## Gendarmerie-Kaserne in Mannheim jetzt Sammellager

Von unserem Redaktionsmitglied Susanne Rächle

300 Asylbewerber einzurichten, stießen im Umfeld zunächst auf Bürgerprotest. Nachdem die Zahl der Gendarmerie-Bewohner aber auf 216 reduziert wurde, beruhigten sich die Gemüter.

Die ersten Gäste sind nun da, weitere werden in Bälde erwartet. Mannheim erfüllt damit nahezu die vom Land vorgegebene Asylbewerber-Quote von 7,5 Promille. 2200 Asylsuchende sind derzeit in der Stadt untergebracht, mit 2300 Fremden wäre die Quote erfüllt. Die Stadt stehe damit im Vergleich zu anderen Kommunen in Baden-Württembergs ausgezeichnet da, meint Ausländerbeauftragter Helmut Schmitt. Die Stuttgarter müssten noch 1000 Flüchtlinge aufnehmen, um ihr Soll zu erfüllen.

Die US-Army hatte schon Ende 1990 angekündigt, daß sie die Stellung mitten im Stadtteil Schönau aufgeben will, im Spätsommer 1991 räumte die Truppe das 8,4 Hektar große Feld. Die Pläne des Landes, in der Kaserne ein Sammellager für über



Mit 54 anderen Asylbewerbern aus Rumänien, Jugoslawien, der Türkei und Indien ist gestern diese mazedonische Familie in der Gendarmerie-Kaserne untergebracht. Bild: Neusch

JAN-FEB 92  
IZ MA / IF MA

## Zweites Sammellager eröffnet

Am 15.1. wurde ein Teil der Gendameriekaserne mit Flüchtlingen belegt. 59 Menschen zogen, unbeachtet von der Schönauer Bevölkerung, mit ihren wenigen Habseligkeiten ein.

Die Gedameriekaserne ist die zweite Landessammelunterkunft in Mannheim. Sie nimmt, in der Hauptsache, Flüchtlinge auf, die aus der ZAST Karlsruhe kommen. Die Flüchtlinge bleiben nur wenige Wochen in Mannheim. Sie warten in der Kaserne ihre Weiterverteilung auf die Kommunen und Gemeinden ab.

Im Vorfeld der Entscheidung, in der Kaserne eine Landessammelunterkunft für Asylbewerber einzurichten, war es zu heftigen Bürgerprotesten gekommen. Nach Absprachen mit dem Oberbürgermeister, den Bezirksbeiräten und dem Regierungspräsidium Karlsruhe wurde die Kaserne statt für 300 für 216 Flüchtlinge vorbereitet und ein Teil des Hauptgebäudes abgetrennt, um diese Räume den Schönauer Bürgern zur Verfügung zu stellen. Es wurde vereinbart, daß das Lager einen Pförtnerdienst hat und nachts bewacht wird. Die soziale Betreuung soll aus zwei Personen bestehen. Im Hof hat man die Absicht, einen "einfachen Kinderspielplatz" einzurichten und einen weiteren Zaun zu ziehen, "um den Flüchtlingen zu zeigen, wo sie zu Hause sind". Das gesamte Kasernenareal ist bereits mit hohen Zäunen umgeben.

Was erwartet nun die Flüchtlinge in dem Lager?

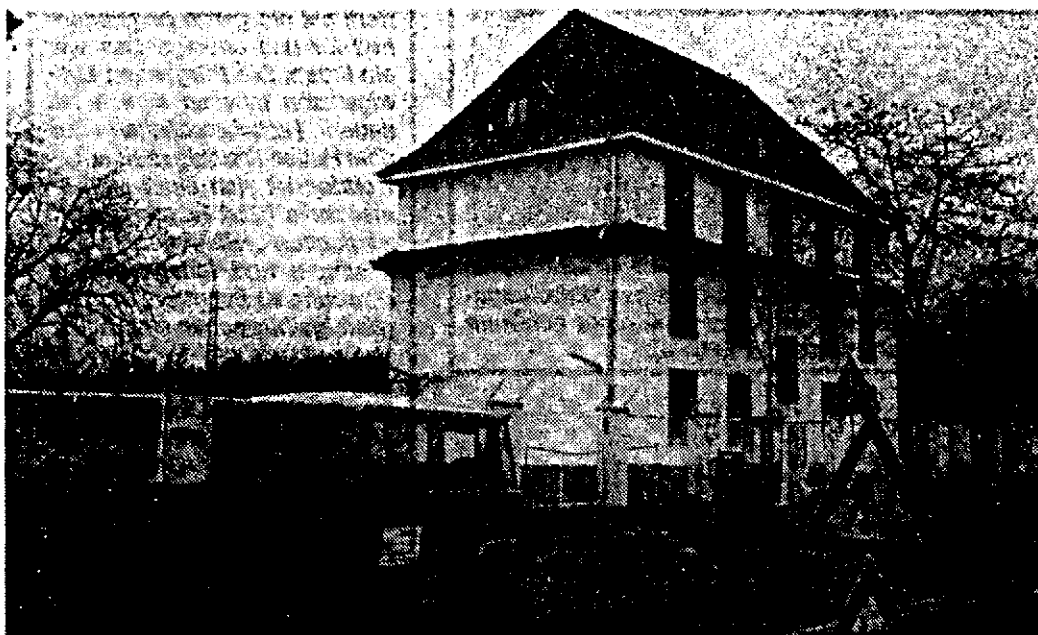
Die soziale Betreuung konnte noch nicht geregelt werden. Nach Auseinandersetzungen zwischen dem Land und den Wohlfahrtsverbänden, bleibt bis jetzt ungeklärt, wer die Betreuung der Flüchtlinge übernimmt. Vorerst stellt die Caritas bis zum 31.1. einen Mitarbeiter zur Verfügung. Da die Kaserne erst Ende Nov. 91 von den

Amerikanern übergeben wurde, blieb nur Zeit für die notwendigsten Reparaturen und Reinigungsarbeiten und zum Aufstellen der Betten. Die Flüchtlinge sind in 2, 4 und 8 Bettzimmern untergebracht, in Stockbetten mit einem halben Spind pro Person. Für 24 Menschen auf einem Stockwerk, im jetzt belegten Gebäude, stehen 3 Waschbecken, 2 Duschen und 2 Toiletten in einem Raum zur Verfügung. Es ist absolut unzumutbar, daß die sanitären Anlagen nicht nach Geschlechtern getrennt sind, obwohl Frauen, Männer und Kinder untergebracht sind.

An den Fenstern fehlt Sichtschutz und im Erdgeschoß zusätzlich Rolläden als Sicherheitsmaßnahme. Man kann ungehindert von draußen reinschauen, nicht sehr angenehm für die Flüchtlinge. Das Essen kommt jeden Tag mit einem Kleinbus aus Heilbronn. In einem Raum, der den Namen Küche noch nicht verdient, wurden Kochplatten aufgestellt, um Müttern von Kleinkindern die Möglichkeit zu geben, Babynahrung zu zubereiten. Noch gibt es dort keinen Schrank oder Kühlschrank, auch ein Topf war nicht zu sehen.

Sicher, mit einem Bett und einem Stuhl und ausreichendem Essen sind erst einmal die allernotwendigsten Bedürfnisse gedeckt. Aber ein menschenwürdiges Leben ist damit noch nicht gewährleistet. Die Flüchtlinge haben im Lager keine sinnvollen Beschäftigungsmöglichkeiten. Da bleibt nichts Anderes, als zum Fenster hinauszuschauen und auf bessere Zeiten zu warten.

Wenn das Hauptgebäude auch belegt ist (die zeitlichen Angaben schwanken zw. 3 Wochen und 6 Monaten), ist das Ghetto perfekt. Bewachung, hohe Zäune, viele Menschen auf engstem Raum, und miserabler Außenzustand von Gebäude und Anlagen sind keine menschenwürdige Unterbringung.



Verharmlosend wird vom "Mannheimer Morgen" über einen der ersten(?) Übergriffe auf das Flüchtlingslager berichtet. Die AngreiferInnen werden als "Halbwüchsige" tituliert, die sich einfach so mit "Stöcken" bewaffnen und "drohen"! Ein anderer Artikel vom selben Tag berichtet von einem "naturegegebenen Spannungsverhältnis" zwischen den SchönauerInnen und den Flüchtlingen. Es wird ein biologistischer Rassismus suggeriert.

S5

## Probleme nicht unter den Tisch kehren MM Fr. 29.5.92

### Beirat will sich verstärkt um Asylbewerber in Gendarmerie-Kaserne kümmern

Friede, Freude, Eierkuchen - nichts davon auf der Schönau. Es gibt eine Drogenszene, es gibt dort draußen auch einen Alkoholsumpf und es gibt noch einen ganzen Rattenschwanz hausgemachter Probleme sowie seit fünf Monaten eine neue Schwierigkeit. Das Land hat eine Unterkunft für Asylbewerber in den Gendarmerie-Kasernen eingerichtet, dort kriselt's und kracht's zuweilen. Ein naturegegebenes Spannungsverhältnis zu den Schönauern hat sich entwickelt, aber kein gottgewolltes: CDU-Stadträtin Regina Trösch, im Glauben fest und voll guten Mutes, will zwischen den Fronten vermitteln.

Als Vorsitzende des Beirates, der die Interessen von Kasernenbewohnern und Stadtteilchefs ausgleichen will, hat sie nicht die Absicht, die Konflikte unter den Teppich zu kehren. Trösch will alles, was sich an Ärger, Verstimmung und Zorn aufgestaut hat, offen auf den Tisch bringen. Demnächst sollen die Anwohner im Umfeld der Gendarmerie-Kasernen auf einer Bürgerversammlung ihrem Herzen Luft machen.

Und rund um den Kasernenhof hat sich bei manchen Schönauern Aggression angesammelt. Lärm in der Nacht, Trinkgelände

musste Benz drei Männer nach Wiesloch einweisen lassen. Einer war kollabiert, als ihn die Nachricht vom gewaltsamen Tod seines Bruders erreichte.

Keiner war da, der ihn auffangen konnte. Die Betreuungssituation ist noch immer nicht geregelt, da die Liga der freien Wohlfahrtsverbände und das Land wegen der Finanzierung im Clinch liegen. Einsteilen, bis die Kostenseite geregelt ist, macht ein Helfer vom Caritasverband so gut es eben geht Notdienst im Landeslager.

Ein kurzer Aufenthalt, viele bleiben nur einige Tage, kaum Zeit zum Kennenlernen, geschweige denn, die Neuankünfte zu integrieren. Aber immerhin Gelegenheit, ihnen vielleicht ein bißchen Abwechslung zu bieten. Eine Fahrradwerkstatt, wo alte Drahtesel auf Vordermann gebracht werden, will der Beirat jetzt im Kasernengelände einrichten. Ein Kinderspielplatz wäre sicherlich kein übertriebener Luxus. Auch der Aufenthaltsraum sollte mit alten Couchgarnituren wohnlich bestückt werden, meint Regina Trösch, damit die Leute nicht aus dem Haus auf die Straße getrieben werden. Dies und das anzuleiern, ein bißchen Beschäftigung ins tatenlos-graue Leben auf der Wartebank bringen, dann könnte das Zusammenleben fast glatt funktionieren, glaubt der Beirat. Freilich nie ganz reibungslos, denn bei Deutschen wie bei Ausländern, überall gebe es halt "solche und solche".

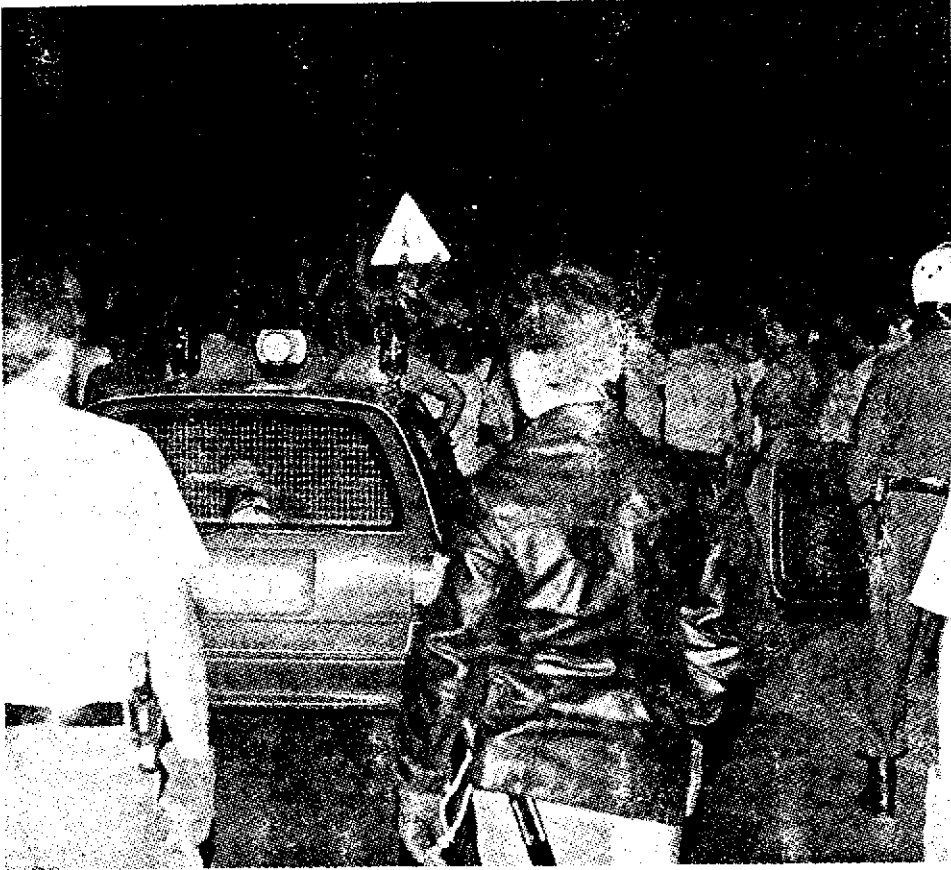
### Raubüberfall 25.5.92

Opfer eines Raubes wurde am Mittwoch gegen 16 Uhr ein Türke in einem parkähnlichen Gelände neben der Peter-Petersen-Schule auf der Schönau. Fünf unbekannte Männer, vermutlich US-Soldaten, umringelten ihn und forderten auf englisch Geld von ihm. Nachdem er nicht reagierte, rissen die Täter den Mann zu Boden, schnitten ihn mit einem Teppichmesser mehrmals im Gesicht, am Bauch und an den Beinen und raubten ihm eine Geldbörse mit 2000 Mark. Drei der Täter waren Farbig, von denen einer einen weißen Nasenring trug und 1,90 Meter groß ist. Die Räuber sind 20 bis 35 Jahre alt und haben an den Schläfen extrem kurze, auf dem Kopf aber etwas längere Haare. Sie trugen alle blaue Jeans mit braunen Seitenstreifen sowie blaue Kurzarmhemden mit verschiedenen Aufdrucken. Zeugenhinweise erbittet die Polizei unter der Rufnummer 74 79 32. MM Fr. 29.5.92

### Streit vereitelt Pol. verb.

Offenbar in Streitabsicht versammelte sich am Dienstagabend eine größere Gruppe von Jugendlichen vor dem Wohnheim in der Lilienthalstraße, wo Asylbewerber untergebracht sind. Die Halbwüchsigen hatten sich mit Stöcken bewaffnet und bereits droht. Die Polizei rückte mit mehreren Funkstreifenwagen an und sicherte das Anwesen. Die Beamten redeten auf die Jugendlichen ein und konnten sie schließlich überzeugen, die Stätte zu verlassen. Vor dem Asylantenheim blieb es die ganze Nacht ruhig.

Sa 30.5.'92 Ur 14M



Verstärkung aus den benachbarten Bundesländern mußte die Polizei anfordern, um der aufgebrachten Menge vor einer Unterkunft für Asylbewerber im Mannheimer Norden Herr zu werden.  
Bild: Cerny

## Drohungen gegen Asylbewerber

### Polizei in Mannheim verhindert Übergriffe

Von unserem Redaktionsmitglied  
Jan Cerny

**Mannheim.** Nur durch einen Großeinsatz konnte die Polizei Übergriffe auf eine Unterkunft für Asylbewerber im Mannheimer Stadtteil Schönau verhindern. Vor dem Heim hatten sich am späten Donnerstagabend an die 400 Menschen versammelt, unter ihnen zahlreiche ange-trunkene Jugendliche, die den Asylbewerbern mit Gewalt drohten. Die Polizei hatte sie zwar erwartet, doch angesichts der Menschenmenge forderte sie Verstärkung aus Rheinland-Pfalz und Hessen an. Eine ganze Hundertschaft hielt die aufgebrachte Menge in Schach.

Unterdessen versuchte Oberbürgermeister Widder die Menschen zu beruhigen

und sie zum Verlassen der Stätte zu bewegen. Seine Bemühungen waren umsonst. Am Ende mußte die Polizei die Randalierer zurückdrängen und die Umgebung des Heimes abriegeln. Über 20 Jugendliche wurden in Gewahrsam genommen, einige kamen erst am nächsten Morgen frei.

Ausgelöst wurden die Feindseligkeiten durch haltlose Gerüchte, wonach einer der Asylbewerber eine 16jährige Schönauerin vergewaltigt haben soll. Wie die Polizei gestern mitteilte, handele es sich um ein Mädchen, das für einen farbigen Zivilamerikaner „anschaffte“ und von dem mehrmals vergewaltigt worden war.

Da dies nicht der erste Zwischenfall war, fährt die Polizei seitdem ununterbrochen Streife in der Umgebung des Heimes.

Stoffhose. (red) RP Sa 30.5.92

### Polizei schützt Asylantenheim

Vor aufgebrachten Bürgern mußte die Polizei am Donnerstag eine Unterkunft für Asylbewerber im Stadtteil Schönau schützen. Gerüchte um die angebliche Vergewaltigung einer 16jährigen Deutschen durch einen Afrikaner hatten bis zu 300 teilweise betrunkene Randalierer vor die Unterkunft gelockt. In Sprechchören wurde den Asylbewerbern Gewalt an-

gedroht. Die Polizei riegelte daraufhin die Unterkunft ab. Oberbürgermeister Gerhard Widder rief die Schönauer Bürger gestern in einem Schreiben zu Ruhe und Besonnenheit auf. Er stellte klar, daß es sich bei dem vermutlichen Vergewaltiger des Mädchens um einen 26jährigen Zivilamerikaner handelt, der mit der Asylantenunterkunft nichts zu tun hat. Widder kündigte an, die Zahl der alleinstehenden Männer in der Unterkunft zu reduzieren. (red)

Am 28. Mai kommt es zu dem ersten größeren Angriff auf die Flüchtlinge, von rechten Jugendlichen die von über 200 AnwohnerInnen unterstützt werden. Die Presse spricht von "aufgebrachten Bürgern"!  
S6

# Polizei im Großeinsatz schützt Asylbewerber

## Auf der Schönau brodeln Unmut

Von unserem Redaktionsmitglied  
Jan Cerny

Seit Tagen fährt die Polizei Sonder-  
einsätze, um das Asylbewerber-  
heim in der Gendarmeriekaserne  
vor Übergriffen zu schützen. In der  
Nacht zum gestrigen Freitag er-  
reichten die Randalen einen vorläufi-  
gen Höhepunkt. Nachdem sich vor  
dem Heim an die 400 Menschen  
versammelt hatten, forderte die  
Mannheimer Polizei mehr als 50  
Mann Verstärkung aus den benach-  
barten Bundesländern an, darunter  
auch Hundeführer aus Heidelberg,  
Darmstadt und Pforzheim. Wohl-  
nur so konnte eine Eskalation der  
Gewalt verhindert werden.

Noch nach Mitternacht standen sich in  
der Lilienthalstraße in der Nähe zur Kat-  
towitzer Zeile zwei Fronten gegenüber.  
Auf der einen Seite zumeist angetrunkene  
Jugendliche, die in Richtung Gendarmerie-  
kaserne feindliche Parolen an die  
Adresse der Asylanten grölten, ihnen ge-  
genüber eine geschlossene Reihe von be-  
helmten Polizisten mit Schlagstöcken in  
den Händen. In der Luft lag Spannung,  
wenige Minuten zuvor war aus der An-  
sammlung der Jugendlichen eine Flasche  
geworfen worden, sie traf einen Polizi-  
sten.

Kurze Zeit später erscholl das Kom-  
mando zum Eingreifen. Die Beamten  
stürzten sich auf den harten Kern der  
Randalierer und nahmen etwa zwei Dut-  
zend von ihnen fest. Einige von ihnen blie-  
ben bis zum Morgen in Gewahrsam. Die  
Menge löste sich dann langsam auf, zu-  
rück blieb eine Polizeieinheit und eine mit  
Scherben übersäte Lilienthalstraße. Ge-  
gen 0.30 Uhr rückte eine beim Stadtreini-  
gungssamt angeforderte Kehrmaschine an.

Angefangen hatte die Auseinanderset-  
zung am Abend des Feiertags Christi  
Himmelfahrt. Beim Waldfest der Schön-  
nauer Siedlergemeinschaft kam es - nie-  
mand weiß genau warum - zu einer üblen

Schlägerei, erst der Polizei gelang es, die  
Streithähne zu trennen. Daraufhin erklär-  
ten die Organisatoren das Fest für been-  
det. Bis dahin hatte aber schon ein Ge-  
rucht die Runde gemacht, wonach ein Be-  
wohner des Asylbewerberheimes ein  
16jähriges Mädchen vergewaltigt habe  
(siehe nebenstehenden Bericht).

Zahlreiche bereits stark angetrunkene  
Jugendliche zogen vom Festgelände di-  
rekt zur Gendarmeriekaserne. Dort ge-  
sellten sich Anwohner zu ihnen, am Ende  
standen an die 400 Menschen vor dem  
Heim, unter ihnen zahlreiche Schaulusti-  
ge, zum Teil sogar Mütter mit kleinen  
Kindern. Inzwischen hatte die Polizei un-  
ter der Führung von Kriminaldirektor  
Manfred Leopold alle verfügbaren Kräfte  
zusammenggezogen. Nach und nach trafen  
weitere Mannschaftswagen aus Baden,  
an der Autobahnpolizei, aus Ludwigsha-  
fen, Darmstadt und Frankfurt ein, das  
Heim wurde hermetisch abriegelt, die  
anliegenden Straßen gesperrt.

Unterdessen versuchte Stadträtin Regi-  
na Trösch die Leute dazu zu bewegen,  
nach Hause zu gehen. Entnervt gab sie es  
nach einer Stunde auf. Kein Erfolg war  
auch Oberbürgermeister Widder beschie-  
den, der herbeieilte und auf die Leute ein-  
redete: „Lassen sie es nicht zu, daß sich  
auf der Schönau Gewalt ausbreitet“. Statt  
Verständnis schlugen dem OB Pfiife und  
Mistfäden gegen Asylbewerber entge-  
gen. Und mit der Ankündigung, er selbst  
würde sich des Problems um das Asylbe-  
erberheim annehmen, erntete Widder  
nur Gelächter. Statt sich zurückziehen,  
ernteten einige Burschen Feuerwerkskör-  
per ab.

Die Polizei riegelte die Lilienthalstraße  
ab, dennoch gelang es mehreren Gewalt-  
tätigen, den Zaun zur Gendarmeriekaserne  
durchzuschneiden. Die Polizei sicherte  
das Heim aber ab, noch bevor es zu Hand-  
lungsfähigkeiten kommen konnte. Am Ende  
sahnte sich Polizeipräsident Knut Feld-  
mann vor Ort davon überzeugen, daß in  
dieser turbulenten Nacht niemand verletzt  
wurde. Für die Polizei endet die Sache da-  
mit freilich nicht. In den nächsten Tagen  
wird das Heim unter ständiger Bewa-  
chung stehen.

## Widder richtet Brief an die Schönauer

In einem offenen Brief an die Schön-  
nauer mahnt Oberbürgermeister Ger-  
hard Widder die Bürger zur Beson-  
nenheit. Sie sollen sich nicht im Zu-  
sammenhang mit der Asylbewerber-  
Unterkunft in der Lilienthalstraße zu  
unüberlegten Handlungen provozie-  
ren lassen. Er selbst habe gestern mit  
dem Regierungspräsidium eine Reihe  
von Maßnahmen erörtert, die zu einer  
Entspannung auf der Schönau beitra-  
gen sollen. Zunächst werde dafür ge-  
sorgt, daß baldmöglichst der Anteil  
von Flüchtlingsfamilien mit Kindern  
deutlich erhöht und der Prozentsatz  
der jungen Alleinstehenden gesenkt  
werde.

Als Sofortmaßnahme werde der  
Pfortnerdienst in der Gendarmerieka-  
serne verstärkt. Dieser solle dafür sor-  
gen, daß Provokationen und Lärmbe-  
lästigungen seitens der Heimbewoh-  
ner unterbleiben. Bewohner, die ge-  
gen diese Anweisungen verstoßen,  
müssen die Sammelunterkunft sofort  
verlassen.

Schließlich empfiehlt Widder den  
Schönauern, eventuellen Ansammlun-  
gen vor dem Heim fernzubleiben. Bei  
etwaigem Einschreiten der Polizei  
könne nicht ausgeschlossen werden,  
daß auch Unbeteiligte betroffen seien.

jan

Der "Mannheimer Morgen" beauftragt seinen Chefhelfer Jan Cerny  
(Tel: 0621/414121) ausführliche Stimmungsmache zu betreiben und die  
Vorfälle auf der Schönau runterzukochen. Die Angreifer werden als  
"Burschen" verniedlicht. 57



# Schlafende Hunde?

MM, 30.5.92

Seit Tagen kommt die Schönau nicht zur Ruhe. Es gärt und brodelt im Stadtteil. Die Ergebnisse der Landtagswahl waren schon alarmierend genug. Die Stimmung ist gereizt. Gerüchte laufen um und heizen dumpfe Aggressionen auf. Zielscheibe ist vor allem die Gendarmeriekaserne, die als Durchgangslager für Asylbewerber dient. Die Schönau ist ein Pulverfaß, das jederzeit explodieren kann.

Jedoch: Offiziell will man es nicht so recht wahrhaben. Als am Dienstag mit Baseballschlägern bewaffnete Trupps nach der Schönau zogen, meldete die Polizei verharmlosend: „Die Beamten redeten auf die Jugendlichen ein und konnten sie überzeugen, die Stätte zu verlassen.“

Am Mittwoch dasselbe Theater. Rückfrage bei der Polizei: Keine besonderen Vorkommnisse. Am Donnerstag schließlich: Ein großes Waldfest mußte wegen Randalen abgebrochen werden. Die Polizei wußte angeblich nichts, obwohl sie am Tatort war. Es gab Zusammenrottungen in der Nähe der Kaserne, Zwischenfälle konnten durch mit hessischen, rheinland-pfälzischen und ande-

ren Einsatzzügen verstärkte Polizeitruppen vermieden werden.

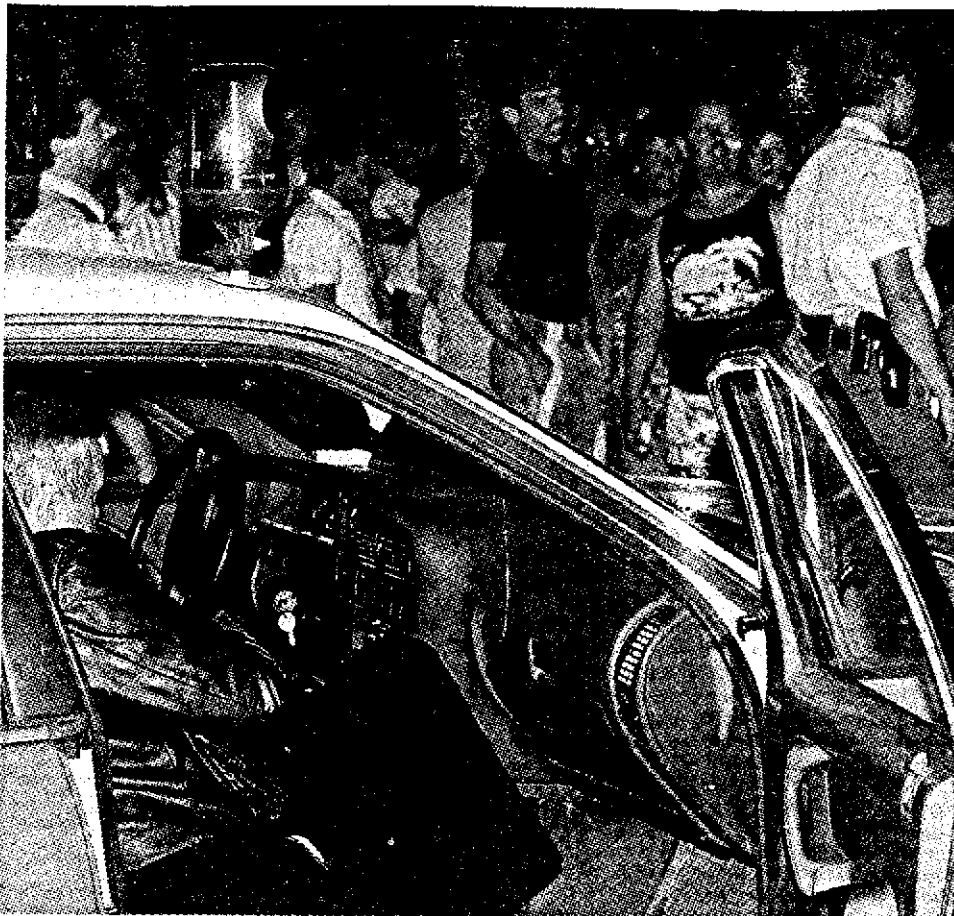
Aber auch das war der Polizei am nächsten Tag nur eine nebulös formulierte 17-Zeilen-Nachricht wert, ohne exakte Zahlen, ohne die harten Fakten, kaum mehr als sie sonst für jeden Bagatell-Unfall aufwendet. Die Polizei, dein Freund und Schweiger?

Bis jetzt hat ja die massive Präsenz der Beamten präventiv Wirkung gezeigt. Sie hat Schlimmeres verhüten können. Das verdient Anerkennung.

Aber es hat keinen Sinn, die Probleme auf der Schönau unter den Teppich zu kehren, zu beschwichtigen und so zu tun, als sei in dem „mutigen kleinen Stadtteil“ (so eine Betreuergruppe der Gendarmerie-Kaserne) alles Friede, Freude, Eierkuchen. Die Verhältnisse zu beschönigen, gar eine Nachrichtenzensur auszuüben – und das ist es beinahe, was die Polizei zur Zeit dort praktiziert – ist die falsche Politik. Das untergräbt die Glaubwürdigkeit. Schließlich gibt es genug Augenzeugen.

Das Argument, man könne damit schlafende Hunde wecken, zieht nicht. Die Hunde schlafen schon längst nicht mehr.

MacBarchet



Offenbar auf Zoff waren zahlreiche Jugendliche aus, die sich vor der Sammelunterkunft in der Gendarmeriekaserne versammelten. Kriminaldirektor Manfred Leopold (im Streifenwagen), der zunächst den Polizeieinsatz leitete, versuchte immer wieder, über das Megaphon auf sie beruhigend einzuwirken und sie zum Verlassen der Lilienthalstraße zu veranlassen. Bild: MM

Interessant, auch hier die Formulierungen der Presse. Der Kommentar ist mit militärischen Ausdrücken gespickt. Selbst die Lokalpresse motzt über die Bulleninfos und beklagt sich über die dürftigen Nachrichten, die sie aber später (gegen links) unbedarft übernimmt und deren Wahrheitsgehalt nie anzweifelt.

S8



# Gerüchte um Vergewaltigung

Stadträtin Trösch: „Die wollen ein Opfer sehen“ *1/17, 30.5.92*

Die offenen Feindseligkeiten gegen die Asylbewerber in der Gendarmeriekaserne auf der Schönau dauern seit Dienstag an. Den Anlaß für den unverhüllten Haß lieferte ein kurzes Gerücht, wonach ein afrikanischer Asylbewerber ein 16jähriges Mädchen vergewaltigt haben soll. Nach Erkenntnissen der Polizei handelt es sich eindeutig um Unsinn.

Holger Ohm, Pressesprecher der Polizei: „Das Gerücht ist falsch, einige Bewohner saßen einer Vermischung von Halbwahrheiten und Spekulationen auf. Tatsächlich habe die Kriminalpolizei in den letzten Tagen gegen einen 28jährigen farbigen Zivilamerikaner ermittelt, der bei seiner Festnahme die Personalien eines existierenden Chanesen angegeben hatte. Der Mann kommt jedoch aus dem Stadtteil Brooklyn in New York, USA.“

Den Ermittlungen zufolge lebte die 16jährige Schönauerin die letzten acht Monate mit dem Amerikaner. Beide hatten keine feste Wohnung, kamen zumeist bei Bekannten unter, zuletzt im Insterburger Weg auf der Schönau. Gegenüber der Polizei gab das Mädchen an, sie hätte für den Mann in der Innenstadt als Prostituierte anschaffen müssen. Er habe sie auch mehrmals vergewaltigt. Anlaß für die Auseinandersetzung sei, daß sie sich von ihm trennen wollte.

Bei der Vernehmung durch die Polizei erzählte der Mann eine völlig andere Version der Ereignisse. Die Kriminalpolizei ist dabei, mehr Licht in die Tatumstände zu bringen. Jedenfalls ist für sie klar, daß kein Asylbewerber mit dem Leid des Mädchens etwas zu tun hat.

Unterdessen versuchen Politiker, Poli-

zei und einige engagierte Schönauer Bürger, die Wogen in dem Stadtteil zu glätten. Stadträtin Regina Trösch, die selbst bei der Auseinandersetzung zwischen den Jugendlichen und der Polizei am Donnerstagabend dabei war, befürchtet, daß einige aufgebrachte Schönauer ein Opfer unter den Asylbewerbern sehen wollen. Für sie ist die Sache noch lange nicht ausgedrängt. Sie will nun verstärkt darauf drängen, daß die Schönau nicht allein mit ihren Problemen gelassen wird. Die Stadträtin, die auch Mitglied eines Beirats ist, der sich des Zusammenlebens der Schönauer mit mit Asylbewerbern annimmt, ist jetzt erst recht „wild entschlossen“, sich für das Miteinander zu engagieren.

Franz Drechsler von der Siedlergemeinschaft Schönau spürt, daß die Spannung seit Wochen in der Luft liegt. Er selbst will beruhigend auf die Menschen einwirken. „Ich hoffe, daß am Ende die Vernunft siegt“, so Drechsler.

Dieselbe Hoffnung hegt auch Oberbürgermeister Gerhard Widder, der sich ebenfalls in der turbulenten Nacht auf lange Diskussionen mit den Bürgern in der Lilienthalstraße einließ. Als sie dann von der Polizei zurückgedrängt wurden, mischte er sich sogar unter sie, um zu einem geordneten Rückzug beizutragen. Über ein Polizeimegaphon versprach er, sich persönlich der Problematik um das Asylantenheim anzunehmen. Vor allem beschwor er die Schönauer „im eigenen Interesse Besonnenheit zu wahren und keine Gewalt in dem Stadtteil zuzulassen“. Gestern richtete Widder nach einer Besprechung mit dem Regierungspräsidentium Karlsruhe, das das Heim mit Afrikanern und Albanern belegt, einen offenen Brief an die „Lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Schönau“ (siehe nebenstehenden Kasten).



Mitten in die aufgebrachte Menge wagte sich Oberbürgermeister Widder, um sich die Klagen der Schönauer über die Asylbewerber anzuhören. Dabei erfuhr das Stadtoberhaupt unter anderem, daß die Bewohner der Sammelunterkunft in der Gendarmeriekaserne aus den Fenstern die Schönauer provozieren. Nach einer stundenlangen Diskussion und dem Versprechen, sich um die Probleme zu kümmern, bat Widder die zumeist jungen Menschen, die Lilienthalstraße zu verlassen. Als die Polizei die Menge zurückdrängte, blieb Widder unter den Bürgern.

Bild: MM

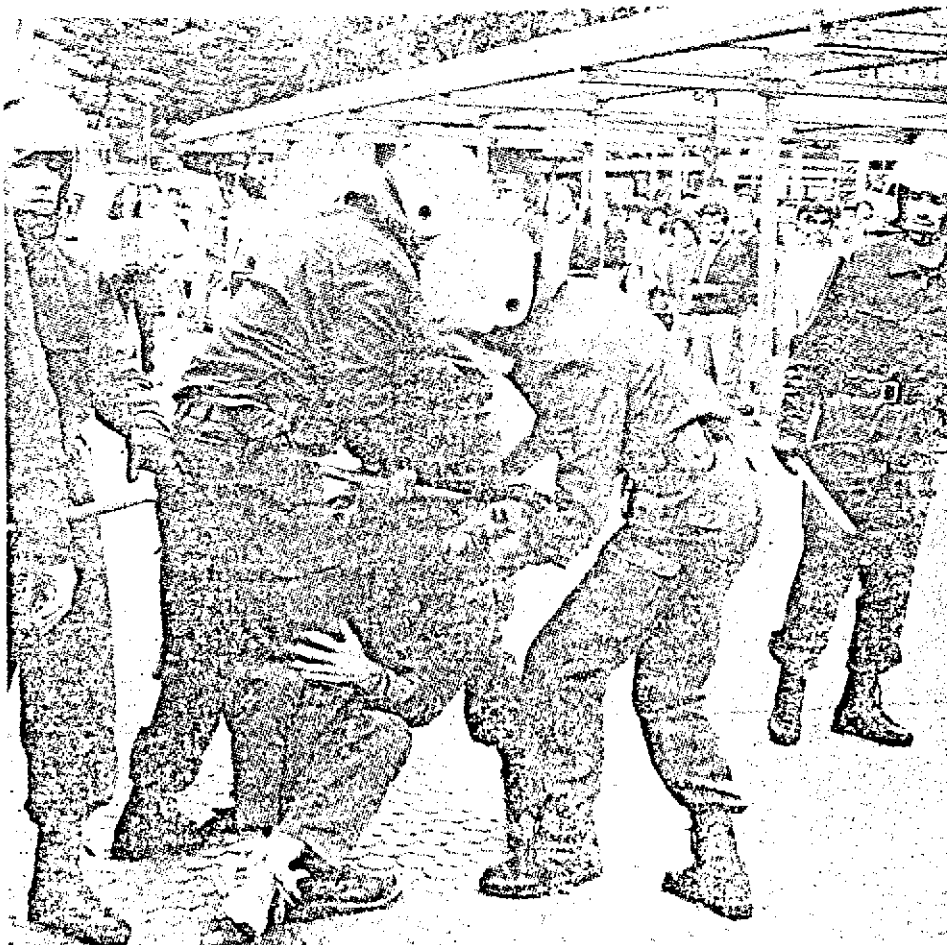
Die Ursache der haßerfüllten Stimmung gegen die Flüchtlinge wird auf ein Gerücht reduziert. Als ob es vorher in den Medien keine Artikel gab, die diese Stimmung erzeugten!



Erst durch den massiven Einsatz der Polizeikräfte aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen gelang es, die Menschenmasse von der Asylbewerber-Unterkunft zurückzudrängen und die Lilienthalstraße abzusperren. Am Ende des Einsatzes wurden gut zwei Dutzend Jugendliche in Gewahrsam genommen. Bild: MM

MM 30.5.92

Hier ein Vergleich von Wortwahl und Bildern des "MM" zu unterschiedlichen Zeitpunkten und unterschiedlichen "Gegnern". S10



Die ersten Demonstranten nahm die Polizei auf dem Paradeplatz fest.

MM 9.6.92

Nachricht an die im Gemeinderat vertretenen  
Parteien sowie Herrn Stadtrat etc

Erklärung Widder vom 29.5.92

Erste Stellungnahme von Mannheims OB Widder die als Flugzettel auf der  
Schönau verteilt wurde. S11

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Schönau,

in den letzten Tagen gab es wiederholt Ansammlungen berunruhigter  
Bürgerinnen und Bürger vor der Landesunterkunft für Asylbewerber in  
der Lilienthalstraße. Offensichtlich waren hierfür in starkem Maße  
Gerüchte ursächlich, nach denen es Straftaten von Asylbewerbern gegen  
Bewohner ihres Stadtteils gegeben haben soll. Insbesondere war von  
einer versuchten Vergewaltigung einer 16 Jahre alten, auf der Schönau  
wohnenden, Jugendlichen durch einen afrikanischen Asylbewerber die  
Rede. Tatsächlich hat aber die Kriminalpolizei einen 26jährigen,  
ebenfalls auf der Schönau aber nicht in der Landesunterkunft wohnhaf-  
ten Zivilamerikaner als Tatverdächtigen ermittelt.

In einer heute von mir einberufenen Besprechung mit dem Land (Regie-  
rungspräsidium Karlsruhe) wurde eine Reihe von Maßnahmen erörtert,  
die zu einer Entspannung der Situation auf der Schönau beitragen  
sollen. Zunächst wird dafür gesorgt, daß baldmöglichst der Anteil von  
Flüchtlingsfamilien mit Kindern deutlich erhöht wird und der Anteil  
von jungen Alleinstehenden gesenkt wird. Durch die aktuelle Zugangs-  
situation bei der zentralen Anlaufstelle in Karlsruhe mußte in den  
letzten Wochen vorübergehend eine größere Anzahl alleinstehender jun-  
ger Männer untergebracht werden. Dies wird jetzt wieder korrigiert.

Als Sofortmaßnahme wird der Pförtnerdienst deutlich verstärkt. Dieser  
wird auch Sorge dafür tragen, daß Provokationen und Lärmbelästigungen  
seitens der Bewohner der Sammelunterkunft unterbleiben. Bewohner der  
Sammelunterkunft, die gegen die Anweisungen verstossen, müssen die  
Sammelunterkunft unverzüglich verlassen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, ich bitte Sie eindringlich,  
sowohl in Ihrem eigenen Interesse, als auch im Interesse des  
Stadtteiles und unserer Stadt insgesamt um Besonnenheit. Sie dürfen  
versichert sein, daß Stadtverwaltung, Regierungspräsidium und Polizei  
alles tun werden, um die Ruhe und Sicherheit auch künftig zu gewähr-  
leisten. Lassen Sie sich keinesfalls zu unüberlegten Handlungen pro-  
vozieren oder gar mitreißen. Die Polizei wird auch weiterhin rund um  
die Sammelunterkunft präsent sein. Ich empfehle Ihnen dringend: Blei-  
ben Sie evtl. Ansammlungen vor der Unterkunft fern! Bei aller Beson-  
nenheit polizeilichen Handelns kann nicht ausgeschlossen werden, daß  
bei einem notwendigen Einschreiten auch Unbeteiligte betroffen sein  
können.

Indem ich auf Ihr Verständnis setze, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen



Gerhard Widder  
Oberbürgermeister

Ludwigshafen, 1.6.92

## "Hoyerswerda" in Mannheim-Schönau??

In der letzten Woche kam es in Schönau zu relativ massenhaften Aktionen gegen die Asylbewerber im Landessammellager und in der Folge zu massiven Bulleneinsätzen gegen eine Menge von aufgebrachten Anwohnern und Jugendlichen. Unsere Informationen darüber, wie sich das entwickelt hat und wie's dann abgelaufen ist sind noch lückenhaft und stützen sich teilweise auf Erzählungen von Einzelnen. Wir schreiben trotzdem mal zusammen, was wir bis jetzt wissen:

Seit der Einrichtung des Lagers im Dezember letzten Jahres waren immer wieder kleinere "Grüppchen" von Leuten vor das Lager gezogen und hatten da rumprovoziert. Es gab wohl eine von einer Stadträtin einberufene Bürgerversammlung. Es soll "Probleme" mit den Asylanten gegeben haben: Lärm, Dreck, aus den Fenstern des Lagers geworfene Bierflaschen, Scherben auf dem Schulhof gegenüber, Anmache von Passantinnen....

Einen ersten größeren Schub von Empörung "der Schönauer" und Stimmungsmache gegen die Asylbewerber gab es im Frühjahr: Die Asylanten sollten morgens, wenn keine Jugendlichen da sind, die Turnhalle des Jugendzentrums nutzen können. Ein Sozialarbeiter stellte sich öffentlich dagegen mit der Begründung, die Asylanten würden die gerade zerschlagene Drogenszene neu beleben. Es kam zu einer Leserbriefauseinandersetzung im Mannheimer Morgen und die Asylanten durften die Turnhalle nicht nutzen.

Am Dienstag den 26. Mai (?) kam das Gerücht der Vergewaltigung einer 16-jährigen Schönauerin auf. Es machte in Schönau die Runde, es sei ein Ghanese aus dem Lager gewesen und es versammelten sich eine mit Baseballschlägern oder Stöcken bewaffnete Gruppe von Jugendlichen vor dem Lager. Aus dem Polizeibericht: "Die Polizei rückte mit mehreren Funkstreifenwagen an und sicherte das Anwesen. Die Beamten redeten auf die Jugendlichen ein und konnten sie schließlich Überzeugen die Stätte zu verlassen." Über die weitere Entwicklung am Mittwoch wissen wir nichts. Am Donnerstag gibt es auf einem Vatertagsfest in der Nähe des Lagers eine Massenschlägerei bei der die Bullen eingreifen. Das Fest wird schließlich aufgelöst. Viele Besoffene gehen daraufhin zum Asylantenheim. Es sammelt sich ein "Mob" von ca. 400 Leuten (Anwohner, Jugendliche, Besoffene, Alte und Junge ...). Es wird ein massives Aufgebot an Bullen aus verschiedenen Bundesländern zusammengezogen und als Riegel vor dem Lager postiert. Es werden ausländerfeindliche Parolen gegröhlt, Bierflaschen und Böller fliegen in Richtung Bullen. Der Mannheimer OB mischt sich in die Menge und versucht zu beschwichtigen. Die Bullen fangen an, die Straße vor dem Heim zu räumen. Der OB bleibt in der Menge, "um den geordneten Rückzug zu gewährleisten". Diese Räumung soll relativ "liebepoll" gelaufen sein. Ca. 30-50 Jugendliche schneiden an der Rückseite des Lagers ein Loch in den Zaun. Daraufhin laufen die Bullen Streife im Lager. Es kommt zu Verfolgungsszenen und Knüppeleien in der näheren Umgebung des Lagers. Viele Festnahmen; drei Reviere sind überfüllt.

Freitag, 29.5.: Der OB läßt ein Flugblatt an die Schönauer verteilen mit dem Tenor, er werde für Ordnung im Asyllager sorgen und außerdem die Zusammensetzung der Asylanten verändern: weniger alleinstehende Männer, mehr Familien; außerdem sei der Vergewaltiger des Mädchens kein Asylant sondern ein Zivilamerikaner gewesen. Er fordert die Schönauer auf, nicht mehr vor's Lager zu kommen; die Polizei könne bei möglichen Einsätzen nicht ausschließen, daß auch "Unbeteiligte" was abkriegen. Abends versammeln sich wieder ein paar Hundert Leute in der Straße. Die Bullen riegeln wieder ab und räumen. Es ist noch unklar, in welchem Maß es wieder zu Knüppeleien kommt.

Gegen 22 Uhr treffen sich ca. 40 Linke in einer Kneipe und fahren nach Schönau. Um 23 Uhr sieht's dort so aus: es stehen nur noch kleine Gruppen von Leuten rum. Sie können uns wohl teilweise noch nicht einordnen. Einige der Schönauer gehen davon aus, daß wir auch gleich auf die Mütze kriegen. Das passiert aber nicht, aber die Bullen begleiten uns. Wir machen eine Demo durch die Strasse vor's Lager und zurück. Die Asylbewerber haben sich zurückgezogen, es ist dunkel im Lager, wir wissen nicht, ob sie uns unterscheiden können von der ausländerfeindlichen Menge, die bis 22 Uhr davor war, bis die Bullen sie wegräumten. Der Großteil der Demoteilnehmer fährt nach Hause. Wir diskutieren/streiten mit einigen Anwohnern. Es bildet sich schnell eine Traube von etwa 20 Leuten. Sie sind sehr wütend auf den ihrer Darstellung nach sehr harten Bulleneinsatz. Sie hetzen und schimpfen auf die Asylanten. Es sind auch einige Türken, eine Jugoslawin, ein "Farbiger" (möglicherweise GI-Kind) dabei, die auch sehr wütend gegen die Asylanten hetzen. Außen rum sind einige Jugendliche, die "Deutschland den Deutschen" und "Linke raus" rufen, was aber bei den Anwohnern nicht auf Begeisterung gestoßen ist. Die Bullen ziehen sich zurück. Es wird zunehmend brenzlicher und wir ziehen uns auch zurück.

Samstag, 30.5.: Ab 20 Uhr sind etwa 100 Linke und Alternative vor dem Lager. Als sich die Straße (nach dem Länderspiel) wieder mit Schönauern füllt bilden die Bullen mit 2 Sperren einen Puffer von ca. 50 Metern zwischen "uns" und "den Schönauern", wo keiner durchkommt. Wir haben deshalb nicht mitgekriegt wieviele Leute dort waren und wie sie drauf waren. Lediglich einmal haben wir (aus 50 Meter Entfernung) die Festnahme von drei Jugendlichen beobachtet, die vermutlich eine Flasche auf die Bullen geworfen haben. Ein Teil "unserer" Demo hat auf diesen Polizeieinsatz mit klatschen reagiert. Es gibt eine Diskussion, ob wir noch eine Demo die Straße hoch machen um gegenüber "den Schönauern" Stärke zu demonstrieren; läuft aber nicht, wegen der Unkalkulierbarkeit der Situation und weil wir zu wenige sind.

Zwischen den Linken und den Asylanten entwickeln sich durch den (inzwischen verstärkten) Zaun und die ("aus Sicherheitsgründen" inzwischen vergitterten) Fenster Gespräche. Sie sind sehr froh, daß wir da sind. Ins Lager kommt man in dieser Situation nicht: das Regierungspräsidium hat einen Erlaß gemacht, daß kein "Unbefugter" auf's Gelände kommt. Die Bullen "empfehlen" den Asylanten, das Lager nicht zu verlassen; sie haben angeblich einen Einkaufsdienst für die Asylanten

eingrichtet. Vor Auflösung der Demo wird ein spontaner Redebeitrag gehalten. Kurz nachdem wir gegen 22 Uhr abgezogen sind, haben die Bullen die Ansammlung von einigen Hundert Schönauern aufgelöst und 28 Personen "vorrübergehend in Gewahrsam genommen."

Bis jetzt wissen wir noch nicht, ob samstag Nacht noch was passiert ist. Heute, Sonntag, 31.5 war gegen 20 Uhr Ruhe vor dem Lager. Im Lager etwa 6 Wannan.

#### Zum Asylantenheim:

Dieses Lager wurde vor 5 Monaten eingerichtet. Es ist eine ehemalige Gendarmeriekaserne, dann war es Gelände der US-Armee. ( Es gab in Mannheim, wie auch andernorts eine öffentliche Diskussion, über die weitere Nutzung von Militärgebäuden der abziehenden Amis - möglicherweise gab es in Schönau einen Konflikt Wohnungen gegen Asyllager ) Es ist ein Landessammellager. Die Asylanten kommen von der Grenze in die ZAST in Karlsruhe, von dort z.B. in das Lager in Schönau, von dort werden sie auf die Städte verteilt. Die Belegungspolitik im Lager/Schönau ist etwas unklar. Viele sind nur einige Tage da, einige aber auch 3,4 Monate. Das Lager war überfüllt, d.h. ca. 230 Leute. Als Reaktion auf die Randalen haben sie ca. 150 Leute - auch in die NBL - verschubt/abgebaut. ( ??? ) Es sind hauptsächlich Männer aus Afrika und dem Osten da - jetzt wollen sie mehr Familien reinstecken. In Schönau gibt es einen Lager-Beirat mit einer aktiven CDU-Stadträtin, die versucht Sozialarbeit zu organisieren. Außerdem sind Grüne/Pro Asyl/Initiative Freie Flüchtlingsstadt und ein Pfarrer aktiv. Nicht sehr intensiv und sie beklagen sich, daß sie "aufgrund der Fluktuation keine vernünftige Sozialarbeit" machen können und, daß die Stadt so gut wie keine Betreuung macht.

#### Schönau:

Ist ein Arbeiterstadtteil im Norden Mannheims mit 17000 Bewohnern.

Nicht weit davon entfernt sind die Colemanbarracks (Kaserne) und ein Truppenübungsplatz der US-Armee. Am Mittwoch wurde in Schönau ein Türke von 5 Leuten überfallen. 2 Weiße und drei Schwarze, die englisch sprachen verletzten ihn stark und nahmen ihm 2000 DM ab. Es scheint auch eine Drogenszene zu geben. Es gibt eine Alk-Szene, die sich u.a. aus EX-GI's zusammensetzt. ( Drei abgessene Schwarze Ex-GI's hetzten total gegen die Asylanten und gegen die Behauptung der Bullen, des Mannheimer Morgen und des OB, der Vergewaltiger des Mädchens, sei ein "schwarzer Zivilamerikaner aus Brooklyn" gewesen. Es sei sicher ein Asylant gewesen.)

Der Stadtteil besteht aus zwei Teilen: eine Eigenheimsiedlung ( wirkt relativ wohlhabend ) und der andere Teil 50er Jahre Wohnblocks, ziemlich öde, aber anscheinend renoviert, in denen tendenziell eher die unteren Schichten der Arbeiterklasse wohnen. Es gibt schlimmere Blocks in Mannheim/Ludwigshafen.

Es ist aber wohl so, daß es im Vergleich zu anderen proletarischen Stadtteilen ein "Vakuum" an "Stadtteilkultur", an Vereinen, Parteien, Organisationen gibt.

#### Die Medien:

Freitags war erstmals ein Artikel im Mannheimer Morgen, eher allgemein mit dem Tenor "Probleme im Stadtteil", und ein ganz kurzer Polizeibericht über die Vorfälle am Dienstag. Samstags war die ganze erste Seite des Lokalteil des MM voll mit "Schönau": die Vorfälle, das Vergewaltigungsgerücht, ein kritischer Kommentar gegen die "knappe und verharmlosende Berichterstattung" der Polizei. Der Bullensprecher hat gegenüber ein paar Leuten auf der Demo gesagt, sie hätten eine Pressesperre praktiziert, um eine mannheimweite/überregionale Mobilisierung der Faschos, die schlechte Kommunikationsstrukturen hätten, zu verhindern. In der Ludwigshafener Lokalzeitung war nur ein ganz kurzer Bericht. Soweit wir wissen wurde die ganze Geschichte auch nicht überregional bekannt, außer in Kurzmeldungen z.B. in der FR.

Wir haben Mühe, die ganze Geschichte einzuschätzen: es hat schon viele Angriffe von Skins/Faschos?? auf Asylheime gegeben und auch schon BI's und Anwohnerproteste gegen Asylunterkünfte. Vielleicht hat es woanders auch schon solche Geschichten wie in Schönau gegeben ( außer in Hoyerswerda ), wo sich verschiedene Ebenen vermischen und das ganze eskaliert. Zumindest sind diese dann aber nicht überregional bekannt geworden. Es kursiert die These "Schönau ist überall", aber wir denken, daß es so noch nicht überall passiert. Irgendwie "riot"-artig, mit vielen Hundert Beteiligten, über eine längere Zeit, mit massivem Bulleneinsatz gegen "Normalbürger"....Es ist noch unklar, ob organisierte Faschisten ihre Finger mit im Spiel hatten. Glatzen waren wohl nicht beteiligt.

# Weiterhin Belagerung *MM Mo 16.32*

## Polizei muß Asylbewerberheim auf der Schönau beschützen

Am Wochenende dauerten auf der Schönau die Auseinandersetzungen um das Asylbewerberwohnheim Gendarmeriekaserne an. Die Polizei sperrte das Heim in der Lilienthalstraße weiträumig ab und nahm 32 Personen vorübergehend fest.

In der Nacht zum Samstag hatten sich – wie in den Tagen zuvor – Hunderte von aufgebrachten Schönauern in der Lilienthalstraße versammelt und belagerten die von starken Sicherheitskräften abgeriegelte Kaserne. Als die Menge der Aufforderung der Polizei, sich aufzulösen, nicht nachkam, griffen die Ordnungshüter gegen 22 Uhr zu und nahmen 28 Personen vorübergehend in Gewahrsam. Danach wurden an der Parsevalstraße weitere Absperrgitter zum Schutz des Wohnheims aufgestellt.

Am Samstag abend demonstrierten rund 150 meist junge Leute vor der Grenadierkaserne gegen Rassismus und für das Recht auf Asyl. Währenddessen scharten sich an den Polizeiabsperungen Schau- lustige und Anwohner zusammen. Glücklicherweise kam es zu keinen Zwischenfällen; lediglich vier Schönauer wurden vorübergehend festgenommen. Die Polizei vermied eine drohende Konfrontation, indem sie beide Gruppierungen strikt voneinander trennte.

Unermüdlich versuchten die Beamten, die in der Luft liegende Spannung abzubauen, redeten beschwichtigend auf die meist jugendlichen Schönauer ein. „Die Asylanten schlagen sich von meinen Steuergeldern den Bauch voll“, fluchte einer von ihnen. „Und ich hab kaum was zu

beißen.“ – „Man muß ja Angst haben, seine Kinder künftig an der Kaserne vorbeizuschicken“, fürchtete eine ältere Frau den Anstieg krimineller Delikte. Überall standen Grüppchen zusammen, wurde heftig diskutiert.

Derweil unterhielten sich die Demonstranten vor der Kaserne mit den Asylbewerbern, die sich hinter dem Absperrzaun versammelten und sichtbar erfreut auf das Gesprächsangebot reagierten. „Ich verstehe das nicht“, rief ein Mann, der offensichtlich aus Bosnien geflüchtet war, vom Zaun herüber, „ich komme aus einem Land, in dem Krieg herrscht, und hier ist auch Krieg.“

Per Megaphon versicherten die Demonstranten den Asylbewerbern ihre Solidarität: „Wir meinen, alle Flüchtlinge sollten hier bleiben dürfen. Dies ist ein reiches Land.“ Heute um 20 Uhr wolle man sich im Forum der Jugend an der Neckarpromenade treffen, um eine Demonstration vorzubereiten. Mit der Zusicherung, wiederzukommen, löste sich die Zusammenkunft unter dem Applaus der Kaserneninsassen auf. „Habt vielen, vielen Dank“, rief einer aus einem Fenster herunter. Nach 22.30 Uhr zogen sich auch die Schönauer Anwohner zurück. Gespannte Ruhe machte sich breit.

Gegen 3.15 Uhr dann entfachten unbekannte Täter einen Brand auf einer Wiese unweit der Neubausiedlung an der Parsevalstraße, etwa 300 Meter von der Kaserne entfernt. Das Feuer verursachte keinen nennenswerten Schaden und konnte gleich gelöscht werden. Die Polizei prüft nun, ob die Brandstiftung mit den Unruhen um die Asylbewerber-Unterkunft in Zusammenhang steht. gespi

## *MM Mo 1.6.32* Asylbewerberheim nach wie vor belagert

Mannheim. (gespi – Eigener Bericht) Die Auseinandersetzungen um die Asylbewerber-Unterkunft Gendarmeriekaserne im Mannheimer Stadtteil Schönau hielten auch am Wochenende an. Rund um das Sammellager herrschte regelrechter Belagerungszustand. Immer wieder kamen aufgebrachte Bürger in der Nähe des Wohnheims zusammen, das von starken Polizeikräften abgeschirmt wurde. Am Freitag abend nahm die Polizei 28 Personen vorübergehend in Gewahrsam, tags darauf wurden vier Festnahmen verzeichnet. Am Samstag abend demonstrierten rund 200 meist junge Leute gegen Rassismus und für ein freies Asylrecht. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfälle. Am Sonntag morgen steckten Unbekannte in der Nähe der Kaserne eine Wiese in Brand, das Feuer konnte rasch gelöscht werden.

## *MM Di 2.6.32* Entspannte Lage auf der Schönau

Nach mehreren turbulenten Nächten vor dem Asylbewerber-Heim in der Lilienthalstraße auf der Schönau hat sich die Lage entspannt. Zwar war die Polizei in der Nacht zum Montag immer noch mit starken Kräften präsent, doch außer einigen Neugierigen kam es zu keiner großen Ansammlung von Menschen mehr. Dennoch bleibt das Heim weiterhin unter Schutz. Nach Angaben der Polizei waren bei den Aktionen in den vorangegangenen Nächten zwei Personen verletzt worden, eine wurde von einem Polizeihund gebissen.

Unterdessen wurden an den Fenstern des Heimes engmaschige Gitter angebracht, damit etwaige Provokationen der Bewohner unterbleiben. Einige Schönauer hatten berichtet, daß sie von den Asylbewerbern angepöbelt und mit anzüglichen Gesten provoziert worden seien. jan

# Reisende Gewalttäter erreichten Schönau

## Krawalle am Asylbewerber-Heim fordern erste Opfer

Von unserem Redaktionsmitglied  
Jan Cerny

Nach zwei ruhigen Nächten vor dem Asylbewerber-Heim in der Lilienthalstraße brach in späten Abendstunden des Dienstags die brutale Gewalt offen aus. Die schweren Auseinandersetzungen wurden diesmal von angereisten Schlägertrupps vom Zaun gebrochen, die mit Leuchtpurmunition gezielt auf die Polizeibeamten schossen. Ein Polizeimeister aus Feudenheim erlitt durch einen Stockschlag schwere Kopfverletzungen.

Nach Angaben von Augenzeugen hatte der Abend zunächst friedlich begonnen. Gegen 19 Uhr zog vor der Gendarmeriekaserne eine etwa 30köpfige Mahnwache auf - die aus Mannheim kommende Gruppe nannte sich „Pro Asyl“ - und entrollte Transparente mit Aufschriften wie „Weg mit dem rassistischen Bürgermob“. Das wollten die Schönauer offenbar nicht auf sich sitzen lassen. Knapp zwei Stunden später versammelten sich rund 100 Einheimische vor dem Heim. Bis dahin wuchs auch die Gruppe um die „Pro Asyl“-Demonstranten auf die gleiche Zahl an.

Die beiden Gruppen beschimpften sich lautstark und heftig. Zu diesem Zeitpunkt sickerte durch, daß auch Schlägertrupps aus Frankfurt, Hamburg und Bremen angereist waren, die der linksextremen Szene zuzuordnen sind. Sie wollten eine offene Schlacht provozieren. Tatsächlich bahnten sich erste Handgreiflichkeiten an. Die Polizei fuhr mit starken Kräften - etwa hundert Mann - dazwischen und drängte beide Gruppen auseinander.

Dabei schlug ein Frankfurter Gewalttäter einen Polizeibeamten mit einem Stock nieder. Der Schläger wurde sofort festgenommen. Der Schutzmann kam mit mehreren Prellungen und Schürfwunden ins Krankenhaus und ist dienstunfähig. Gleich darauf überwältigte die Polizei einen weiteren Rabauken, der mit einer Leuchtpurpistole geschossen haben soll.

Tatsächlich hatte er eine Abschlußvorrichtung sowie weitere Munition bei sich.

In dem Durcheinander schnappte auch ein Polizeihund nach einer Frau von der Heimwache. Sie hatte ihren Arm aus dem Tor gestreckt, um einem Asylbewerber den Weg hinein zu bahnen, dabei wurde sie von dem Hund in den Unterarm gebissen.

Die Lage beruhigte sich erst zwei Stunden nach Mitternacht. Bis dahin kam es an der Kattowitzer Zeile und in den angrenzenden Straßen immer wieder zu Provokationen durch die angereisten Chaoten. Die Polizei nahm zwei fest, darunter einen 21jährigen Bremer, der schon zur Festnahme ausgeschrieben war. Insgesamt, so schätzt ein Beamter, bestand der harte Kern der Randalierer aus etwa 40 Schlägern, zumeist Reisenden in Sachen Gewalt.

Unterdessen breitet sich in dem Heim Angst aus. Gestern kehrte eine Familie mit zwei kleinen Kindern gar nicht erst in die Unterkunft zurück. Heimleiter Benz berichtete, daß von den rund 200 Mittagessen etwa die Hälfte weggeworfen werden mußte, weil sich die Bewohner kaum mehr ins Haus trauen. Von den Ängsten wird er heute abend nach 18 Uhr auch im Rhein-Neckar-Fernsehen in der Sendung „RNF-Hintergrund“ erzählen. Chefredakteur Bert Siegelmann lud zu der Runde auch Schönauer Bürger und Polizei ein.

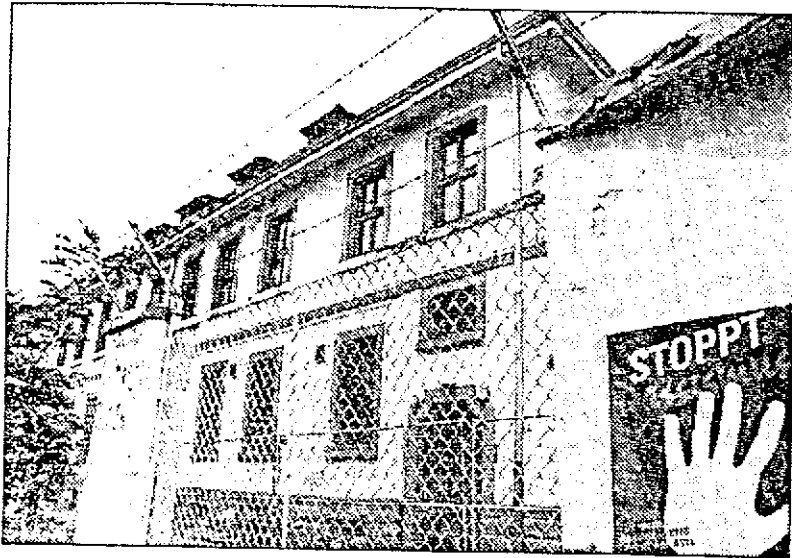
Von einer neuen Qualität der Auseinandersetzung spricht Oberbürgermeister Gerhard Widder. In einem Gespräch mit der Polizei und Vertretern der Fachämter erklärte er, daß die Unterkunft in der Lilienthalstraße zum Anziehungspunkt auswärtiger militanter Kräfte geworden sei.

„Zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit“ hat Widder angeordnet, die Lilienthalstraße zwischen der Sonderburger Straße und der Kattowitzer Zeile für alle Verkehrsteilnehmer zu sperren. Gleichzeitig wurden gestern ab 18 Uhr alle Seitenstraßen und Gehverbindungen abgesperrt. Die Umleitung ist ausgeschildert. Schließlich verbot der Oberbürgermeister mit sofortiger Wirkung alle Demonstrationen und Kundgebungen in der Lilienthalstraße.

*Am Donnerstag den 4. Juni erfolgt ein Umschwung, die Presse die bisher nur regional über die Übergriffe auf der Schönau berichtet hatte, berichtet nun überregional und umfangreich über "reisende Gewalttäter" die nun nach Schönau kommen. Tatsachen werden bewußt verdreht. Angeblich sind Auswärtige für "Gewalttaten" verantwortlich, obwohl die "Schönauer" die Mahnwache angriffen und die Bullen dies nicht verhinderten und erst dazwischen gingen als die Leute der Mahnwache sich wehrten.*

Frankfurt angereist waren; offensichtlich um in Mannheim für Randalie zu sorgen. Sie wurden von den starken Sicherheitsvorkehrungen der Polizei überrascht, die sorgfältige Kontrollen durchführte. Dabei kamen Schlagringe, Kupferstangen und Feuerwerkskörper zum Vorschein. Bei Redaktionssechluß um 22 Uhr waren keine weiteren Zwischenschenfälle bekannt.

**Letzte Meldung**  
**Festnahmen in Schönau 4.6.92**  
Fünf Festnahmen verzeichnete die Polizei gestern abend auf der Schönau im Umkreis des Asylantenwohnheims Gendarmeriekaserne. Bei allen Festgenommenen handelt es sich um Militante aus der Autonomen-Szene, die eigens aus



Seit gestern abend ist der Bereich um die Kaserne gesperrt. (Foto: Kunz)

## Randale vor Kaserne

Polizist vor Asylbewerberheim verletzt – Straßensperre

Die Ruhe der vergangenen beiden Tage war trügerisch: In der Nacht zum Mittwoch kam es erneut zu Auseinandersetzungen vor der als Asylbewerberheim genutzten Gendarmerie-Kaserne im Stadtteil Schöna. Ein Polizist wurde dabei verletzt, drei Randalierer wurden festgenommen. OB Gerhard Widder hat Sicherheitsmaßnahmen angeordnet (siehe auch Bericht auf der Seite „Südwestdeutsche Zeitung“).

Diesmal waren es nach Angaben von Polizeikommissar Holger Ohm Vertreter der „linken Szene“, die die Unruhen auslösten. Rund 100 Personen, die für die Asylbewerber demonstrierten, waren gegen 22 Uhr mit einer gleich starken gegnerischen Gruppe aneinandergeraten. Als die Polizei wegen der drohenden Schlägerei dazwischenging, schlug einer der Demonstranten einen Beamten mit einem Stock auf den Kopf. Auch die drei festgenommenen Randalierer kamen aus der „Pro-Asyl-Gruppe“.

„Man kann zwar nicht alle in einen Topf werfen, aber der Kern dieser Gruppe war äußerst militant“, so Holger Ohm. Viele der Demonstranten waren aus der Frankfurter Szene

angereist. Begonnen hatten die Unruhen in der Nacht zum Freitag, als rund 400 Schönaer vor die Kaserne zogen und die Asylbewerber beschimpften (wir berichteten). Auslöser war die angebliche Vergewaltigung einer 16jährigen durch einen der Heimbewohner, ein Gerücht, das sich allerdings als haltlos erwies.

Da die Auseinandersetzungen vor der Kaserne durch das Auftreten auswärtiger militanter Kräfte eine „neue Qualität“ angenommen habe, so OB Gerhard Widder gestern in einer Presseerklärung, haben Stadtverwaltung und Polizei Schutzmaßnahmen vereinbart. So wird die Polizei verstärkt präsent sein. Um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, ist die Lilienthalstraße seit gestern abend zwischen Sonderburger Straße und Kattowitzer Zeile für den Verkehr gesperrt. Auch alle Seitenstraßen in diesem Bereich wurden dichtgemacht. Eine Umleitung ist ausgeschildert. Außerdem sind alle Demonstrationen (Kundgebungen und Aufzüge) in diesem Bereich verboten. Der Oberbürgermeister appelliert eindringlich an die Bevölkerung, auch im Eigeninteresse eventuellen Ansammlungen fernzubleiben. (uja)

## Polizei verhindert Schlägerei vor Asyl-Unterkunft

In Mannheim mehrere Festnahmen nach Unruhen zwischen zwei Gruppen – Beamter verletzt

MANNHEIM (uja). Mehrere Festnahmen gab es in der Nacht zum Mittwoch bei Unruhen vor einer Asylbewerber-Unterkunft im Mannheimer Stadtteil Schöna. Ein Polizeibeamter wurde am Kopf verletzt. Eine Gruppe von rund 100 Personen, die ihre Solidarität mit den Asylbewerbern bekundeten, war gegen 22 Uhr mit einer etwa gleich großen gegnerischen Gruppe in Streit geraten.

Die Lage vor der Gendarmerie-Kaserne, die als Sammelunterkunft für Asylbewerber dient, ist seit der Nacht zum Freitag gespannt, als rund 400 Einheimische vor dem Heim auslän-

derfeindliche Parolen skandierten. Hintergrund waren Gerüchte über die Vergewaltigung einer 16jährigen Mannheimerin durch einen Asylbewerber, die laut Polizei aber haltlos sind. Täter soll vielmehr ein Zivil-amerikaner gewesen sein.

Bei den Unruhen in der Nacht zum Mittwoch waren es nach Polizeiangaben jedoch die Demonstranten für die Asylbewerber, die die Konfrontation auslösten und zum Teil aus der Frankfurter Szene angereist sein sollen. „Es gab ganz gezielte Provokationen“, erklärte gestern ein Polizeisprecher. Um eine drohende Schlägerei

zu verhindern, drängte die Polizei die beiden Gruppen auseinander. Dabei wurde ein Polizist mit einem Stock niedergeschlagen und kam mit einer Kopfverletzung ins Krankenhaus, das er aber inzwischen wieder verlassen konnte. Eine Frau, die als Bewacherin am Tor eingesetzt war, wurde im Gedränge von einem Polizeihund gebissen. Drei Randalierer wurden festgenommen, darunter ein 21-jähriger Mann, der nach Zeugenaussagen mit Leuchtpurmunition auf Polizeibeamte geschossen hatte. Bei seiner Festnahme fanden sich laut Polizei sowohl die Abschußvornrichtung als

auch weitere Munition. Gegen ihn wird nun wegen Verdachts des Landfriedensbruchs ermittelt.

Gegen 2 Uhr hatte sich die Situation vor dem Wohnheim beruhigt. Etwa 40 Demonstranten für die Asylbewerber bildeten eine Mahnwache. Bei einzelnen Provokationen nahm die Polizei zwei weitere Männer fest, darunter einen 21-jährige Bremer, der zur Festnahme ausgeschrieben war.

Um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, hat die Stadtverwaltung den Bereich um die Kaserne für den Verkehr gesperrt. Alle Demonstrationen sind untersagt.

RP 4.6.32 06

RP 4.6.32 06



4.6.92 MM  
**Offenheit und Ehrlichkeit**

Zum Thema: Asylantenwohnheim Gendarmerie-Kaserne

Als unmittelbare Anwohner nahmen wir und weitere Anwohner die letzten Vorgänge an der Gendarmerie-Kaserne mit Bestürzung, aber auch mit der leider bestätigten Ahnung „Es war ja von Anfang an absehbar“ zur Kenntnis.

Absehbar deshalb, weil, wer mit offenen Augen und nicht mit politisch verklärter Schönfärberei („kleiner, mutiger Stadtteil etc.“) durch die Schönau geht, erkennt, daß hier ein unvergleichbarer sozialer Brennpunkt ist (Stichwort: Drogenszene, Straßenbahn-Endhaltestelle).

Absehbar deshalb, weil mit absolut politischer und sozialer Instinktllosigkeit, das Asylantenheim in unmittelbarer Nachbarschaft zu Kindergarten, Grundschule und Schulweg zum Peter-Petersen-Gymnasium installiert wurde.

Absehbar deshalb, weil Politiker gemessen an ihren Aussagen in der Bezirksbeiratsitzung (Herbst 91) nicht Wort hielten. Es wurden eben kaum Familien aufgenommen, der Pförtner- und Hausmeisterdienst war kaum vorhanden (z. B. Fußballspiel bis nachts um zwölf, Trommeln und Trinkgelage bis spät in die Nacht, Festbeleuchtung die ganze Nacht), bis letzte Woche keine verstärkte Polizeipräsenz.

Absehbar deshalb, weil trotz der unbezweifelbaren Vorfälle in der Vergangenheit (z. B. massive Belästigung von vorübergehenden Frauen) jetzt wieder der Versuch unternommen wird, die Ursachen auf das Gerücht von einer Vergewaltigung und auf Vatertags-Betrunkene zu reduzieren, und die anderen Vorfälle und Ursachen einfach unter den Tisch gekehrt werden.

Um ein gängiges Vorurteil versuchsweise zu entkräften, muß ganz klar gesagt werden, daß auf der Schönau nicht wesentlich mehr Rechtsradikale leben als anderswo, und daß die Gegner der Gendarmerie-Kaserne nicht pauschal gegen Asylanten sind. Vielmehr sind dies Eltern von Kindern, die sich täglich in unmittelbarer Nachbarschaft der Kaserne aufhalten sowie auch Leute, die sich auf der Schönau unter Umständen ein bescheidenes Eigentum erarbeitet haben.

Diese Menschen haben ein offenes, politisches Weltbild und sehen was auf der Schönau los ist. Sie wollen nicht durch die Verniedlichungspolitik der Stadt, der Polizei und auch der Medien auf das Niveau von uneinsichtigen, einfach strukturierten Asozialen reduziert werden. Statt dessen erwarten diese Leute von den Politikern als auch den Medien eine klare Offenlegung der Vorgänge und die wirkliche Umsetzung der ewigen Versprechungen.

Um auch eventuellen Diskussionen unter den Schönauern sachliche Grundlagen zu geben, gehören dazu auch Informationen über die versprochene Gleichverteilung der Asylanten auf die Stadtteile, Benachteiligung bei Wohnungsvergaben und Inanspruchnahme sozialer Hilfen. Nur mit dieser Art der Versachlichung und Offenheit kann auf der Schönau wieder Vertrauen in die Politik und die Medien geschaffen werden.

Gerhard und Christa Schierle  
und acht weitere  
Unterschriften  
von Anwohnern

4.6.92 MM  
**Griff nach den Sternen**

Eine Schwäche für eine Automarke aus Stuttgart bewiesen zwei 14jährige Mädchen im Danziger Baumgang auf der Schönau. Die beiden waren einer Polizeistreife aufgefallen, da sie sich beim Näherkommen des Funkwagens hinter einer Hecke verstecken wollten. Eine Kontrolle förderte bei der einen vier Blechsterne zutage, die sonst den Kühler der Schwaben-Limousinen zieren. Auch ihre Begleiterin hatte nach den Sternen gegriffen, bei einer Wohnungsdurchsuchung förderten die Beamten schließlich weitere 14 dieser glänzenden Nobel-Symbole zutage. Die Mädchen wurden ihren Eltern übergeben.

### Ein Hauch von Hoyerswerda

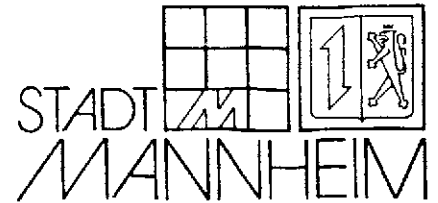
Zum Thema: Asylbewerber auf der Schönau

Fast täglich, von einer breiten Öffentlichkeit aber kaum mehr wahrgenommen, werden Ausländer Opfer von Anschlägen.

Das gehört zur bitteren Realität in Deutschland anno 1992 und ist für sich genommen schon alarmierend genug. Noch erschreckender und bedrohlicher werden diese Gewalttätigkeiten, wenn sie nicht von rechtsradikalen Skinheads und bekennenden Nazis verübt werden, sondern von deutschen Durchschnittsbürgern. Und um solche handelt es sich bei den 400 Personen, die die in der Gendarmeriekaserne untergebrachten Flüchtlinge kollektiv abstrafen wollten. Die einen werfen Feuerwerkskörper oder schneiden den Zaun zur Kaserne durch, die nächsten lassen - die Bierflasche in der Hand, den „Asylanten-Raus“-Spruch auf den Lippen - ihrem alltäglichen Rassismus freien Lauf, und andere wiederum stehen dabei und klatschen Beifall. Das alles ist ein Hauch von Hoyerswerda mitten in Mannheim.

Und was fällt dem Oberbürgermeister dieser Stadt dazu ein? Widder ordnet als Sofortmaßnahme die Verstärkung des Pförtnerdienstes in der Gendarmeriekaserne an. Damit Provokationen und Lärmbelästigungen seitens der Flüchtlinge unterbleiben. Das ist Populismus und eine Beschwichtigungspolitik gegenüber denjenigen, für die bereits die bloße Existenz von Asylbewerbern eine Provokation darstellt. Von Widder jedenfalls - und das ist skandalös - hören wir kein Wort des Bedauerns für die betroffenen Menschen in der Gendarmeriekaserne. Diesen Vorwurf muß sich auch der „Mannheimer Morgen“ gefallen lassen. Oder hat jemand aus der Redaktion nachgefragt, was die Asylbewerber gefühlt haben, als 400 grölende Deutsche mit dumpfen Parolen vor ihrer Unterkunft aufmarschierten? Lagen bei den Heimbewohnern die Nerven blank? Konnten sie überblicken, was sich da vor der Kaserne abspielte? Gab es Panikreaktionen? Haben einige Flüchtlinge geweint? Gab es jemand, der in dieser Nacht um sein Leben fürchtete? Bernd Biewendt

# DER OBERBÜRGERMEISTER



Stadt Mannheim · Der Oberbürgermeister · Postf. 103051 · 6800 Mannheim 1

Telefon Zentrale (0621) 293-1  
Telex 463423  
Telefax 06 21-293-4398  
Dienstgebäude: Rathaus, E 5  
Datum u. Zeichen Ihres Schreibens

Geschäftszeichen (bitte stets angeben)

Sachbearbeiter(in)/ Zimmer-Nr.

Durchwahl 293- Datum  
4.6.92

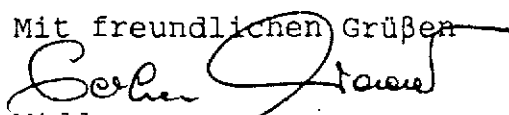
Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger auf der Schönau,

die Ansammlungen vor der Landesunterkunft für Asylbewerber in der Lilienthalstraße haben in den letzten Tagen eine neue Qualität erreicht, indem gerade vorgestern und noch verstärkt gestern festgestellt wurde, daß sie zum Anziehungspunkt auswärtiger militanter Kräfte werden. Ich bitte Sie deshalb eindringlich, sowohl im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung als auch in Ihrem eigenen Interesse, den Bereich um die Sammelunterkunft und damit Konfrontationen mit diesen Kräften zu meiden.

Die Polizei hat mit besonnenen Einsätzen in den letzten Tagen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleistet und wird mit verstärkter Präsenz auch den neuen Herausforderungen gerecht werden und diesen in aller Entschiedenheit entgegentreten. Die Polizei hat bei den Einsätzen gegen die auswärtigen Störer die Zustimmung und das Verständnis der Schönauer Bevölkerung erfahren. Dafür danke ich allen, die damit einen Beitrag für die Sicherheit auf der Schönau und der Stadt insgesamt leisten.

Zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit mußte angeordnet werden, die Lilienthalstraße zwischen Sonderburger Straße/Braunschweiger Allee und Kattowitzer Zeile für alle Verkehrsteilnehmer zu sperren. Gleichzeitig wurden auch alle Seitenstraßen und Gehwegverbindungen, die in diesen Straßenabschnitt der Lilienthalstraße einmünden, abgesperrt. Es wird empfohlen, nach Möglichkeit den gesperrten Straßenabschnitt weiträumig zu umfahren. Weiter wurde die Durchführung von und die Teilnahme an allen Demonstrationen (Kundgebungen und Aufzüge) im Bereich um die Sammelunterkunft verboten.

Ich bitte um Ihr Verständnis für diese notwendigen Maßnahmen und appelliere an Sie - auch in Ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse - jeglichen Ansammlungen fernzubleiben. Sie dürfen versichert sein, daß Stadtverwaltung und Polizei alles in ihren Möglichkeiten Stehende tun werden, um zu einer Entspannung der Situation insgesamt beizutragen.

Mit freundlichen Grüßen  
  
Widder

## Neue Unruhen um Mannheimer Asylheim

Mannheim. (jan - Eigener Bericht) Nur mit großen Schwierigkeiten verhinderte die Polizei im Mannheimer Stadtteil Schönau eine wilde Schlägerei an der Landesunterkunft für Asylbewerber. An dem Heim hatten sich am späten Dienstag abend zwei jeweils etwa 100 Mann starke Gruppen versammelt, die sich lautstark beschimpften. Die einen protestierten gegen die Unterkunft, die anderen solidarisierten sich mit den bedrängten Asylbewerbern. Dabei waren auch ange-reiste, militante Trupps, die eine Auseinandersetzung provozierten. Die Polizei schritt ein, dabei wurde ein Beamter mit einem Stock niedergeschlagen. Er erlitt schwere Kopfverletzungen. Inzwischen ließ Oberbürgermeister Widder die Straße sowie alle Zufahrten zu dem Heim absperren.

MM 4.6.'92 Dg

RP Fr. 5.6.'92

## Absperrung stoppt Unruhen Auf der Schönau

Mit Absperrungen rund um die Asylbewerber-Unterkunft in der Schönauer Gendarmerie-Kaserne hat die Polizei in der Nacht zum Donnerstag weitere Auseinandersetzungen vermieden. Wie berichtet, war es hier mehrfach zu Unruhen gekommen, zuletzt zwischen Schönauer Einwohnern und zum Großteil von auswärts angereisten Pro-Asyl-Demonstranten.

Die zwischen Stadtverwaltung und Polizei vereinbarten Straßensperren wurden von 18 Uhr bis 4 Uhr aufrechterhalten. Die nächtliche Sperrung soll bis zur Entspannung der Situation beibehalten werden. Auch Demonstrationen sind verboten. Jeweils rund 100 Leute von beiden Gruppen kamen allerdings laut Polizei auch in der Nacht zum Donnerstag wieder zusammen. Fünf Personen durchbrachen die Sperren in der Lilienthalstraße und wurden wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz festgenommen, aber gestern wieder auf freien Fuß gesetzt.

Oberbürgermeister Gerhard Widder hat sich gestern erneut mit einem offenen Brief an die Bürger auf der Schönau gewandt. Darin begründet er Straßensperren und Versammlungsverbot mit dem Hinweis auf die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Stadtverwaltung und Polizei täten ihre Möglichstes, „um zu einer Entspannung der Situation insgesamt beizutragen“. (uja)

## Die Parteien schalten sich ein SPD und Grüne reagieren auf die Unruhen in Schönau

MM, 5.6.92

Die SPD-Stadträte Max Nagel und Peter Kurz waren gestern zum wiederholten Mal auf der Schönau, um sich vor Ort über die Lage vor der Asylunterkunft zu informieren. Frieder Brender und Yvette Bödecker (beide Grüne) sind ebenfalls mehrfach im Stadtteil gewesen, und Regina Trösch (CDU) ist als Vorsitzende des Beirates für das Heim im Dauereinsatz, um zu vermitteln.

Die Parteien reagieren auf die Unruhen, die seit Tagen um das Durchgangslager für Asylbewerber in der Gendarmerie-Kaserne auf der Schönau herrschen. Der SPD-Kreisverband äußert sich betroffen über die Übergriffe und fordert „alle demokratischen Kräfte“ auf, für den Schutz der ausländischen Einwohner einzutreten.

Die Sozialdemokraten mahnen das Land, insbesondere das Regierungspräsidium in Karlsruhe an, die gegebenen Zusagen für die Landessammelunterkunft hinsichtlich der Ausstattung und der Belegung einzuhalten. Bei der Zuweisung sollten möglichst Familien berücksichtigt werden.

Der künftige Landtagsabgeordnete Nagel will den designierten SPD-Innenminister Frieder Birzele nach Mannheim einladen, damit vor Ort die Probleme der Kommune und der Polizei mit der Asylunterbringung besprochen werden können. Peter Kurz ergänzt: „Unabhängig von den aktuellen Ereignissen ist uns aber schon seit Monaten klar, daß wir uns um die sozialen Brennpunkte der Stadt intensiver kümmern müssen.“

Wie die Mannheimer SPD haben auch die Grünen einen Forderungskatalog an

das Regierungspräsidium in Karlsruhe geschickt. Yvette Bödecker in einem Brief an den Präsidenten, Dr. Karl Miltner: „Die Mannheimer Presse spricht mittlerweile – zu Recht – angesichts der zum Schutz der Flüchtlinge notwendigen Polizeipräsenz von einem belagerten Stadtteil.“ Es sei jetzt dringend geboten, die Bedingungen in der Landesunterkunft zu ändern. Maximal 100 Asylsuchende statt derzeit über 200 sollten dort untergebracht werden. Bödecker fordert, daß im Heim Ko-genheiten vorhanden sein müssen sich die Bewohner selbst verpflegen. Das sei bei kommunalen Unt-ten selbstverständlich. „Seit An-fang leben Flüchtlinge in der Gen-derie-Kaserne, die vom Land zugewiesen zwei Stellen für die Sozialbetreu-ung jedoch immer noch nicht be-füllt.“

## Im Brennpunkt:

# Den Schwarzen Peter weitergeben

## Schönauer Vereinsvorsitzende nahmen zu den Vorfällen Stellung

Auf die vielen Pokale ihres Ring- und Stemmclubs, die im Siedlerheim hinter Glas glänzen, sind sie stolz wie überhaupt auf ihr reges Vereinsleben, den Chor und das „Forum Brunnen“, auf das viele Grün und die hübschen Neubauten im Vorort.

Das ist doch was, da wurden doch Werte geschaffen. Ihre Welt wollen sich die Schönauer jetzt nicht von Randalierern und Krawalmachern kaputt machen lassen: „Wir kämpfen und arbeiten dafür!“ protestierte nun August Mehl, erster Vorsitzender der Interessengemeinschaft von 26 Schönauer Vereinen.

Mit Betroffenheitsmienen saßen sie in ihrem Siedlerheim und entsagten wegen der traurigen Vorfälle pietätvoll dem Genuß von Alkohol. Die Vereinsvorsitzenden wollten der Presse Rede und Antwort stehen und haben selbst noch keine Antwort auf die Fragen, die sich vor der Gendarmeriekaserne stellen.

Man wolle doch nur Ruhe und Frieden haben und habe ja überhaupt nichts gegen Ausländer: „Wir gehen beim Türken einkaufen, beim Griechen essen und lassen beim Italiener die Haare schneiden!“ Und nun stehen sie plötzlich da, als häßliche Schönauer und wissen nicht, wie ihnen geschieht.

„Aufs Schärfste“ verurteilte August Mehl denn auch die Gewalttäter, die den

Zoff anzetteln, und distanziert sich von allen, „die Haß und Gewalt gegen Ausländer säen“.

Aber dann müsse ja auch mal gesagt werden, daß die Bonner viel Mist gebaut hätten mit ihrer schrankenlosen Asylopolitik. 35 044 Flüchtlinge allein im Mai – „wo soll dies noch hinführen?“ fragt Mehl und erahnt die Richtung. Der Bürger erwarte Lösungen, wenn nichts geschähe, „dann stehen vielleicht bald nur noch die Mauern der Gendarmerie-Kaserne“.

Es folgt ein Sachstandsbericht von Polizei-Revierführer Beutel, ein Orakel, daß es die nächsten Monate so brisant weitergehen werde, von Bezirksbeirat Uwe Mauch, Schuldzuweisungen an die Medien, die alles auch noch aufgebauscht und verfälscht hätten, Erklärungsmodelle nach dem Strickmuster „wenn der Krawall-Bazillus mal drin ist“ – und auch Vorwürfe an die Verwaltung, die hätte wissen müssen, was sie tut. Allen Warnungen zum Trotz setzte sie in diesen Stadtteil, an diese Ecke eine Landesunterkunft, das habe nicht gutgehen können. Und außerdem: Familien einzuquartieren hatten Stadt und Land hoch und heilig versprochen. Nun ist die Kaserne aber hauptsächlich mit jungen alleinstehenden Männern belegt.

Doch auch Konstruktives brachten die Schönauer ein, suchten nach Möglichkeiten, die Spannungen zu entkrampfen.

Wobei insbesondere die Pfarrer Horst Rückemann und Matthias Schippke an die positiven Gefühle appellierten und an die Herzensbildung („Die Fähigkeit dazu ist da“). Brücken zu bauen, zum Beispiel zwischen Kaserne und Kerschensteiner-schule, schlug Uwe Mauch als einen ersten Schritt vor. Damit auch die Jungen verstünden, daß keiner umsonst seine Heimat und sein Haus verlasse. räu

In der „Nahaufnahme“ geht Kurpfalz-Radio heute auf den Streit um die Asylantenunterkunft in der Gendarmerie-Kaserne Schönau um 10.05 Uhr ein. Im Saal der evangelischen Stephanus-Gemeinde diskutieren Anwohner, Betreuer der Asylbewerber, Oberbürgermeister Gerhard Widder, Vertreter von Kirchen und Polizei die aktuelle Lage. Dabei suchen sie nach Möglichkeiten, wie das friedliche Zusammenleben wieder gewährleistet sein kann und wie man Krawallmacher isolieren könnte. Die Sendung wird auf UKW 104,1 MHz live ausgestrahlt.



Nur den Fasnachtsprinzessinnen hoch droben an der Wand des Schönauer Siedlerheims ist das Lächeln noch nicht vergangen: Krisensitzung der Kultur- und Interessengemeinschaft.

Bild: Neusch

# Asylbewerberwohnheim auf der Schönau

## Dauerregen kühlte Gemüter ab

117 5.06.92

### Massive Polizeikontrollen auf der Schönau überraschten angereiste Chaoten

Von unserem Redaktionsmitglied  
Jan Cerny

In der Nacht zum Donnerstag sollte es im Umfeld der Asylbewerber-Unterkunft in der Lilienthalstraße zu schweren Krawallen kommen. Darauf hatten es offenbar militante Autonome angelegt, die aus dem Frankfurter Raum angereist waren.

Die Polizei empfing sie mit massiven Kontrollen, dabei beschlagnahmte sie Schlagringe, Kupferstangen und Feuer-



Die ersten militanten Störer aus dem Frankfurter Raum reisten am frühen Abend an.

Bild: Neusch

werkskörper. Fünf Personen wurden in Gewahrsam genommen. Dennoch kam es zu einer lautstarken Kundgebung, Krawalle blieben allerdings aus.

„Das ist die Hilfe des Himmels“, meinte ein Polizist im strömenden Regen an den Metallgittern, die den Zugang zur Lilienthalstraße von der Sonderburger Straße blockierten. Der Oberbürgermeister hatte die Straße ab 18 Uhr „für alle Verkehrsteilnehmer“, also auch für die Fußgänger, absperren lassen. In der vorausgegangenen Nacht waren die ersten auswärtigen Chaoten aufgetaucht, während des Donnerstags wurde ruchbar, daß sie erneut und zwar verstärkt anreisen wollen. Auch die Polizeitaktiker hatten sich auf die Nacht vorbereitet. Die Devise hieß: massive Kontrollen der angereisten Störer und verhindern, daß sie mit Schönauern zusammentreffen.

Tatsächlich tauchten gegen 19 Uhr die ersten Fahrzeuge mit Kennzeichen aus Frankfurt, Hanau und Aschaffenburg auf, darunter auch VW-Busse, voll besetzt mit jungen Frauen und Männern. Ohne Widerstand ließen sie ihre Personalien überprüfen. Bei der Durchsicht der Fahrzeuge stießen die Polizisten auf ein Auto mit fünf Personen, deren Mitbringsel ihre Absichten allzu deutlich verrieten: Schlagringe, Schlagstöcke und Feuerwerkskörper. Die fünf wurden festgenommen, die Gegenstände beschlagnahmt.

Und während der Regen stetig zunahm, wuchs die Ansammlung an der östlichen Absperrung der Lilienthalstraße auf rund 150 Personen, zumeist auswärtige Demonstranten, die lautstark ihre Solidarität mit den Asylbewerbern bekundeten. Bis dahin bildeten sich auch am anderen Ende der abgesperrten Straße, in der Kattowitzer Zeile, kleine Gruppen von Jugendlichen aus der Schönau, die sich in ihren Gesprächen in der Abneigung gegen die Asylbewerber bestärkten und ansonsten abwarteten.

Eine geraume Weile geschah nichts. Dann wurde es aber offenbar den Frankfurtern zu langweilig, sie versuchten plötzlich über die Grünanlage entlang der Lilienthalstraße auf das abgesperrte Gebiet zu gelangen, wurden aber von der Po-

lizei in Schach gehalten. Plötzlich peitschten dumpfe Schüsse durch die Nacht. Es blieb ungeklärt, wo und woraus geschossen wurde.

Die inzwischen durchnäßten Frankfurter liefen auf die Kattowitzer Zeile, wohl um ihr Mütchen an den Schönauern zu kühlen. Auch dort empfing sie eine Polizeikette. Da entschied die Einsatzleitung eine nächtliche Demonstration durch Schönauer Straßen zuzulassen. In einen dicht geschlossenen Block und zum Teil verummumt, von der Polizei hermetisch umringt, zogen die Demonstranten durch die Memeler Straße und den Karlsberger Weg wieder auf die Sonderburger Straße. Dabei skandierten sie Parolen von internationaler Solidarität, schimpften auf Nazis und lieferten sich mit einzelnen Schönauern am Straßenrand scharfe Wortgefechte.

Am Ende wurde deutlich, daß die Polizeitaktik aufgegangen war. Kurz vor Mitternacht versank die Schönau in nächtlicher Ruhe. Die Frankfurter Kolonne hatte sich zerstreut. Mit ihnen auch die fünf Festgenommenen, denen die Polizei noch eine Anzeige wegen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht nachschickt. Nicht bekannt ist, ob sich unter den Angereisten auch der Schläger vom Vortag befand, der einen Polizisten mit einem Stock niedergeschlagen hatte. Der Haftrichter hatte ihn wieder freigelassen. Der Rowdy wird wegen eines besonders schweren Falles des Landfriedensbruchs, des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und des Vergehens gegen das Waffengesetz angezeigt.

Gestern richtete Oberbürgermeister Widder an die „Lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Schönau“ erneut einen Brief. Darin wirbt er um Verständnis für die anhaltende Sperrung der Lilienthalstraße. Zugleich appellierte er an die Bürger, „auch in Ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse“ jeglichen Ansammlungen fernzubleiben. Der Polizei bescheinigt Widder „besonnene Einsätze“ und bedankt sich bei den Schönauern für das Verständnis, das sie dem Einschreiten der Ordnungskräfte entgegenbringen. Es werde auch weiterhin alles unternommen, um die Situation zu entspannen.

*Auch dieser Artikel von Jan Cerny ist ein Paradebeispiel wie einseitig die Stellung und Aufgabe des "Mannheimer Morgens" ist. Es wird sich nicht die geringste Mühe gegeben, objektiv zu berichten. Es kommt den Redakteuren offenbar gerade recht, daß viele von außerhalb anreisen und sich mit den Flüchtlingen solidarisieren. Die "Auswärtigen" werden sofort als "Autonome Gewalttäter" diffamiert, was die Medien natürlich ausnutzen, um von Angriffen der "SchönauerInnen" abzulenken. Die Situation vor dem Lager zeigt auch deutlich die Schwäche der Mannheimer Linken, welche nicht in der Lage ist den Übergriffen was entgegen zu setzen. s20*

"MM" 5 JUNI 92



Gespannte Ruhe vor dem Asylbewerberheim in der Lilienthalstraße: Durch massiven Einsatz verhinderte die Polizei Gewalttätigkeiten von angereisten Störern. Bild: Neusch

## Chaoten stören Verständigung

### Gespräche in der Kirchengemeinde „Guter Hirte“

Bürger, „die helfen wollen“ und Asylbewerber aus ganz Mannheim hatten die Schönauer Kirchengemeinde „Guter Hirte“ am Mittwochabend zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen.

Nur ein paar Meter vom Asyl-Brennpunkt, der Landessammelunterkunft in der Grenadierstraße auf der Schönau entfernt, stand die Durchführung unter schlechten Vorzeichen.

Angesetzt und organisiert worden war die Veranstaltung schon lange vor den Auseinandersetzungen, weshalb Pastoralreferent Hermann Rütermann auch gleich zu Beginn sagte, diese Vorkommnisse würden nicht zum Diskussionsgegenstand werden: „Wir wollen mit den Asylbewer-

bern über deren Probleme reden und konkret Abhilfe schaffen.“ Trotzdem konnten sich auch in diesem Kreis einige Mitglieder der Autonomen Szene festsetzen, die sich auch prompt auf eine Konfrontation mit rechten Chaoten, die mittlerweile vor das Gemeindezentrum gezogen waren, einließen.

Nach ersten Gewalttätigkeiten auf der Straße versuchten die Autonomen, unter den Teilnehmern der Gesprächsrunde Unruhe zu schüren und damit diese versöhnliche Versammlung zu sprengen. Einer beinahe entstehenden Panik unter Asylanten und Schönauern konnte Rütermann erfolgreich entgegenwirken. Dennoch verhinderte nur das schnelle Benachrichtigen der Polizei ein erneutes Eskalieren der Situation. knl

*Auch hier wird munter weiter gelogen und suggeriert, daß "Autonome" die Veranstaltung stören wollten. Tatsache ist, daß Menschen die sich solidarisch mit den Flüchtlingen erklärten, an dieser Veranstaltung teilgenommen hatten. Als sie die Veranstaltung verlassen wollten, wurden sie von rechten Jugendlichen auf der Straße angegriffen. Einer der Angegriffenen rannte zum Veranstaltungsort zurück um Hilfe zu holen, was aber verweigert wurde! Keiner der Angriffenen hatte die Absicht sich mit irgend jemand zu prügeln.*

S18



Der alltägliche Rassismus in der Bushaltestelle

Foto: Andreas Bastian/GAFF

# Hoyerswerda auch in Mannheim?

Im Mannheimer Ortsteil Schönau belagern seit einer Woche aufgebrachte BürgerInnen eine Asylbewerberunterkunft / CDU-Gemeinderätin: „Wir sind alle hilflos“

## Aus Mannheim Ulrich Dill

Zum großen Knall kam es am Vatertag. Beim traditionellen Siedler-Waldfest nahe der Kaserne im Mannheimer Stadtteil Schönau, wo momentan 60 Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Afrika leben, gab es unter Alkoholeinfluss eine Massenschlägerei. Bei dieser Randalie verbreitete sich plötzlich das unerklärliche Gerücht, ein Afrikaner aus der Kaserne habe eine 16 Jahre alte Schönauerin vergewaltigt. Nachdem zunächst einmal die Polizei das Fest vorzeitig beendet hatte, zogen die größtenteils total Betrunknen vor die Kaserne und grölten ausländerfeindliche Parolen. Im Nu sprach sich das in ganz Schönau herum, und bis zum Abend wuchs die neugierige und aufgebrachte Menge

auf über 300 Köpfe an. Die aufgebrachten Bürger, überwiegend Jugendliche aus dem nahen Schönau-Nord, das einen überdurchschnittlichen Anteil an Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen aufweist und als größter Drogenumschlagplatz im Rhein-Neckar-Raum gilt, ließen sich auch durch den herbeigeeilten OB Gerhard Widder nicht beruhigen. Erst ein massives Polizeiaufgebot konnte sie zurückdrängen.

Doch bei diesem Vorfall blieb es nicht. Seitdem ist die Kaserne schon so häufig durch aufgebrachte Schönauer und mittlerweile auch durch von weit her Angereiste mehrmals belagert worden, daß die Mannheimer „Initiative Freie Flüchtlingsstadt“ eingeschritten ist und die Flüchtlinge durch zwei Zäune und einen Wachdienst schützt.

Im Mannheimer Stadtteil Schönau brodelt es seit Jahresbeginn. Als die US-Army 1991 ihre Gendarmekaserne am Ortsrand aufgegeben hatte, verständigten sich das Land Baden-Württemberg und die Stadt Mannheim darauf, daß der dreiteilige Gebäudekomplex nach einer Umgestaltung als Sammelunterkunft für AsylbewerberInnen genutzt werden sollte. Im Stadtteil, der arm ist an Infrastruktur, kaum über Kindergartenplätzen, -Räume für Jugendliche oder gar ein Bürgerzentrum verfügt, hätten sich viele der 15.000 Einwohner eine andere Nutzung gewünscht.

So war man denn auch geteilter Meinung, was durch den Zuzug der AsylbewerberInnen zu erwarten sei. Beschäftigten aus dem Sozialbereich, Geschäftsleuten und einzelnen Parteipolitikern, die im Stadtteil le-

ben und/oder arbeiten, traute denn auch dem Frieden nicht und schaltete gegen etlichen Widerstand einiger Honoratioren eine Anzeige, mit der sie um Verständnis für die Situation der AsylbewerberInnen warben.

Wie bitter recht sie mit ihren Befürchtungen behielt, wird jetzt deutlich. Rainer Baschwitz, Ini-Sprecher und Geschäftsführer der Mannheimer Grünen, sieht jetzt nur noch einen Weg: Das Sammelager auflösen und neue Nutzungsmöglichkeiten für die Kaserne überlegen. Ganz anderer Meinung ist Regina Trösch, CDU-Gemeinderätin und Vorsitzende des eigens für das Sammelager gebildeten Stadtteil-Beirates: „Die meisten Schönauer verurteilen die Vorfälle, haben damit nichts zu tun und wollen friedlich mit der AsylbewerberInnen zusammen leben.“



LILIENTHALSTRASSE IN SCHÖNAU: Der Zugang zu dem Wohnheim für Asylbewerber ist gesperrt. Nacht für Nacht sammeln sich protestierende Gruppen, Linksautonome und Schaulustige. Die Kultur- und Interessengemeinschaft Schönau (r.) will die Zustände nicht mehr weiter hinnehmen. Fotos: Neusch

**Die Belagerung von Schönau findet (nicht) statt**

## Polizei Nacht für Nacht auf Patrouille

Absperrungen und penible Personenkontrollen – Mannheim kein zweites Hoyerswerda

Von unserem Mitarbeiter Horst Dieter Wenzel

„Das hier ist mein siebter Nachteinsatz in Folge“, erklärt Polizeikommissar Holger Ohm am Mittwochabend bei Einbruch der Dunkelheit. Erneut hat der Beamte in Schönau mit zahlreichen Kollegen auf dem Gelände der ehemaligen Gendarmeriekaserne Posten bezogen, wo allein ein Dutzend Einsatzfahrzeuge zu beobachten waren. Draußen, in der zwischen Sonderburger Straße/Braunschweiger Allee und Kattowitzer Zeile für alle Verkehrsteilnehmer abgesperrten Lilienthalstraße patrouillieren mit Schußwaffen und Schlagstöcken ausgerüstete Beamte teilweise mit Schäferhunden im allmählich sich verstärkenden, strömenden Regen. Anwohner schauen verunsichert aus den Fenstern, beobachten Mitbürger, die sich über Gartenzäune hingestreckten Mikrofonen und Kameras der Funkmedien zur Verfügung stellen.

Durch Inkaufnahme eines bedrückend anmutenden „Belagerungszustandes“ scheint vorläufig Ruhe eingekehrt zu sein in der unmittelbaren Umgebung der Landesunterkunft für Asylbewerber. Oberbürgermeister Gerhard Widder und die Fachämter konnten nicht umhin, Metallgitter auch an allen Seitenstraßen und Gehwegverbindungen aufstellen zu lassen, die Zugang zur Lilienthalstraße ermöglichen. Allzu bedrohlich war die Lage tags zuvor geworden, nachdem sich unmittelbar nach dem Länderspiel wieder „Ansammlungen“ bildeten vor der Kaserne. Als die Luft zu knistern begann zwischen einer Gruppe überwiegend jugendlicher Schönauer (darunter viele Schaulustige) und einer etwa hundertköpfigen „Pro-Asyl“-Gruppe, unter die sich offensichtlich aus dem Frankfurter Raum angereiste, gewaltbereite Links-Autonome gemischt hatten, drängten Polizeikräfte die Hitzköpfe auseinander. Insgesamt fünf Festnahmen meldet der Polizeibericht,

als nach 22 Uhr ein Beamter krankenhausauffällig niedergeschlagen wurde, andere Polizisten mit Leuchtspremmunition beschossen oder, gegen 2 Uhr am Mittwoch morgen, von versprengten Autonomen im Bereich Kattowitzer Zeile provoziert wurden.

„Es ist absurd“, klagt Holger Ohm. „Wir bemühen uns, die Asylbewerber zu schützen und werden von Leuten, die vorgeben, angeblich das gleiche im Sinn zu haben, auch noch angegriffen!“

In der Tat ist der Adrenalinpegel unvermindert hoch auf der Schönau, auch bei Bürgern. Eine außerordentliche Versammlung der „Kultur- und Interessengemeinschaft Mannheim-Schönau e.V.“ am Mittwochabend im „Siedlerheim“ zeigt, wie offen die Nerven liegen. Nach eigenen Angaben repräsentiert der Verband Geschäftsleute und Vereine, insgesamt etwa fünf- bis sechstausend Schönauer.

„Lebens- und liebenswert“ sei sie, die

Schönau, meint der 1. Vorsitzende August Mehl. Daher müsse unter allen Umständen verhindert werden, daß „hier ein zweites Hoyerswerda oder Hünxte“ entstehe. Deutliche Kritik üben Mehl und andere an der Berichterstattung der Medien. Da sei, so der ebenfalls anwesende Revierführer des Schönauer Polizeipostens, Hans Beutel, Unrichtiges wiedergegeben worden. Ein Kamerateam habe seine Hardware so lange auf Schönauer Jugendliche gerichtet, bis diese schließlich vom Leder gezogen hätten. „Wir kaufen beim Türken ein, essen beim Griechen, lassen uns beim Italiener die Haare schneiden“, beteuert August Mehl. Ausländer seien auf der Schönau „voll integriert“, aber hinsichtlich der 95 Prozent Scheinasylanten solle Bonn doch schleunigst was tun.

Drüben an der Lilienthalstraße hatten sich unterdessen jenseits der Absperrungen wieder 60 bis 70 angereiste Autonome versammelt. Erneut nahm die Polizei fünf Personen fest, als Schlagringe, Kupferrohre, Reizstoffsprüngeräte und Feuerwerkskörper bei Fahrzeugkontrollen sichergestellt wurden. Außer einigen Beschimpfungen der Beamten durch das immer mehr vom Regen aufgeweichte fahrende Volk und gelegentlichen Sprechchören blieb aber diesmal alles ruhig in der Umgebung des Asylantenheimes. Am Donnerstag hat sich Oberbürgermeister Gerhard Widder in einem zweiten Schreiben an „die lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Schönau“ gewandt. Darin dankt er der Bevölkerung für die Zustimmung und das Verständnis für Polizeieinsätze gegen „auswärtige Störer“. Ferner erläutert er die Notwendigkeit, die Lilienthalstraße zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit sperren zu müssen und empfiehlt die weiträumige Umfahrung des Straßenabschnitts. Demonstrationen, Kundgebungen und Aufzüge im Bereich der Sammelunterkunft bleiben weiterhin verboten.



## **Keine Angriffe gegen Flüchtlinge auf der Schönau und anderswo!**

Rassismus und Ausländerfeindlichkeit haben mit den pogromartigen Vorfällen auf der Schönau in den letzten zwei Wochen eine neue Qualität erreicht. Angriffe gegen Flüchtlinge sind nicht mehr nur Sache von organisierten rechtsradikalen Kreisen. Vielmehr gehen sie heute von Teilen der sogenannten normalen (und in diesem Falle Schönauer) Bevölkerung aus.

*Wir wenden uns mit diesem Flugblatt insbesondere an alle Schönauer Menschen, die mit diesen Überfällen nicht einverstanden sind und ihnen etwas entgegensetzen wollen.* Es kann nicht hingenommen werden, daß eine ausländerfeindliche Stimmung herrscht,

in der Flüchtlinge ihres Lebens nicht mehr sicher sind und in der Bewohner Schönaus sich nicht mehr trauen können, eine andere Meinung zu vertreten, weil sie bedroht und eingeschüchtert werden. Diejenigen, die sich an den Pöbeleien und Gewalttätigkeiten gegenüber den Menschen im Flüchtlingslager beteiligen, müssen isoliert werden. Wir verurteilen deren Taten, verurteilen aber auch schaulustiges Gaffen und Nichtstun. Es ist insbesondere Aufgabe der anderen Bewohner Schönaus, ein Klima im Stadtteil zu erzeugen, in dem Flüchtlinge kein Freiwild sind. Diese Menschen kommen, weil sie unseren Schutz und unsere Hilfe brauchen!

**Wer schweigt, macht sich mitschuldig!  
Schauen Sie nicht weg!  
Greifen Sie ein!**

**Beteiligen Sie sich an den Demonstrationen!**

*bitte wenden*

# Lagerleben macht krank, weil es menschenunwürdig ist!

Die Unterbringung von Flüchtlingen in ghettoartigen, isolierenden Sammellagern machen solche pogromartigen Überfälle erst möglich. Durch die Konzentration der Flüchtlinge an einem Ort, nämlich den Sammellagern, werden bewußt Zielpunkte für Aggressionen geschaffen. Die gesetzlich festgeschriebene Kasernierung ist aber auch aus anderen Gründen für die Flüchtlinge unerträglich:

- Es herrschen völlig beengte Wohnverhältnisse für mehrere hundert Menschen unterschiedlichster Nationalität. So müssen z.B. 5 Erwachsene aus verschiedenen Ländern in einem 20 qm großen Raum zusammenleben, ohne sich in einer gemeinsamen Sprache verständigen zu können.

- Die Flüchtlinge haben keine Möglichkeit, sich nach eigenen Gepflogenheiten Essen zu bereiten. Sie sind angewiesen auf Alu-Essen aus der Großküche.

- Die strenge Reglementierung mit Anwesenheitspflicht soll weitgehende Verfügbarkeit der Flüchtlinge für die Behörden gewährleisten.

- Lagerleben bedeutet ein Leben ohne Möglichkeit, zu arbeiten, sich mit sinnvollen Dingen zu beschäftigen oder auch nur ablenken zu können. Die dadurch erzwungene Langeweile erzeugt zusätzliche Frustration und Gereiztheit der Flüchtlinge untereinander.

- Verständlicherweise leiden die Kinder unter den Auswirkungen des Lagerlebens am meisten.

**Deshalb sind wir für die sofortige Auflösung aller Sammellager und für die Unterbringung aller Flüchtlinge in kleinen Wohneinheiten in allen Stadtteilen, auch auf der Schönau! Insbesondere sind wir für die Auflösung des Sammellagers auf der Schönau, wo der Belagerungszustand das Leben und die Sicherheit der Flüchtlinge unmittelbar bedroht.**

Eine ständige Anwesenheit starker Polizeikräfte kann die Sicherheit der Menschen nicht gewährleisten und ist langfristig auch unzumutbar für die Flüchtlinge. Geradezu unverantwortlich ist es, wenn OB Widder in der heutigen Situation Familien mit kleinen Kindern in der Kaserne unterbringen will.

Die gegen die Flüchtlinge gerichtete Politik des SPD(!)-OBs läßt sich auch an anderen Punkten nachweisen: So tritt er offen für eine Grundgesetzänderung bezüglich des Asylrechts ein und will die Flüchtlinge bereits an der Grenze zurückschicken. Bei den Auseinandersetzungen vor dem Sammellager stellt er sich an die Seite auch der gewaltbereiten Schönauer und macht die kasernierten Bewohner (insbesondere die jungen Männer) für die Übergriffe verantwortlich: sie hätten sie selbst provoziert. Um von den Konflikten auf der Schönau abzulenken, bauten Widder und die Presse die "Autonomen" zum Feindbild auf

und suchten die Konfrontation mit ihnen. Diese erreichte mit den brutalen Polizeiprügeln am Samstag ihren bisherigen Höhepunkt. Das Verbot der Demonstration in Schönau, keinerlei Verhandlungsbereitschaft über legale Ausweichmöglichkeiten und das Niederknüppeln von DemonstrantInnen, von denen keine Provokationen oder Gewalttaten ausgegangen waren, zeigen:

Die Politik und das Handeln der Verantwortlichen war von Anfang an darauf ausgerichtet, jeden Protest gegen die in Schönau stattfindenden rassistischen Übergriffe mit allen Mitteln zu verhindern.

In Mannheim und vor allem auf der Schönau muß es möglich sein, daß gegen ausländerfeindliches und rassistisches Verhalten protestiert wird. Dies muß insbesondere von denjenigen Schönauer Menschen getan werden, die mit uns dieser Meinung sind.

## Beteiligen Sie sich an den Demonstrationen!

Flugi zur Mobilisierung zur Demo am 6.6., welches hauptsächlich in  
Schönau-Nord verteilt wurde. S26

Seit letzten Donnerstag versammeln sich täglich mehrere hundert Menschen vor dem Sammelager in Mannheim-Schönau, um die dort untergebrachten Flüchtlinge anzugreifen. Die Zusammensetzung war in den ersten Tagen völlig gemischt. Deutsche, Türken, Schwarze GI's, Junge, Alte und viele Besoffene. Nach mehreren Polizeieinsätzen haben sich die AnwohnerInnen anscheinend zurückgezogen. Jetzt bestimmen Jugendliche die zum großen Teil mit Knüppeln bewaffnet sind die Situation. Nach verschiedenen Gegendemonstrationen, die ab Dienstag auch von bewaffneten Gruppen angegriffen wurden versuchen die Polizei und die Medien einen Konflikt zwischen rechts und links daraus zu machen.

# REBELLION IST GERECHTFERTIGT

## Aber so gehts nicht!

Die Dummheit und Feigheit mit der einige SchönauerInnen versucht haben ihre Wut auf die Verhältnisse gegen Schwächere auszuleben ist absolut widerwärtig. Es gibt gute Gründe auf die Straße zu gehen. Wohnungsnot, Mieten, Löhne - kurz gesagt das Gefühl ständig was weggenommen zu kriegen. Es gibt auch gute Gründe gegen die Scheiße hier mit Gewalt vorzugehen. Das Gelaber von Demokratie kann sowieso niemand mehr hören. Die Herrschenden machen eh was sie wollen. Um sie von irgendwas zu überzeugen braucht's mehr als eine Wahl. Wir gehen davon aus, daß auch in Schönau einige dieser Gründe eine Rolle gespielt haben.

Aber Aggression, die sich statt gegen die Herrschenden, gegen die Schwächsten in dieser Gesellschaft richtet, ist entweder die Unfähigkeit sich gegen die Richtigen zu wehren, oder die Feigheit des kleinen Mannes "gegen oben ducken - gegen unten treten".

Es bieten sich viele Ziele an: Makler, Chefs, Politiker, Banken, Bullen etc.

Sie sind es, die die Mieten erhöhen und den sozialen Wohnungsbau vernachlässigen. Sie sind es, die Steuergelder für Rüstungs- und Prestigeobjekte verpulvern. Und sie sind es auch, die Arbeitsplätze wegrationalisieren und vom alltäglichen Rassismus profitieren.

Es ist vollkommen klar, daß die Unterbringung von über 200 Menschen auf engstem Raum, die darüber hinaus noch aus verschiedenen Kulturkreisen kommen, zu Spannungen führt. Es ist nachvollziehbar, wenn es zu Problemen zwischen den Flüchtlingen und der Bevölkerung kommt. Sei es durch Anmache, Lärmbelästigung etc. Aber das entschuldigt gar nichts!

Die Asylpolitik in der Bundesrepublik ist bewußt darauf ausgerichtet, zu spalten. Die Herrschenden wollen verhindern, daß sich die Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegen sie richtet. Da liegt es nahe die Wut gegen die Flüchtlinge zu bündeln. Die Einrichtung von Sammelagern ist bewußte Politik um solche Situationen wie in Schönau hervorzurufen. Die Zeitungen sind voll von Hetzartikeln gegen Flüchtlinge. Die Diskussion der Politiker soll immer wieder Haß schüren. Nach Hoyerswerda gab es regelrechte Aufforderungen Asylantenheime anzugreifen. Und die Herrschenden lachen sich ins Fäustchen. Solange die "unten" sich gegeneinander ausspielen lassen, brauchen die "oben" nichts zu befürchten.

DEMO SAMSTAG 18.00 UHR  
MA-SCHÖNAU LILLIENTHALSTR.

*Flugi aus dem Frankfurter Antirassismus-Spektrum, was aber unserer Meinung nach zu oberflächlich auf die Situation in Mannheim-Schönau eingeht und nicht berücksichtigt, daß die Zusammensetzung des "Mobs" zum Teil international ist.* S28

Sa. 6. Juni 18.00 Uhr

Schönau (Mannheim) Lilienthalstr.

# **AUFRUF ZUR VERTREIBUNG DES DEUTSCHEN MOBS AUS DEN STRASSEN VON SCHÖNAU**

Hoyerswerda steht nicht mehr allein. Erneut verbreiten Hunderte von deutschen Bürgern + (Bürgerinnen?) in dem Mannheimer Stadtteil Schönau bei den BewohnerInnen eines dort gelegenen Flüchtlingsheims Angst und Schrecken. Seit dem 25. Mai belagern sie jeden Abend, nach ordentlich verrichtetem Alltag, unter Volksfeststimmung die ehemalige Kaserne in der Lilienthalstrasse. In Schönau wird der Übergang vom "Protestwähler" zum "Protestschläger" praktiziert.

Nur weil die Bullen es diesmal für ratsam hielten, das Heim zu schützen kam es nicht zu weiteren bzw. schwereren Angriffen.

Wir wollen den Männern und Frauen in dem Flüchtlingsheim unsere Solidarität zeigen und den herrschenden Konsens der Ablehnung, der Pogromstimmung versuchen zu durchbrechen. Weiter ist unser politisches Ziel, diesen deutschen Mob zu zerstreuen und von den Straßen Schönaus zu vertreiben. Eingestandenermaßen geht es dabei nur um Einschüchterung, die rassistische Denkstruktur der Bevölkerung ändern wir dabei nicht. Es gibt aber keinerlei Entschuldigungen für diejenigen die sich in einer solchen "Volksmasse" befinden. In einer solchen Menschenmenge verkommt der Unterschied zwischen Schaulustigen und jenen, die offen aggressiv rassistisch agieren zur Bedeutungslosigkeit.

Es muß deutlich werden, daß Rassismus nicht mehr ohne persönliche Risiken ausgelebt werden kann!

Infos über das Frankfurter Antirassistische Notruftelefon: 069-70 33 37

## TAG für TAG .... Wie lange noch?

Wir demonstrieren heute hier in Mannheim-Schönau gegen die Angriffe der letzten Wochen auf Flüchtlinge, die seit 5 Monaten in einer ehemaligen Kaserne eingerichteten Sammelunterkunft untergebracht sind. Unser Widerstand richtet sich gegen jegliche Art von Unterdrückung, sei es gegenüber Menschen aus anderen Ländern oder anderer Religionszugehörigkeit, sei es gegenüber Menschen, die ihre Homosexualität leben wollen, sei es die Unterdrückung, die wir an unseren Ausbildungs- und Arbeitsplätzen durch Chefs, Arbeitsbedingungen, VorarbeiterInnen etc. erfahren, oder sei es die Unterdrückung, die Frauen überall auf der Straße, in der Öffentlichkeit oder auch Zuhause in ihren Familien und Beziehungen erleben.

Die Gewalt, die Frauen tagtäglich am eigenen Leib spüren, zieht sich durch alle Lebensbereiche. Frauen werden nicht nur in der Werbung und in den Medien als Objekte dargestellt und als Sexualobjekte in der Pornografie erniedrigt. Sie sollen in Ihren Beziehungen mit Männern eine Sexualität leben, die in der Regel den Bedürfnissen der Männer entspricht.

Sexshops, Pornos, Prostitution und Sextourismus in fremde Länder dienen den Männern zusätzlich zum Ausleben ihrer Phantasien. Vergewaltigungen und sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen ist in dieser Gesellschaft tägliche Realität. Alle können es in den Zeitungen lesen, alle wissen darum, alle wissen von den hohen Dunkelziffern; von Gewalt gegen Frauen, die nicht öffentlich wird. Frauen wissen, wie oft sie, selbst von den eigenen Freunden und Ehemännern, schon zu sexuellen Handlungen genötigt wurden; wie oft über ein "Nein, ich mag nicht" hinweggegangen wurde.

Alle Beratungsstellen für vergewaltigte und sexuell mißbrauchte Frauen und Mädchen sind völlig überlaufen; jedes Frauenhaus für geschlagene Frauen ist in kürzester Zeit überlastet. Normalerweise schert sich fast niemand darum. Doch als letzte Woche das Gerücht aufkam, ein Mann aus diesem Flüchtlingswohnheim habe eine Frau vergewaltigt, entstand eine Woge der Entrüstung. "Flüchtlinge belästigen und vergewaltigen Frauen" wird gesagt. Auch unter den Asylbewerbern gibt es höchstwahrscheinlich Vergewaltiger. Vergewaltiger oder Männer, die Frauen schlagen, erniedrigen, ge- und mißbrauchen leben hier - in der Regel völlig unbehelligt - unter uns und Euch! Es sind die Väter, Brüder, der Onkel, der "nette" Nachbar von nebenan - und auch unter uns, die wir heute hier demonstrieren, wird es sicher Täter geben. Vor Männern, die sich jetzt so lautstark und knüppelschwingend zu Beschützern "ihrer (deutschen) Frauen" aufspielen, vor denen kann jeder Frau nur das kalte Grausen kommen.

Durch Verallgemeinerungen und falsche Zuschreibungen gegenüber den Flüchtlingen werden "Probleme mit Asylananten" konstruiert, damit dann nach einer schnellen Lösung geschrien werden kann. Das Argument "Die Flüchtlinge nehmen uns die Wohnungen weg" ist doch nur Verdrängung der Tatsache, daß der Staat viel für seine Imagebildung tut, aber nichts zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Dem Staat sind die Flüchtlinge als Sündenböcke gerade recht, weil sich so die Empörung nicht gegen ihn richtet. Aus dem Gefühl der Ohnmacht gegenüber den Verhältnissen wird so Rassismus und/oder Unterdrückung von "Schwächeren".

Ähnliches gilt auch für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik: Statt sich gegen die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Stilllegung von Betrieben zu wehren, werden wieder die Flüchtlinge verantwortlich gemacht.

Ebenso wird ihnen vorgeworfen, sie seien undankbar und könnten sich nicht anpassen. Aber wofür sollen sie dankbar sein? Für ihre Vertreibung aus Wohn- und Lebenszusammenhängen - oft genug ausgelöst durch deutsche Waffen(exporte); verursacht durch Ausbeutung, getarnt als Entwicklungspolitik der europäischen Staaten; durch die Umweltzerstörung in ihren Ländern durch Industriestaaten, die Hunger und Tod zur Folge hat; für die Hungerlöhne, die ihnen Konzerne für ihre Arbeitskraft und bei Frauen oftmals auch noch ihrer Körper bezahlen; etc.

Sie sollen dankbar sein für unmenschliche Lebensbedingungen hier in überfüllten Sammellagern, für rassistische Angriffe durch die Bevölkerung, für eine Asylgesetzgebung, die ihnen das Kommen oder Bleiben zunehmend unmöglich macht.

- Wir fordern von uns und allen anderen Frauen und Männern die Auseinandersetzung mit Unterdrückung und Machtstrukturen, deren Ursachen und die Möglichkeiten, diese langfristig zu verändern. Es liegt in unser aller Verantwortung, nicht die hierher fliehenden Menschen aus anderen Ländern für Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung, die auch in unserem Land herrschen, anzugreifen, sondern uns selbst für die Verbesserung unserer Lebensbedingungen und für die Veränderung der weltweiten Machtverhältnisse einzusetzen.
- Wir verurteilen die Leute, die hier in den letzten Wochen auf übelste Weise die Flüchtlinge belagern, beschimpfen und angreifen und fordern alle Menschen auf, zu diesen Vorfällen nicht zu schweigen, sondern einzugreifen.
- Bleiberecht für alle Menschen
- Auflösung der Sammellager
- Gegen Sexismus und Rassismus
- Grenzen auf!

vorab: Mannheim - Schönau ist ein stadtteil mit sehr vielen, auch jugendlichen arbeitslosen, einer hohen kriminalitätsrate und großen drogenproblemen.

die ehemalige "Gendarmeriekaserne" wollten jugendliche aus dem stadtteil nutzen, u.a. um autos schrauben zu können. Mannheims OB Widder lehnte ihre bitte ab und kasernierte staatdessen menschen, die vor krieg, gewalt und tod geflohen waren dort ein, hinter stacheldraht, bewachung rund um die uhr und polizeipatrouillen mit scharfen hunden, ein- und ausgangsbegrenzungen, fast totale überwachung. der konflikt im sozialen brennpunkt war vorprogrammiert. faschistische und rassistische propaganda fiel auf fruchtbaren boden. innerhalb kürzester zeit ging das kalkül der stadtoberen auf. es kam zu rassistischen angriffen auf die flüchtlinge.

#### **CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE :**

##### **samstag, 23.5. 92:**

ein schwarzafrikaner wird an der bushaltestelle vorm lager von mehreren jugendlichen angegriffen und kann sich nur durch flucht in das lager retten.

##### **sonntag, 24.5.**

bis **mittwoch, 27.5.** stehen kleinere gruppen von rassistischen bewohnern von Schönau vor dem eingangstor zum lager und pöbeln die menschen an.

**donnerstag, 28.5.:** das gerücht, männer aus dem lager hätten versucht, eine frau zu vergewaltigen, macht in Schönau die runde. laut polizei war der vergewaltiger ein farbiger us-amerikaner. das hinderte jedoch ca 400 schönauer rassisten nicht, sich vor dem tor aufzubauen und die flüchtlinge zu bedrohen, zu beschimpfen, kurz lynch-und pogromstimmung zu verbreiten.

**freitag, 29.5.:** spontan solidarisieren sich menschen aus Mannheim mit den flüchtlingen und organisieren eine mahnwache. die polizei schlägt den lynchmob zurück, schlägt aber v.a. auf menschen mit schwarzen haaren ein ( in Schönau wohnen viele ausländische leute ). ein 13-jähriger türkischer junge wird bis 3 uhr morgens im polizeipräsidium festgehalten.

##### **samstag, 30.5.**

nach einem gemeinsamen plenum ziehen ca 150 menschen vor das lager die erste frage der flüchtlinge, die zuerst nur aus dem fenster schauen, ist, ob das auch rassistInnen seien.

als die frage verneint wird, kommt es sehr schnell zu gesprächen, erschütternden berichten. es herrschen freude und erleichterung über die anwesenheit der antirassistInnen.

nur die kinder waren noch immer sehr verängstigt.

währenddessen pöbelten ca. 200 rassisten weiter, wurden irgendwann von der polizei gebeten, doch nach hause zu gehen.

##### **sonntag, 31.5.:**

mehrere hundert schönauer rassistInnen und andere stehen wieder vorm lager und bedrohen die menschen. eine wiese hinter der kaserne wird angezündet, kann aber schnell gelöscht werden, eine scheibe fliegt ein.

eine kommunikation mit diesen menschen ist nicht möglich. rassistische und faschistische phrasen scheinen einbetoniert.

##### **montag, 1.6.:**

antirassistInnen gehen ins lager, besuchen flüchtlinge, führen gespräche auch mit der lagerleitung, die nichts gesehen, nichts gehört hat, aber das interesse der stadt Mannheim bekundet, das ganze "auf kleiner flamme zu kochen", da ja bewohner Mannheims an dem konflikt beteiligt seien.

für die stadtoberen scheint es sich hier um eine frage des einwohnermeldeamts zu handeln. kategorien wie menschlichkeit, achtung und würde von menschen kommen in ihrem denken offensichtlich nicht vor.

das "volk" macht mobil gegen die flüchtlinge, also stören die flüchtlinge. so dröhnt's aus den medien, so hätten es die oberen gerne.

vieleorts haben sie es allein durch die plazerung von flüchtlingslagern in sozial ausgegrenzte stadtteile (was dann auf einen schon nicht mehr latent zu nennenden rassistismus stößt, der permanent gefördert wird) auch schon fast geschafft.

**dienstag, 2.6.1**

nun kommt aber ein anderer teil "volk" daher und stört das kalkül. insgesamt 100 menschen versammeln sich im laufe des abends und der nacht, solidarisieren sich mit den flüchtlingsen auf den bürgersteigen hocken, viele kleine grüppchen von flüchtlingsen und antirassistinnen, reden, diskutieren. hier schafften nicht meldezettel und staatszugehörigkeit "recht", allein die menschen zählen. ins lager darf niemand von außerhalb mehr hinein. als flüchtlingse einige der antirassistinnen als besucher mit hineinnehmen wollen, wird ihnen das von der polizei verwehrt, "anweisung aus karlsruhe", außerdem kommen sofort schönauer rassisten angerannt mit den worten "wenn die da reindürfen, wollen wir auch rein." aus gründen der "ausgewogenheit darf es dann niemand, zynismus in reinkultur. offensichtlich ist diese lockere, freundschaftliche atmosphäre vor dem lager für einige polizisten und rassistinnen, die sich angeregt miteinander unterhalten, unerträglich. die flüchtlingse werden buchstäblich in die kaserne getrieben, mittlerweile hat sich wieder eine größere gruppe von rassistinnen angesammelt, provoziert flüchtlingse und mahnwache mit faschistischen sprüchen ( das sind doch keine menschen, das gehört abgebrannt, alle vergasen ) und drohen mit baseballschlägern und ähnlichem. das können wir natürlich nicht hinnehmen.

wir nehmen die "gnade der späten geburt" (kohl) nicht an, wohl aber die verantwortung der deutschen geschichte, auch heute. es kommt zu auseinandersetzung, die faschisten werden vom tor verjagt. unter dem jubel des vorsichtig zurückkommenden lynchmobs prügelt die polizei auf die antifaschistinnen ein und nimmt 2 antifaschisten fest, einer davon wird übel zusammengeschlagen. die flüchtlingse sind währenddessen ins haus gejagt worden, kommen aber bald wieder hinaus und solidarisieren sich mit den angegriffenen antifaschistinnen, ab jetzt werden die parolen gemeinsam gerufen. gegen 2 uhr 30 hört die mahnwache dieses tages auf.

**mittwoch, 3.6.1**

ca. 200 menschen demonstrieren in strömendem regen durch schönau, gegen rassistismus und faschismus. die lilienthalstraße ist komplett abgesperrt. die antirassistinnen kommen nur noch an die stirnseite des lagers. nach der demo kommen wir nur noch im abstand von einigen metern an den zaun und können den flüchtlingsen nur noch laut zurufen. die demo selbst wird von einem großen bullenauflauf begleitet und ständig von rassistinnen provoziert und angegriffen.

währenddessen findet in einer schönauer kirche ein treffen von stadt, kirche, schönauer bürgerInnen, flüchtlingsen und dolmetscherInnen aus der solidaritätsgruppe statt, auf dem kirche, stadt und schönauer bürgerInnen den antirassistinnen die schuld für die rassistischen provokationen und angriffe in die schulde schieben wollen. sie versuchen damit, flüchtlingse und solidaritätsgruppe zu spalten, was aber nicht gelang.

**donnerstag, 4.6.1**

ca 30 antirassistinnen kommen wieder ans lager, an dessen stirnseite sie sich aufhalten können, die frontseite incl. eingangstor sind auf der ganzen länge nach wie vor von der polizei abgeriegelt. viele von den flüchtlingsen kommen an den zaun, diskutieren, gespräche werden geführt. es wird viel von der angst der kinder, die nachts nicht schlafen können, aber auch von der angst der erwachsenen geredet.

gleichzeitig fahren ständig pliw's von schönauer rassistinnen auf der straße lang, aus denen heraus die menschen im und vom lager beschimpft und angepöbelt werden. 2 mahnheimer antirassisten sind auf dem weg zum lager von etwa 10 schönauerInnen angegriffen worden und konnten sich nur durch einen glücklichen zufall retten. einige, die sich deutlich als rassisten zu erkennen geben, sammeln sich am wald-

rand gegenüber der mahnwache. es ist für uns riskant geworden, einzeln oder in kleinen gruppen den gehsteig vorm lager zu verlassen.

**freitag, 5.6.1**

ca. 20 antirassistinnen kommen zum lager. die flüchtlingse freuen sich, als sie endlich da sind. nach 45 minuten gespräch umstellt die polizei die solidaritätsgruppe, verlangt die ausweise und nimmt alle mit, die keinen dabei haben oder nicht einsehen, ihn zeigen zu müssen, ebenso 4 menschen, die sich an einer bushaltestelle aufhalten, die in angeblich gesperrtem gebiet liegt. die festgenommenen werden die ganze nacht im mahnheimer pp festgehalten. auf anfrage teilt der einsatzleiter mit, er beziehe sich auf eine anordnung von OB Widder. dies, obwohl am anderen ende des lagers die Rassistinnen ungestört die flüchtlingse demütigen, ängstigen und beschimpfen können.

der OB Widder scheint die absolute verfügungsgewalt dieses staates über die menschen hinter dem stacheldrahtzaun durchsetzen zu wollen.

**samstag, 6.6.1**

17 uhr: die demonstration, die durch schönau gehen sollte, wird im gesamten stadtgebiet von Mannheim verboten (verantwortlich: OB Widder und der polizeipräsident, verantwortlich auch für alles, was folgt.). bis 18 uhr 30 ist der stadtteil schönau von einem riesigen polizeiaufgebot komplett abgesperrt. die demonstrierenden versuchen sich in der mahnheimer innenstadt zu sammeln. es geht darum, der bevölkerung von Mannheim den antirassistischen, antifaschistischen inhalt der demonstration zu vermitteln, u.a. um das mittlerweile offene interesse der politiker jeder couleur zu durchbrechen, die situation in schönau zu entpolitisieren. es ist 18 uhr 30. innerhalb einer halben stunde versammeln sich ca. 500 menschen auf dem paradeplatz. hunderte sind noch in der stadt unterwegs auf der suche nach der demo, hängen in polizeikontrollen fest oder wurden schon auf autobahnparkplätzen rund um Mannheim festgenommen. die polizei umstellt den paradeplatz. die demonstrierenden machen mehrere kurze kundgebungen, auf denen sie allen, die dort am platz sind, ob demonstrierenden oder neugierige, von den rassistischen angriffen auf die flüchtlingse im schönauer lager erzählen. während sie der polizei gegenüber ihr legitimes recht sich zu versammeln - noch dazu als antifaschistinnen -, betonen. immer wieder wird die notwendigkeit zur antirassistischen und internationalen solidarität hervorgehoben.

exakt in dem moment, in dem sich der demozug formieren will, schlägt die polizei zu, knüpelt auf alle ein, die sich dort aufhalten und nimmt zig teilweise verletzte antifaschistinnen fest. sie kessen menschen ein, prügeln brutal und wahllos, treibt pferde in die menge und hetzt hunde auf menschen. die brutalität und grausamkeit macht auch vor ca. 20 jugendlich nicht halt, auf die mit der einzigen begründung, sie seien ausländier, eingeprügelt wird. auf verletzte, die sich ins JÜZ gerettet haben, wird bei der stützung des JÜZ durch die polizei erneut eingedroschen.

ihre ziel, die politischen inhalte der demo niederzuknüppeln, erreichen sie trotzdem nicht. von beginn dieser brutalitätssorgie bis 23 uhr bilden sich überall auf der straße diskussionsgruppen. die menschen, die das alles zufällig mitangesehen haben, sind ungeheuer erschrocken und empört. offensichtlich fordert eine antirassistische und antifaschistische demonstration die staatsmacht zu blindwütigen reaktionen heraus. die antifaschistinnen, denen es noch möglich war, versuchten allerdings den ganzen abend weiter das zu tun, woran sie gehindert werden sollten: den rassistismus gegenüber den flüchtlingsen von schönau, der staatlich gedeckt wird, öffentlich zu machen.

DIE GRENZEN VERLAUFEN NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN , Sondern

DIE GRENZEN VERLAUFEN NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN , Sondern

DIE GRENZEN VERLAUFEN NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN , Sondern

DIE GRENZEN VERLAUFEN NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN , Sondern

DIE GRENZEN VERLAUFEN NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN , Sondern

DIE GRENZEN VERLAUFEN NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN , Sondern

DIE GRENZEN VERLAUFEN NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN , Sondern

DIE GRENZEN VERLAUFEN NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN , Sondern

DIE GRENZEN VERLAUFEN NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN , Sondern



FR 6.6.92

# Haß gärt um Mannheims Flüchtlingsfestung

„Das ist absurd! Wir Polizeibeamten schützen die Asylbewerber vor Übergriffen. Dann kommen Leute, die das selbe zu wollen vorgeben, und werden gewalttätig — gegen uns!“ Nach sieben Nachteinsätzen in Folge liegen die Ner-ven des Mannheimer Polizeikommissars Holger Ohm blank. Mit einem großen Aufgebot von Kollegen und Einsatzwagen auch aus den angrenzenden Bundesländern hat Ohm seit Ende vergangener Woche auf dem Gelände der ehemaligen Gendarmeriekaserne Positionen bezogen, die in der Lilienthalstraße im nördlichen Mannheimer Arbeiter-Stadtteil Schönau liegt.

Seit letzten Herbst fungiert die ehemalige Liegenschaft der US-Armee als Landesunterkunft für Asylbewerber, momentan sind dort vor allem Menschen aus Ghana und Albanien untergebracht — mitten in einem sozialen Brennpunkt Mannheims. Dort, wo die „Republikaner“ bei der Landtagswahl mit 16,2 Prozent ihre Hochburg in der Stadt hatten, wollen „Autonome“ aus der ganzen Bundesrepublik am heutigen Samstag erneut gegen die ausländerfeindlichen Ausschreitungen protestieren, die sie „Hoyerswerda in Mann-

heim“ nennen. Am „Vatertag“ hatte sich die Situation bedrohlich zugespitzt. Nach einem Waldfest waren etwa 400 Menschen vor das Heim gezogen. Aus der Menge wurden ausländerfeindliche Parolen laut, gerufen von einheimischen Jugendlichen, die sich mit Baseball-Schlägern und Feuerwerkskörpern ausgerüstet hatten. Im Stadtteil hatte ein Gerücht kursiert, demzufolge ein „schwarzer“ Asylbewerber eine 16-jährige Schönauerin vergewaltigt habe — was sich jedoch als frei erfunden herausstellte.

Trotz sogleich vor Ort zusammengezogener starker Polizeikräfte hatte sich die Lage nicht entschärft — auch nicht, als Oberbürgermeister Gerhard Widder auf der Straße versuchte, die zum Teil angetrunkenen Randalierer zu beschwichtigen. Zuvor war Stadträtin Regina Trösch („Die wollen hier ein Opfer sehen“) mit einem ähnlichen Ansinnen gescheitert — sie hatte aufgegeben, von haßerfüllten Sprechchören entnervt.

Tags darauf unterbreitete OB Widder

den Schönauern in einem offenen Brief das Angebot, künftig bevorzugt nicht mehr „alleinstehende, junge Männer“, sondern vielmehr „Flüchtlingsfamilien mit Kindern“ auf dem Gelände unterzubringen. Das militärische Erscheinungsbild der Kaserne — die Stacheldrahtzäune ringsum sind nicht entfernt worden — wurde noch verstärkt: Die metallenen Schutzvorrichtungen gegen Wurfgeschosse an den Fenstern im Erdgeschoss geben dem Komplex den Charakter einer belagerten Festung.

Eine weitere Verschärfung der Krise wurde befürchtet, als in der Nacht zum Mittwoch Auseinandersetzungen zwischen sich ebenfalls formierenden Befürwortern des Heimes und einheimischen ausländerfeindlichen Kräften drohten. Mit Unbehagen registrierten Mitglieder einer friedlich demonstrierenden „Pro-Asyl“-Gruppe, wie sich schwarzgekleidete, zum Teil verummittelte Autonome aus dem Frankfurter Raum (so die Polizei) zu ihnen gesellten. Als nach „heftigen verbalen Aus-

der „Mannheimer Morgen“. Und der Grünen-Stadtrat Frieder Brender, der an der „Pro-Asyl“-Demonstration teilgenommen hat, klagt bitter: „In keiner ihrer Verlautbarungen geht die Polizei auf die rechtsradikalen Haßtraden militanter Schönauer Jugendlicher ein, die mit Lynchjustizgesinnung, begleitet von stillschweigend zustimmenden Bürgern und vielen Schaulustigen uns gegenüber, wenn der Oberbürgermeister diesem Vorgehen der Polizei das Attribut „besonnen“ zuerkennt.“

Bereits am 1. Juni hatte Brender Partei eindringlich an den Karlsruhe-Regierungspräsidenten Miltner appelliert, die als völlig unzureichend empfundenen Wohnbedingungen in der Landesunterkunft zu verbessern, da der momentane Charakter eines „Internierlagers“ noch die Abwehrhaltung der Bevölkerung schüre. Gefordert wurden zwei Personalstellen zur sozialen Betreuung der Flüchtlinge, die Entfernung der Fenstervergitterung, die Möglichkeit zur selbständigen Verpflegung und ein Belegungslimit von maximal 100 Asylsuchenden.

HORST DIETER WENZEL (Mannheim)

einandersetzungen“ Handgreiflichkeiten zwischen auswärtigen Autonomen und einheimischen Gegnern des Asylantenheimes drohten, drängte die Polizei die Gruppen auseinander. Fünf Autonomen, darunter einer, der einen Beamtin niederschlug und ihm Kopfverletzungen zufügte, und ein weiterer, der mit Leuchtpurmunition auf Polizisten schoß, wurden vorläufig festgenommen.

Erst in den frühen Morgenstunden des Donnerstags beruhigte sich die Lage. Personen- und Fahrzeugkontrollen führten allerdings unter 60 bis 70 erneut erschienenen „Auswärtigen“ noch einmal zu fünf Festnahmen, als Schlagringe, Kupferrohre und Reizgas-Sprühvorrichtungen sichergestellt wurden.

Unterdessen kritisierten sowohl Lokalpresse als auch grüne Kommunalpolitiker die Informationspolitik der Polizei. Diese übe beinahe eine „Nachrichtenzensur“ aus, durch die die brennenden Probleme der Schönau („ein Pulverfaß, das jederzeit explodieren kann“) unter den Teppich gekehrt würden, so

# Mannheim verbietet Demonstrationen MM 6.6.92

Mannheim. (Jan - Eigener Bericht) Wegen der anhaltenden Unruhen rund um das Asylbewerberheim in Mannheims nördlichem Stadtteil Schönau hat der Oberbürgermeister sämtliche Demonstrationen in der Umgebung der Unterkunft verboten. Die Polizei bleibt weiterhin mit starken Kräften präsent. In der Nacht zum Freitag überwand eine Gruppe junger Störer die Absperrgitter zu der Straße, in der das Asylbewerberheim liegt. Die Ordnungskräfte nahmen zwölf Personen im Alter zwischen 18 und 20 Jahren fest, allesamt Mannheimer. Einige von ihnen waren in den vergangenen Nächten bereits mehrmals festgenommen und wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Um sicherzustellen, daß das Verbot an den Pfingsttagen eingehalten wird, fährt die Polizei besonders intensive Einsätze.

# Festnahmen vor Asylbewerberheim RP 6.6.92

Straße erneut gesperrt

Zwölf junge Männer hat die Mannheimer Polizei in der Nacht zum Freitag vor der Gendarmeriekaserne in Mannheim-Schönau festgenommen. Sie hatten gegen 23.30 Uhr die Absperrgitter, die seit Donnerstag nacht Unruhen vor der Asylbewerberunterkunft verhindern sollen, überwunden.

Die Männer im Alter zwischen 18 und 20 Jahren stammen aus Mannheim, die meisten von der Schönau. Einer hatte nach Polizeiangaben den unwickelten Teil eines Eishockeyschlägers als Waffe bei sich. Ein Teil der festgenommenen Männer war in den vergangenen Tagen bereits mehrfach bei den Unruhen der vergangenen Tage vor der Kaserne in Gewahrsam genommen worden. Um die Absperrgitter versammelten sich wieder zahlreiche Schaulustige. Starke Polizeikräfte sorgten dafür, daß es bis auf die Festnahmen ruhig blieb. Eine Demonstration, die der Aktionskreis gegen Rassismus fürs Wochenende angekündigt hatte, wurde aus Gründen der öffentlichen Sicherheit - so OB Gerhard Widder in einer Pressemitteilung - untersagt. (uja)

Wieder haben rechte Jugendliche versucht, das Flüchtlingslager anzugreifen. Für den "MM" ist es egal ob dies "Rechte" sind. Rechts und links werden bewußt in einen Topf geworfen. Die Bullen haben auch kein Interesse die bekannten Rechten an ihren Aktionen zu hindern.

S33a

*Stellungnahme des Antifaschistischen/antirassistischen  
Infotelefon Frankfurt zu den Übergriffen auf der Schönau und dem  
menschenverachtenden Polizeieinsatz gegen die Solidemo am 6.6. in  
Mannheim.* 33b

antirassistisches / antifaschistisches Notruf- und Infotelefon  
Frankfurt

Presseerklärung zu den Ereignissen zu Mannheim und Schönau \* 07.06.92

Seit dem 26. Mai versammeln sich BewohnerInnen des Mannheimer Stadtteils Schönau vor dem Flüchtlingswohnheim in der Lilienthaler Strasse.

Zusammen mit teilweise organisierten Neo-Nazis äussern sie ihren Rassismus, randalieren vor dem Sammellager und schüren eine Pogromstimmung, die an die Ereignisse in Hoyerswerda erinnert.

Am Donnerstag, 28.05., versammelte sich ein betrunkenen Mob, überwiegend aus der direkten Nachbarschaft, vor dem Flüchtlingswohnheim. Die ca. 400 Personen skandierten rassistische und faschistische Parolen und versuchten, das Lager anzugreifen. Nur durch das Herbeiziehen von Sondereinheiten der Polizei konnte verhindert werden, daß die "lieben MitbürgerInnen" (O-Ton des herbeizitierten OB Widder) in diese ehemalige Kaserne eindringen und die Flüchtlinge mißhandeln konnten. Seitdem versuchen bis heute jeden Abend Teile der Schönauer Bevölkerung in Unterstützung von Neo-Nazis das Flüchtlingsheim anzugreifen bzw. zu stürmen.

Trotz der zeitweilig mit drei Hundertschaften präsenten Polizeikräften, konnten Angriffe nicht verhindert werden. Es wurden mehrere Scheiben des Wohnheimes eingeworfen und es gelang einer Gruppe Faschisten, trotz der angeblichen Schutzmaßnahmen der Polizei, nachts ein Loch in den Zaun zu schneiden und in das Gelände einzudringen.

In der Nacht vom 04.06. auf den 05.06. konnte die Polizei gerade noch rechtzeitig eine Gruppe bewaffneter Neo-Nazis festnehmen, die im Begriff war, das Gelände anzugreifen.

Die Reaktion der Polizei und der Stadt Mannheim auf den offenen Rassismus in Teilen der Bevölkerung beschränkt sich auf das Absperren der Zufahrtsstrasse zum Flüchtlingsheim, dem Verbot für die Flüchtlinge, das Heim zu verlassen, und eine fast lückenlos gefälschte Berichterstattung für die Medien, mit der jegliche Solidaritätsbewegung für die bedrohten Flüchtlinge verhindert werden soll.

Das Sammellager in der Lilienthaler Strasse befindet sich in einem der sozialen Brennpunkte der Stadt Mannheim. Der überproportionale Anteil an Arbeitslosigkeit verursacht eine Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die ihren Ausdruck z.T. in einem offenem Rassismus findet. Die unsoziale Politik der Bundes- und Landesregierung, vor allem der von oben geschürte Rassismus, führte in Schönau zu einem Wahlergebnis von 15,9% für die faschistische Partei der "REPUBLIKANER" bei den Landtagswahlen im Frühjahr.

Daß in einem Stadtteil, in dem sozialer Mißstand, hoher Drogen- und Alkoholkonsum und ein offener Rassismus zum Alltag gehören, von der Stadt Mannheim bzw. der baden-württembergischen Landesregierung ein Sammellager eingerichtet wurde, macht die Zielrichtung der Verantwortlichen deutlich. Gemäß eines rassistischen Gerichtsurteils des OVG Schleswig vom 18.10.91, nach dem Asylwohnheime eine Mietminderung und eine Beeinträchtigung nachbarschaftlicher Belange bedeuten und die Einrichtung somit unzulässig ist, werden Sammlager ausschließlich in solchen Teilen der Städte eingerichtet, in denen die gesellschaftlich Untenstehenden leben. Ein Wohnheim in Villengegenden ist den wohlhabenden Schichten schließlich nicht zuzumuten. Durch diese Politik sind Angriffe und massiver Rassismus vorprogrammiert - und beabsichtigt !

Konkret für Schönau gilt, daß schon bevor das Sammellager eingerichtet wurde, OB Widder arbeitslose Jugendliche, die die leerstehende Kaserne zum Autoschrauben mieten wollten, ausspielte. Direkt nach der schriftlichen Bitte der Jugendlichen, verkündete er, daß auf dem Gelände ein Asylheim eröffnet würde. Kurz darauf organisierte die "nationale front", eine radikal-faschistische Partei, eine Veranstaltung mit der Aussage, AusländerInnen würden Arbeitslosen vorgezogen. Dieses Vorgehen der Stadt Mannheim lieferte in Verbindung mit der Vergewaltigung einer Frau den Funken für das Ausbrechen der rassistischen Angriffe.

Seit Bekanntwerden der Angriffe sind mehrere antirassistische/antifaschistische Gruppen vor Ort, um das Lager vor dem Mob zu schützen und Solidarität mit den Flüchtlingen, überwiegend Menschen aus Albanien und Schwarzafrika, zu zeigen. Trotz der Behinderung durch Polizei und Lagerleitung ist es uns gelungen, Kontakt zu den Flüchtlingen aufzunehmen, und ihnen zu zeigen, daß der Rassismus in der Gesellschaft zwar Konsens ist, es aber auch Leute gibt, die sich bewußt gegen die menschenverachtende Politik und Asylgesetzgebung stellen.

Bis zu 150 Personen versuchen allabendlich eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, führen Protestdemonstrationen im Stadtteil Schönau durch und reden mit den Flüchtlingen, um ihnen zumindest einen Teil ihrer Angst zu nehmen. Die staatliche Reaktion auf solche anti-rassistischen Initiativen ist die offene Stellungnahme zugunsten des rassistischen Teils der Bevölkerung. Während einer Protestversammlung in Schönau am Abend des 03.06. wurde der Mob von den Polizeieinheiten geschützt und zwei Antifaschisten verhaftet und mißhandelt, nachdem sie zuvor bei einem grundlosen Schlagstockeinsatz schwer verletzt wurden.

In der Nacht vom 5.6. auf den 6.6. wurde eine Gruppe von ca. 20 AntifaschistInnen, die sich vor dem Heim versammelt hatte und mit den Flüchtlingen redete, von einer Sondereinheit der Polizei ohne Begründung festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Sie wurden teilweise über acht Stunden festgehalten.

Die Medien halten sich in ihrer Berichterstattung ausschließlich an die spärlichen, vor allem nicht zutreffenden, Polizeiberichte. Unkritisch, Wahrheiten verschweigend und nicht selbstständig bzw. objektiv recherchierend, wird das Bild von "anreisenden Gewalttätern", "gewaltbereiten Autonomen", usw. verbreitet, wird versucht, FaschistInnen und Anti-RassistInnen auf die gleiche Stufe zu stellen. Die Polizei und die Stadt werden als diejenigen präsentiert, die eine "friedliche Lösung des Problems" wollen.

Kaum ein Bericht macht offen, was die Ursachen für unsere Präsenz sind, kaum ein Artikel berichtet über die Situation und Angst der Flüchtlinge, hinterfragt die staatliche Politik und den durch das Verhalten der Verantwortlichen geförderten Rassismus. Wie sehr Oberbürgermeister Widder (SPD) an der "friedlichen Lösung des Problems" interessiert ist, zeigt sich an seiner Reaktion auf die, die Belagerung auslösende, Vergewaltigung einer Bewohnerin Schönaus durch einen Zivilamerikaner. Diese wurde einem Flüchtling unterstellt. Kurzerhand beschloß OB Widder, daß ab sofort ausschließlich Familien im Lager aufgenommen werden. Obwohl sich Politiker im Allgemeinen zu Vergewaltigungen nicht verhalten, werden hier auf einmal alleinstehende Flüchtlingsmänner zum ausschließlichen Problem hochstilisiert, um rassistische Tendenzen in der Bevölkerung zu legitimieren.

Parallel zur kontinuierlichen Anwesenheit antirassistischer / anti-faschistischer Gruppen vor dem Lager, wurde eine bundesweite Demonstration gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit und für ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge vorbereitet. Die Demonstration, die von Gruppen aus vielen Städten der BRD getragen wurde, sollte am Samstag, 6.6., vor dem Lager in Schönau beginnen, durch den Stadtteil führen und mit einer großen Mahnwache vor dem Lager enden. OB Widder ließ die Demonstration kurzerhand verbieten, besorgt um die "Sicherheit und Ordnung" der Stadt - nicht der Flüchtlinge.

Aufgrund des Verbotes für den Stadtteil Schönau, versammelten sich am Samstag gegen 19:00 Uhr, ca 500 Menschen auf dem Paradeplatz in der Mannheimer Innenstadt.

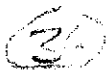
Mit einer Spontandemonstration, die juristisch nicht zu untersagen ist, sollte trotz des Schönauer Versammlungsverbotes eine Gegenöffentlichkeit zu den Ereignissen hergestellt werden. Schon im Vorfeld wurden ca. 40 Personen in der Nähe des Paradeplatzes eingekesselt und verhaftet. Auf dem Platz selbst verkündeten SEK-Einheiten aus Göppingen, Karlsruhe, Mannheim und Stuttgart ein Versammlungsverbot für das ganze Stadtgebiet Mannheim. Der Versammlungsplatz sollte binnen vier Minuten geräumt werden, an die anwesenden PassantInnen erging die Aufforderung, sich von dem Platz zu entfernen, da ansonsten für deren Sicherheit nicht garantiert werden könne.

Ca. um 19:18 stürmten mehrere Hundertschaften der zur Aufstandsbekämpfung trainierten Kommandos unter brutalstem Schlagstockeinsatz den Platz. Der sich gera-

de formierende Demonstrationen wurde zerschlagen, wahllos Menschen verhaftet und mißhandelt, sowie mehrere Kessel gebildet. Vor den Augen der empörten Bevölkerung wurden willkürlich PassantInnen, VertreterInnen der Presse und DemonstrantInnen mit Holzknüppeln verprügelt, durch ziellos eingesetzte Hundestaffeln verletzt, beschimpft und verhaftet. Viele von ihnen mußten schwer verletzt in Krankenhäuser transportiert werden. Die fortdauernden Behinderungen der Rettungsmaßnahmen durch die Polizei konnte nur durch die Anwesenheit energisch auftretender Sanitäter und Ärzte gestoppt werden. Parallel zu den Prügelorgien, die bei großen Teilen der auf der Fußgängerzone Anwesenden, Entsetzen verursachten, wurde das Mannheimer Jugendzentrum von der Polizei aufgebrochen und gestürmt. Auch hier wurden zahlreiche Personen festgenommen und verletzt. Jugendliche AusländerInnen wurde mit der Begründung, es seien schließlich Ausländer, gejagt und festgenommen. Nach dreistündigem Einsatz der SEK-Truppen waren wegen einer Ordnungswidrigkeit, nämlich dem "Verstoß gegen das Versammlungsverbot", ca. 60 Personen z.T. schwer verletzt und ca. 160 Personen festgenommen. Diese wurden die ganze Nacht über festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt. Dieser Einsatz ist mit nichts zu erklären, außer mit der persönlichen und politischen Einstellung vieler PolizistInnen und ihrer Verantwortlichen, dem OB Widder und dem Mannheimer Polizeipräsidenten. Die Stadt Mannheim hat deutlich gezeigt, daß grundlegende Menschenrechte in Baden-Württemberg nicht zählen. Grundsätzlich wird in der BRD Protest und Widerstand gegen Rassismus und Faschismus als strafbare Handlung bekämpft und Personen, die sich für ein menschenwürdiges Leben von Flüchtlingen einsetzen, werden von Aufstandsbekämpfungseinheiten niedergeknüppelt und eingesperrt. Faschisten hingegen werden traditionsgemäß, selbst wenn sie versuchter oder tatsächlicher Mordanschläge gegen Flüchtlinge oder Linke überführt werden, mit Samthandschuhen behandelt und oft freigesprochen. Ideologisch werden sie unterstützt durch die inzwischen salonfähig gewordenen Parolen. Was vor einigen Jahren noch als faschistisch abgelehnt wurde, gehört heute zum Programm der etablierten Parteien. In einer Zeit, in der Angriffe auf Flüchtlinge und Linke zur Tagesordnung gehören, in der staatlich geförderter Rassismus über Gesetzgebung, Medien und verantwortliche Politiker Normalität ist, gilt es mehr denn je, massiv für ein menschenwürdiges Leben der Flüchtlinge einzutreten. Wir fordern alle fortschrittlich denkenden Menschen und Organisationen auf, sich gegen den gesamtgesellschaftlichen Rassismus zu stellen und sich an Aktionen und Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zu beteiligen !!!

Hoch die internationale Solidarität !!!  
Bleiberecht für Alle !!!  
Schaut nicht weg !!! Greift ein !!!

Kontaktadresse: Antirassistisches / Antifaschistisches Notruf- und Infotelefon  
c/o Caf EXZESS  
Leipziger Straße 91  
6000 Frankfurt am Main 90  
  
069 / 703337



Antifaschistische, antirassistische Demo in Mannheim 920606

Nach den Pogromen der Wochen vom 26.5.-5.6.92 hat das gemeinsame Plenum der regionalen Gruppen Rhein-Main und Rhein-Neckar, das zu diesem Zweck eingerichtet war, entschieden für den 6.6.92 nach Mannheim Schönau bundesweit zu mobilisieren (s.Aufruf), um dem Mob in Schönau eine entschiedene Demo entgegenzusetzen.

Schönau selbst ist seit dem 5.6.92 durch ca. 1000 Bullen wie eine Festung abgeriegelt. Begünstigt durch die Lage des Stadtteils zwischen Fabrikgeländen, Autobahn und Schnellbahnstrecke ist am 6.6. vorraussichtlich kein Durchkommen möglich. Weitgreifende Bullenkontrollen sind aufgebaut. So entschließen sich die Leute vor Ort die anreisenden GenossInnen in die Innenstadt umzuleiten und dort eine Demonstration zu probieren. Das Versammlungsverbot für Schönau wird auf ganz Mannheim ausgedehnt. Die Bullen kontrollieren massiv die anfahrenden Autos von GenossInnen und nehmen bereits vor der Demo etliche FußgängerInnen/AutomitfahrerInnen fest. Die Innenstadt von Mannheim wimmelt, abgesehen von SamstagnachmittagsspaziergängerInnen von Bullen, davon dermaßen viele Zivis, daß es total schwierig ist, ihnen bis zum Versammlungsort und auch später bei den Auseinandersetzungen auszuweichen. Als sich die ca. 500 Leute, überwiegend aus der "Szene" auf dem Paradeplatz versammeln, fahren kurze Zeit später die Bullen massiv auf und fackeln nicht besonders lange, bevor sie zum Knüppeln ansetzen. Die Bullen (das Gros ist SEK aus Karlsruhe, Frankfurt/m. und Göttingen) sind dermaßen hart drauf, daß es nicht mehr möglich ist eine geschlossene Demo vom Platz weg zu machen. Die Knüppeltiraden der Bullerei, die auch mit etlichen Pferden und Hunden im Einsatz ist, treffen außer uns auch alle, die sich irgendwie in unserer Umgebung aufhalten: Presse, PassantInnen, Jugendliche und AusländerInnen, von denen viele anfangen sich mit uns zu solidarisieren und Parolen gegen Nazis/Bullenterror und für die internationale Solidarität zu rufen. Nix destotrotz haben wir eigentlich kaum eine Chance zu einem entschlossenen Vorgehen. In der Mannheimer Innenstadt ist an allen Ecken eine ungleiche Auseinandersetzung entbrannt: Nacheinander werden unsere Treffpunkte von Bullen aufgerollt: Nachdem die Spitze der versuchten Demo in der angrenzenden Fußgängerzone eingekesselt oder zusammengeknüppelt wird, greifen die Bullen das nahegelegene JuZi an. Drinnen sind die Verletzten und viele Leute, die sich wieder sammeln wollten. Alle, außer einigen Verletzten, werden in Präsidien nach Mannheim(bereits überfüllt) und Ludwigshafen(auch überfüllt), später bis nach Heidelberg verfrachtet. Im Viertel gibts vereinzelt Versuche, den Bullen was entgegenzusetzen, die alle irgendwie mit heftigen Knüppeleien der SEKs und jeder Menge brutalster Festnahmen enden. Ca 160 Leute (von 500) sind am Ende festgenommen worden, offiziell 15 Verletzte waren von uns in Krankenhäusern, viele Verletzte sind von den Sanis versorgt worden. Die umstehenden Bürgers sind zum Teil entsetzt über die Bullen, fast nirgendwo ein schlechtes Wort über uns. Viele von denen, die sich mit uns solidarisieren, z.B. am Kessel der Demospitze (s.o.) kriegen selber was ab. Bis in die Nacht hinein knüppeln die Bullen immer wieder vereinzelt Leute, nehmen weitere fest. An allen unseren Treffpunkten (EA oder Kneipen) fährt SEK mit dutzenden von Wannan etc.etc. auf. Von uns aus ist so gut wie nix mehr möglich.

Wir denken, daß das Konzept, die Demo von Schönau in die Innenstadt zu verlegen richtig war und auch dort eine starke Demo entgegen dem Verbot durchzusetzen. Mit der Brutalität der Bullen hatte für diese Demo niemand so richtig gerechnet. Da die Bullen überall einfach mehr waren und mit äußerster Härte vorgegangen sind, war für uns nicht mehr möglich, als zu versuchen, uns trotz alledem nicht aus der Innenstadt vertreiben zu lassen. Daß so viele von uns verletzt oder festgenommen wurden, ist keinem Konzept anzulasten.

Zum Abschluß bleibt noch zu sagen, daß ein verhafteter Genosse aus Frankfurt noch schwer verletzt im Krankenhaus liegt, nach Einschätzung des EA Mannheim jedoch heute (7.6.92) noch rauskommt.

Heute wird das weitere Vorgehen von uns für die nächste Woche in Mannheim und Schönau entschieden werden. Für nächsten Samstag soll für eine breite Bündnisdemo in Mannheim oder Schönau mobilisiert werden. Dazu gibt es jedoch bis heute -7.6.92- noch keine endgültige Entscheidung oder Aufruf.

In der Nacht vom 6. auf den 7.6. fanden in Mainz eine Solidaritätsdemo mit ca 150 GenossInnen und in Göttingen eine Scherbendemo von 100 Vermurmtten statt...

SpinneNetz Mainz/Wiesbaden aus Mannheim, 7.6.92.

## Weitere Chronologie der Ereignisse in Mannheim

Wir hatten die Ereignisse bis zur Demo am Samstag, dem 30.5. beschrieben. Jetzt kommt die weitere Entwicklung bis heute, Montag, 9.6..

Kennzeichnend für diese Woche war, daß die Presssperre teilweise aufgehoben wurde und, daß Antifa-Leute aus Frankfurt und anderen Städten nach Schönau kamen. Jeden Abend waren etwa 50 - 100 meistens Autonome vor dem Lager. Die Konfrontationslinien verändern sich jetzt: Die Bullen richten sich verstärkt gegen die Autonomen und nicht mehr so sehr gegen den "Mob";

Der "Mob" scheint sich tendenziell in dieser Woche auf den militanten Kern zu reduzieren.

Montag 1.6.:

Auf einem Plenum der Mannheimer kommt es zur Spaltung: Ein Teil der Linken aus Mannheim wollen schon am Samstag, dem 6.6. eine überregionale Demo in Schönau machen. Außerdem haben Frankfurter bereits mit der Mobilisierung für den Samstag begonnen. (Tenor des Flugblatts: Zerschlagt den deutschen Mob...auch Schaulustige gehören dazu...)

Der andere Teil will erst eine Woche drauf demonstrieren, um mehr Zeit zu haben, die Demo vorzubereiten und ein Bündnis ins Leben zu rufen.

Dienstag, 2.6.:

60 Linke die vor dem Flüchtlingsheim stehen werden von ca. 50 teilweise mit Knüppeln bewaffneten Personen angegriffen. Diese treffen auf militante Gegenwehr. Die Bullen marschieren auf, knüppeln dazwischen und nehmen zwei von uns fest. Als sich die Lage beruhigt hat (die Angreifer haben sich zerstreut) fahren wir mit dem Auto um den Block auf "die andere Seite" (die Endhaltestelle, der Sammelplatz des Mobs). Dort kreuzen ca. zehn normal gekleidete Männer im Alter von 20 bis 30 Jahren mit Knüppeln bewaffnet unseren Weg. Es ist schwer einzuschätzen ob dies nun organisierte Faschos, Hooligans oder militante Bürger waren.

Später erzählt uns eine Frau sie habe mit den Schönauern diskutiert. Ihre Eindrücke waren vergleichbar mit denen die wir ein Tag nach Vatertag (erstes verstärktes Auftreten des Mobs) in Diskussionen gemacht hatten: Es waren teilweise gesprächsbereite Menschen dabei, denen auch klar war, daß die Einrichtung des Lagers Politik ist, nur "man kommt an die dort oben eben nicht dran" und daß es auch Probleme mit den Asylanten gab. Von Anderen bekam die Frau Bier über den Kopf geschüttet und es kamen Sprüche wie "wenn du keine Frau wärst, würdest du schon längst im Gebüsch liegen" wobei sie wiederum von einem Teil der Menge verteidigt wurde.

Mittwoch, 3.6.:

Der OB verhängt ein Demonstrationsverbot über die Lilienthalstrasse. An der Endhaltestelle und am anderen Ende der Lilienthalstr. werden Absperrgitter errichtet. Der angrenzende Park wird ebenfalls abgeriegelt. Im Laufe des Abends sammeln sich auf der einen Seite ca. 150 Autonome. Als diese sich in Richtung Endhaltestelle bewegen beschließen die Bullen eine Spontandemonstration im Spalier durch ein paar Straßen in Schönau zuzulassen. Nach der Demo löst sich die Menge auf. Es hatte den ganzen Abend stark geregnet.

Die Presse hat nun ein neues Feindbild entdeckt: die "angereisten Chaoten". Der OB redet in seinem zweiten Flugblatt an die Schönauer Bürger von einer "neuen Qualität der Ansammlungen" vor dem Flüchtlingslager, welches "zum Anziehungspunkt auswärtiger militanter Kräfte" wurde. Eine für Samstag den 6.6. angemeldete Demo auf der Schönau, für die bundesweit mobilisiert wurde wird verboten. Am Samstag um 13 Uhr bestätigte der Verwaltungsgerichtshof Mannheim in 2. Instanz das Verbot. Es wird kurzfristig beschlossen eine Spontandemo um 19 Uhr in der Mannheimer Innenstadt (Paradeplatz) zu machen. Der OB erklärt, daß

jegliche Demonstration oder Kundgebung, ob in Schönau oder anderswo, verboten sei und von der Polizei sofort aufgelöst werden würde. Um 19 Uhr sammeln sich ca. 500 Teilnehmer auf dem Paradeplatz. Ein massives Bullenaufgebot zieht auf. Um 19.20 Uhr wird ohne Vorwand auf die "Demo" losgeprügelt. Von nun an finden die Bullen ständig "Anlässe" um wild um sich zu prügeln und insgesamt 142 Leute festzunehmen, darunter auch Jugendliche. Die Mannheimer Reiterstaffel galoppiert durch die Fußgängerzone um sich dann um einen Kessel zu postieren. Ein Bullenhund beißt sich im Unterarm eines Journalisten vom Mannheimer Morgen fest. Der Bulle hebt den Hund am Schwanz hoch und prügelt ihm solange auf den Schädel bis dieser irgendwann losläßt. Das Jugendzentrum wird aufgebrochen in dem dann auch Minderjährige festgenommen werden. Eltern und Passanten sind empört und aufgebracht und pöbeln die Bullen an (Elterndemo ist geplant). Es gibt nur an wenigen Stellen Widerstand und ein paar Scherben. ... Alles in allem ein selbst für Mannheimer Verhältnisse sehr brutaler Bulleneinsatz. Nachdem sich die restlichen Teilnehmer auf drei Kneipen verteilen, versuchen die Bullen indem sie ihr Aufgebot an Wannen vor einer Kneipe postieren, noch einmal zu provozieren.

Die Entscheidung, die Demo kurzfristig von der Schönau in die Innenstadt zu verlegen war umstritten. Viele v.a. Auswärtige wollten am Ort des Geschehens demonstrieren. Auch die Mannheimer fanden es zwar politisch wichtig auf der Schönau zu demonstrieren, waren aber angesichts der Kräfteverhältnisse für die Innenstadt. Der Polizeieinsatz wäre auf der Schönau sehr wahrscheinlich noch härter ausgefallen, d.h. wahrscheinlich hätte man sich nicht mal sammeln können und die Bullen hätten die Leute an den verschiedenen Zufahrtstraßen eingemacht. (Teilweise auf freiem Gelände ohne den relativen Schutz der Öffentlichkeit). Aktionsmöglichkeiten für kleine Gruppen, die nach Schönau an den Sperren vorbei einsickern, hätte es in dieser Situation kaum gegeben. Andererseits kam ja auch die Demo in der Innenstadt nicht zustande und war der Polizeieinsatz sowieso brutal.

In Göttingen findet nachts eine Scherabendemo mit 100 Vermummten statt (50000 Mark Sachschaden ?!). In Mainz eine Spontandemo mit 150 Leuten. In Heidelberg am Montag Spontandemo mit 150 Leuten mit Überreichung einer Presseerklärung an die Rhein-Neckar-Zeitung. Für Samstag, 13.6. ist eine Demo um 18 Uhr in Schönau angemeldet für die bundesweit mobilisiert wird.

Weitere Informationen zu Schönau:

Es bestätigt sich, daß der "Mob" vor dem Lager multinational zusammengesetzt war. Eine linke türkische Gruppe wollte auf der Demo einen Redebeitrag machen, in dem sie die Teilnahme von türkischen Leuten kritisiert.

Ein linker Schönauer beschreibt die "Mischung" so: Anwohner, Leute aus der Alk-Szene im benachbarten Park, Kids, "normale Bürger, die sich mitreißen lassen"...zumindest am Anfang sollen die einzigen Nicht-Schönauer sogenannte City-Boys gewesen sein, Mannheimer Hools, um die es in den letzten Jahren eigentlich ruhig geworden war. Der Konflikt um das Lager hat schon vor dessen Öffnung im Januar begonnen. Es gab damals schon eine Bürgerversammlung mit Protesten dagegen und der Forderung, aus der ehemaligen Kaserne Wohnraum für die Schönauer zu machen.

Vor zwei Monaten gab es eine Massenschlägerei im Lager zwischen Afrikanern und Leuten aus dem Osten mit sieben Verletzten und einem massiven Polizeiaufgebot. Der Grund soll die Benachteiligung der Afrikaner beim Essen gewesen sein.



# Geist der Gewalt am Pfingstwochenende

## Blutige Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten in der Innenstadt

Von unserem Redaktionsmitglied  
Jan Cerny

Am Pfingstsamstag beherrschte der Geist der Gewalt die Mannheimer Innenstadt. Mehrere hundert Demonstranten und etliche Hundertschaften der Polizei lieferten sich auf dem Paradeplatz, den Planken und in den Seitenstraßen schwere Gefechte. Im Laufe der rund dreistündigen Auseinandersetzungen nahm die Polizei 142 Personen in Gewahrsam. Fünf Demonstranten und zwei Polizisten wurden verletzt, darunter auch ein Demonstrant, der nach Angaben der Polizei zuvor mit Steinen geworfen hatte und bei der Festnahme einen Armbruch erlitt. Ein Mann wurde von einem Polizeihund in den Arm gebissen.

Samstag 19 Uhr: Belagerungszustand auf dem Paradeplatz. In der Ecke zwischen den Planken und der Post stehen dicht gedrängt rund 300 Demonstranten, die meisten in schwarzen Monturen, etliche von ihnen verummmt, und bekunden lautstark ihre Solidarität mit Ausländern und Asylbewerbern. Andere Parolen sind gegen die Polizei gerichtet. Mehrere hundert mit Helmen, Schutzschildern und Schlagstöcken ausgerüstete Polizisten umringen die aufgebrachten Demonstranten.

Polizeidirektor Rudolf Grentrop, der den Einsatz leitet, fordert die Demonstranten über ein Megaphon auf, sich zu zerstreuen, ansonsten müsse die Polizei einschreiten. Ein Pfeifkonzert ist die Antwort, niemand rührt sich. Spätestens jetzt ist klar, daß die Situation in wenigen Minuten eskalieren wird.

Bis dahin hat die Polizei einige Dutzend Personen, zumeist schon an der Stadtgrenze, in Gewahrsam genommen. Der „heiße Samstag“ hatte sich abgezeichnet. Am Freitag waren in Frankfurt Flugblätter aufgetaucht, die zur Demonstration „gegen den Rassismus in Mannheim“ aufriefen. Zudem war befürchtet worden, daß Teilnehmer einer Versammlung der rechtsextremen DVU in Landau einen Abstecher nach Mannheim unternehmen würden.

Daraufhin trommelte die Mannheimer Polizei Verstärkung zusammen. Während

des Samstags erreichten Mannschaftswagen aus Nordbaden, aber auch aus Tübingen und Freiburg die Kurpfalzmetropole. Gleichzeitig trafen aus allen Richtungen die Demonstranten ein. Gleich nach den Autobahnausfahrten mußten viele sich einer eingehenden Kontrolle unterziehen, so zum Beispiel am Planetarium und bei der Autobahnausfahrt in Sandhofen. Dabei beschlagnahmte die Polizei die ersten Schlagstöcke, Feuerwerkskörper, Abschußvorrichtungen für Farbpullen und Vermummungsutensilien. Einige Fahrzeuge wurden sichergestellt, die Insassen in Gewahrsam genommen.

Unterdessen beschäftigten sich die Gerichte mit dem Widerspruch gegen das Demonstrationsverbot. Der „Aktionskreis gegen Rassismus auf der Schönau“ hatte bei der Stadt die Erlaubnis zu einer Demonstration am Asylbewerberheim in der Lilienthalstraße beantragt. Das Treffen wurde untersagt. Der Aktionskreis wandte sich daraufhin an das Verwaltungsgericht Karlsruhe, die Richter bestätigten aber das Verbot. Auch eine von Rechtsanwalt Günter Urbanczyk eingereichte Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof Mannheim hatte keinen Erfolg. Der 1. Senat stellte in seinem Beschluß vom Samstag vormittag fest, „daß der Antragsteller die Einschätzung der Stadt Mannheim nicht widerlegt hat, daß die vorgesehene Demonstration zu einer unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit führen würde“.

Noch am späten Nachmittag versuchten die Organisatoren eine Genehmigung zu einer Ersatzdemonstration in der Innenstadt zu bekommen, um – wie sie später erklärten – zu einer Entschärfung der Lage beizutragen. Von Oberbürgermeister Gerhard Widder kam dazu ein klares Nein.

Inzwischen wimmelt es in der Stadt von angereisten Demonstranten, darunter offensichtlich sogenannte Autonome aus dem linken politischen Spektrum. Sie ziehen durch mehrere Straßen in Richtung Paradeplatz. Die ersten etwa 20 Personen werden von der Polizei gegen 18 Uhr zwischen den Quadraten S 6 und T 6 eingekesselt. Wer sich nicht ausweisen will oder kann, wird festgenommen.

Eine Stunde später ist der Paradeplatz belagert. Auch eine zweite Aufforderung der Polizei, die Demonstration aufzulösen, geht in Pfiffen unter. Gegen 19.20 Uhr kommt das Kommando: Mit Schlagstöcken in den Händen stürmen die Polizisten vor. Einige Demonstranten suchen ihr Heil in der Flucht Richtung Planken. Andere kommen nicht weit, liegen auf dem Boden oder befinden sich fest im Polizeigriff. Einige erreicht nur der Schlagstock. Während der Festnahmen fliegen in den Planken die ersten Steine, Schaufenster gehen zu Bruch, Passanten flüchten sich panikartig in umliegende Lokale.

Jetzt stürmen Polizeikräfte in die Planken, gefolgt von der Reiterstaffel. Vor dem Quadrat P 4 treiben sie rund 60 Personen zusammen und kesseln sie ein. Die Demonstranten verhaken sich an den Armen, formieren sich zu einem dichten Pulk.

Etliche Demonstranten, darunter Verletzte, suchen Zuflucht im Jugendzentrum in Selbstverwaltung in O 4. Bis die Polizei das Haus erreicht, ist das Tor fest geschlossen. Als erstes entfernen die Beamten ein Plakat, mit dem zu der Demonstration aufgerufen wird. Trotz mehrmaliger Aufforderung öffnet niemand. Mit einem Rammbock verschaffen sich die Uniformierten Zutritt und holen die Eingeschlossenen heraus. Später informiert der Polizeipressesprecher, daß in den Räumen Gummiprügel verteilt worden seien.

Gefährlich wird es für die Beamten, als sie in einer Seitenstraße einschreiten, in der die Störer von einem Lkw mit Stangen versorgt werden. Dabei wird ein Polizist durch einen kräftigen Tritt in den Unterleib außer Gefecht gesetzt. Der Gewalttäter wird überwältigt.

Kurz nach 21 Uhr scheint die Innenstadt langsam wieder zur Ruhe zu kommen. Auf den Planken und in den Seitenstraßen bilden sich kleinere Gruppen von Demonstranten, die auf den Oberbürgermeister und die Polizei schimpfen. Nur noch wenige Chaoten legen sich mit den Ordnungskräften an und werden gleich in Gewahrsam genommen. Gegen 22 Uhr herrscht zwar noch gespannte, aber immerhin Ruhe.

Die 142 festgenommenen Personen wurden auf Arrestzellen in Mannheim und Umgebung verteilt (Ludwigshafen und Heidelberg). Nach Angaben der Polizei befanden sich nur knapp 20 Einheimische darunter. Der Rest waren „ambulante“ Störer aus dem Frankfurter Raum, einige sogar aus Köln, Münster, Hamburg und Freiburg. Bei den Festnahmen stellten die Beamten mehrere Schlagstöcke, einen Baseballschläger, drei Reizstoffsprühgeräte, ein Schmetterlingsmesser, einen Dornnietengürtel sowie Ellenbogen- und Knieschutz-Garnituren sicher.

Inzwischen befinden sich alle Festgenommenen wieder auf freiem Fuß, darunter auch die rund 70, die wegen Gewalttaten einschlägig bekannt sind. Gegen 76 Personen wurden Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet, bei einigen kommen Sachbeschädigung und Gewalttaten dazu.

Am Sonntag und Montag blieb es in der Innenstadt und am Asylbewerberheim auf der Schönau ruhig.

MANNHEIMER MORGEN

3. JUNI 92

# Mannheimer MORGEN

# LÜGT!



Demonstration der Gewalt am Samstag auf dem Paradeplatz (Foto: dpa)

Am Samstag, dem 6. Juni '92 kam es in der Mannheimer Innenstadt zu schweren Ausschreitungen. Mehrere hundert verummte und schwer bewaffnete Gewalttäter waren aus dem ganzen Bundesgebiet angereist. Sie versammelten sich gegen 19 Uhr auf Anweisung von OB Widder auf dem Paradeplatz. Dort überfielen sie die Teilnehmer einer friedlichen Kundgebung gegen Rassismus. Dabei verletzten die knüppelschwingenden Randalierer mehrere dutzend Menschen zum teil schwer. Wenig später drangen die Terroristen in das Jugendzentrum in O 4.8 ein und verschleppten die großenteils minderjährigen Besucher und Besucherinnen. Alle Täter sind flüchtig.

Die Täter waren bekleidet mit grünen Kampfanzügen, schwarzen Springerstiefeln und weißen Helmen mit Klappvisier.

**Vorsicht! Die Täter sind bewaffnet und äußerst gewalttätig!**



Gespänte Erwartung vor der Konfrontation auf dem Paradeplatz.

"Mannheimer Morgen" 8.6.92



Nicht loslassen wollte ein Polizeihund, der sich in den Arm eines Demonstranten verbiß



Vor Ort verarztet wurde eine Demonstrantin, die bei den Zusammenstößen am Kopf verwundet wurde.

Das Bildmaterial vom Mannheimer Morgen zu den Artikeln widerspricht offenbar dem tatsächlichen Ablauf des Pfingstsamstags. Der "MM" berichtet von einer Straßenschlacht, obwohl die DemonstanzInnen sich nicht gegen das Vorgehen der Bullen gewehrt haben.

Das obere Bild entspricht auch nicht seinem Titel, deutlich ist eine abziehende Menschenmenge unbewaffnet und unvermummt zu erkennen, welche dann brutal von hinten zusammengeknüppelt wird. Zu dem Bild mit dem Bullenhund ist zu erwähnen, daß der Bulle kein Interesse hatte den Hund zurückzuholen, sondern dem Mann auch noch gleichzeitig mit dem Prügel eine verpasst.



Demonstranten im Gespräch mit der Polizei.

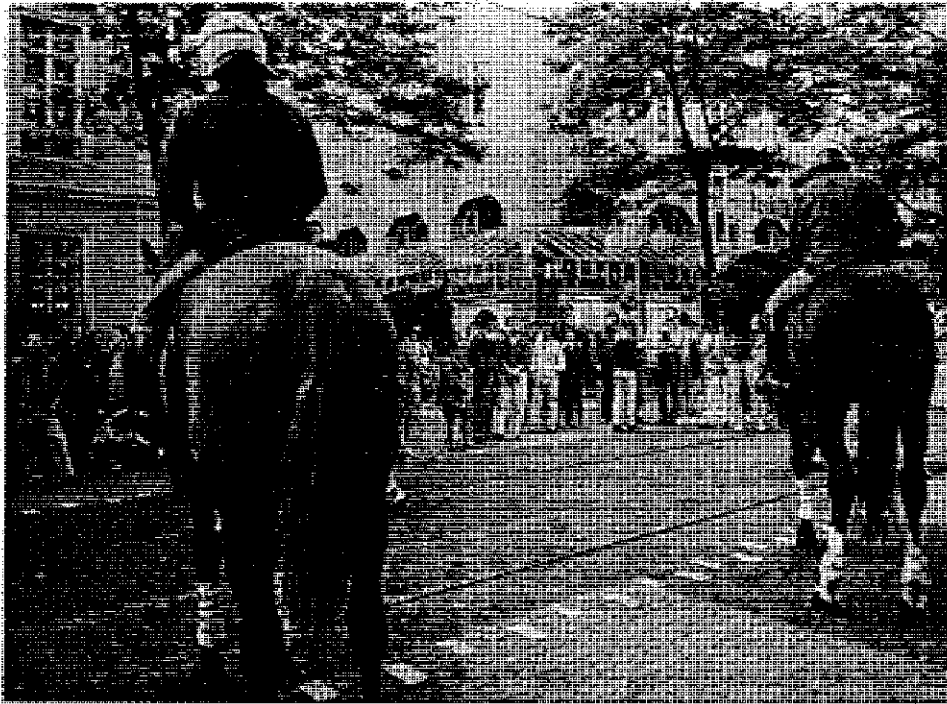


„Mama, Mama“, rief ein Ausländer bei der Festnahme auf den Planken.



Das Ende der Ausschreitungen: Einige Demonstranten ließen sich von der Polizei dazu überreden, die Stätte in Richtung Wasserturm zu verlassen.  
 11. 9.06.92

Auch hier wieder zynische Kommentare des "MM", links oben die "freundlichen" Bullen beim "Gespräch" bevor sie zuschlugen. Rechts daneben noch ein freundliches Grinsen für den Fotografen des "MM".



Die Polizei-Hundertschaften aus ganz Baden-Württemberg wurden auch durch eine Reiterstaffel unterstützt.

MM, 9.6.92

## Urbanczyk zeigt Wider an

Der frühere Stadtrat der Grünen, Rechtsanwalt Günter Urbanczyk, stellte bei der Staatsanwaltschaft gegen Oberbürgermeister Gerhard Widder, den Leiter der Schutzpolizei, Polizeidirektor Rudolf Grentrop, sowie weitere namentlich nicht bekannte Personen eine Strafanzeige wegen der Vergehen der Körperverletzung im Amt sowie der Freiheitsberaubung. Bei den Angezeigten handele es sich um

die Verantwortlichen für den Polizeieinsatz gegen die Versammlung in der Mannheimer Innenstadt, bei der 142 Personen festgenommen wurden. In der Begründung spricht Urbanczyk unter anderem davon, daß die Versammlung auf dem Paradeplatz nicht verboten gewesen sei. Es habe keinen Anlaß fürs polizeiliche Einschreiten gegeben. Bis zu der Räumung des Platzes sei es zu keinen Gewalttätigkeiten gekommen, es habe noch nicht einmal aggressive Stimmung geherrscht, eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit habe nicht vorgelegen. Jan

## Stimmen zum „heißen Samstag“

MM, 9.6.92

### Bürger und Parteien melden sich zu Wort / Unterschiedliche Positionen

Zu der verbotenen Demonstration, die am Samstag abend in der Innenstadt zur Straßenschlacht geriet, meldeten sich Bürger und Parteien zu Wort.

Den „MM“ erreichte auch eine Stellungnahme der Stadtverwaltung; darin heißt es: „Die Polizei hat gemäß der Rechtslage die Demonstration in der Innenstadt aufgelöst, nachdem ihrer Aufforderung zuvor nicht Folge geleistet wurde. Das polizeiliche Vorgehen entsprach dabei der Rechtslage, die den Veranstaltern und deren anwaltschaftlichem Vertreter bekannt war.“

\*

Der SPD-Landtagsabgeordnete Max Nagel spricht sich gegen Demonstrationen vor der Kaserne aus, weil diese einerseits die Asylbewerber verunsichern und andererseits stets die Gegenseite auf den Plan rufen. Das von Widder verhängte Demonstrationsverbot hält Nagel für richtig – „vor allem, wenn man bedenkt, daß so manche nicht pro oder contra Asyl, sondern pro Randalen beziehungsweise contra Staat demonstrieren“. Der sozialdemokratische Mannheimer Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin verurteilt die „vorsätzlich geplanten Aktionen militanter Autonomer“. Vergin erklärt: „Wer mit dem Leid von Flüchtlingen und den Ängsten

von Teilen der Bevölkerung Randalen inszeniert, handelt nicht politisch, sondern kriminell.“

\*

„Solidarität mit der Mannheimer Polizei“, bekundet die CDU. In einer Presseerklärung des nordbadischen Bezirksverbandes heißt es, Mannheim dürfe nicht zu einem „Tummelplatz für gewalttätige Chaoten aus den verschiedensten Teilen Deutschlands“ werden. Pressesprecher Klaus Dieter Reichardt fordert die hessische Regierung auf, künftig mit polizeilichen Möglichkeiten das Abreisen von „Fahrzeugen mit Terrorchaoten“ zu verhindern. Reichardt erneuert den Vorschlag eines „Sicherheitskonzeptes für Mannheim“.

\*

Seine Sicht der Dinge schildert auch der „Aktionskreis gegen Rassismus auf der Schönau“ in einem Schreiben: Die Gruppe führt aus, mit dem verantwortlichen Einsatzleiter Grentrop das Gespräch gesucht zu haben. Grentrop hätte aber keinerlei Entgegenkommen gezeigt.

\*

In einem offenen Brief stellt der Verein „Frauen helfen Frauen“ fest: „Das unfassbar brutale Vorgehen bei der Demonstration verstärkt bei uns den Eindruck, daß es den Stadtvätern nicht um Maßnahmen zum Schutz der Flüchtlinge, sondern um die Diskreditierung und Kriminalisierung

jedigen antirassistischen Widerstandes geht.“

\*

Das Jugendzentrum in Selbstverwaltung schildert der Hergang der Geschehnisse so: Das JUZ-Cafe sei gut besucht gewesen, als darin Verletzte und Verfolgte Zuflucht suchten. Um anwesende Unbeteiligte zu schützen, sei der Eingang verschlossen worden. Die Polizei habe die Tür zunächst von außen verbarrikiert und dann aufgebrochen. Das weitere Vorgehen der Polizei wird als „sehr konfus“ bezeichnet. In der Erklärung heißt es: „Das gewaltsame Eindringen der Polizei in das JUZ ist offensichtlich ein weiterer plumper Versuch, das JUZ in der Öffentlichkeit in Mißkredit zu bringen.“

\*

„Allein Oberbürgermeister Widder hat die Ausschreitungen und die Verletzten am Samstag abend zu verantworten“, mit diesem Kommentar von Stadtrat Friedrich Brender beginnt eine Presseerklärung der Grünen. Sie werfen der Polizei vor, eine Spontandemonstration am Paradeplatz mit „äußerster Brutalität“ aufgelöst zu haben, „obwohl nach Aussage verschiedener Beteiligter“, so die Stellungnahme, „keinerlei Gefahr für die Sicherheit und Ordnung der Innenstadt ausging“.

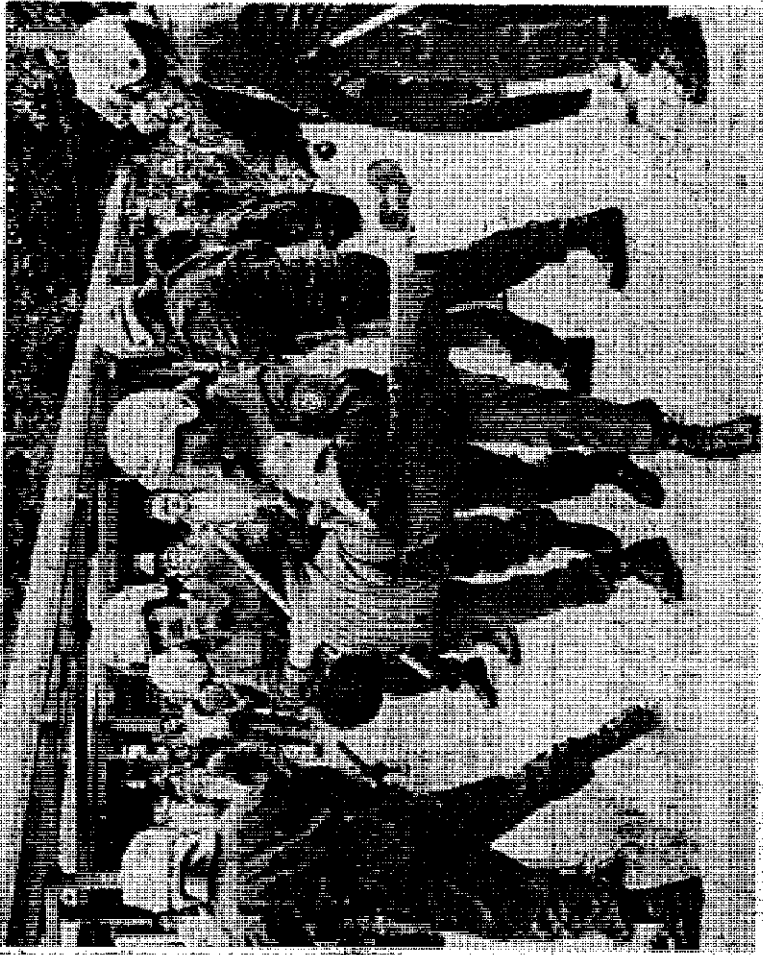
(LUL)

wam

MM, 9.6.72

# Sorge vor neuen Krawallen in Mannheim

## Schwere Ausschreitungen nach verbotener Demonstration für Asylheim / Vermummte Randalierer / 142 Festnahmen



Zu schweren Ausschreitungen kam es in Mannheim; als die Polizei eine verbotene Demonstration auflöste. Bild: Neusch

Von unserem Redaktionsmitglied Jan Cerny

**Mannheim.** Mannheims Oberbürgermeister Gerhard Widder rechefertigte gestern den massiven Einsatz der Polizei gegen Demonstrationen am Pfingstsonntag in der Innenstadt. Das Verhalten zahlreicher Teilnehmer des nicht genehmigten Aufzugs habe die Richtigkeit seines Demonstrationsverbotes bestätigt. Aus Sorge vor weiteren Ausschreitungen bleibt die Polizei in Einsatzbereitschaft.

An den schweren Ausschreitungen waren nach Angaben der Polizei vor allem sogenannte militante Autonome beteiligt. Sie waren zumeist aus dem Frankfurter Raum, Freiburg und Hamburg angereist, um angeblich "gegen den Rassismus in Mannheim" und für ein Asylwohnheim zu demonstrieren. Nachdem das Verwaltungsgericht Karlsruhe sowie der Verwaltungsgerichtshof Mannheim das von der Stadt erlassene Demonstrationsverbot bestätigt hatten, schritt die Polizei gegen die Ansammlung von rund 300 zum Teil vermummten Demonstranten ein.

Es kam zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten, dabei wurden mindestens sieben Personen verletzt, darunter auch zwei Ordnungskräfte. Die Polizei nahm im Laufe des Abends 142 Personen fest, knapp 20 davon waren Mannheimer, der Rest war aus der ganzen Bundesrepublik angereist. Sie befinden sich inzwischen allesamt auf freiem Fuß.

Ausgelöst wurde die Demonstration durch Proteste von Bürgern in Mannheims nördlichem Stadtteil Schönau gegen die Unter-

**Kommentar Seite 2; ausführliche Berichte im Lokalteil**

bringung von Asylbewerbern in ihrer Nähe. Dabei hatten einige angetrunkene Jugendliche den Ausländern Gewalt angedroht, die Polizei verhinderte die Übergriffe.

Rund 250 Menschen, darunter ein Block von 150 zum Teil vermummten Autonomen aus dem Göttinger Jugendzentrum Innenstadt, demonstrierten gestern gegen die Polizeiaktion in Mannheim. Bereits am Sonntag waren in Göttingen bei einer "Scherben-Demo" für rund 50 000 Mark Schaufensterscheiben zerschlagen worden.



Nachdem die Demonstranten die Aufforderung zum Auseinandergehen mißachtet hatten, schritt die Polizei ein.

Bilder: Neusch/Cerny und Hund

MM 9.6.92

## Chronik der Eskalation

15. Januar: Nachdem die US-Army im Spätsommer 1991 die Gendarmerie-Kaserne auf der Schönau verlassen hat, ziehen die ersten Asylbewerber in die Landesunterkunft ein. Im Stadtteil regt sich Protest.

26. Mai: Vor der Gendarmerie-Kaserne versammelt sich eine Gruppe von Jugendlichen, einige von ihnen mit Stöcken bewaffnet, und droht den Asylbewerbern Gewalt an. Der Polizei gelingt es, die Burschen zum Verlassen der Stätte zu bewegen.

28. Mai: Nach einer Schlägerei beim Waldfest der Siedlergemeinschaft Schönau werden die Festivitäten vorzeitig abgebrochen. Eine Gruppe von jungen angetrunkenen Männern zieht vor die Gendarmerie-Kaserne, beschimpft die Asylbewerber und droht ihnen mit Gewalt. Im Nu gesellen sich zahlreiche Schönauer dazu und stimmen in den Chor mit ein. Die Polizei zieht starke Kräfte zusammen und drängt das Volk ab. OB Widder versucht, die Menge zu beruhigen.

30. Mai: Die Mannheimer „Pro Asyl“-Gruppe organisiert eine Solidaritäts-Demonstration vor der Gendarmerie-Kaserne. Die ersten auswärtigen Demonstranten tauchen auf. Die Polizei hält die Gruppe von den Schönauern fern.

4. Juni: Aus dem Frankfurter Raum reist eine größere Anzahl von Autonomen an. Obwohl der OB inzwischen Demonstrationen auf der Schönau verbietet, läßt die Polizei einen Aufzug zu und verhindert damit Ausschreitungen.

6. Juni: In der Mannheimer Innenstadt kommt es zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei.

## Mit eigenen Augen gesehen

Kurz nach 20 Uhr: Vor dem Quadrat O 4 auf den Planken steht ein Pulk von rund 20 Polizisten, im Abstand von wenigen Metern eine Gruppe von Demonstranten. Die Situation scheint sich zu beruhigen. Aus heiterem Himmel stürzt einer wie ein Kamikaze-Flieger auf die Uniformierten und drischt auf einen Beamten ein. Während er überwältigt wird, schreit er wie am Spieß. Er erreicht nur zum Teil, was er wollte. Die umstehenden Zuschauer schimpfen lautstark auf die Polizei, mischen sich aber nicht ein.

Etwa beim Quadrat O 3: Eine etwa 35 Jahre alte Frau schaut dem „Nahkampf“ zu. Sie bricht in Schreikrämpfe aus: „Warum knüppeln sie so, warum knüppeln sie so, wir sind doch in Deutschland.“ Dann schluchzt sie nur noch, die Hände vor dem Gesicht.

Entlang der Schaufenster am Quadrat P 4 kesselt die Polizei eine Gruppe von rund 60 Demonstranten ein, die sich an den Armen verhaken. Polizeihauptkommissar Bernd Heeger fordert sie auf, auseinanderzugehen. Keine Reaktion. Heeger spricht einen der Demonstranten an, verhandelt mit ihm. Der lenkt ein. Heeger läßt seine Leute am Ort, die Demonstranten marschieren geschlossen in Richtung Wasserturm ab.

Handgemenge zwischen Randalierern und Polizisten am P 2-Quadrat: Ein Uniformierter greift nach einem Störer, der sich heftig wehrt. „Ihr habt eure Chancen zum Verschwinden gehabt“, ruft der Polizist und läßt den Schlagstock niedersausen.

Jan Cerny

## Gewalt zeugt Gewalt

Polizisten, die in geschlossener Phalanx mit Helm und Schlagstock auf der Flaniermeile „Die Planken“ vorrücken, Hunde, die Demonstranten verbellen und verbeißen, Beamte zu Pferd, die wie zur Attacke reiten – die Filme, die an Pfingsten über alle Fernsehkanäle liefen, schreckten auf und sorgten für eine falsche Optik: Mannheim im Bürgerkrieg? Übergriffe der Polizei? Eine zweifelhafte Publizität für die Quadratestadt!

Die Ereignisse in der Nacht zum Sonntag sind ein eklatantes Beispiel dafür, wie ein vergleichsweise simpler Anlaß ausufern, eine Lawine auslösen und für fast alle Beteiligten außer Kontrolle geraten kann.

Erinnern wir uns: Mit einer wüsten Volksfestprügelei auf der Schönau fing alles an. Die angetrunkenen Krakeeler zogen vor die mit Asylbewerbern belegte Gendarmerie-Kaserne und brüllten dumme Parolen. Die Polizei reagierte energisch und wies die Radaubröder in die Schranken.

Brenzlig wurde die Lage erst, als Gegendemonstranten die handfeste Konfrontation suchten. Sie reagierten genauso überzogen, indem sie generell „Rassismus und Fremdenhaß in Mannheim“ anprangerten, als ob nicht in dieser Stadt seit fast vierzig Jahren alteingesessene und ausländische Mitbürger miteinander auskämen. Gerade im Stadtteil Schönau ist der Ausländeranteil besonders hoch.

Aber es gibt offenbar Leute, denen die ganze Richtung nicht paßt, die den demokratischen Rechtsstaat als Ausbeutersystem verunglimpfen, fanatische Sektierer, die – und da tut man der echten politischen Linken unrecht – einer nebulösen „autonomen linken Szene“ zugerechnet werden.

Ihnen kommt jede Gelegenheit zupaf, bei der sie diesen Staat als „Polizeistaat“ vorführen und verteufeln können. Die Asylbewerber von der Schönau waren da nur noch Mittel zum Zweck, ein Vorwand, die Staatsmacht zu provozieren.

Mag sein, daß es auch blauäugige Mitläufer gab. Da wird beispielsweise die Rolle des Jugendzentrums in Selbstverwaltung (JUZ) noch zu untersuchen sein.

Man kann im nachhinein natürlich darüber streiten, ob ein Demonstrationsverbot für das gesamte Stadtgebiet der Weisheit letzter Schluß war, ob man die Agitatoren nicht lieber hätte ins Leere laufen lassen sollen. Aber wer wollte angesichts von aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten offenbar gewaltbereiten Trupps das Risiko übernehmen?

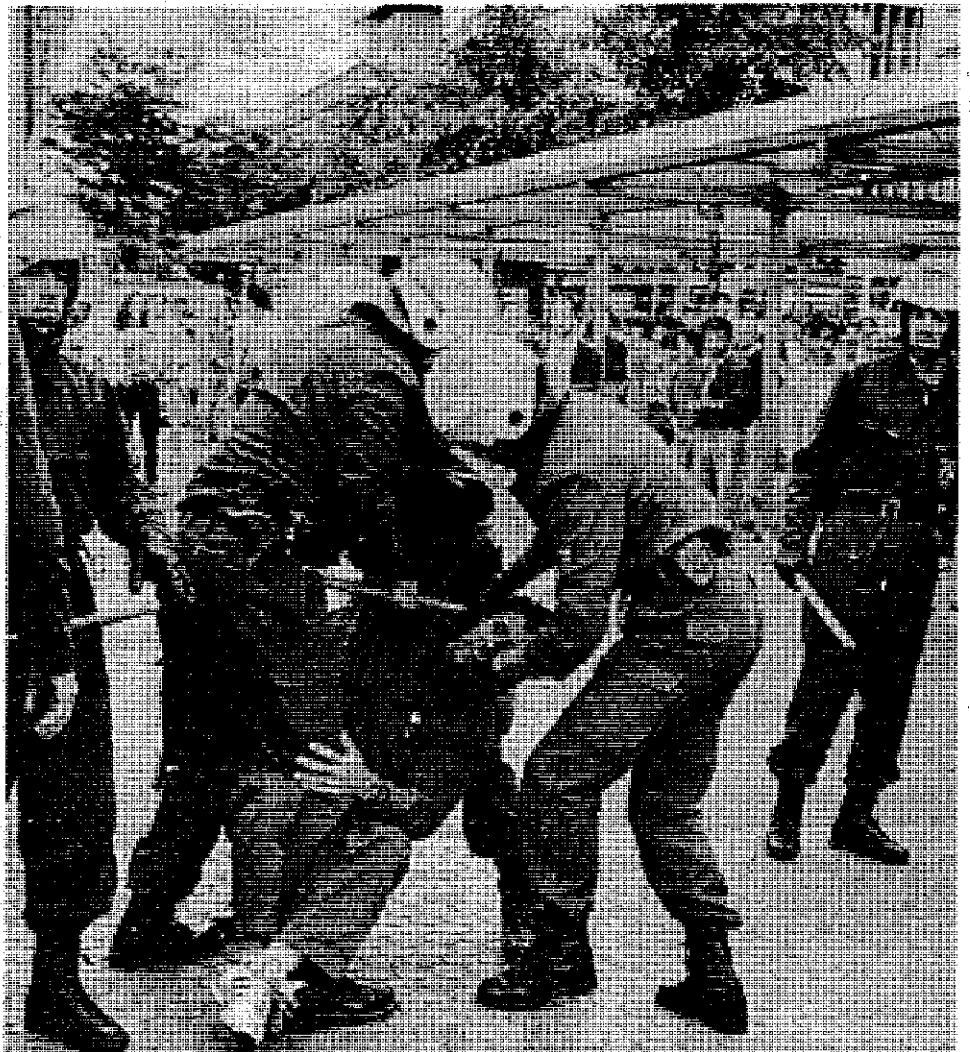
Bleibt festzuhalten: Das Demonstrationsverbot des Oberbürgermeisters war begründet und durch alle gerichtlichen Instanzen bestätigt. Die Demonstranten wurden korrekt informiert, sie setzten sich darüber hinweg und ins Unrecht. Die Polizei mußte Flagge zeigen. Das Schlimme ist nur: Gewalt erzeugt Gegengewalt.

Wie soll das weitergehen? Die Landes-CDU fordert einen Sicherheitsplan für Mannheim. Soll etwa ein Ausnahmezustand verhängt werden? Aber dann ist morgen vielleicht Göppingen und übermorgen Freiburg an der Reihe.

Das ist keine Lösung. Wir müssen schnell wieder zur Normalität zurückkehren. Für die große Mehrheit der Mannheimer ist das friedliche Zusammenleben mit Ausländern eine Selbstverständlichkeit. Und wir müssen klarmachen, daß hier jeder zu seinem Recht kommt, daß aber jeder der es bricht heim Wickel packt



Auf den Planken prallten gewalttätige Demonstranten mit der Polizei zusammen.



Die ersten Demonstranten nahm die Polizei auf dem Paradeplatz fest.



Sogar der Bildzeitung sind die Vorfälle in Mannheim nützlich, um ihre tagtägliche Hetze fortzusetzen und von den HERRschenden abzulenken. Rechte und Linke werden in einen Topf geworfen und für die miesen Zustände in der BRD verantwortlich gemacht.

41

# Pfingst-Welle der Gewalt

Hatten Sie ein schönes Pfingstfest? Genossen auch Sie den Frieden der Feiertage? Dann haben Sie Glück gehabt: Viele Menschen in Deutschland wurden von einer Welle der Gewalt überrollt. Vermummte Links-Chaoten wüteten in Mannheims Innenstadt: sieben Verletzte, 142 Festnahmen. Spaziergänger fanden abends in Berlin eine nackte, erstochene Frau: Sexual-

mord am Pfingstsamstag. In Hamburg erstach eine Ehefrau (26) ihren Mann (27): Er wollte auf die drei Kinder losgehen. Wo sind die Wurzeln dieser explosionsartigen Gewalt? Diplom-Psychologe Werner Gross: „Der Frust aus der ganzen Woche entlädt sich gerade dann, wenn die Routine des Alltags wegfällt.“  
We... letzte Seite.

## Welle der Gewalt „Eins, zwei, drei – wir schlagen euch zu Brei“

Fortsetzung von Seite 1

Die blutigen Krawalle von Mannheim haben ihre Wurzeln im Stadtteil Schönau. Ein Arbeiterviertel, 16,2 Prozent stimmten für die Republikaner. Plötzlich kochte ein Gerücht hoch: „Ein Asylant hat eine 16jährige vergewaltigt.“ In Wirklichkeit war es ein (inzwischen festgenommener) Amerikaner.

Aber 150 Skinheads tobten dann abendlang vor einer alten Gendarmerie-Kaserne, in der 200 Asylbewerber wohnen. Sprechchöre: „Eins, zwei, drei, wir schlagen euch zu Brei.“ Im Gegenzug bildete sich ein „Aktionskreis gegen Rassismus auf der Schönau“.

Das lockte Samstagabend 300 linke „Autonome“ auf den Paradeplatz in der Innenstadt von Mannheim. Viele waren vermummt.

400 Polizisten rückten

an: Erbitterte Schlägereien. Die linken Chaoten bekamen von einem VW-Bus aus Freiburg „Nachschub“ an Eisenstangen, prügelten von neuem los. Fensterscheiben zerbrachen. Berittene Polizei griff ein.

Mindestens fünf Demonstranten wurden verletzt. Auch zwei Polizisten mußten in die Klinik.

Die Welle der Gewalt schwappte Stunden später nach Göttingen über: 100 Linksradike gingen mit Steinen und Signalmunition gegen Polizisten vor.

In vielen Städten: Terror auch durch Rechtsradikale. In Eilenburg (bei Leipzig) warfen sie einen Molotow-Cocktail in ein Asylantenheim. Gelöscht. In Ilmenau feuerten Autofahrer mit einer Schreckschußpistole auf Asylbewerber, in Eberswalde stürmten

60 Skinheads eine Disco. Straßenschlacht mit 40 Polizisten. 22 der Skins wurden festgenommen.

Der brutalste Raubüberfall wird aus Hildesheim gemeldet: Mit einem Eisenrohr wurde ein Fröhrentner (51) niedergeschlagen – schwerste Kopfverletzungen.

Neunmal hieb der Täter zu. Höhnisch sagte er: „Ich brauch' mal schnell Kohle.“ Er entkam mit 120 Mark.

Drei Schwerverletzte gab es, als auf einem Zeltplatz in Seehausen (Sachsen-Anhalt) rumänische Asylanten über zwölf schlafende Jugendliche mit Knüppeln herfielen. Racheakt für ein paar unfreundliche Worte.

Bild 8.6.82

(48)



Gewaltsam löste die Polizei am Samstag die nicht genehmigte Demonstration auf dem Paradeplatz auf. (Foto: dpa)

RP, 9.6.92

# Demonstration gewaltsam aufgelöst

Sieben Verletzte nach Versammlung auf Paradeplatz am Samstag - 142 Festnahmen

Sieben Verletzte, über 140 Festnahmen und eingeschlagene Fensterscheiben - das ist die Bilanz der Polizeiaktion, mit der am Samstagabend eine Demonstration in der Innenstadt gewaltsam aufgelöst wurde. Mit der abendlichen Randalie erreichten die Auseinandersetzungen um das Asylbewerberheim auf der Schönau einen Höhepunkt.

Gegen die rund 300 Demonstranten, von denen ein Großteil nach Polizeiangaben von auswärts angereist war, wurden starke Polizeikräfte eingesetzt. Die Demonstration für die Solidarität mit Asylbewerbern - so hatte der „Aktionskreis gegen Rassismus auf der Schönau“ sie angekündigt - sollte nach dem Willen der Demonstranten eigentlich auf der Schönau in der Nähe des Asylbewerberheimes in der Gendarmerie-Kaserne laufen. Hier sind jedoch Demonstrationen seit Tagen verboten (wir berichteten). Auch die für Samstag geplante Demo wurde von der Stadt untersagt, was der Verwaltungsgerichtshof Mannheim am Samstag mittag bestätigte. Daraufhin dirigierte die Veranstalter die Teilnehmer auf den Paradeplatz um, obwohl der Oberbürgermeister auch diese Kundgebung sofort untersagt hatte. Schon im Laufe des Nachmittags hatte die Polizei bei Vorkontrollen an den Autobahnausfahrten vor allem auswärtige Teilnehmer festgestellt, die - so die Polizei - dem radikalen linken Spektrum zuzuord-

nen seien. Gegen 19 Uhr versammelten sich die Demonstranten am Paradeplatz. Als gegen 19.20 Uhr die ersten Sachbeschädigungen bekannt wurden und die Teilnehmer trotz mehrfacher Aufforderung die Versammlung nicht auflösten, griffen die aus Baden-Württemberg zusammengezogenen Kräfte gewaltsam ein und räumten den Paradeplatz.

Auch danach versuchten immer wieder größere Gruppen in der Fußgängerzone, Straftaten zu begehen. Als Polizisten dagegen einschritten, daß Störer von einem Lastwagen aus mit Stangen versorgt wurden, trat einer der Demonstranten einem Polizisten in den Unterleib. Die Krawallmacher warfen Steine und Flaschen gegen Polizisten, schlugen die Fenster der Stadtparkasse in O 4 sowie von einer Konditorei und drei Versicherungen ein.

Insgesamt wurden zwei Polizeibeamte verletzt, ein Demonstrant erlitt einen Armbruch, ein Mann wurde von einem Polizeihund gebissen. Weil sich die Demonstranten immer wieder ins Jugendzentrum in O 4 zurückzogen, wurde auch dieses geräumt und anschließend geschlossen.

142 Personen wurden in Notarreste eingeliefert. Der überwiegende Teil war aus dem gesamten Bundesgebiet angereist, darunter - so die Polizei - wegen Demonstrationsstraftaten bereits bekannte Störer aus Hamburg, Freiburg und Frankfurt. Bei der Aktion fand die Polizei mehrere Schlag-

stöcke, Feuerwerkskörper, einen Baseballschläger, drei Reizstoffsprüngeräte, ein Schmetterlingsmesser und einen Dornennietengürtel. Gegen 22 Uhr war es wieder ruhig in der Innenstadt, die Polizei verdrängte die Streifen auf der Schönau und in der Innenstadt. Die Festgenommenen wurden am Sonntag wieder auf freien Fuß gesetzt.

Mehrere Gruppen haben inzwischen das harte Eingreifen der Sicherheitskräfte bei der Demonstration kritisiert. So erklärte Stadtrat Frieder Brender für die Grünen, allein Oberbürgermeister Widder sei für die Auseinandersetzung und damit auch die vielen Verletzungen verantwortlich. Er sei mit dem Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit unsensibel umgegangen. Die Polizei sei bei ihrem Einsatz „mit äußerster Brutalität“ vorgegangen. OB Widder habe Gesprächsangebote mit dem Aktionskreis gegen Rassismus am Samstag abgelehnt. Ähnlich äußerten sich der Aktionskreis selbst und das Fraucenafe, *gegenüber* *dem* *Stadt* *betont* *die* *Stadt* *in* *einer* *Presseerklärung* *die* *Vorgänge* *rund* *um* *die* *Sammelunterkunft* *und* *der* *Inhalt* *der* *Flugblätter* *mit* *dem* *Aufruf* *zur* *Kundgebung* *hätten* *dar* *auf* *hingedeutet* *daß* *die* *Teilnehmer* *der* *Demonstration* *vor* *Gewalt* *nicht* *zurückschrecken* *würden* *Die* *Stadt* *verwaltung* *habe* *daher* *zum* *Schutz* *der* *Bevölkerung* *die* *Demonstration* *untersagen* *müssen* *(uja)*

Demgegenüber betont die Stadt in einer Presseerklärung, die Vorgänge rund um die Sammelunterkunft und der Inhalt der Flugblätter mit dem Aufruf zur Kundgebung hätten darauf hingedeutet, daß die Teilnehmer der Demonstration vor Gewalt nicht zurückschrecken würden. Die Stadtverwaltung habe daher zum Schutz der Bevölkerung die Demonstration untersagen müssen. (uja)

# Eskalation der Gewalt

Von Ute Janik

Steinerworfende Demonstranten, klirrende Fensterscheiben, prügelnde Polizisten - in Szenen offener Gewalt mündete am Samstagabend der seit Tagen dauernde Konflikt um das Asylbewerberheim auf der Schönau. Mit Straßensperren und Versammlungsverboten hatte die Stadt seit Mitte vergangener Woche versucht, jedes Ausweiten der Unruhen zu vermeiden und die Flamme der Aggression, die da am Lodernd war, möglichst klein zu halten. Jetzt ist es doch zu gewaltsamen Zusammenstößen gekommen, und das mitten in der Stadt. Die meisten der Krawallmacher waren von auswärts angereist.

Dennoch handelt es sich keineswegs um ein „importiertes“ Problem. Denn der Konflikt um die Sammellunterkunft für über 200 Menschen in der Gendarmerie-Kaserne hatte seit langem geschwelt. Als er erstmals am Freitag vor einer Woche offen ausbrach, waren es mehrere hundert aufgebrachte Schönauer, die ausländerfeindliche Parolen skandierten und einen Bewohner zu Unrecht einer Gewalttat verdächtigten, weil sie einen Sündenbock brauchten. Es war dumpe Aggression, die sich da im sozialen Brennpunkt Schönau Bahn brach, wo bei der Landtagswahl im April 16,6 Prozent der Bevölkerung Republikaner gewählt haben, weitere 2,3 Prozent NPD. Vor Wochenfrist mußten Polizisten die ausländischen

keiten der Mannheimer schützen. Daß es zu Protesten gegen diese ausländerfeindlichen Aktionen kommen würde, war zu erwarten und ist ohne Frage berechtigt. Schon bei den neuerlichen Unruhen in der Nacht zum Mittwoch war allerdings abzusehen, daß es einem Großteil der Demonstranten gegen diese Übergriffe kaum um die Asylbewerber selbst ging, die Anspruch und Solidaritätsbeweise wahrlich nötig hätten. Militante Krawallmacher sahen hier vielmehr die Gelegenheit, ihr Mütchen zu kühlen. Die harze Linie des Oberbürgermeisters, der die für Samstag angekündigte Kundgebung ohne weitere Debatten untersagte, ist daher zu vertreten, auch wenn dies alle, die lediglich mit friedlichen Mitteln ihre Solidarität ausdrücken wollten, mitbeträff. In Mannheim wird die Diskussion darüber weitergehen, ob das massive Eingreifen der Polizeikräfte Schlimmeres verhütet oder die Konfrontation erst richtig angeheizt hat. Dazu ist zu sagen: Wer Feuerwerkskörper und Messer im Gepäck hat, wird sicher kein friedfertiges Sit-in planen. Daß der „Aktionskreis gegen Rassismus“ die Demonstration in der Innenstadt als Teil einer „Deeskalierungsstrategie“ bezeichnet hat, macht ihn unglaubwürdig. Da die Kundgebung ausdrücklich untersagt war, konnte sie letztlich nur zu einer Eskalation der Gewalt führen. Den Asylbewerbern nützt das am allerwe-

# Krawalle in Mannheim

MANNHEIM (jua). Sieben Personen, darunter zwei Polizisten, wurden am Samstagabend in der Mannheimer Innenstadt verletzt, als die Polizei eine nicht genehmigte Demonstration mit rund 300 Teilnehmern gewaltsam auflöste. 142 Demonstranten wurden vorübergehend festgenommen.

Zu den Krawallen war es gekommen, nachdem die Stadt eine Demonstration vor einer Asylbewerberunterkunft im Stadtteil Schönau untersagt hatte. Der örtliche „Aktionskreis gegen Rassismus“ hatte die Teilnehmer am Samstag mit Flugblättern auf den Paradeplatz in der Stadtmitte umdringt, nachdem der Mannheimer Verwaltungsgerichtshof das Verbot bestätigt hatte. Nach Polizeiangaben waren rund 90 Prozent der Festgenommenen von auswärts angereist, darunter zahlreiche Vertreter des linksradikalen Spektrums. Die Demonstranten schlugen Scheiben ein und warfen mit Flaschen und Steinen. Bei den Festnahmen fand die Polizei unter anderem Schlagstöcke, ein Messer und Feuerwerkskörper.



Sieben Festgenommene wurden bei einer nicht genehmigten Demonstration in Mannheim verletzt. (Foto: dpa)

# Schwere Ausschreitungen in der Innenstadt

## 142 Personen von der Polizei festgenommen - Fünf Demonstranten und zwei Polizisten verletzt

RWZ 26.92

Von unserem Mitarbeiter Horst-Dieter Wenzel

Als am vergangenen Samstag Oberbürgermeister Gerhard Widder auf dem Gelände des Asylbewerber-Wohnheims auf der Schönau immer öfter zum Walkie-Talkie griff und schließlich kurz vor 19 Uhr Richtung Innenstadt abfuhr, schwante Beobachtern vor Ort nichts Gutes. Schon kurz darauf waren die am Nachmittag noch starken Polizeikräfte in der Lilienthalstraße auf ein Minimum geschrumpft, die Einsatzleitung hatte jeden verfügbaren Beamten, darunter viele aus ganz Baden-Württemberg, zum Paradeplatz beordert. Trotz des um 13 Uhr in zweiter und letzter Instanz vom Verwaltungsgerichtshof (VGH) Mannheim bestätigten und zuvor von Widder verhängten stadtweiten Demonstrationsverbots hatten sich mehrere hundert Menschen auf dem Paradeplatz zu einer „Spontandemonstration gegen das Demonstrationsverbot“ versammelt. Als die Menge einer Aufforderung der anrückenden Polizei nicht nachkam, ordnete Einsatzleiter Rudolf Grentrup die Räumung des Paradeplatzes an, worauf es sogleich zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Ordnungshütern und Demonstranten kam (siehe auch Berichterstattung auf der Seite „Rhein-Neckar-Main“).

„Schwere Krawalle am Paradeplatz und in der Fußgängerzone, es gab Verletzte, die Lage ist noch völlig unübersichtlich“, meldete insgesamt bilanziert der Polizeibericht fünf Polizeisprecher Holger Ohm kurz nach 20 Uhr, als es drunter und drüber ging im Zentrum des Quadrates, vor den Augen vieler hundert Zeugen. Die Situation eskalierte erneut, als Demonstrationsteilnehmer nach Angaben der Polizei von einem LKW herunter mit Stangen bewaffnet wurden. Beamte, die dagegen einschritten, wurden attackiert, wobei ein Polizist durch einen Tritt in den Unterleib verletzt wurde. Durch „Anwendung polizeilicher Zwangsmittel“ erhielten die Mediziner später auch von der Gegenseite

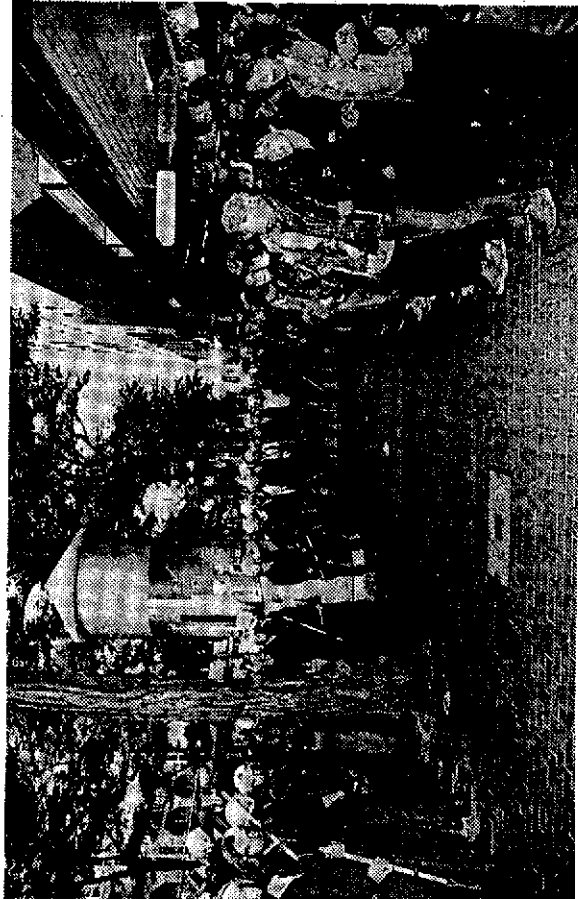
„Neben Stein- und Flaschenwürfen gegen uns wurden bei der Stadtparkasse in O 4 und bei einer Konditorei sowie bei drei Versicherungen und einem Kaufhaus in der Innenstadt Scheiben eingeschlagen, in der Oststadt kam es zu Farbschmierereien“, sagte Kriminalhauptkommissar Volker Dressler. Er und sein Kollege Ohm ließen verlauten, daß von den 142 in „Notarreste“ eingelieferten

Personen „lediglich etwa zehn Prozent Einheimische“ gewesen seien. Der überwiegende Teil sei aus dem ganzen Bundesgebiet angereist, darunter auch, so die Polizei, „wengen Landfriedensbruchs und anderer Demonstrationstraftaten einschlägig in Erscheinung getretene Störer aus Hamburg, Frankfurt und Freiburg“. Beschlagnahmen wurden von der Polizei mehrere Schlagstöcke, ein Baseballschläger, drei Reizstoffprüfgeräte, ein Schmetterlingsmesser und ein Domnietengürtel.

„Wir haben schon bald festgestellt, daß sich die Störer und Randalierer offenbar in das Jugendzentrum in O 4, 8 zurückgezogen und sich dort neu formierten“, begründete Dressler das Vorgehen der Beamten gegen die Jugendbegegnungsstätte, die „geräumt und anschließend geschlossen“ worden sei. „Wir haben, als wenige Verletzte und Verfolgte bei uns Zuflucht suchten, die Tür verschlossen, um die Unbeteiligten im Café zu schützen. Die Polizei hat die Tür zuerst von außen verbarakadiert und um 20.10 Uhr dann mit einem Rammbock aufgebrochen.“ So eine Presseerklärung der JUZ-Leitung.

Eine zwischenzeitlich veröffentlichte Stellungnahme des „Aktionskreises gegen Rassismus auf der Schönau“ wirft Stadtverwaltungs- und Polizei vor, man habe „in Mannheim ein Exempel statuieren wollen“. Der Aktionskreis hatte zu der später verbotenen Demonstration aufgerufen. Im Rahmen einer „Deeskalierungsstrategie“ habe man nachmittags bei der Schönauer ehemaligen Grenadierkaserne sowohl Kontakt mit Polizeieinsatzleiter Grentrup als auch mit OB Widder aufgenommen. Ziel, so der Aktionskreis, sei es gewesen, an den Polizeikontrollpunkten um die Schönau ankommende Demonstranten zu einer Spontandemonstration in die Innenstadt umzuleiten. Sowohl Grentrup als auch Widder hätten mit Verweis auf das VGH-Urteil erklärt, es gebe „nichts zu verhandeln“, im übrigen sei der Aktionskreis für die sich in der Innenstadt zusammenbrauchende Situation verantwortlich.

„Allein OB Widder hat die Ausschreitungen und die Verletzten am Samstagabend in der Mannheimer Innenstadt zu verantworten“, äußerte sich dagegen Stadtrat Frieder Breder (Grüne) zu den Vorfällen. Darüber hinaus sei die Behauptung, das Stadtoberhaupt gebe mit dem Grundrecht auf Demonstrationstfreiheit unsensibel um, „noch milder ausgedrückt“, so Breder weiter. Die Polizei sei am Paradeplatz „mit äußerster Brutalität“ vorgegangen, obwohl nach Aussagen „auch einfacher Passanten keinerlei Gefahr für Si-

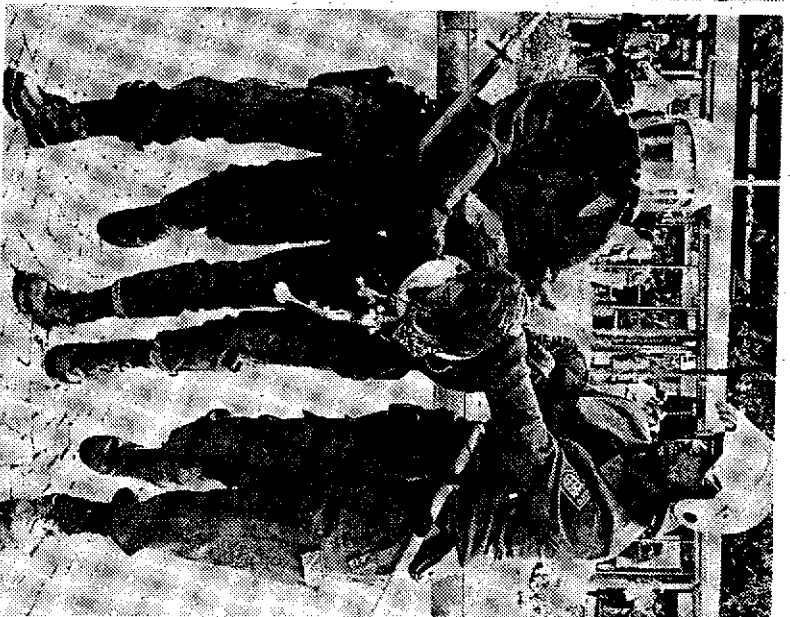
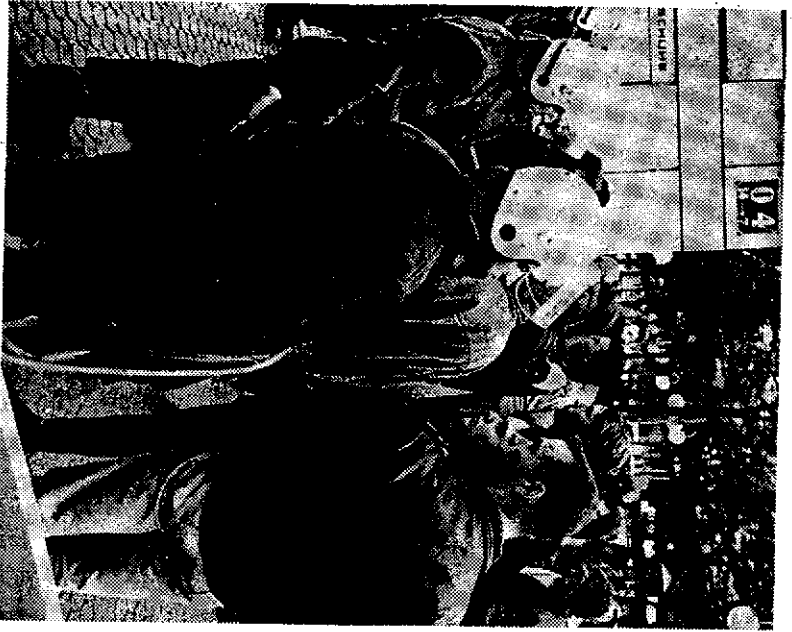


KONTRAHENTEN. Aug' in Aug' stehen sich Demonstranten und Polizei in der Fußgängerzone Planken gegenüber.

Foto: Neusch

cherheit und Ordnung der Innenstadt“ bestanden habe. Die Grünen, die dem Aktionskreis nicht angehören, sehen nach der „nutzlosen Auseinandersetzung“ Gerhard Widder in seiner Erklärungspflicht, warum er sich jedweden Gesprächsangebot verschlossen und den später entstandenen Schaden nicht „durch alles in seiner Macht Stehende“ verhindert habe.

Für den kommenden Samstag, 13. Juni, hat ein breites Aktionsbündnis verschiedenster Mannheimer Gruppen zu einer großen Demonstration in Schönau aufgerufen, diesmal auch mit Unterstützung und Beteiligung der Grünen.



ANFANGS ging's noch friedlich zwischen Demonstranten und Polizisten zu (links), später herrschte dafür weniger Einigkeit. Insgesamt 142 Teilnehmer der verbotenen Demonstration wurden von Polizisten vorläufig festgenommen.

Fotos: Neusch (2), Kühr

Alle bürgerlichen Zeitungen übernehmen die Propagande der HERRSCHENDEN und der BULLEN, nichts wird hinterfragt, alles wird geglaubt. "Autonome" werden zum Feindbild Nummer 1 aufgebaut. Niemand traut sich die Wahrheit über die Demonstration in der Mannheimer Innenstadt zu berichten. Fraglich ist auch die Einschätzung, ob OB Widdler und Prügelpäsident Gentrup die alleinigen politischen Verantwortlichen sind, oder ob Landesregierung und Regierungspräsident ebenfalls für den Einsatz der Bullen verantwortlich sind.



POLIZISTEN setzten am Samstag in der Mannheimer Innenstadt ihre Schlagstöcke ein, um eine nicht genehmigte Demonstration aufzulösen. Foto: AP

# Sieben Verletzte bei Krawallen in Mannheim

86.92  
RNZ

Demonstration wurde aufgelöst - Vorwürfe gegen Stadt

Mannheim. (hdw) Sieben Verletzte, darunter fünf Demonstranten und zwei Polizeibeamte, dazu insgesamt 142 vorübergehende Festnahmen wegen Landfriedensbruchs, Körperverletzung und Sachbeschädigung lautet die offizielle Polizeibilanz des Einsatzes anlässlich der Auflösung einer nicht genehmigten Demonstration am Samstagabend in der Mannheimer Innenstadt. Auf dem Paradeplatz und in der Fußgängerzone lieferten sich Ordnungshüter mit Demonstranten aus dem gesamten Bundesgebiet zum Teil gewalttätige Auseinandersetzungen.

Mehrere hundert Menschen hatten sich am späten Nachmittag im Zentrum der Quadratestadt versammelt, um gegen das von OB Gerhard Widder für das gesamte Stadtgebiet erlassene und um 13 Uhr vom baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshof Mannheim letztinstanzlich bestätigte Demonstrationsverbot zu protestieren. Auslöser der Mannheimer Vorfälle vom Wochenende war der am „Vatertag“ erstmals offen zutage getretene Konflikt um die im Mannheimer Stadtteil Schönau gelegene Landesunter-

kunft für Asylbewerber in der Lilienthalstraße (wir berichteten mehrfach). Nachdem anfänglich die Polizei die Heiminsassen vor ausländerfeindlichen, rassistischen Drohungen zu schützen hatte, die vor allem jugendliche, teilweise bewaffnete Schönauer aus einer Menge von mehreren hundert Menschen heraus gemacht hatten, erweiterte sich schon bald die Aufgabe der Polizei.

Ein Großaufgebot von Ordnungshütern ist seit mehr als einer Woche damit beschäftigt, Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern des Asylbewerberheims zu verhindern. Seit Tagen versuchen offenbar auch aus dem ganzen Bundesgebiet angereiste, militante Linksautonome den Konflikt mit der Polizei, die das Engagement der teilweise verummumten und bewaffneten Autonomen gegen die in Schönau zutage getretene Ausländerfeindlichkeit lediglich für einen Vorwand hält.

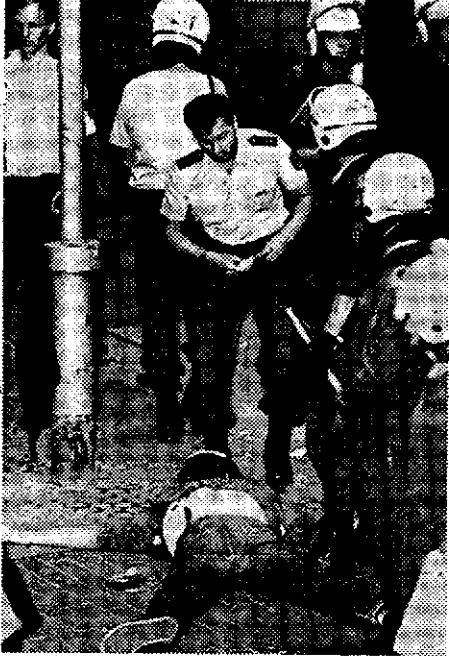
Zu der ursprünglich für den Samstag geplanten friedlichen Demonstration hatte ein „Aktionskreis gegen Rassismus in Schönau“ aufgerufen.

Nach den tumultartigen Auseinandersetzungen, während derer auch ein in der Innenstadt gelegenes, als Widerstandsnest bezeichnetes Jugendzentrum von der Polizei gestürmt und geschlossen wurde, kehrte erst gegen 22 Uhr wieder Ruhe in der Fußgängerzone ein.

Sowohl der „aktionskreis“ als auch die in ihm nicht engagierten Mannheimer Grünen und die Leitung des Jugendzentrums haben das aus ihrer Sicht „äußerst brutale, militärische“ Vorgehen der Polizei scharf kritisiert. Grünen-Stadtrat Frieder Brender warf OB Widder einen „milde ausgedrückt unsensiblen Umgang mit dem Demonstrationsrecht“ vor und gab dem Stadtoberhaupt die alleinige Schuld an den Ergebnissen der „nutzlosen Auseinandersetzung“ in der Quadratestadt.



BERITTENE Polizeibeamte beim Einsatz gegen die Demonstranten. Foto: Kühn



142 MENSCHEN wurden bei Auseinandersetzungen zwischen militanten Demonstranten und der Polizei in Mannheim vorübergehend festgenommen. (Bild:dpa)

## Sieben Verletzte bei Krawallen FR 3.6.82

### Demonstration gegen Übergriffe auf Asylbewerberheim

MANNHEIM/HAMBURG, 8. Juni (AP/dpa). In der Mannheimer Innenstadt sind nach heftigen Auseinandersetzungen bei der Auflösung einer nicht genehmigten Demonstration sieben Personen, darunter zwei Polizisten, verletzt und 142 vorläufig festgenommen worden. Wie die Mannheimer Polizei am Wochenende mitteilte, hatte sich die Kundgebung am Vorabend trotz Verbots mit 300 bis 400 Teilnehmern der autonomen Szene formiert, die aus dem gesamten Bundesgebiet angereist waren. Auslöser waren befürchtete Übergriffe von Nachbarn auf ein Asylantenwohnheim im Mannheimer Stadtteil Schönau.

Die Demonstration sollte ursprünglich in Schönau stattfinden, war aber untersagt worden. Laut Polizeibericht dirigierten die Veranstalter anreisende Kundgebungsteilnehmer daraufhin in die Innenstadt. Dort wurde sie gewaltsam aufgelöst, nachdem Farbschmierereien und eingeschlagene Scheiben gemeldet worden waren.

Die Veranstalter berichteten, die Polizei sei „mit äußerster Brutalität“ vorge-

gangen. Die Polizei zählte ihrerseits mehrere Schlagstöcke, Reizgassprüher, Messer und Nietengürtel als beschlagnahmte Waffen auf und berichtete, die Demonstranten seien von einem Lastwagen aus mit Stangen als Waffen versorgt worden. Sie schloß außerdem ein Jugendzentrum mit der Begründung, Teilnehmer hätten sich wiederholt dorthin zurückgezogen, um sich neu zu formieren. Einige der Festgenommenen, die im Lauf der Nacht wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, seien einschlägig vorbestraft.

Im Anschluß an die Mannheimer Vorfälle unterbrachen in Göttingen etwa 100 Personen ein „Antifa-Fest“ im Jugendzentrum der Innenstadt und marschierten nach Angaben der Polizei durch die Straßen. Dabei warfen sie mit Steinen und Signalmunition nach den Beamten, verletzten aber niemand.

In Hamburg wurden am Wochenende mehr als 80 albanische Asylbewerber mit schweren Lebensmittelvergiftungen in Krankenhäuser eingeliefert. Die Ursachen werden nach Angaben der Polizei vom Montag noch ermittelt.

3.6.82 RNZ

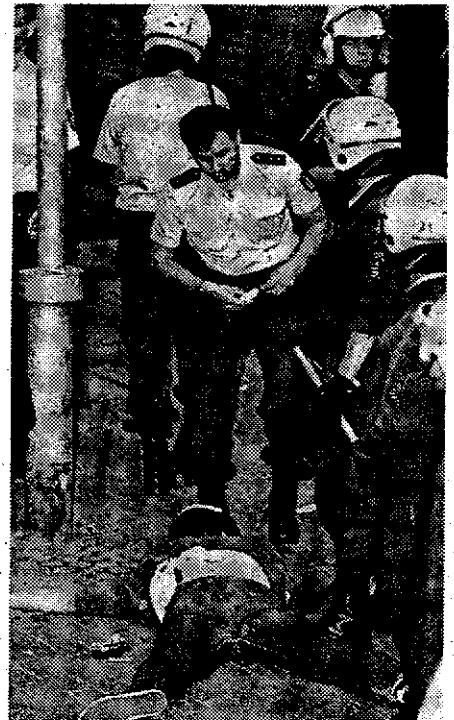
## Wieder Randalen in Mannheim

### Verbotene Demo pro Asylheim aufgelöst – Mehrere Verletzte

Mannheim/Hamburg. (mz/dpa) Die Auseinandersetzungen um Asylbewerber sind am Wochenende eskaliert: In Mannheim kam es nach einer verbotenen Solidaritäts-Demonstration für ein Asylwohnheim zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten, dabei gab es mehrere Verletzte. 142 vorübergehend festgenommene Personen wurden am Sonntag wieder freigelassen.

Ein „Aktionskreis gegen Rassismus auf der Schönau“ hatte zu der Demonstration zur Bekundung der Solidarität mit den Bewohnern in der Sammelunterkunft im Mannheimer Stadtteil Schönau bundesweit aufgerufen. Das Heim war mehrfach Ziel von Feindseligkeiten aus der Bevölkerung gewesen. Die Stadt hatte die Demonstration am Freitag verboten, der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg dies am Samstag bestätigt. Dennoch versammelten sich am frühen Samstagabend mehrere hundert Personen auf dem Paradeplatz. Als sich diese trotz der Aufforderung der Polizei nicht auflösen wollten, wurde der Versammlungsort von Polizeikräften geräumt (siehe auch Rhein-Neckar-Main).

In Liebertwolkwitz bei Leipzig warfen am Wochenende unbekannte Täter eine Brandflasche durch ein Fenster in ein Zimmer des Asylbewerberheims. In dem Raum schliefen drei Menschen, verletzt wurde niemand.



VERLETZTE gab es bei der Auflösung der Demo meist externer Autonomen in der Mannheimer Innenstadt.

402 9.6.92

# Knüppelinsatz in Mannheim

Mannheim (ap/taz) — In der Mannheimer Innenstadt sind am Samstag nach massivem Polizeieinsatz sieben Personen, darunter zwei Polizisten, verletzt und 142 vorläufig festgenommen worden. Wie die Mannheimer Polizei mitteilte, hatte sich eine Demonstration trotz Verbots mit 400 Teilnehmern der autonomen Szene formiert, die aus dem gesamten Bundesgebiet angereist waren. Anlaß für die Demonstration, zu der bundesweit aufgerufen worden war, waren befürchtete Übergriffe von Skinheads auf ein Flüchtlingswohnheim im Mannheimer Stadtteil Schönau.

Die Demonstration sollte ursprünglich in Schönau stattfinden, war aber vom Ordnungsamt und in zweiter Instanz vom Verwaltungsgerichtshof Mannheim untersagt worden. Laut Polizeibericht dirigierten die Veranstalter anreisende KundgebungsteilnehmerInnen daraufhin in die Innenstadt. Die dortige Demonstration wurde gewaltsam aufgelöst, nachdem Farbschmierereien und eingeschlagene Scheiben gemeldet worden waren. Etwa 100 Personen wurden verhaftet.

Wie die Veranstalter berichteten, sei die Polizei gegen die „friedliche“ Demonstration „mit äußerster Brutalität“ vorgegangen. Die aus mehreren Bundesländern zusammengezogenen Polizeihundertschaften hätten unter Einsatz von Pferde- und Hundestaffeln die TeilnehmerInnen zusammengedrückt. Mehrere TeilnehmerInnen, aber auch PassantInnen seien von Polizeiknüppeln und Hundebissen verletzt worden. Die Polizei zählte ihrerseits mehrere Schlagstöcke, Reizgassprüher, Messer und Nietengürtel als beschlagnahmte Waffen auf und berichtete, die Demonstranten seien von einem Lastwagen aus mit Stangen als Waffen versorgt worden. Nach Angaben der VeranstalterInnen kam es dagegen von seiten der DemonstrantInnen zu keinerlei Provokation oder Gewalttaten.

Einige KundgebungsteilnehmerInnen flüchteten vor dem Knüppelinsatz in das Mannheimer Jugendzentrum (JUZ). Wie MitarbeiterInnen des JUZ mitteilten, habe die Poli-

zei daraufhin am Samstag abend die verschlossene Eingangstür des Jugendzentrums mit einem Rammbock aufgebrochen. Ein herbeigerufener Notarzt und ein Rechtsanwalt hätten keinen Einlaß erhalten. Nach etwa einer Stunde habe die Polizei damit begonnen, die BesucherInnen, darunter auch mehrere minderjährige Jugendliche, ohne Begründung zu verhaften und abzutransportieren. Die insgesamt etwa vierzig Verhafteten seien teilweise in Ludwigshafen erkennungsdienstlich behandelt worden. Die Polizei stürmte das Jugendzentrum mit der Begründung, DemonstrationsteilnehmerInnen hätten sich wiederholt dorthin zurückgezogen, um sich neu zu formieren.

Anlaß zu der bundesweiten Demonstration gab in Mannheim-Schönau eine seit dem „Vatertag“ anhaltende Pogromstimmung gegen ein Flüchtlingsheim. Am Vatertag selbst hatten sich etwa 400 Nachbarn vor dem Flüchtlingsheim versammelt, um mit Parolen wie „Asylanten raus“ gegen die Flüchtlinge in ihrem Stadtteil zu Felde zu ziehen. „Auf der Schönau haben die Bürger in den letzten Tagen ein Straßenfest abgehalten“, beschrieb ein Mannheimer Jugendlicher das Szenario. Ein massives Polizeiaufgebot und Einheiten des Sondereinsatzkommandos konnten bisher faschistische Ausschreitungen gegen das Flüchtlingsheim verhindern. Seit etwa drei Tagen sei der Stadtteil Schönau nach Angaben eines Beobachters sozusagen polizeilich abgeriegelt. Die Stimmung richte sich nach wie vor gegen das Flüchtlingsheim. flo

## Kommentare

HM, 9.6.92

### Auf Randalen aus

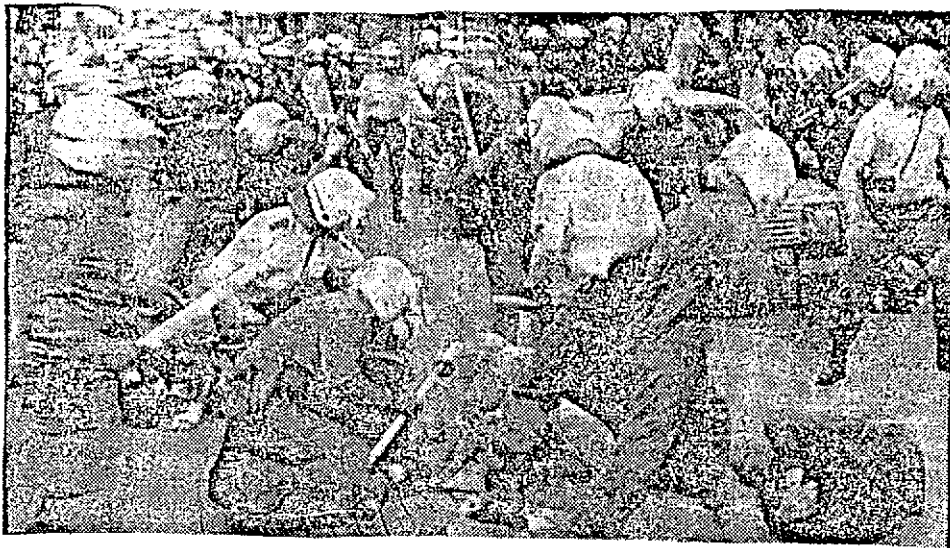
Nicht wenige Kommunalpolitiker, darunter die Oberbürgermeister Kronawitter (München) und Widder (Mannheim), haben die Politiker gewarnt, daß der ungebremste Asylantenzustrom in den Städten und Gemeinden zu sozialen und menschlichen Unverträglichkeiten und Verwerfungen führen wird, die sich auch politisch auswirken. Das ist inzwischen geschehen: Nicht zuletzt wegen der ungelösten Asylantenproblematik haben rechtsradikale Parteien Zulauf. In der so entstandenen Stimmung werden jugendliche Radaubröder zu Übergriffen angestachelt. Polizei muß gerufen werden, und es treten wohlmeinende und leider auch höchst unerfreuliche Zeitgenossen „gegen Rechts“ auf den Plan.

Rechts- und Linksradikale schaukeln sich mit ihren Aktionen gegenseitig hoch. Der Mannheimer Krawallabend war mit Hilfe von „autonomen“, sprich linksextremistischen Kräften aus Frankfurt und Hamburg, leicht organisiert. In Göttingen fand eine „Solidaraktion“ mit den gleichen Begleiterscheinungen statt. Bemerkenswert ist die unterstützende Rolle der mit Steuermitteln subventionierten Jugendzentren für die „autonomen“ Randalierer, die eingeworfene Fensterscheiben und Farbschmierereien hinterlassen, wenn sie mit Polizeigewalt zum Rückzug gezwungen worden sind. Ebenso unweigerlich wird die Polizei dann aus der linken Ecke wegen angeblich brutalen Einsatzes beschuldigt, als ob die Härte nicht durch teilweise mit Eisenstangen bewaffnete Demo-Profis provoziert worden wäre.

Die Bürger erfreuen sich an einem liberalen Staat. Wo seine Freizügigkeit wie in Mannheim mißbraucht wird, müssen jedoch Grenzen gezogen werden. In aller Regel werden rabiate Demo-Teilnehmer kurzfristig festgenommen und nach Feststellung der Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt, um dann alsbald die gleiche Randalen anzuzetteln. Auch liberal gesonnene Bürger werden sich mittlerweile fragen, ob die einschlägigen Strafvorschriften und eine zügige Verfolgung durch die Justiz noch auf der Höhe der Zeit sind. Auch dies ist eine Frage an die Politik. Um aber auf die Ursachen der in Mannheim zu beobachtenden Gewaltspirale zurückzukommen, so ist den Politikern dringend aufgegeben, die Kommunen von dem Druck der Asylantenzuweisung zu entlasten. Das kürzlich beschlossene Asylbeschleunigungsgesetz reicht nicht aus, wie auch viele Politiker einräumen. Die Parteien in Bonn müssen sich zu einschneidenderen Maßnahmen durchringen. Sigmar Heilmann

Auch die TAZ steht der bürgerlichen Presse in nichts nach, übernimmt bedenkenlos die ap-Meldung und trägt damit zur Verbreitung der Lügen bei.





### WIR RUFEN ZUM PROTEST AUF

Nicht in Südafrika oder einem anderen rassistisch-faschistischen Land waren wir am Samstag, dem 6. Juni 1992, sondern im Zentrum von Mannheim. Da war es ... Was wir dort in der Realität erlebt haben, war so schrecklich, daß wir uns damit auseinandersetzen müssen. Nachdem die Neonazis das Flüchtlingslager angegriffen hatten, hatten deutsche Demokraten vor, zu demonstrieren. Die Demonstration wurde verboten (ohne eine Begründung). Danach hat die Polizei, die Antifaschisten, die sich auf dem Paradeplatz versammelt hatten, brutal angegriffen. Bei dem Angriff wurden Hunde, Schlagstöcke und Pferde gegen friedliche Demonstranten eingesetzt. Das Ergebnis: 142 Festnahmen, 7 Verletzte.

Wir halten diesen Angriff für menschenunwürdig und protestieren dagegen. Wir rufen alle auf, gegen diesen Angriff und die Ausländerfeindlichkeit zu protestieren. Wir denken über verschiedene Formen des Protestes nach und planen einen Hungerstreik. Deshalb treffen wir uns am Sonntag, dem 14. Juni um 14 Uhr im Cafe Filsbach zu einer Sitzung und laden alle, die sich wie wir betroffen fühlen, und alle demokratischen Gruppen ein zu kommen.

Adresse: Cafe Filsbach, J 6  
MANNHEIM

DIDF - MANNHEIM

# Die Stadt zeigt ihr Gesicht

## Reisende Polizeigewalttäter in Mannheim

Am gestrigen Samstag, den 6.6. um 19.20 Uhr stürmten starke Polizeikräfte mit rabiater Gewalt das Jugendzentrum O 4, 8. Die ca. 60 anwesenden, teilweise minderjährigen CafebesucherInnen wurden zum größten Teil verhaftet. Zu diesen Vorfällen und Entwicklungen die voraus gingen, wollen wir Stellung nehmen.

### Chronologie der Ereignisse:

Am Donnerstag, den 4.6. wurde von Einzelpersonen eine Demonstration auf der Schönau angemeldet, die ihren Protest gegen den dort herrschenden Rassismus und die Angriffe gegen das Flüchtlingswohnheim Ausdruck verschaffen wollte. Zu dieser Demonstration wurde bundesweit aufgerufen.

Am Freitag, den 5.6. wurde vom Ordnungsamt der Stadt Mannheim ein Demonstrationverbot, was sich über ganz Schönau erstreckte, ausgesprochen. Versuche von Seiten der DemonstrantInnen mit Verantwortlichen von Stadt und Polizei Verhandlungen zu führen scheiterten aufgrund des mangelnden Interesses dieser Personen. Es wurden alle zur Verfügung stehenden Mittel genutzt, um gegen dieses Demonstrationsverbot vorzugehen.

Am Samstag, den 6.6. um 13 Uhr bestätigte der Verwaltungsgerichtshof Mannheim in 2. Instanz wider Erwarten das Verbot.

Aufgrund der bundesweiten Mobilisierung war davon auszugehen, daß von außerhalb viele DemoteilnehmerInnen zu erwarten waren und nicht mehr über das Demonstrationsverbot informiert werden konnten. Von Seiten der UnterstützerInnen der Demonstration gab es folgende Versuche, die Situation zu entschärfen:

1. Die Idee war, von der Innenstadt ausgehend eine Spontandemo gegen das Demonstrationsverbot durchzuführen. Und an den Polizeisperren anreisende DemonstrationsteilnehmerInnen über die momentane Situation in Mannheim aufzuklären, um somit dort Auseinandersetzungen mit der Polizei zu vermeiden.
2. Parallel dazu wurde intensiv versucht den zuständigen Polizeieinsatzleiter Grentrupp telefonisch und persönlich zu erreichen. Dies gelang endlich gegen 16 Uhr. In den folgenden Gespräche im Flüchtlingswohnheim teilte Herr Grentrupp unmißverständlich mit, daß mit keinerlei Entgegenkommen von Seiten der Polizei zu rechnen sei.
3. Kurze Zeit später erschien OB Widder und teilte mit, daß jegliche Demonstration oder Kundgebung, ob in Schönau oder anderswo, verboten sei und von der Polizei sofort aufgelöst werden würde. Jeder Versuch, OB Widder von der Deeskalationstrategie zu überzeugen, wurden von ihm mit dem Hinweis auf das VGH-Urteil niedergeschmettert. Es war offensichtlich, daß OB Widder in keiner Weise zur Deeskalation beitragen wollte. Es drängte sich im Gegensatz der Eindruck auf, daß er eine "militärische Lösung" suchte. Damit waren alle Versuche auf die kommenden Ereignisse Einfluß zu nehmen gescheitert.
4. Inzwischen sammelten sich auf dem Paradeplatz ca. 500 Menschen friedlich zu der Spontandemonstration und um 19.20 Uhr wurde die Versammlung durch brutalen und rabiaten Knüppeleinsatz von der Polizei auseinander geprügelt. Es brach große Panik aus und TeilnehmerInnen sowie Passanten flohen durch die Innenstadt, gefolgt von prügelnden Polizeibeamten.

## Die Vorfälle im und vor dem Juz

Zu diesem Zeitpunkt war das Cafe des JUZ von Unbeteiligten gut besucht. Wenigen Verletzten und Verfolgten gelang es, Zuflucht im Juz zu finden. Um die anwesenden Unbeteiligten zu schützen, wurde die Tür hinter den Eintreffenden verschlossen. Bei den Verletzten wurde 1. Hilfe geleistet. Eintreffende Polizeikräfte versuchten zuerst die Eingangstür aufzutreten. In der Zwischenzeit wurde unter uns diskutiert, die Tür evtl. zu öffnen. Die Entscheidung wurde uns durch die Polizei abgenommen, denn zuerst wurde die Tür von außen verbarrikadiert und um 20.10 Uhr mit einem Rammbock aufgebrochen. Das weitere Vorgehen der Polizei war sehr konfus. Es war offensichtlich, daß die betreffenden Einsatzleiter keine Ahnung hatten, warum sie sich hier befanden. Ein zur Versorgung eines Verletzten herbeigerufener Notarzt erhielt, trotz Protest, keinen Einlass. Auch ein von uns informierter Rechtsanwalt hatte keinen Einfluß auf das Vorgehen der Polizei. Ca. 1 Stunde später begann die Polizei damit, die Anwesenden ohne Begründung zu verhaften und abzutransportieren. Gegen 22.30 Uhr beendete die Polizei aus unerfindlichen Gründen die Verhaftung der BesucherInnen, obwohl noch ca. 20 Personen anwesend waren.

Die Verhafteten wurden teilweise in Ludwigshafen erkennungsdienstlich behandelt, andere Gefangene im Herzogenried wurden nach ein paar Stunden wieder freigelassen. Das JUZ wurde nach dem Abtransport der Unbeteiligten sofort von uns geschlossen.

Vor dem Jugendzentrum befanden sich die ganze Zeit Protestierende und Schaulustige, die lautstark den vehementen Polizeieinsatz verurteilten. Eltern von verhafteten Minderjährigen versuchten ebenfalls auf die Polizei Einfluß zu nehmen.

Wir verurteilen das Vorgehen von Stadtverwaltung und Polizei auf das Schärfste. Die Politik und das Handeln dieser Institutionen war von Anfang an darauf ausgerichtet, jeglichen legalen Protest gegen die in Schönau stattfindenden rassistischen Übergriffe mit allen Mitteln zu verhindern. Das durch die Stadt und Presse aufgebaute Feindbild von masseweise anreisenden Gewalttätern hat sich als nichtig erwiesen. Es kam von Seiten der DemonstrantInnen zu keinerlei Provokationen oder Gewalttaten. Um zu verhindern, daß die progromartigen rassistischen Ausschreitungen eine größere Öffentlichkeit erreichen, ist OB Widder jedes Mittel recht:

- das Verbot der Demonstration,
- das Nichteingehen auf das Verhandlungsangebot
- das Zusammenziehen riesiger Polizeikräfte
- deren auf Konfrontation angelegtes brutales Eingreifen

Damit sollte von der eigentlichen Situation abgelenkt werden. Dieses Ziel war ihnen wichtiger, als die körperliche Unversehrtheit der DemonstrantInnen und Mannheimer BürgerInnen.

## Zur Situation des JUZ

Die Stürmung des JUZ durch die Polizei ist offensichtlich ein weiterer plumper Versuch, das JUZ in der Öffentlichkeit in Mißkredit zu bringen. Die bisherigen Versuche von Seiten der Stadt, das Jugendzentrum zu schließen sind bisher gescheitert. Es ist anzunehmen, daß durch eine Kriminalisierung des Jugendzentrums und seinen BesucherInnen dieses Ziel weiter verfolgt wird. Wir verstehen diesen massiven Polizeieinsatz im JUZ als strategisches Mittel, um das ursprüngliche Ziel, nämlich die Schließung, zu erreichen. Dies werden wir jedoch mit Sicherheit nicht ohne Widerstand hinnehmen.

G E G E N D A R S T E L L U N G zu den Ereignissen vom SA, 6. Juni  
=====

"Nach der dritten Aufforderung der Polizei, den Paradeplatz zu verlassen, bewegten ich und eine Gruppe von Freundinnen uns Richtung Wasserturm, da sonst alle anderen Wege von der Polizei und dem Sondereinsatzkommando (SEK) abgeriegelt waren.

Wir gingen los und wurden plötzlich brutal von hinten angegriffen. Es waren knüppelschwingende, auf uns eindreschende Polizisten, die uns gegen eine Straßenbahnhaltestelle drängten. Wir hielten uns gegenseitig fest, weil die Polizisten wahllos Leute herausgriffen. Die Gruppenführer der Beamten im Kampfanzug deuteten hierzu auf einzelne Personen, packten sie an den Haaren, schlugen mit Knüppeln auf sie ein und rissen sie brutalst heraus.

Die Polizisten waren äußerst aggressiv und schlugen hemmungslos auf uns ein.

NIEMAND von uns war vermurmt oder gar bewaffnet.

Wir kamen alle in FRIEDLICHER Absicht und waren entschlossen, die Demonstration aufzulösen."

V.i.S.d.P. "Frauen helfen Frauen e.V." c/o Frauencafé MA, C4,6

## Gegen Polizeiterror und rassistische Gewalt

Wegen der Übergriffe auf das Asylbewerberwohnheim in Mannheim-Schönau sollte am 6.6.92 in Schönau eine antirassistische Demonstration stattfinden. Um unsere Solidarität mit den Flüchtlingen zu zeigen, fanden wir es richtig, an genau diesem Ort zu demonstrieren. Den Schönauer Bürgerinnen und Bürgern sollte signalisiert werden, daß aktives Beteiligen oder passives Dulden von Angriffen auf Flüchtlinge nicht ohne weiteres hingenommen werden kann.

Der Oberbürgermeister von Mannheim verhängte in Zusammenarbeit mit der Polizeiführung ein Demonstrationsverbot, Schönau wurde von massiven Polizeikräften total abgeriegelt. Dieses Vorgehen ist nicht neu, bereits am Dienstag zeigte Mannheims Polizei Flagge, indem sie auf Menschen, die das Asylbewerberwohnheim vor einer grölenden, bewaffneten Horde schützen wollte, einknüppelte, Menschen verletzte und festnahm.

Der Treffpunkt für die Demonstration wurde daraufhin auf den Paradeplatz in der Innenstadt verlegt. Gegen 19.00 Uhr versammelten sich ca. 500 Menschen zu einer friedlichen Kundgebung gegen die Übergriffe von Schönau. Organisatoren verhandelten unterdessen mit der Polizeiführung, um einen reibungslosen Ablauf der Demonstration zu gewährleisten, was jedoch von der Polizei kategorisch und ohne Angabe von Gründen abgelehnt wurde.

Die Menschen wurden von Spezialeinheiten und Bereitschaftspolizei umzingelt und mit äußerster Brutalität zusammengeknüppelt. Es gab dutzende Schwerverletzte und es wurden ca. 140 Leute festgenommen. Das JUZ Mannheim wurde von der Polizei gestürmt und alle BesucherInnen willkürlich verschleppt. Zu diesem Zeitpunkt wurden alle Polizeikräfte aus Schönau in die Innenstadt abgezogen. Das Flüchtlingsheim war schutzlos einem erneuten Angriff von rassistischen Bürgern, der gegen 22.00 Uhr stattfand, ausgesetzt.

Aus ohnmächtiger Wut und als Reaktion auf die Polizeigewalt wurden in der Innenstadt einige Schaufensterscheiben eingeworfen, was fast allen Medien als Anlass diente, von einer Straßenschlacht zwischen Autonomen und der Polizei zu berichten.

Die Polizei Brutalität und der Quasi-Ausnahmestand in Mannheim, sowie der eigentliche Grund für die Demonstration, nämlich die rassistischen Übergriffe deutscher Bevölkerung auf Flüchtlinge, finden keine Beachtung.

Ein Teil der Polizeistrategie scheint aufzugehen: Durch ihre Provokationen versucht sie, den Blick vom Rassistenmob in Schönau auf die klassische Auseinandersetzung zwischen Polizei und Autonomen, die nur Krawall suchen, zu reduzieren.

Wir lassen unsere praktische Solidarität mit den Flüchtlingen nicht entpolitisieren!

Wir werden ihre Hetzkampagnen ins Leere laufen lassen.  
Sie haben nur zum Ziel, unsere Anliegen zu diffamieren und unsere Kräfte zu spalten!

Antifaschistische Gruppe Frankfurt/M

# HOYERSWERDA IN MANNHEIM – SCHÖNAU ?!

Im Mannheimer Stadtteil Schönau kam es in den vergangenen Tagen immer wieder zu pogromartigen Gewalttätigkeiten der Bevölkerung gegenüber den BewohnerInnen des dortigen, in einer früheren US-Kaserne untergebrachten Flüchtlingswohnheims. Von Anfang an waren die Flüchtlinge in Schönau aufgrund einer Wohnraum-contra-Flüchtlinge-Politik der Stadtverwaltung in der Bevölkerung unbeliebt. Wohnraum contra Flüchtlinge heißt in diesem Fall, daß der Mannheimer Oberbürgermeister Widder seine jahrelang verfehlte Wohnungsbaupolitik durch das Versprechen, die besagte Kaserne in Wohnungen umbauen zu wollen, zu kaschieren versuchte. Schon bevor die Flüchtlinge angekommen waren, gab es Äußerungen von Teilen der Bevölkerung wie "die werden hier nicht lange bleiben.."

Umsetzen wollte dies der Schönauer Mob am Dienstag, dem 26.Mai:

An diesem Tag wird bekannt, daß eine Sechzehnjährige in der Nähe des Wohnheims vergewaltigt wurde. Zielgerichtet wird nun in Schönau das Gerücht gestreut, ein Gahnese aus dem Heim habe die Tat begangen. (in Wahrheit ist der – mutmaßliche – Täter ein US-Amerikaner). Am gleichen Abend noch ziehen 20–30 bewaffnete Schönauer vor das Wohnheim. Die Polizei 'sichert' daraufhin das Anwesen' und führt Gespräche mit dem bewaffneten Mob. Am Donnerstag (28.5.) schließlich ziehen 300 SchönauerInnen nach einer von der Polizei beendeten Massenschlägerei von einer Vatertagsfete, rassistische Parolen gröhend, zum Wohnheim. Oberbürgermeister Widder mischt sich in die Menge, um sie zu beruhigen und einen "geordneten Rückzug zu ermöglichen", da die Bullen das Areal (relativ 'liebevoll') räumen. Später kommt es zu einigen Festnahmen. Tags darauf ziehen 400–500 Leute (davon ca. 100 mit Knüppeln bewaffnet) mit Sprüchen wie "Nur ein toter Neger ist ein guter Neger" vors Heim und wollen "Asylanten schlachten". Am Samstag, 30. Mai, gibt es eine Solidaritätsdemonstration für die Flüchtlinge von ca. 100 Leuten. Diese werden von PassantInnen immer wieder angepöbelt. Es fallen Sprüche wie "Ihr brennt heut noch", "Jetzt bekommen die Scheißer auch noch Hilfe", und ähnliches. Gegen 22 Uhr räumt die Polizei die Straße. Die SolidaritätsdemonstrantInnen ziehen freiwillig ab; es kommt zu keinen Auseinandersetzungen. Als am Dienstag (2.6.) abends versucht wird, eine Solidaritäts-Mahnwache für die Flüchtlinge durchzuführen, wird diese von SchönauerInnen angegriffen. Daraufhin greift die Polizei die DemonstrantInnen (!) ab. Verschiedene Leute aus Heidelberg werden in einer Seitenstraße kommentarlos von bewaffneten BürgerInnen zusammengeschlagen und danach von der Polizei kontrolliert, wobei vier von ihnen festgenommen werden (einer sitzt aufgrund einer totalen Kriegsdienstverweigerung immer noch in Haft). Der bewaffnete Mob hingegen wird weder kontrolliert noch werden die Personalien aufgenommen.

In der Mannheimer Presse folgt nun eine Hetze gegen "Chaoten und linke Schläger". Gewalttätig sind auf einmal nicht mehr die SchönauerInnen sondern die Flüchtlinge und die sich mit ihnen solidarisierenden Menschen. Während Linke immer mehr ins Kreuzfeuer geraten, dem Schönauer Mob Zugeständnisse gemacht werden, geht der rechte Terror unter den Augen der PolizistInnen weiter. Ein Flüchtling muß in die Psychatrie, die anderen würden am liebsten das Weite suchen. Doch ihre vergitterte Unterkunft ist nur noch unter Lebensgefahr zu verlassen.

Angesichts dieser Situation entsteht der Plan, am Samstag (6.6.) eine größere Demonstration für die Flüchtlinge und gegen die Hetze auf der Schönau zu organisieren. Die Flüchtlinge finden die Idee einer solchen Demo gut. Oberbürgermeister Widder (SPD) jedoch verhängt ein Demonstrationsverbot für den gesamten Stadtteil Schönau! Um einer Konfrontation, wie Polizei, OB Widder und der Schönauer Mob sie wollen, aus dem Weg zu gehen, wird daraufhin beschlossen, die Demo in die Mannheimer Innenstadt zu verlegen. Auch dies wird jedoch von OB Widder, dem jede öffentliche Solidarisierung mit den Flüchtlingen ein Dorn im Auge ist, kurzerhand verboten! Gerichtliche Schritte hiergegen bleiben wegen der Kürze der Zeit ohne Chance. Als am Samstag Abend sich dennoch einige hundert Menschen am Demonstrationsort einfinden, läßt Widder,

kaum daß sie beisammen sind, sie von knüppelnden PolizistInnen auseinanderjagen und durch die Stadt treiben. Es kommt zu Einkesselungen, ca. 160 Verhaftungen, vielen – zum Teil schwer – Verletzten, das Mannheimer Jugendzentrum in der Innenstadt wird gestürmt, u.v.m.. Positiv jedoch: viele MannheimerInnen solidarisieren sich angesichts dieser Polizeigewalt mit den gejagten DemonstrantInnen. Trotzdem – die Konfrontation, die die Stadtverwaltung gesucht hat, hat sie ohne Rücksicht auf Menschenleben durchgesetzt. Erfolgreich?

Was heißt das für uns im benachbarten Heidelberg?

Wir denken, die Ereignisse auf der Schönau entsprechen im Prinzip dem, was wir auch tagtäglich in Heidelberg erleben, wenn wir die Augen aufmachen: Zunehmenden Rassismus, der immer öfter auch in direkte Gewalt umschlägt. Wir wollen deshalb zum einen gegen den zunehmenden Rassismus hier in Heidelberg Position beziehen, zum anderen auch solidarisch mit den Flüchtlingen sein – ganz besonders jetzt in Schönau. Es ist wichtig, ein aktives Verhalten sowohl gegen rassistische Sprücheklopfer als auch gegen die vielfältigen Formen des 'subtilen' Rassismus zu entwickeln. In Anbetracht der Tatsache, daß die meisten Opfer 'unseres' auf Ausbeutung und Rassismus basierenden – Armut, Krieg und Hunger produzierenden – Systems in den Trikont-Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu finden sind, heißt das auch, gegen die Welt(un)ordnungspolitik der BRD, Europas und der anderen reichen Länder deutlich Stellung zu beziehen. Die am stärksten von dieser globalen Unterdrückung betroffene Gruppe sind die Frauen, die zusätzlich – auch hier – sexistischer Gewalt ausgesetzt sind. Eine Auseinandersetzung mit eigener sexistischer Gewalt ist deshalb genauso notwendig wie das unmittelbare praktische Handeln gegen rassistische Übergriffe.

**\*Schluß mit den Angriffen auf Flüchtlinge – in Schönau und anderswo!**

**\*Keine Entschuldigung oder Verharmlosung des rassistischen Mobs!**

**\*Gegen die von Widder zu verantwortende Polizeibrutalität!  
Für Demonstrationsfreiheit!**

**\*Gegen Nachrichtensperre und Nachrichtenverfälschung!**

**\*Keine Abschaffung des Grundrechts auf Asyl! Bleiberecht für alle!**

heidelberger soliplenum für die flüchtlinge in schönau

# DEMONSTRATION

**Kein Angriff auf Flüchtlinge – in Schönau und anderswo!**

**Wer schweigt macht sich mitschuldig!**

**Samstag 13. Juni '92**

Beginn: **18 Uhr**

Treffpunkt: **Mannheim – Schönau,  
An der Straßenbahn – Endstation**

# POLIZEITERROR

## VERHINDERT

### SOLIDARITÄTSAKTION

**Samstag, 6.6.92, 19.20 Uhr, Paradeplatz in Mannheim.**

Anlässlich der gewalttätigen, rassistischen Angriffe auf das Flüchtlingssammellager in MA -Schönau, die seit dem 26.05.92 anhalten, hatten sich ca. 250-300 Menschen auf dem Paradeplatz versammelt. Sie wollten gegen diese rassistische Gewaltdemonstrieren und ihre Solidarität mit den Flüchtlingen zum Ausdruck zu bringen. Eine für die Schönau angemeldete Demonstration war verboten worden.

Zweimal forderte die Polizei die Kundgebungsteilnehmer auf, den Platz zu räumen, zuletzt unter Androhung von Gewalt, wenn dies nicht innerhalb von 5 Minuten passiere. Die 5 Minuten waren noch nicht einmal ganz verstrichen und die Kundgebungsteilnehmer gerade im Begriff den Platz zu verlassen, da kam der Einsatzbefehl der Polizei. Die bis dahin völlig friedliche Versammlung wurde unter den Augen der in großer Zahl anwesenden Bevölkerung auf's brutalste überfallen. Knüppelgarde, Hunde- und Reiterstaffel stürmten auf den Platz. Die in Panik geratenen Menschen versuchten zu fliehen. Zumeist vergeblich. Willkürlich wurde von der Polizei niedergeknüppelt, umgestoßen, gewaltsam festgehalten, abgeführt. Wer sich seiner Verhaftung widersetzte, wurde von mehreren Polizisten gleichzeitig in die Mangel genommen.

#### **Bilanz des Polizeieinsatzes:**

Nach offiziellen Berichten gab es mindestens 7 Verletzte, die sofort notärztlich behandelt werden mußten. Darunter ein Journalist, der den Vorgang beobachtet hatte. Er war von einem Polizeihund angefallen und schwer verletzt worden. Die Zahl der leichter Verletzten liegt weit höher. Darüberhinaus gab es über 140 Festnahmen.

Dieser brutale Polizeieinsatz ist durch nichts zu rechtfertigen. Das "Verbrechen" das die Staatsmacht zu dieser Gewaltorgie "herausforderte", war einzig und allein die Tatsache, daß Menschen es trotz Verbot gewagt hatten, das Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen. Die in ver-

schiedenen Medien und in der Presse geäußerten Behauptungen, die Gewalt sei von den Kundgebungsteilnehmern ausgegangen ist schlichtweg falsch. Sie soll offenkundig nur zur nachträglichen Rechtfertigung des brutalen Polizeieinsatzes und zur Stimmungsmache gegen sogenannte "linke Randalierer" dienen. Wie so oft, versuchen insbesondere die "unabhängigen Berichterstatter" des "Mannheimer Morgen", durch bewußte Falschdarstellung, die eigenen Leser für dumm zu verkaufen, bzw. deren Meinung im Sinne der offiziellen Berichterstattung zu beeinflussen.

Mit dem Verbot der Demonstration durch OB Widder und die Stadt Mannheim wurde der Vorwand zum "Eingreifen" der Polizei geliefert. Gleichzeitig soll damit auch der Widerstand gegen die andauernden Übergriffe auf die Flüchtlinge isoliert und kriminalisiert werden.

Wir dürfen nicht zulassen, daß Terror gegen Andersdenkende und Rassismus noch mehr an Boden gewinnen.



Ob Deutschland oder USA - die Bilder gleichen sich



# **ZU DEN HINTERGRÜNDEN DER SOLIDARITÄTSAKTION AM PARADEPLATZ**

Seit Donnerstag 28.5.92 herrscht Progromstimmung am Flüchtlingssammellager (ehemalige Gendarmeriekaserne) in MA - Schönau. Am Anfang waren es mehrere hundert Menschen, zum großen Teil aus der Umgebung, aber auch rechtsextremistische und neonazistische Jugendliche, die die im Sammellager untergebrachten ca. 200 Flüchtlinge, darunter Frauen und Kinder, auf's aggressivste bedrohten. Die immer noch andauernde Aggression wurde ausgelöst durch das längst widerlegte Gerücht, ein Flüchtling hätte ein junges Mädchen vergewaltigt. Dies war ein willkommener Vorwand, um langangestautem Fremdenhaß freien Lauf zu lassen. Fremdenhaß der gediehen ist und gedeiht vor dem Hintergrund einer Politik, die die Flüchtlinge und Immigranten zu den Schuldigen an der sozialen Misere machen will. Mit der nunmehr schon seit einem Jahr von der Regierung initiierten Asyldebatte wurde ein groß angelegtes Täuschungsmanöver eingeleitet, um von den tatsächlichen Verursachern von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, niedrigen Löhnen und der damit verbundenen sozialen Ausgrenzung abzulenken, und um den Widerstand dagegen zu verhindern. Aber steigende Mieten, Massenarbeitslosigkeit, Steuererhöhungen, wachsende Inflation und Sozialabbau werden nicht von den Flüchtlingen und ImmigrantInnen verursacht, sondern sie sind unmittelbarer Ausdruck einer nur am Profit für Konzerne und Banken orientierten Politik der Bundesregierung. Eine Verbesserung der sich immer mehr verschlechternden Verhältnisse ist deshalb nicht durch die Einreiseverhinderung von Flüchtlingen oder gar mit tätlichen Angriffen auf Flüchtlinge und ImmigrantInnen möglich, sondern nur durch aktives Eintreten gegen die Politik der Regierung, gegen Konzerne und Banken. Und wehren kann man sich, das haben nicht zuletzt die machtvollen Streiks der ÖTV-KollegInnen und der Metaller gegen das Lohndiktat von Regierung und Kapital gezeigt. Hier waren es gerade die ImmigrantInnen, die an vorderster Stelle gekämpft haben. Nur durch die praktizierte Solidarität aller Betroffenen lassen sich Erfolge erzielen. Diese Solidarität ist auch notwendig im gemeinsamen Kampf gegen Rassismus.

**Uneingeschränktes Recht auf Asyl**

**Bleiberecht für Alle**

**Gleiche politische und soziale Rechte für Alle**

**Arbeit und Wohnung für Alle**

**Die Reichen sollen zahlen**

**Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)**

**Bezirksgruppe Rhein-Neckar**

**Verbindungskanal Linkes Ufer 20-24, 6800 Mannheim 1**

# Aufrufe zu Demonstrationen

## Mannheimer Polizei rechnet mit „heißem Wochenende“

Mannheim/Stuttgart. (jan/ts - Eigener Bericht) Auf ein „heißes Wochenende“ stellt sich die Mannheimer Polizei ein. Trotz eines Verbotes der Stadt riefen Gruppierungen zu Demonstrationen in der Umgebung der Asylbewerber-Unterkunft im Mannheimer Norden auf. Oberbürgermeister Widder und die Grünen wollen heute entscheiden, ob sie die angekündigte Demonstration am Samstag in der Innenstadt durchführen.

Wie berichtet, war es am Pfingstwochenende zu schweren Zusammenstößen zwischen den Teilnehmern einer verbotenen Demonstration und der Polizei gekommen. Vorausgegangen waren mit Drohungen verbundene Proteste von Bewohnern des Stadtteils Schönau gegen die dortige Asylbewerber-Unterkunft.

Einen speziellen „Sicherheitsplan“ für Mannheim wird es nicht geben. Landespolizeipräsident Erwin Hetger wies eine entsprechende Forderung der CDU Nordbaden zurück: „Es kommt jetzt darauf an, in der aktuellen Situation zu helfen und nicht irgendwelche Papiere zu füllen.“

Wenn die Situation es erfordere, würden Kräfte von der Bereitschaftspolizei und anderen Dienststellen zusammengezogen, betonte der Polizeipräsident. Bereits 1990 habe das Land der hohen Kriminalitätsrate sowie der Unfallhäufigkeit in der Quadratestadt dadurch Rechnung getragen, daß es die „Bedarfs-Sollberechnungen“ für die Polizeidienststellen angepaßt habe. Zudem sei ein Zug der Einsatzhundertschaft der Landespolizeidirektion Karlsruhe in Mannheim stationiert.

# Rathaus berät Sicherheit der Stadt

## Sorge vor neuen Ausschreitungen in der Innenstadt

Von unserem Redaktionsmitglied  
Jan Cerny

In einer nichtöffentlichen Sonder-sitzung informierte gestern Oberbürgermeister Gerhard Widder den Ältestenrat im einzelnen über die schweren Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizei am Pfingstwochenende.

Am Samstag hatte die Polizei - wie in der gestrigen Ausgabe berichtet - mit starken Kräften eine verbotene Demonstration in der Innenstadt aufgelöst. Dabei waren 142 Personen festgenommen worden. Mindestens sieben Personen erlitten bei den handgreiflichen Konfrontationen Verletzungen, darunter auch zwei Polizisten.

Widder legte dem Ältestenrat eine 30 Seiten starke Dokumentation der Ereignisse der letzten Wochen vor. Anschließend schilderte er, vom Polizeipräsidenten Knut Feidmann und dem Einsatzleiter, Polizeidirektor Rudolf Grentrup, unterstützt, den Ablauf der Auseinandersetzungen auf dem Paradeplatz und dessen

kommenden Samstag planen die Grünen eine Demonstration in den Quadraten, ob es dabei bleibt, soll in Gesprächen zwischen der Stadtverwaltung und den Grünen heute geklärt werden. Zudem hat gestern das Mannheimer „Aktionsbündnis gegen Rassismus“ mit Plakaten für eine Demonstration am kommenden Samstag auf der Schönau geworben.

Wie gestern auch schon berichtet, hatte Rechtsanwalt Günter Urbanczyk eine Strafanzeige gegen Widder erstattet, in der er ihm als Verantwortlichen für den Einsatz der Polizei am Samstag Körperverletzung im Amt und Freiheitsberaubung vorwirft. Der Oberbürgermeister meinte dazu, das gebe ihm „die Gelegenheit zur Aufklärung des Gesamtzusammenhanges“.

Nach der Sitzung des Ältestenrates meldeten sich auch die Gemeinderatsfraktionen zu Wort. Die SPD ließ nach einer Absprache mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Herbert Lucy, der sich derzeit in Kur befindet, verlauten, daß sie sich vorbehaltlos hinter alle Maßnahmen Widders stelle. „Mit allem Nachdruck“ wendet sich die Fraktion sowohl gegen „bierselige Kraweeler, die nicht wissen, was sie tun, als auch gegen organisierte Unruhestifter und Gewalttäter“. Die SPD-Fraktion fordert den OB auf, das Demonstrationsverbot in unmittelbarer Nähe der Asylunterkunft aufrechtzuerhalten.

Mannheimer  
Morgen  
10.06.82

Das Demonstrationsverbot in der Innenstadt wird nachträglich auch von der CDU-Fraktion unter Vorsitz von Dr. Hans Martini gebilligt. Zugleich bedankt sie sich bei der Polizei, die „in den letzten Tagen ihrer Pflicht nachgekommen ist“.

Die DKP meint, es sei die Pflicht der Stadtverwaltung, die Asylsuchenden zu schützen, der Polizeieinsatz sei aber auf die Dauer keine Lösung. Vielmehr seien Maßnahmen zur Stadtteilentwicklung auf der Schönau erforderlich.

Die Republikaner machen Bund, Land und Stadt für die Auseinandersetzungen verantwortlich. Sie hätten dabei versagt, das „Problem der Scheinasylanten“ zu lösen.



### „Spontane Versammlung“ auf dem Marktplatz

Zu einer sogenannten „spontanen Versammlung“ kamen gestern nachmittag rund 100 junge Menschen auf dem Paradeplatz zusammen. Aus den an die Passanten verteilten Flugblättern ging hervor, daß es sich um Mitglieder unterschiedlicher Gruppen wie „Aktionsbündnis gegen Rassismus“, „Frauen helfen Frauen“ und aus dem Jugendzentrum in Selbstverwaltung (JUZ) handelte. Mit Hil-

fe eines Megaphons schilderten sie die Ereignisse bei den Zusammenstößen von Demonstranten und Polizei am Pfingstsamstag aus ihrer Sicht. Zugleich äußerten sie Unzufriedenheit mit der Berichterstattung des „Mannheimer Morgen“. Zwischen zwei Bäumen und am Marktplatz-Denkmal hängten sie Transparente auf und zerstreuten sich wieder.

jan/Bild: Neusch

# Ein Lichtblick im Dunkel der Gewalt

## Schönauer Bürger helfen Asylbewerbern im täglichen Leben

Von unserem Mitarbeiter  
Ralph Kühnl

An die 50 Schönauer hatten sich im Gemeindesaal des „Guten Hirten“ zusammengefunden, um gemeinsam mit Asylbewerbern über deren Probleme zu reden und konkret Abhilfe zu schaffen. Am Ende kamen die Anwesenden sogar zu einem Ergebnis, obwohl linke und rechte Chaoten massiv versucht hatten, die Veranstaltung zu stören.

„Heute abend sind nur Leute hier, die den Asylbewerbern in Mannheim und speziell auf der Schönau wirklich helfen wollen“, eröffnete Pastoralreferent Hermann Rütermann das Treffen. Schon vor Wochen, also vor den ganzen Querelen um die Gendarmerie-Kaserne, waren die Einladungen verschickt worden, die Vorkommnisse der letzten Tage sollten kein Thema mehr sein.

Das Besondere an der Versammlung war, daß die Asylanten selbst mitwirkten und den Deutschen ihre Probleme und Ängste schilderten. Ein Ziel der Veranstaltung war es, zwischen Asylbewerbern und Deutschen Kontakte zu vermitteln. Die Asylanten berichteten zunächst von ihren persönlichen Schicksalen und den Zuständen in ihrer Heimat. Das brachte in den meisten Fällen einige Schwierigkeiten, da weder die Asylbewerber des Deutschen noch die Einheimischen des Albanischen, Rumänischen oder Serbo-Kroatischen mächtig waren, und so die gesamte Unterhaltung gedolmetscht werden mußte. Klar wurde jedoch, daß keiner der Asylanten sonderlich versessen darauf war, seine Heimat zu verlassen.

Nach ihren Wünschen für die Zukunft gefragt, hatten die Betroffenen immer wieder das eine Anliegen: „Ich will endlich einmal wieder ohne Angst über die Straße gehen können“ – obwohl, wie ein serbischer Deserteur hinzufügte, „das, was hier passiert im Vergleich zu Jugoslawien natürlich ein Klacks ist“. Dennoch äußerten

alle die Hoffnung, daß bald Deutsche unter Deutschen Ruhe und Verständnis schaffen.

Auch das Kennenlernen der deutschen Sprache und der deutschen Kultur ist für viele der Asylanten ganz wichtig, ebenso wie engere Beziehungen zu der einheimischen Bevölkerung. Diesem Wunsch konnte auch sogleich entsprochen werden: In der nächsten Zeit wollen die verantwortungsvollen Schönauer Bürger Spielgruppen, Familientreffs und ähnliches organisieren. Außerdem wollen sie die Asylanten bei Arztbesuchen und Behördengängen begleiten, ein erweitertes Sprachkursprogramm soll ebenfalls ins Leben gerufen werden. Als nächstes Ziel steht aber zunächst die Gründung eines ständigen Arbeitskreises für die Asylbewerber an.

Stadträtin Regina Trösch, Vorsitzende des Asyl-Beirats der Gendarmerie-Kaserne, gab sich angesichts des großen Engagements der Schönauer Bürger optimistisch: „Es lohnt sich anscheinend doch noch, an das Gute im Menschen zu glauben.“

th



Fremde brauchen Freunde: Im Gut-Hirten-Gemeindesaal diskutierten Asylbewerber und Einheimische über ihre Probleme. Bild: Keese

Im Blickpunkt: Polizeieinsatz in Mannheim



## „Außergewöhnliche Härte“

In einer ersten Reaktion auf die harten Polizeieinsätze am Pfingstamstag in Mannheim hat der frühere Stadtrat der Grünen, Günter Urbanczyk, Strafanzeige gegen Oberbürgermeister Gerhard Widder (SPD), Polizeidirektor Rudolf Gentrup und namentlich nicht bekannte Polizisten gestellt. Die Anzeige lautet auf Körperverletzung im Amt und Freiheitsberaubung. Widder und Polizeisprecher rechtfertigten inzwischen das Vorgehen der Polizei. Augenzeugen schilderten das Geschehen jetzt wie folgt:

In der Innenstadt hatten sich etwa 250 Personen aus der autonomen Szene versammelt, die gegen die Angriffe der vorangegangenen Tage auf Flüchtlinge protestieren wollten. Oberbürgermeister Widder hatte alle Demonstrationen untersagt. Am Paradeplatz im Zentrum umschlossen etwa fünf Hundertschaften die Demonstranten-Gruppe mit gezogenen Knüppeln und formierten sich in Doppelreihen. Die Kundgebungs-Teilnehmer bekundeten per Megaphon ihr „Grundrecht auf die Freiheit zu spontanen Versammlungen“. Die Polizei antwortete mit einem Ultimatum: Innerhalb von fünf Minuten habe sich die nicht genehmigte Kundgebung aufzulösen.

Nach Ablauf der Frist scherten einzelne Demonstranten aus der Gruppe aus. Kurz darauf stürmte die Polizei knüppelnd auf den Pulk ein und verfolgte die flüchtende Menge in die belebte Fußgängerzone. Reiterstaffeln, Mannschaftswagen und Einsatzfahrzeuge folgten. Unbeteiligte in Straßencafés und blockierten Straßenbahnen

gerieten ins Geschehen. Augenzeugen berichteten von außergewöhnlicher Härte, mit der die Beamten durchgegriffen hätten. Eine Gruppe von etwa 50 Demonstranten wurde von zum Teil berittenen Beamten vor einem großen Schaufenster eingekesselt. In den Hauseingängen der Seitenstraßen schlugen Polizisten vor laufenden Fernsehkameras auf bereits am Boden liegende Frauen ein, die sich nicht wehrten. Verletzte wurden Verbandsmaterial aus den Einsatzfahrzeugen verwehrt.

Einige der Verletzten flüchteten in das nahegelegene selbstverwaltete Jugendzentrum. Polizisten verbarrikadierten zunächst das Gebäude, um es dann mit einem Rammbock aufzubrechen. Einem herbeigerufenen Notarzt wurde nach Angaben der Sprecher des Jugendzentrums der Zugang verboten.

Nach Auflösung der Versammlung wurden Schaufensterscheiben eingeschlagen und Wände beschmiert.

THOMAS REUTTER

*Der Artikel von Thomas Reutter in der FR vom 10.6.1992 ist ein kleiner Lichtblick in der Berichterstattung der bürgerlichen Medien, obwohl auch hier zu erkennen ist, daß von der FR kein größeres Interesse besteht, ausführlich über Mannheim-Schönau, das Verhalten bzw. das Nichtverhalten der Lokalpresse und Politiker zu berichten.*

## **Hoyerswerda in Mannheim**

### **Aufruf zur bundesweiten Demonstration am Samstag, den 13.6. in Mannheim-Schönau**

In Mannheim-Schönau herrscht Pogromstimmung. Seit der Unterbringung von 260 Flüchtlingen in der Gendarmeriekaserne kommt es zu Anfeindungen, die mittlerweile zur Belagerung des Flüchtlingswohnheims eskaliert sind. Ihren vorläufigen Höhepunkt fanden diese Ereignisse am Vatertag. Eine im Suff ausgebrochene Schlägerei zwischen den deutschen Teilnehmern eines Festes fand ihre Versöhnung im gemeinschaftlichen Beschluß, vor das "Asylantenheim" zu ziehen. Weitere Schönauer BürgerInnen schlossen sich an. Auf 400 Personen angewachsen, konnte der Mob nur von der Polizei davon abgehalten werden, das Heim zu stürmen. Weiterhin versammeln sich jeden Abend nach Arbeit und Abendbrot SchönauerInnen in Jogginganzügen und Badeschlappen vor der Gendarmeriekaserne. Weiterhin sperrt die Polizei jeden Abend ab 18.00 Uhr mit Hunden und Pferden alle Straßen um das Lager ab, ohne den Mob aufzulösen. Gegen Solidaritätskundgebungen für die Flüchtlinge, die wir täglich in der Lilienthalstraße organisieren, allerdings geht die Polizei vor. Für die Flüchtlinge bedeutet dies Ausgangssperre, die von der Polizei auch mit Gewalt durchgesetzt wurde und wird.

Was die Schönauer Ereignisse charakterisiert und mit Hoyerswerda vergleichbar macht, ist der rassistische Konsens in der breiten Bevölkerung, der sich herstellt im Zusammenspiel von offener Aggression, beifälligem Zuschauen, unterstützendem Mitschreien und zustimmendem Wegschauen (der Zuhausegebliebenen). Daß die Angriffe nicht von eingrenzbaeren rechtsradikalen Gruppen, sondern von der normalen Bevölkerung getragen werden, gibt dem Rassismus eine neue Dimension. Im Gegensatz zu Brandanschlägen tritt hier der Rassismus vor Ort in aller Öffentlichkeit auf. Eine überregionale oder gar internationale Berichterstattung soll dagegen verhindert werden. Der Mannheimer OB Widder organisiert gemeinsam mit dem Polizeipräsidenten und dem Lagerleiter Benz die Pressesperre um die Ereignisse, an die alle sich eh von selbst halten. Wollen die Lokalgrößen eine Brandmarkung der Stadt verhindern, wie sie im Fall von Hoyerswerda geschehen ist, erklärt sich das Schweigen um die Vorfälle auf der Schönau auf überregionaler Ebene eher aus dem Bemühen, die rassistische Normalität in Deutschland beizubehalten, ohne international als "der häßliche Deutsche" da zustehen. Das ist nicht zuletzt entscheidend für das Streben der Bundesrepublik nach Vormachtstellung in der EG.

Zum Rassismus des Mobs gesellt sich die Verschärfung der institutionellen Diskriminierung: Das am Freitag letzter Woche beschlossene neue Asylverfahrensgesetz stellt im wesentlichen eine Einschränkung der Grundrechte für Flüchtlinge dar. Dient die nationalstaatliche Verfaßtheit per se als Argument und Instrumentarium, Nicht-Deutschen und insbesondere AsylbewerberInnen Bürgerrechte erst gar nicht zu gewähren - so zum Beispiel die Freizügigkeit - so schränkt das neue Asylverfahrensgesetz die für Flüchtlinge noch vorhandenen Rechte weiter ein. Wesentliche Punkte sind die Einschränkung des Rechtsweges und die obligatorische Unterbringung der Flüchtlinge in Sammellagern. Diese stellt neben der Ausdehnung der Kontroll- und Zugriffsmöglichkeiten der Behörden auf die Flüchtlinge vor allem eine soziale Markierung der AsylbewerberInnen als "das Fremde" dar. Die Lügen von "Asylantenflut" und "Überfremdung" werden durch überfüllte Massenquartiere scheinbar sinnlich wahrnehmbar. Durch Zäune abgetrennt werden die Sammellager zu Ghettos.

Sozialen Zusammenhängen entzogen, durch die "Asyldebatte" diffamiert und rechtlichen Schutzes beraubt werden die Flüchtlinge vom Mob als leichte Opfer ausgedeutet.

Um den rassistischen Konsens zu durchbrechen, wollten wir am Samstag, dem 6. Juni in einer Kundgebung auf der Schönau öffentlich für die Flüchtlinge und gegen den deutschen Mob Partei ergreifen. Die Demonstration auf der Schönau wurde verboten, der Stadtteil von der Polizei abgeriegelt. Zu der daraufhin kurzfristig in die Mannheimer Innenstadt verlegten Demonstration kam es erst gar nicht, weil die Polizei die etwa 500 TeilnehmerInnen in einem Großeinsatz auseinander prügelte bevor ein Zug formiert oder Transparente entrollt werden konnten. Vier Stunden lang wurden daraufhin kleine und größere Gruppen von DemonstrantInnen und PassantInnen eingekesselt, mit Hunden und Pferden durch die Stadt gejagt, geprügelt und gebissen. Der Anlaß war willkommen, ein ohnehin unliebsames Jugendzentrum zu stürmen und die Jugendlichen erkennungsdienstlich zu behandeln. Die Bilanz dieser Demonstration: 142 Festnahmen und unzählige Verletzte.

Die Strategie der Polizei und Stadtverwaltung ist aufgegangen. Die Demonstration wurde von dem Ort der Auseinandersetzungen weg in die Stadt Mannheim gedrängt und damit inhaltlich von den rassistischen Ausschreitungen auf der Schönau entkoppelt. Durch die Verhinderung jeglicher Kundgabe - Redebeiträge und das Entrollen von Transparenten - wurde die Demonstration in das umgedeutet, als was sie die lokale Presse seit einer Woche denunziert hatte: die Störung von Ruhe und Ordnung durch "angereiste Gewalttäter", die das eigentliche Problem seien.

Dagegen müssen wir eine Demonstration auf der Schönau setzen, die schon durch die Wahl des Ortes den Bezug zu den rassistischen Angriffen herstellt und für die Flüchtling unsere Solidarität erfahrbar macht. Hier wollen wir die Schönauer Bevölkerung mit ihrem rassistischen Verhalten konfrontieren. Nach Verbot und Zerschlagung der letzten Demonstration werden wir diesen Samstag eine bundesweite antirassistische Demonstration auf der Schönau durchführen.

**Vertreibt den deutschen Mob aus den Straßen von Schönau!**

**Keine Unterbringung von Flüchtlingen in Sammellagern!**

**Freizügigkeit und gleiche Rechte für alle !**

**BUNDESWEITE ANTIRASSISTISCHE DEMONSTRATION IN MANNHEIM-SCHÖNAU (STRABENBAHNHALTESTELLE SCHÖNAU AN DER LILIENTHALSTRABE)**

**SAMSTAG, 13. JUNI, 18.00 UHR**

TREFFPUNKT FÜR FRANKFURT: 16.00 UNI CAMPUS KOZ (NÄHE BOCKENHEIMER WARTE)

**VERBINDLICHE INFORMATION ÜBER DAS ANTIFASCHISTISCHE UND ANTIRASSISTISCHE INFOTELEPHON FRANKFURT, TEL.:**

**069/703337**

Antirassistisches Plenum Rhein-Main



## Keine Angriffe gegen Flüchtlinge - auf der Schönau und anderswo

### Wer schweigt, macht sich mitschuldig

Was sich auf der Schönau vor der Flüchtlingsunterkunft in der ehemaligen Gendarmeriekaserne seit Donnerstag, dem 28. Mai, an Haß und Gewalt gegen Flüchtlinge geäußert hat, war bisher ohne Beispiel. Mehrere hundert Mannheimerinnen und Mannheimer, überwiegend Männer aus dem Stadtteil, bedrohten auf aggressivste Art und Weise die im Flüchtlingslager lebenden

Menschen. Es herrschte eine regelrechte Pogromstimmung. Nur massive Polizeipräsenz verhinderte in diesem Falle, daß Parolen wie "Weg mit den Asylantenschweinen", "Fackelt denen doch das Haus ab" etc., in die Tat umgesetzt werden konnten. Menschen, die sich mit den Flüchtlingen solidarisierten, wurden aus der Menge heraus beschimpft und bedroht.

**Demonstration: Samstag, 13. Juni,  
18 Uhr  
Straßenbahndienststelle Schönau**

Die Vorkommnisse auf der Schönau sind durch nichts, auch nicht durch den Verweis auf soziale Probleme zu entschuldigen. Es kann und darf dafür kein Verständnis geben. Geradezu infam ist es, wenn OB Widder und auch der Mannheimer Morgen den Eindruck erwecken, die rassistischen Angriffe seien von den Flüchtlingen selbst provoziert worden. So werden die Opfer zu Tätern gemacht, es ist zum Kotzen.

Typisch ist, daß weder der MM noch OB Widder die rassistische Aggression selbst zum Thema machen. Stattdessen werden jetzt die Menschen, die sich den Angriffen auf die Flüchtlinge entgegenstellen, als die eigentliche Gefahr bezeichnet. So stimmt dann auch wieder das Feindbild. Völlig unterschlagen

wird, daß die Anwesenheit von Menschen aus Mannheim und von ausserhalb, die sich mit den Flüchtlingen solidarisieren, von den Flüchtlingen selbst begrüßt wird. Dies kann von allen, die an den betreffenden Tagen dabei waren, bestätigt werden. Die Solidaritätsbekundungen vor der Flüchtlingsunterkunft mit den rassistischen Angriffen gleichzusetzen, ist eine Unverschämtheit.

Was auf der Schönau und anderswo zum Ausdruck kommt, sind tiefsitzende rassistische und nationalistische Denkmuster. Daß diese sich jetzt nicht nur bei organisierten Neonazis, sondern auch bei Teilen der "normalen" Bevölkerung immer offener äußern, zeigte



sich letztes Jahr nicht nur in Hoyerswerda. Das Klima, in dem die verbalen und gewalttätigen Aggressionen gegen Flüchtlinge und Einwanderer stattfinden, wurde u.a. durch die breite Diffamierungskampagne zum Asylrecht geschaffen, in der alle sozialen Probleme in der BRD auf die Flüchtlinge und Einwanderer abgewälzt werden. Von der Teilhabe der BRD an der Ausbeutung und am Elend in anderen Ländern ist nicht die Rede, stattdessen wird ein verstärktes Großmachtstreben nach aussen gekehrt. Eine Politik, die den angeblich besonderen Wert der "Nation" betont und in der Wohlstand immer nur für einige wenige und in Abgrenzung und Konkurrenz zu anderen propagiert wird, bildet den Nährboden für rechtsextremistische Parolen. Durch das immer breitere Aufgreifen der Forderung nach Änderung des Grundgesetzes, wie sie von der CDU/CSU initiiert wurde, oder zum Beispiel durch die berüchtigten Zähl-

appelle für Flüchtlinge im SPD-regierten Schleswig-Holstein werden die Rechtsextremen und Neonazis geradezu bestärkt und rassistische und chauvinistische Parolen erst recht salonfähig.

Nach den Ereignissen auf der Schönau hat sich die Situation dramatisch verschärft, niemand kann zur Zeit sagen, wann es wieder zu Aggressionen gegen die Flüchtlinge kommt. Es ist jetzt in Mannheim höchste Zeit, ein erneutes Zeichen gegen den Rassismus und für die Solidarität mit den Flüchtlingen und Einwanderern zu setzen.

Alle Menschen, die nicht länger tatenlos zusehen wollen, sind jetzt gefordert, öffentlich Stellung zu beziehen. Rassismus und Chauvinismus müssen geächtet werden, bei der Arbeit, im Wohngebiet, in der Gesellschaft überhaupt.

Wir treten ein für:

**Uneingeschränktes Recht auf Asyl !**

**Bleiberecht für Alle !**

**Gleiche Rechte für Alle !**

**Schaut nicht weg - greift ein !**

Aktionsbündnis gegen Rassismus

V.i.S.d.P. :

Aktionsbündnis gegen Rassismus  
Forum der Jugend Mannheim



11.6.92

Die PDS/Linke Liste Mannheim wird, trotz Bedenken, eine legale Demo in MA-Schönau unterstützen !

Gerade aufgrund der Ereignisse des letzten Wochenendes hätten wir eine Demo am Samstag vormittag in der Innenstadt für richtig gehalten .

Die Verantwortlichen für die Ausschreitungen gegen Flüchtlinge in Schönau sind in erster Linie die Politiker die derartige Ghettos einrichten und Asylrechte einschränken.

Das Sammellager in der ehemaligen Kaserne verschärft die sowieso schon angespannte soziale Situation auf der Schönau. MA-Schönau ist nicht der einzige Stadtteil mit Flüchtlingsunterkünften. Ähnliches kann sich in anderen Stadtteilen wiederholen.

Gerade darum halten wir es für notwendig , *langfristig ein breiteres Bündnis* aller RassismusgegengerInnen in MA herzustellen !

Eine größere kritische Öffentlichkeit zu erreichen heißt mehr an Diskussionen und Aufklärung zu organisieren. In Mannheim müssen in den kommenden Wochen und Monaten verstärkt Infostände, Veranstaltungen und Demos stattfinden.

Diese mühselige Kleinarbeit kann nur vor Ort erfolgen und kann nicht durch spektakuläre Aktionen ersetzt werden an denen sich nur ein *enges politisches Spektrum* beteiligt.

Die CDU/SPD-Koalitionen in Bonn, Stuttgart und Mannheim wollen weiter Asylrechte aushöhlen und demokratische Rechte einschränken.

*Dafür soll in der Bevölkerung Stimmung gemacht werden !*

*Liefere wir Ihnen keine Vorwände - laßt Euch am Samstag nicht provozieren !!!*

Am Samstag, den 13.Juni werden wir ab 10.30 Uhr auf dem Paradeplatz einen Info-Stand durchführen. Jede/r kann teilnehmen und seine Materialien auslegen.

Schönau:

## Ein Mannheimer Stadtteil in den Schlagzeilen

# Plötzlich im Mittelpunkt

Seit Tagen zieht Schönau Aufmerksamkeit auf sich

Einige angetrunkene Jugendliche haben es geschafft: Mannheims nördlicher Stadtteil Schönau steht plötzlich im Mittelpunkt des Interesses. Durch die Ausschreitungen am 26. Mai und zwei Tage später am Himmelfahrtstag vor dem Asylbewerberheim in der Gendarmeriekaserne kam gleichzeitig eine Stimmung zutage, die in dem Stadtteil breitere Kreise erfaßt als nur eine Gruppe von jungen Störenfriede.

Nachdem die US-Armee die Gendarmeeriekaserne in der Lillienthalstraße im Sommer letzten Jahres geräumt hatte, richtete das Land in dem Gebäudekomplex eine Sammelunterkunft für mehr als 200 Asylbewerber ein. In solchen Heimen werden die Ausländer untergebracht, die in der Bundesrepublik Asyl suchen und nach festgelegten Quoten auf die Länder verteilt werden. Hier verbringen sie in der Regel zwei bis vier Wochen und werden dann an die Gemeinden weitergegeben.

Noch bevor die ersten Asylbewerber im Januar Schönau erreichten, hatte sich in dem Stadtteil Protest gereg. Zahlreiche Bewohner und Bezirksbeiräte argumen-

tierten, der Stadtteil habe genug Probleme mit Wohnungsnot, Ausländerdichte, Arbeitslosigkeit und Kriminalität. Ihre Befürchtung: Durch die Unterbringung der Asylbewerber würden weitere Schwierigkeiten auf die Schönau abgeladen.

Die Abneigung gegen die Einrichtung steigerte sich, als die ersten Fremden in den Straßen Schönaus auftauchten. Inzwischen muß es, so bestätigte auch Heimleiter Benz, auch zu Provokationen seitens der Insassen der Landesunterkunft gekommen sein. Einige Schönauer erzählen von anzüglichen Gesten aus den Fenstern des Heimes, vermerkt ist auch bei der Polizei ein Diebstahl im Lebensmittelladen an der Endhaltestelle der Straßenbahn. Hinzu kamen Gerüchte von angeblicher Vergewaltigung eines Mädchens durch einen Asylbewerber. Die Polizei bezeichnete die Gruselgeschichte später als falsch.

Dennoch zogen einige Jugendliche vor die Unterkunft und drohten den Bewohnern Gewalt an. Das verhinderte zwar die Polizei, doch seitdem findet die Schönau keine Ruhe. Die Lillienthalstraße wird allabendlich gesperrt, die Unterkunft von starken Polizeikräften geschützt. Die Stadt verbietet Demonstrationen in der Umgebung.

*Der "Mannheimer Morgen" entdeckt sein Herz für Schönau! Eine ganze Seite widmet der "MM" den SchönauerInnen und ihren "Problemen".*

## Probleme en bloc und im Detail

Sozialdaten zum Stadtteil / Arbeitervorort mit wunden Punkten

Siedlerfleiß in Reih und Glied, Schaffen, Sparen, Eigenheim bauen und Garten pflegen, dafür ist ein Teil der Schönau bekannt. Der andere, im nördlichen Bereich jenseits der Lillienthalstraße steht gerade und grau für Probleme.

Hier konzentriert sich in trostlosen FBG-Betonblocks aus den 50er und 60er Jahren Jugendarbeitslosigkeit. Hier hängen sie rum, die vielen Kids ohne Schulabschluss und sind schnell drin im Drogeneind und Alkoholsumpf.

Ein Vorort der Gegensätze. Für viele der 14 384 Bewohner (Stand 30. April 92) immer noch ihr lebens- und liebenswerter Arbeitervorort, den sie auch gerne mit 721 ausländischen Mitbürgern (17 Prozent) teilen. Für die anderen aber auch das Ghetto, wo sich die totale Perspektivlosigkeit eingemietet hat. In den Billigblocks zwischen Marienburger- und Tilsener Straße wohnt Tristesse Tür an Tür mit Aggression, totaler Niedergeschlagenheit und jener Hau-Drauf-Mentalität, die nun inheitlich zuschlug. Ein sozial stark belastetes Wohnquartier, das weiß auch das Sozialamt nicht erst seit den Krawallen und um die Asylbewerber-Kaserne.

Wie in anderen Brennpunkten liegen die Sozialhilfezahlen auf der Schönau weit über dem Mannheimer Durchschnitt. 1800 Personen beziehen dort draußen am Rande der Stadt Stütze, das sind 1000 Familien und Singles, die als Fälle registriert sind. Zehn Prozent aller Schönauer leben also von der Fürsorge, in Mannheim sind's durchschnittlich nur vier Prozent. Schlußlichter sind die Nordlichter was das Bildungsniveau anlangt. Viele brechen ihre Schulkarriere vorzeitig ab, nur ganz wenige schaffen den Hochsprung zur Uni: Der Akademikeranteil erreicht in Schönau Nord mit 1,8 Prozent den absoluten Tiefstand von Mannheim (dicht gefolgt von der Hochstätt, die mit 1,7 Prozent Platz zwei belegt). Zum Vergleich: Im Villenviertel Oststadt Nord haben 25,1 Prozent der Bewohner mit Uni-Abschluß von Anfang an die besseren Karten. Mit Schwierigkeiten aller Art müssen sich die Jungs und Mädchen von den Blocks von Kindesbeinen an herumschlagen. Im Sozialatlas des Stadtjugendamtes belegt das Viertel jedenfalls einen negativen Rang zwei hinter dem sozialen Brennpunkt Hochstätt. Was die Jugendstraffälligkeit betrifft, sind die Schönauer sogar führend: Von 1000 Teenagern zwischen 14 und 20 Jahren standen im Jahr 1985 58 vor Ge-

richt. Mal weil sie ein paar totchice Turnschuhe geklaut hatten, mal wegen eines Bruchs, allzu viele mußten aber auch wegen Drogendelikten vor den Kadi. Jedes Kind dort draußen weiß, wo die harten Sachen gedealt werden, etliche hängen an der Nadel, einige müssen daran sterben, das tödliche Thema beschäftigte Verwaltung und Politiker bereits in nicht-öffentlichen Sondersitzungen.

In diesem rauen Klima halten Familienbande oft nicht so viel aus wie anderswo, Bindungen werden erst gar nicht eingegangen oder schnell wieder gelöst und so muß denn das Jugendamt hier die meisten Amtspflegeschaften und -vormundschaften für den Nachwuchs unverheirateter Mütter übernehmen. Von 1000 Kindern im Stadtteil unter 18 Jahren trägt bei 207 Buben und Mädchen das Amt mit an der Verantwortung.

Bei den Landtagswahlen vom April schnitten die Sozialdemokraten in der traditionellen SPD Hochburg Schönau mit 48,3 Prozent immer noch vergleichsweise gut ab. Aber daß Unzufriedenheit mit den großen Volksparteien dort draußen nagt, ließ sich am Anteil der Republikanerwähler ablesen. 18,6 Prozent der Schönauer gaben den rechten Reps ihre Stimme.

"MM" 11.6.92 Do.

„Schönau: Ein Stadtteil ....“



Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen auf der Schönau: die Landesunterkunft für Asylbewerber in der Lillenthalstraße.

Bild: Keese

## „Schnell weit weg von Mannheim“

In der Gendarmeriekaserne grassiert die Angst

Mengi Masala ist noch einmal davongekommen: In Zaire entwischte er Mobutus Mordbuben in letzter Sekunde. Der 30jährige Afrikaner aus Kinshasa ließ die Familie zurück und flüchtete nach Deutschland. Er landete in der Gendarmeriekaserne auf der Schönau. Dort sitzt er nun, ist zur Untätigkeit verdammt und wartet, ob sein Asylgesuch Erfolg haben wird. Zum Frust gesellt sich neuerdings die Furcht vor den Deutschen.

Wie Masala ergeht es etwa 200 weiteren Ausländern, ein Viertel davon sind Kinder, aus etwa 20 Ländern der Erde: Seitdem wildgewordene junge Deutsche in der Lillenthalstraße gegen die Asylbewerber demonstrierten und handgreiflich zu werden drohten, grassiert in den Behelfsunterkünften die Angst.

Heimleiter Manfred Benz räumt deprimiert ein: „Alle wollen schnell weg.“ Er steht vor einem Scherbenhaufen und versucht dennoch zu kitten, was längst in die Brüche gegangen ist: Das Vertrauen in „die Deutschen, in Deutschland als ein entwickeltes Land“, ist mit den unruhlichen Ereignissen vor den Toren der Kaserne flöten gegangen. Nicht nur bei Mengi Masala, der allerdings im Gegensatz zur Mehrzahl der Asylbewerber, die am liebsten fluchtartig aus Mannheim ver-

schwinden möchten, schon froh wäre, wenn er wenigstens aus dem notdürftig verbarrikadierten Trakt der Kaserne ausziehen könnte.

Für die Sicherheit der Bewohner – in erster Linie Jugoslawen, Rumänen, Türken, verschiedene afrikanische Nationalitäten – wird aber gesorgt: Das Areal ist nachts bewacht. Und tagsüber ließen sich aufgebrachte Fremdenhasser bisher an der Kaserne nicht blicken. Dort sind die Ausländer mehr oder weniger auf sich gestellt, ihrer Tristesse überlassen, während Heimleiter Benz, ein Kollege und eine weibliche Bürokräftin die Verwaltung der drei Blocks vom Mittelgebäude aus organisieren, von den Bewohnern und den wenigen Besuchern übrigens sorgfältig abgeschottet.

Mit 70 Mark Taschengeld pro Monat mogeln sich die Asylbewerber über die Runden. Benz: „Von diesem Geld müssen sie alle Extras bestreiten. Hygieneartikel ebenso wie Getränke oder Rauchwaren.“ Wer will, kann sich ab und zu ein paar Mark hinzuverdienen. Mit Reinigungsarbeiten in den Kasernen zum Beispiel, die von einer angeheuertem Putzkolonne ganz offensichtlich nicht ausreichend bewältigt werden: Ein Gang über den Hof und durch die Treppenhäuser der drei Blocks offenbart erhebliche hygienische Defizite.

Auch wenn es auf den Gängen teilweise ätzend riecht, ist Heimleiter Benz mit dem Allgemeinzustand der sanitären Anlagen in der Landesunterkunft zufrieden: Auf den Stockwerken seien genügend

WCs und Duschen vorhanden. Ausreichend und gut sei auch das Essen: Es wird von einem Heilbronner Menü-Service geliefert. Morgens und abends kalt, mittags gibt es für jeden eine warme Mahlzeit aus der Großküche. Essen allein ist freilich nicht das, was Kinder brauchen: Die hätten ihre helle Freude an Spielsachen. Benz wäre für ein paar Spenden aus der Bevölkerung dankbar: „Spielsachen fehlen uns sehr.“

Erste zaghafte Reaktionen der hilfsbereiten, mitfühlenden „schweigenden Mehrheit der Deutschen“ hat Benz schon wahrgenommen. Es meldeten sich schon verschiedentlich Mannheimer Frauen und Männer, die ihre Hilfe anboten, um den Asylbewerbern das nervtötende Warten zu erleichtern. Ansonsten freilich, gesteht Benz, „daß ich mich für meine deutschen Landsleute geschämt und entschuldigt habe“. Die Ereignisse der letzten Tage „haben hier viele gar nicht verstanden“. Die Menschen seien jetzt „verängstigt und verschreckt“.

Jivcovic Safet zum Beispiel, ein 30jähriger Jugoslawe aus dem Kosovo, der ein großes Zimmer mit seiner jungen Frau, Geschwistern und der Oma teilt, hat die Nase voll: Er will mit den Seinen „schnell weit weg von Mannheim“. Die Familie kam zu siebt in Deutschland an, mittlerweile zählt sie acht Personen: Als jüngstes Mitglied gesellte sich vor wenigen Tagen Safets Tochter Kristina hinzu, die in Mannheim das Licht der Welt erblickte.

75

saw

„MM“ 11. Juni 92

Do.

## Zwischen Ablehnung und Verständnis

Unzweifelhaft gibt es auf der Schönau Bewohner, die keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie die Asylbewerber aus der Lilienthalstraße weg haben wollen. Das erfuh auch Oberbürgermeister Widder, der beim Aufflammen der ersten Unruhen am Ort war, um die Gemüter zu beruhigen. Die vor der Sammelunterkunft versammelten Bürger ließen es an Deutlichkeit nicht fehlen. Der OB erfuhr, daß sie sich bedroht fühlen, daß ihre Kinder nicht sicher seien, daß sie sich vom angeblichen Lärm, der von der Unterkunft ausgehe, gestört fühlen.

Gestern nachmittag wollte der „Mannheimer Morgen“ von Anwohnern in der Lilienthalstraße und einigen Passanten in den Seitenstraßen wissen, was sie zu der Sammelunterkunft und den Ereignissen der letzten Tage meinen. Aunahmslos alle erzählten wie alt sie sind, wie lange sie auf der Schönau wohnen und wie sie zu den Problemen stehen. Nur ihre Namen mochten sie nicht in der Zeitung lesen.

Wenige Nummern von der Gendarmeriekaserne entfernt wohnt eine Verlagsangestellte mit ihrem Mann. Seit 1943 leben sie auf der Schönau, „einem Stadtteil, wie jeder andere“. „Wir sollten uns jetzt halt mit der Landesunterkunft abfinden“, sagen sie übereinstimmend. Allerdings hätten sie beobachtet, daß die Bewohner der Unterkunft neuerdings provokanter auftreten, als vor einigen Wochen. „Die Menschen hier regen sich auf, wenn am Abend die Asylbewerber durch die Lilienthalstraße innerhalb der Absperrung stolzieren, die Schönauer die Straße aber weit umgehen oder umfahren müssen.“ Neuerdings beobachtete das Paar, daß „Frauen, die in der Unterkunft wohnen, fast täglich durch die Straßen gehen und an den Türen betteln“.

„Die können doch nichts dafür“, meint eine 78jährige Rentnerin vor einem Häuserblock zwischen der Kattowitzer Zeile und der Königsberger Allee. Trotzdem glaubt sie: „Die Schönauer lassen jetzt keine Ruhe.“ Sie gibt die Schuld an dem Unmut der Bevölkerung „dem Kohl und seinen Konsorten“.

Zu dem Gespräch auf der Straße gesellt sich eine 39jährige Frau, die seit 1972 auf der Schönau „gern“ wohnt, und gerade ihren Hund ausführt. Auch sie meint, die Fremden treffe keine Schuld, „die werden hier einquartiert und wissen gar nicht, wo sie sind“. Die Politik habe nach ihrer Überzeugung versagt. „Man sollte die Asylbewerber in Oggersheim dem Kohl vor die Tür setzen“, ist ihr Vorschlag.

„Man sollte die Leute drüben endlich in Ruhe lassen“, fordert ein 46jähriger Mann, der verrät, daß er selbst mit einer Jugoslawin verheiratet ist. „Die sind doch aus dem Krieg gekommen und kommen hier in einen anderen Krieg.“

Unsicherheit herrscht unter den drei jungen Verkäuferinnen in dem Lebensmittelmarkt an der Endhaltestelle in der Kattowitzer Zeile. Vor drei Wochen sei sie allein im Laden gewesen, erzählt eine der Frauen, und habe einen dunkelhäutigen Ausländer beobachtet, der etwas gestohlen habe. Als sie ihn angesprochen habe, stellte er sich drohend auf. Es sei ihr nichts anderes übrig geblieben, als ihn gehen zu lassen. Ihre Kollegin erzählt von einem ähnlichen Erlebnis vor vier Tagen.

jan

## Wie die Schönau in die Höhe kam

Zu den jüngsten Stadtteilen Mannheims zählt die Schönau. Die Ursprünge reichen in die späten zwanziger Jahre zurück. Damals ließen sich erste Siedler in dem dünn von Kiefern bewachsenen Gebiet nieder.

Der Name des Stadtteils geht auf das einst bei Heidelberg bestehende Zisterzienser-Kloster zurück, das hier nach den Lorscher Mönchen Besitz erwarb. Es waren zunächst sozial schwache Menschen, die hier in der Weimarer Zeit ihre bescheidenen Häuser erbauten. In den Jahren zwischen 1935 und 1939 wurde die Siedlung nach einem strengen Bebauungsplan von der Gemeinnützigen Baugesellschaft (GBG) erweitert.

Nach dem letzten Krieg, als viele Häuser in der Innenstadt zerstört waren und auch in den Vororten Wohnungsmangel herrschte, erlebte die Schönau einen wahren Bauboom. Damals wurden auch viele Flüchtlinge hier angesiedelt. Die Straßennamen erinnern an ihre alte Heimat.

Der Stadtteil im Norden Mannheims wies noch 1961 einen starken Arbeiteranteil von 65 Prozent der damals über 15 000 Einwohner auf. Er war vor 30 Jahren noch der kinderreichste Stadtteil.

So wurde auf der Schönau bis in die sechziger Jahre hinein der Bau von Kindergärten, Tagesstätten und vor allem von Schulen stark vorangetrieben. Das Peter-Petersen-Gymnasium folgte 1972 nach Meilensteinen auf dem Weg in eine bessere Zukunft waren für den Stadtteil die Eröffnung des Gemeindezentrums im Mai 1961. Hier wurden neben dem Gemeindegemeinschaftszentrum noch das Standesamt, die Polizeiwache und eine Zweigstelle der Stadtbücherei untergebracht. Am 12. Juli 1964 bekam der Stadtteil mit der feierlichen Inbetriebnahme der Straßenbahnlinien 3 und 23 direkte Verbindung zur Innenstadt. -eck

## Gendarmeriekaserne im Blickpunkt

Die Gendarmeriekaserne auf der Schönau, die wegen der Belegung mit asylsuchenden Ausländern in die Schlagzeilen geriet, wurde Mitte der dreißiger Jahre für deutsche Polizeieinheiten erbaut und im letzten Krieg vermutlich auch als Militärunterkunft deutscher Truppen verwendet. Nach der Besetzung Mannheims durch amerikanische Soldaten im März 1945 nahmen US-Einheiten die Gendarmeriekaserne in Beschlag und nutzten sie als Depot. Für die Wachmannschaften, die aus polnischen US-Einheiten bestanden, wurden gleichzeitig zwölf Häuser in der Kattowitzer Zeile beschlagnahmt. Diese 40 Wohnungen gaben die Amerikaner jedoch im März 1956 wieder in deutsche Hände zurück, während die Gendarmeriekaserne erst im Sommer letzten Jahres „vorzeitig“, wie es hieß, wieder in den Besitz des Landes Baden-Württemberg zurückkam. Nachdem die Bauten für Wohnzwecke hergerichtet worden waren, wurden die ersten Asylanten dort am 15. Januar dieses Jahres (1992) in den Räumen einquartiert. Gegenwärtig sind dort 218 Menschen verschiedener Nationalitäten – aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus afrikanischen Ländern und einige Asiaten – untergebracht. Ihre Kasernierung auf der Schönau ist nur als mittelfristige Lösung gedacht. -eck

# Lieber den Menschen helfen

11.6.92  
MM

## Asylbewerber-Beirat gegen neue Demonstration

Der Beirat der Asylbewerberunterkunft Schönau hat die Veranstalter der für Samstag dort geplanten Demonstration aufgefordert, „den Stadtteil Schönau und die Asylbewerber endlich zur Ruhe kommen zu lassen“.

Sie sollten ihre Demonstration vielmehr „friedlich in der Innenstadt durchführen“. Wer den Menschen in der Asylbewerberunterkunft wirklich helfen wolle, könne als Einzelperson kommen und die kirchlichen oder bürgerlichen Gruppen unterstützen, die sich dort der Verfolgten annehmen, schrieb die Vorsitzende des Beirats, Stadträtin Regina Trösch. Zugleich kündigte sie an, daß vier Beiratsmitglieder am kommenden Dienstag, 16. Juni, eine Telefonsprechstunde für besorgte Bürger einrichten (der „MM“ wird die Nummern noch veröffentlichen).

„Versteckte Sympathiebekundungen für die Gewaltausbrüche von Teilen der Schönauer Bevölkerung“ hat die Initiative „Freie Flüchtlingsstadt Mannheim“ dem Oberbürgermeister vorgeworfen. Sie verlangten von dem Stadtoberhaupt, er solle sich „nach den beschämenden Ereignissen bundesweit mit den Flüchtlingen solidarisch erklären“, so wie er auch bundesweit für eine Änderung des Asylrechts eingetreten sei. Zudem forderte die Gruppierung vom OB, er solle das Sammellager Schönau schließen, die dort derzeit untergebrachten Asylsuchenden „evakuieren“, auf der Schönau dezentral unterbringen und mit städtischen Mitteln ein

„psycho-soziales Betreuungszentrum für Flüchtlinge“ fördern.

Volle Rückendeckung hat der Oberbürgermeister dagegen von der Mannheimer Liste erhalten. „Es darf in Mannheim nicht zu Zuständen kommen, wie sie in Berlin-Kreuzberg oder in Hamburg-Hafenstraße zu beklagen waren“, so Fraktionsvorsitzender Dr. Dietrich Fischer. Die ML verfechte zwar das Recht auf Demonstrationsfreiheit, doch dürfe es nicht mißbraucht werden. Der „unkontrollierte Zustrom von Asylbewerbern“, habe, so die ML, zu einer „bedenklichen Belastung der Städte“ geführt. Solange sich die Menschen hier aufhielten, könnten sie dennoch den Schutz unserer Gesetze beanspruchen, erklärte Fischer.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Egon Jüttner verteidigte ebenso das Vorgehen von OB und Polizei gegen die „radikalen Gewalttäter“. „Den Berufsdemonstranten geht es weder um die Schönauer Bevölkerung noch um die Bewohner des Asylbewerberwohnheims, sondern einzig und allein um die Randalen und den Angriff auf den Rechtsstaat“, meinte Jüttner.

Sein Kollege Siegfried Vergin (SPD) forderte den zukünftigen Stuttgarter Innenminister Frieder Birzele (SPD) auf, „unmittelbar nach der Amtsübernahme“ nach Mannheim zu kommen. Er solle die Polizeibeamten ebenso besuchen wie demonstrieren, daß er auf seiten der Bevölkerung stehe. Außer den Demonstrationen sei nämlich auch die allgemeine Kriminalitätsentwicklung in Mannheim „unerträglich“, so Vergin. pwr

## 11.6.92 MM Demo-Leute am Tisch mit Polizei und Stadt

Zu einem Gespräch mit Hartmut Lewitzky als Vertreter der Mannheimer Polizei und Dieter Forschner vom Ordnungsamt setzten sich gestern nachmittag drei Anmelder für eine Demonstration am Samstag auf der Schönau, darunter Rechtsanwalt Günter Urbanczyk, zusammen.

Die Teilnehmer legten ihre Standpunkte dar. Die Anmelder beharrten auf ihrem Wunsch, auf der Schönau gegen Fremdenfeindlichkeit zu demonstrieren, weil dort die als Asylbewerber-Unterkunft dienende Gendarmeriekaserne liegt, die Ziel-scheibe von rechtsextremen Parolen war.

Die Diskussion drehte sich im wesentlichen um die Frage, ob durch die Auswahl von Zugweg und Ort gewalttätige Übergriffe im Zusammenhang mit der Demonstration ausgeschlossen werden können. Eine Entscheidung über das Demonstrationsverbot – noch ist es für die Schönau gültig – muß letztlich Oberbürgermeister Gerhard Widder nach Beratung mit der Polizei und dem Ordnungsamt treffen. Vor Freitag ist nicht damit zu rechnen.

Mac

## Gegendarstellung

In Ihrem Artikel auf Seite 17 der Ausgabe vom Dienstag, dem 9. Juni 1992, mit der Überschrift: „Geist der Gewalt am Pfingst-wochenende“ äußert sich Ihr Redaktionsmitglied Jan Cerny unter anderem zu den Vorfällen im und vor dem Jugendzentrum in Selbstverwaltung O 4, 8. Einige dieser Aussagen bedürfen einer Gegendarstellung:

Zu dem Überfall der Polizei auf das Jugendzentrum schreiben Sie: „Bis die Polizei das Haus erreicht, ist das Tor fest verschlossen. (...) Trotz mehrmaliger Aufforderung öffnet niemand. Mit einem Rammbock verschaffen sich die Uniformierten Zutritt und holen die Eingeschlossenen heraus. Später informiert der Polizei-Pressesprecher, daß in den Räumen Gummiprügeln verteilt worden seien.“

Die Auflistung der Ereignisse ist unvollständig und deshalb verfälschend. Richtig dagegen ist, daß das Tor zwar zum Schutze der sich im Café befindenden, teilweise minderjährigen unbeteiligten BesucherInnen verschlossen war, die Möglichkeit, die Türe zu öffnen aber zwischenzeitlich nicht vorhanden war, weil die Polizei das Tor mit einer Eisenstange versperrt hatte.

Richtig ist auch, daß die Aufforderung, das JUZ zu verlassen, falls sie denn ergan-

gen ist, im Inneren des JUZ nicht zu vernehmen war. Die Behauptung, im JUZ seien Gummiknüppel verteilt worden, ist falsch.

Richtig dagegen ist, daß sich unter den Café-BesucherInnen Angst und Schrecken verbreitete. Zu keinem Zeitpunkt des Geschehens waren diese mit „Gummi-Prügeln“ oder ähnlichem ausgestattet, geschweige denn wurden diese oder ähnliche Gegenstände von anderen Personen verteilt.

Sie schreiben: „Etliche Demonstranten, darunter Verletzte, suchen Zuflucht im Jugendzentrum in Selbstverwaltung in O 4, 8.“

Diese Aussage ist falsch. Richtig dagegen ist, daß einzelnen teilweise verletzten Personen die Flucht ins JUZ gelang. Diesen Personen wurde hier Erste Hilfe geleistet, da einem herbeigerufenen Notarzt der Zugang von der Polizei verhindert wurde. Ob die erwähnten Personen an einer Demonstration oder einer Versammlung teilgenommen haben, ist nicht nachzuvollziehen. Wie auch vom Mannheimer Morgen berichtet, wurden auch Unbeteiligte durch den Knüppelinsatz der Polizei verletzt. JUZ, gez. für den Trägerverein

Florian Link, René Gonnet

MM 11.6.52



Nach einer längeren Unterredung mit dem Leiter der Landesunterkunft für Asylbewerber auf der Schönau informierten sich der katholische Dekan Horst Schroff und sein evangelischer Kollege Gernot Ziegler im direkten Gespräch mit den Asylsuchenden über deren Situation.

Bild: Keese

## Kirchen besuchen Asylbewerber

### Abordnung von Pfarrern informierte sich in der Unterkunft

Eine Abordnung von zwölf Mannheimer Pfarrern der katholischen und der evangelischen Kirche unter der Führung der Dekane Horst Schroff und Gernot Ziegler besuchte gestern die Landesunterkunft für Asylbewerber auf der Schönau.

„Eine Patentlösung für die jetzt aufgetauchten Probleme gibt es nicht“, erfuhren die Seelsorger von Heimleiter Benz. Auf jeden Fall müsse so schnell wie möglich ein Betreuer in dem Heim angestellt werden, der sich mit den Menschen beschäftigt. Das sei bereits durch die Caritas in die Wege geleitet, informierte Dekan Schroff. Darüber freute sich Benz, denn „wir brauchen konkrete Hilfe für die Bewohner, weniger politische Auseinandersetzungen“, fügte er im Hinblick auf die Demonstrationen vor dem Haus in den letzten Tagen hinzu.

Pfarrer Ströhlein wies darauf hin, daß die Kirchen sowohl für die Asylbewerber

etwas tun müssen als auch für den Stadtteil Schönau; denn es sei nicht zu übersehen, daß sich die Schönauer zu kurz gekommen fühlen. Gleich mehrmals wurde bei dem Gespräch zwischen den Kirchenmännern und der Heimleitung vorgeschlagen, daß Kontakte zwischen den Bewohnern der Unterkunft und den Mannheimern „unbedingt notwendig“ seien. Die ersten Begegnungen zwischen Kindern der Schönauer Schulen und den Asylbewerbern hätten stattgefunden, informierte ein evangelischer Pfarrer, doch müßten weitere folgen.

„Wir müssen in unseren Gemeinden ein anderes Bewußtsein gegenüber den Fremden schaffen“, meinte Dekan Ziegler. So kam es zu den Vorschlägen, die Asylbewerber auch in die Gottesdienste einzuladen, ihnen Gelegenheit zu geben, über ihre Schicksale zu erzählen.

Nach der Unterredung sahen sich die Pfarrer in der Unterkunft um und sprachen mit den Asylbewerbern über ihre Nöte.

jan

*Die völlig abgehobenen "Kirchenchefs" versuchen mit ihrem Besuch des Flüchtlingslagers den Eindruck zu vermitteln, daß sie sich intensiv mit den Problemen der Flüchtlinge und der SchönauerInnen auseinandersetzen würden. Die Realität ist aber ganz anders. Hauptsache auf die Tränendrüse gedrückt und den Flüchtlingen die Hände geschüttelt.*



Ein Teil der bei der Demonstration am vergangenen Samstag von der Polizei beschlagnahmten Waffen. Bild: Neusch

# Demo-Waffen werden gesichtet

12.6.92  
MM

Polizei arbeitet Einsatz vom letzten Samstag auf

Von unserem Redaktionsmitglied  
Jan Cerny

Zwei Fragen werden in diesen Tagen in der Stadt besonders heiß diskutiert. War das Demonstrationsverbot am letzten Samstag in der Innenstadt das richtige Mittel, um schweren Ausschreitungen vorzubeugen und wie wird der Oberbürgermeister für den kommenden Samstag entscheiden (vergleiche untenstehenden Bericht). Unterdessen arbeitet die Polizei den Einsatz vom Pfingsttag auf.

Wie berichtet, war zunächst in der Umgebung der Asylbewerberunterkunft auf der Schönau ein Versammlungsverbot verhängt worden. Daraufhin dirigierte die Organisatoren ihre Demonstranten, die in der Mehrzahl von außerhalb Mannheims angereist waren, in die Innenstadt um. Allerdings verbot der Oberbürgermeister dann auch jegliche Demonstrationen in der Innenstadt. Auf dem Paradeplatz, den Planken und in den Seitenstraßen kam es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei. Die Beamten nahmen dabei über 140 Personen fest, mindestens sieben Personen wurden verletzt.

Seitdem arbeitet die Polizei den Einsatz auf. Auf den Tischen im Präsidium sind die beschlagnahmten Schlagstöcke, Reizstoffsprühdosen, Säurespritzflaschen, Messer, Steine und zahlreiche Vermun-

mungsutensilien ausgebreitet. Die Gegenstände müssen nun registriert und eindeutig den Personen zugeordnet werden, bei denen sie gefunden wurden.

Dagegen sind die zerschlagenen Schaufensterscheiben in der Innenstadt weitgehend wieder ersetzt. Bei der Stadtsparkasse in O 4, einer Konditorei im selben Quadrat, dem Kaufhaus Horten in N 7 und bei drei Versicherungen in der Innenstadt und der Oststadt hatte es Scherben gegeben. Bis die Farbschmierereien beseitigt sind, wird es noch einige Tage dauern.

Noch nicht ganz erholt hat sich ein Polizeibeamter von einem Einsatz zwischen P 1 und P 2. Nach Angaben eines Polizeisprechers ging er zusammen mit einem Kollegen einem Hinweis nach, daß dort Schlagstöcke aus einem Lkw an die Demonstranten verteilt würden. Tatsächlich fanden die Polizisten einen Miet-Lkw mit Frankfurter Kennzeichen vor, allerdings saß nur noch der Fahrer im Auto. Als sie ihn kontrollieren wollten, wurden sie von etwa 15 mit Schlagstöcken bewaffneten Demonstranten angegriffen. Dabei erhielt der Beamte einen kräftigen Tritt in den Unterleib. Erst als weitere Polizisten zu Hilfe eilten, flohen die Gewalttäter. Der Fahrer des Lkw wurde festgenommen.

Noch nicht ganz geklärt sei, ob im Jugendzentrum in Selbstverwaltung in O 4 Schlagwerkzeuge verteilt worden sind. Am Pfingsten war noch die Rede von Gummiknütteln, dagegen geht die Polizei noch Hinweisen nach, daß in den Räumen Holzknüttel kursierten. Die Ermittlungen seien noch nicht abgeschlossen.

Ein Tag vor der zweiten geplanten Demonstration verlassen sich die HERRSChenden wieder auf die Mittel der Desinformation, um weiterhin ihr brutales Vorgehen zu rechtfertigen und die zweite Demo auch zu kriminalisieren und zu verbieten. Sehr viele glauben auch der Berichterstattung der Medien. Es wird immer noch von schweren Zusammenstößen berichtet, was ja auch nicht unwahr ist, die aber nur von den Bullen ausgingen. Die HERRSChenden hatten auch gar keine Lust den, wie SIE es schreiben "schweren Ausschreitungen vorzubeugen", sondern unter dem Deckmantel der "angereisten Gewalttäter" allen TeilnehmerInnen der friedlichen Kundgebung einen denkwürdigen Zettel zu verpassen und zu kriminalisieren.



## Gendarstellung

In seiner Ausgabe vom 11. 6. 1992 berichtet der Mannheimer Morgen unter der Überschrift „Demo-Leute am Tisch mit Polizei und Stadt“: „Zu einem Gespräch mit Hartmut Lewitzky als Vertreter der Mannheimer Polizei und Dieter Forchner vom Ordnungsamt setzten sich gestern nachmittag drei Anmelder für eine Demonstration am Samstag auf der Schönau, darunter Rechtsanwalt Günter Urbanczyk, zusammen.“

Hierdurch wird der unrichtige Eindruck erweckt, ich sei Anmelder der Demonstration. Richtig ist vielmehr, daß ich als anwaltlicher Vertreter der Anmelder an der Besprechung teilgenommen habe.

In dem selben Bericht wird weiter behauptet: „Die Diskussion drehte sich im wesentlichen um die Frage, ob durch Auswahl von Zugweg und Ort gewalttätige Übergriffe im Zusammenhang mit der Demonstration ausgeschlossen werden können.“

Dies ist unrichtig. Tatsächlich hat der Demonstrationsweg in der Besprechung fast keine Rolle gespielt. Die Polizei hatte in erster Linie aus verkehrstechnischen Gründen Alternativen zum ursprünglich geplanten Aufstellungsort Straßenbahndeschleife vorgeschlagen. Diese wurden von den Anmeldern prinzipiell sofort akzeptiert, so daß es hierüber keine Diskussion gab. Insbesondere wurde in diesem Zusammenhang nicht über „gewalttätige Übergriffe“ diskutiert. Auch der sich aus dem neuen Aufstellungsort ergebende neue Demonstrationsweg wurde ohne Diskussion akzeptiert.

Weiter heißt es: „Eine Entscheidung über das Demonstrationsverbot – noch ist es für die Schönau gültig – muß letztlich Oberbürgermeister Gerhard Widder... treffen.“

Hierdurch wird der unrichtige Eindruck erweckt, als gäbe es gegenwärtig ein Verbot für die am Samstag geplante Demonstration. Dies ist unrichtig, tatsächlich gibt es für die auf der Schönau geplante Demonstration kein Verbot. Von den Vertretern der Stadt wurde auf der Besprechung ausdrücklich erklärt, daß gegenwärtig die Voraussetzungen für ein solches Verbot nicht gegeben sind.

Günter Urbanczyk, Rechtsanwalt

„HM“ 12.6.92

## Kritik aus den Reihen der SPD

### Parteien und Gruppierungen melden sich zu Wort

Oberbürgermeister Widder erfährt in diesen Tagen von den etablierten Parteien breite Zustimmung für sein Vorgehen am Pfingstsonntag. Dagegen äußern die Grünen sowie etliche politische Gruppierungen massive Kritik an dem verhängten Demonstrationsverbot in der Innenstadt.

Gespalten sind die Meinungen aber auch in der SPD. Kreisvorstandsmitglieder Peter Kurz, Karin Steffan und Manfred Ziegler teilen mit, daß sie ein Demonstrationsverbot in unmittelbarer Nähe der Asylbewerberunterkunft zum Schutz der Insassen für gerechtfertigt halten, ein generelles Verbot in der Stadt sei aber politisch falsch und unangemessen. Gewaltbereite Personen würden sich ohnehin ein solches Verbot wünschen, um einen angeblichen „Kampf gegen den repressiven Staat“ zu rechtfertigen. Asylbewerber und Flüchtlinge werde es immer geben, ändern müßten sich die Zuwanderungsbedingungen und Verteilungskriterien für die Kommunen und Stadtteile.

„Völliges Versagen“ wirft die Hochschulgruppe der Jungsozialisten dem Oberbürgermeister vor und fordert ihn auf, vom Amt zurückzutreten. Das Demonstrationsverbot sei zwar legal gewesen, aber politisch falsch. Durch seine „verbalen Angriffe auf das Asylrecht“ habe Widder die Kampagne der CDU/CSU unterstützt und die Angriffe rechtsextremer Parteien salonfähig gemacht.

„Das Verbot der Demonstration am ver-

gangenen Samstag scheint uns nach den Darlegungen im Ältestenrat gerechtfertigt“, teilt Stadträtin Ingeborg Nikitopoulos (FDP) mit. Nicht gerechtfertigt dagegen sei das Verhalten der Polizei in der Innenstadt. Die Politikerin beruft sich auf „vertrauenswürdige Beobachter“ und zieht den Schluß, daß die Polizei keinen Beitrag zur De-Eskalation der Situation geleistet habe, sondern diese vielmehr verschärft habe. „Wir bedauern, daß die aktuelle Situation so aufgeheizt ist, daß es zur Zeit nicht ratsam scheint, mit weiteren Demonstrationen unsere Sympathie für die ausländischen Einwohner in der Stadt zu bekunden“, schreibt die Stadträtin.

Die Jungen Liberalen vertreten die Auffassung, ein „moderater Polizeieinsatz“ am vergangenen Samstag wäre vorteilhafter gewesen. Sie lehnten aber auch die Demonstration „in dieser Form“ ab, da sie den Betroffenen nicht helfe.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Egon Jüttner hat Widder aufgefordert, die für kommenden Samstag auf der Schönau angemeldete Demonstration nicht zu genehmigen. Jüttner vertritt die Auffassung, daß weitere Demonstrationen auf der Schönau statt zu einer Beruhigung der Situation nur zu weiteren Eskalationen führen und die Lage unnötig verschlimmern würden. Niemand könne garantieren, daß es nicht zu keinen Gewalttaten komme.

Die PDS/Linke Liste betrachtet das Eingreifen der Polizei am letzten Samstag „mit Unverständnis und Empörung“. Trotz Bedenken werde sie eine legale Demonstration auf der Schönau unterstützen. jan

PO

Auch die anderen Zeitungen bleiben auf der Linie, das Bild der angereisten Gewalttäter aufrechtzuerhalten. Je nach politischer Ausrichtung der Zeitung, also weniger konservativ z.B. Frankfurter Rundschau oder konservativ und CDU-nah wie die Rheinpfalz, fallen auch die Artikel der Journalisten aus. Thomas Reutter schreibt u.a. für die FR und die RP. Vergleicht selbst die beiden Artikel auf S. 68 und S. 81

RP, 12.6.92

## Die Polizei sieht keine Fehler

Sprecher der Ordnungskräfte nehmen zu Krawallen in der Innenstadt Stellung

„Angst habe ich bei jedem Einsatz, bei dem es gewalttätig zugeht“, gibt Kommissar Holger Ohm vom Mannheimer Polizeipräsidium freimütig zu. Was sich am Samstag in den Quadranten abspielte, als bei Krawallen nach einer nicht genehmigten Demonstration mindestens sieben Menschen verletzt wurden (wir berichteten), hatte sich schon früh abgezeichnet, wie er im Gespräch mit der Rheinpfalz erklärte. Dennoch sei die Polizei auf den Einsatz in den Planken nicht eingestellt gewesen und habe Mühe gehabt, Notarztwagen den Weg zwischen Einsatzfahrzeugen und Schaulustigen zu bahnen. „Wir hatten aus Sicherheitsgründen für das Demonstrationsverbot gewor-

ben“, erklärte Ohm. Fehler bei der Auflösung der Versammlung und den 142 Verhaftungen sieht der Polizeisprecher nicht. Er berief sich auf die mündlichen Anordnungen des Oberbürgermeisters. Schriftliche Anweisungen seien nicht erforderlich gewesen.

Dem Vorwurf, Polizisten hätten Notärzten den Zugang zu Verletzten verweigert, hielt Ohm entgegen, Bilder unabhängiger Medien zeigten, daß auch Beamte und Sanitäter in Zivil Verwundete vor Ort versorgt hätten.

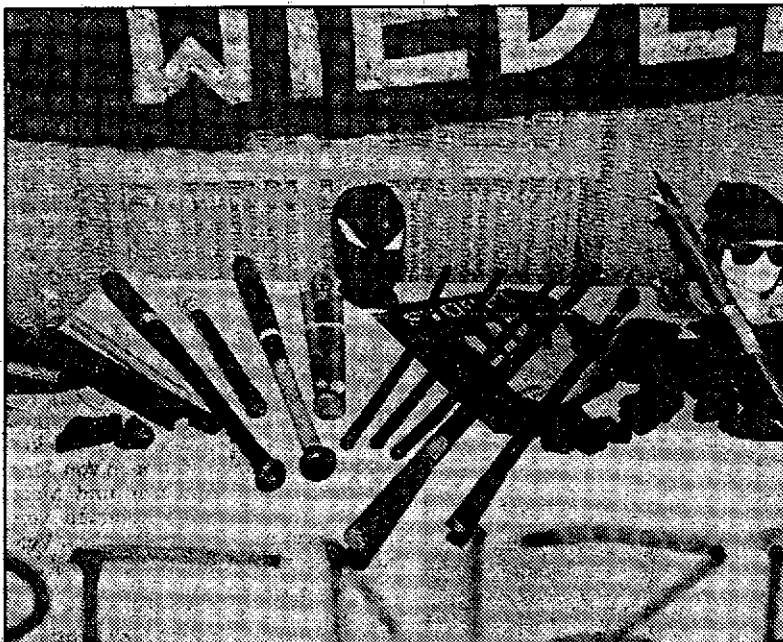
Zum Strafantrag gegen Einsatzleiter Rudolf Grentrop wegen Verletzung im Amt und Freiheitsberaubung, den der grüne Rechtsanwalt

Günter Urbanczyk gestellt hat, wollten weder Hauptkommissar Volker Dressler noch Holger Ohm Stellung nehmen, um durch ihre Aussage nicht ins schwebende Verfahren einzugreifen. Auf die Frage, warum man bei der Versammlung am Paradeplatz nicht wie bei den Unruhen in Schönau Ende Mai versuchte, geduldig und beschwichtigend auf die Menge einzureden, antwortete der Pressesprecher: Das Eingreifen der Polizei in der Innenstadt sei durch das Versammlungsverbot bedingt gewesen. Alle, die sich trotzdem am Paradeplatz einfanden, hätten eine Ordnungswidrigkeit begangen, noch bevor die Polizei kam. In Schönau habe dagegen zum betreffenden Zeitpunkt kein solches Verbot bestanden.

Zur Möglichkeit der Deeskalation seitens der Polizei wies Ohm darauf hin, daß die Beamten im Stadtteil Schönau „sehr erfolgreich deeskaliert“ hätten, als sie den Vergewaltigungsfall aufklärten, der zu den Ausschreitungen führte: „Wir haben aufgeklärt darüber, daß die Polizei für Recht und Ordnung eintritt, ganz unbeschadet der politischen Ansicht, Herkunft, Hautfarbe oder sonst etwas, so wie es sich für einen demokratischen Staat gehört.“

Der Aktionskreis gegen Rassismus hat für Samstagabend erneut eine Demonstration auf der Schönau angemeldet. Heute wird der Oberbürgermeister darüber entscheiden, ob sie verboten werden soll.

Gestern wurde das Urteil des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshof veröffentlicht, das am Samstag das Demonstrationsverbot der Stadt bestätigte. Darin teilt das Gericht die Ansicht der Stadt, durch eine Demonstration werde die öffentliche Sicherheit gefährdet (siehe auch Seite „Südwestdeutsche Zeitung“). (tr)



Diese Waffen und andere Gegenstände hat die Polizei bei den Festgenommenen beschlagnahmt. (Foto: Kunz)

RP, 12.6.92

## Demonstration geplant

### Krawalle in Mannheim: Schriftliche Urteilsbegründung

MANNHEIM (uja). Weil Störungen der öffentlichen Sicherheit „unmittelbar zu erwarten“ gewesen seien, hat der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof am vergangenen Samstag das Verbot der Stadt Mannheim bestätigt, die eine Pro-Asyl-Demonstration im Stadtteil Schönau untersagt hatte. Dies geht aus der jetzt veröffentlichten Urteilsbegründung hervor. Wie berichtet, waren am Samstag in der Mannheimer Innenstadt mindestens sieben Personen verletzt und 142 Menschen festgenommen worden, als die Polizei eine Demonstration mit rund 300 Teilnehmern gewaltsam aufgelöst hatte. Die Veranstalter - der Aktionskreis gegen Rassismus Schönau - hatte die Kundgebung vom Stadtteil Schönau in die Innenstadt verlegt, nachdem Oberbürgermeister Gerhard Widder die Demonstration untersagt hatte. Auch diese Kundgebung wurde allerdings verboten.

Der Protest der Demonstranten sollte ausländerfeindlichen Aktionen vor der Gendarmerie-Kaserne in Schönau gelten, die als Sammellager für über 200 Asylbewerber genutzt wird. Weil aber in der vergangenen Woche bereits Demonstranten der linken Szene mit einer gegnerischen Gruppe in Auseinandersetzungen geraten war - ein Polizist war dabei verletzt worden - galt seit Tagen ein Demonstrationsverbot und eine nächtliche Straßensperre im Bereich der Kaserne.

Das Gericht teilte die Befürchtungen der Stadt vor weiteren Ausschreitungen. Die Richter weisen vor allem

darauf hin, daß bei den Unruhen vor dem Asylbewerberheim Leuchtspermunition, ein Abschußgerät und Vermummungsgegenstände aufgefunden worden waren. Die Polizei hätte Anhaltspunkte dafür gehabt, daß sich unter den Pro-Asyl-Demonstranten eine größere Gruppe extrem gewaltbereiter Kräfte aus dem Raum Frankfurt, Aschaffenburg und Offenbach befinden würde.

Der Rechtsanwalt und frühere Grünen-Stadtrat in Mannheim, Günter Urbanczyk, hat inzwischen gegen Oberbürgermeister Gerhard Widder und den Leiter der Mannheimer Schutzpolizei, Gentrup, Anzeige wegen Körperverletzung im Amt und Freiheitsberaubung erstattet. Die Räumung des Paradeplatzes in der Mannheimer Innenstadt sei zu einem Zeitpunkt angeordnet worden, als die Demonstranten bereits im Begriff standen, die Versammlung aufzulösen.

Die Polizei habe annähernd 150 Personen ohne hinreichenden Grund festgenommen und bis zu zehn Stunden festgehalten. Scharfe Kritik am Polizei-Einsatz übten nach den Vorfällen am Samstag auch die Fraktion der Mannheimer Grünen und die Jusos, während die Freie-Wähler-Vereinigung „Mannheimer Liste“ das Durchgreifen der Ordnungskräfte befürwortete.

Für morgen hat der Aktionskreis gegen Rassismus erneut eine Demonstration im Stadtteil Schönau angemeldet. Heute wird der Oberbürgermeister darüber entscheiden, ob ein Verbot ausgesprochen wird.

## Großdemonstration in Mannheim geplant

Mannheim. (jan - Eigener Bericht) Noch hat Mannheims Oberbürgermeister Widder nicht entschieden, ob er wie am vergangenen Samstag Demonstrationen in der Stadt verbietet. Dennoch rufen mehrere politische Gruppierungen bundesweit zu einer Protestkundgebung in der Kurpfalzmetropole auf. Dabei bedienen sie sich in mehreren Städten eigener Ansagedienste. Die Polizei befürchtet, daß mit den Demonstranten auch gewalttätige Chaoten am Samstag anreisen. Am vergangenen Samstag kam es in der Innenstadt bei Auflösung einer verbotenen Demonstration zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und zumeist auswärtigen Demonstranten. Dabei beschlagnahmte die Polizei zahlreiche Schlagstöcke, Baseballschläger, Reizstoffsprühgeräte, Säurespritzflaschen und Messer.

MM Nr. 126 (82)

# Heute Entscheidung über Verbot

Sogar in Frankfurt wird für eine Schönau-Demo getrommelt

Ob eine Demonstration am Samstag auf der Schönau zugelassen werden kann, wird sich - wie bereits gestern korrekt berichtet - wahrscheinlich erst im Laufe des heutigen Freitags entscheiden. Das bestätigte auch Oberbürgermeister Gerhard Widder auf Anfrage des „MM“.

Über den Anrufbeantworter des „Jugendzentrums in Selbstverwaltung“ (JUZ), für dessen Umsiedlung der Gemeinderat kürzlich drei Millionen Mark bewilligt hat, wurde gestern die Meldung verbreitet, das städtische Ordnungsamt habe die Demonstration am Samstag genehmigt, der Oberbürgermeister behalte sich jedoch noch vor, kurzfristig ein Verbot auszusprechen. Diese Meldung ist - wie Dieter Forschner vom Ordnungsamt erklärte - falsch. Von einer generellen Genehmigung könne nicht die Rede sein. Seit dem letzten Wochenende sei das Versammlungsverbot rund um die Grenadierkaserne täglich neu ausgesprochen worden.

In der Telefondurchsage wird auch mitgeteilt, daß zur Vorbereitung der Demonstration zwei Treffen stattfinden sollten, und zwar gestern, Donnerstag, 19.30 Uhr, im „Alten Neckarpark“ in der Waldhofstraße und in Frankfurt im Zentrum „Hinter der Schönen Aussicht“.

Zum Schluß verhöhnen die Jugendzentrumsleute die Stadt. Sie bedanken sich bei dem Rathaus-Mitarbeiter, der „jeden Tag anrufen und unseren Mist (gemeint ist die Telefonansage d. Red.!) für Oberbürgermeister Widder abhören und dann abtippen muß“. Nach dem Signalton werden Anrufer gebeten, eventuelle Nachrichten im Zusammenhang mit der Demo - „wie immer ohne Namen“ - zu hinterlassen.

Informationen über die geplante Demonstration auf der Schönau können Insi-

der noch über andere Telefonanschlüsse in Mannheim - aber auch zum Beispiel in Delmenhorst! - abrufen. In ganz Mannheim hängen Plakate im Vierfarbdruck - Blickfang eine gelbe Hand -, die zur Teilnahme an der Demonstration auffordern.

Ein Verbot der Demonstration am kommenden Samstag ist dann zu erwarten, wenn die Voraussetzungen ähnlich wie am vergangenen Wochenende sind. Diese werden in einem Beschluß des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg definiert, mit dem diese Instanz das Verbot der Stadt vom letzten Wochenende bestätigt hat. Gestern wurde dazu die schriftliche Begründung veröffentlicht.

Darin heißt es unter anderem, eine Versammlung könne verboten werden, wenn „nach den zum Zeitpunkt des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdet ist“.

Zu diesen „Umständen“ führt der Verwaltungsgerichtshof aus: Unter den Antragstellern für die Demonstration hätten sich Mitglieder der Mannheimer Gruppe „Pro Asyl“ befunden, die bereits vorher an Ausschreitungen beteiligt waren.

Dabei sei ein Polizeibeamter erheblich verletzt worden. Die Gruppe habe ein Transparent entrollt mit der Aufschrift „Weg mit dem rassistischen Bürgermob“, und bei einem Tatverdächtigen habe man ein Abschußgerät für Leuchtmunition und Vermummungsgegenstände gefunden. Der Mannheimer Gruppe „Pro Asyl“ hätten sich zahlreiche gewaltbereite Personen aus dem Frankfurter Raum hinzugesellt. Überörtlich seien Flugblätter verteilt worden, die zur „Vertreibung des deutschen Mobs auf den Straßen von Schönau“ aufriefen.

Unter diesen Umständen seien die Befürchtungen der Stadt gerechtfertigt gewesen, daß bei einer von diesem Personenkreis veranstalteten Demonstration die öffentliche Sicherheit mit polizeilichen Mitteln nicht mehr gewährleistet werden könne.

Mac

83

MM 12.6.92

# auf der Schönau und anderswo

## Wer schweigt, macht sich mitschuldig

Was sich auf der Schönau vor der Flüchtlingsunterkunft in der ehemaligen Gendarmeriekaserne seit Donnerstag, dem 28. Mai, an Haß und Gewalt gegen Flüchtlinge geäußert hat, war bisher ohne Beispiel. Mehrere hundert Mannheimerinnen und Mannheimer, überwiegend Männer aus dem Stadtteil, bedrohten auf aggressivste Art und Weise die im Flüchtlingslager lebenden Menschen. Es herrschte eine

regelrechte Pogromstimmung. Nur massive Polizeipräsenz verhinderte in diesem Falle, daß Parolen wie: "Weg mit den Asylantenschweinen", "Fackelt denen doch das Haus ab" etc., in die Tat umgesetzt werden konnten. Menschen, die sich mit den Flüchtlingen solidarisierten, wurden aus der Menge heraus beschimpft und bedroht.

**Erneut verboten -**

**Demonstration: Samstag 13. Juni,  
Straßenbahnendhaltestelle Schönau**

**Wir protestieren!**

Die Vorkommnisse auf der Schönau sind durch nichts, auch nicht durch den Verweis auf soziale Probleme zu entschuldigen. Es kann und darf dafür kein Verständnis geben. Geradezu infam ist es, wenn OB Widder und auch der Mannheimer Morgen den Eindruck erwecken, die rassistischen Angriffe seien von den Flüchtlingen selbst provoziert worden. So werden die Opfer zu Tätern gemacht, es ist zum Kotzen.

Typisch ist, daß weder der MM noch OB Widder die rassistische Aggression selbst zum Thema machen. Stattdessen werden jetzt die Menschen, die sich den Angriffen auf die Flüchtlinge entgegenstellen, als die eigentliche Gefahr bezeichnet. So stimmt dann auch wieder das Feindbild. Völlig unterschlagen wird, daß die Anwesenheit von Menschen aus Mannheim und von ausserhalb, die sich mit den Flüchtlingen solidarisieren, von den Flüchtlingen selbst begrüßt wird. Dies kann von allen, die an den betreffenden Tagen dabei waren, bestätigt werden. Die Solidari-

tätsbekundungen vor der Flüchtlingsunterkunft mit den rassistischen Angriffen gleichzusetzen, ist eine Unverschämtheit.

Was auf der Schönau und anderswo zum Ausdruck kommt, sind tiefsitzende rassistische und nationalistische Denkmuster. Daß diese sich jetzt nicht nur bei organisierten Neonazis, sondern auch bei Teilen der "normalen" Bevölkerung immer offener äußern, zeigte sich letztes Jahr nicht nur in Hoyerswerda. Das Klima, in dem die verbalen und gewalttätigen Aggressionen gegen Flüchtlinge und Einwanderer stattfinden, wurde u.a. durch die breite Diffamierungskampagne zum Asylrecht geschaffen, in der alle sozialen Probleme in der BRD auf die Flüchtlinge und Einwanderer abgewälzt werden. Von der Teilhabe der BRD an der Ausbeutung und am Elend in anderen Ländern ist nicht die Rede, stattdessen wird ein verstärktes Großmachtstreben nach aussen gekehrt. Eine Politik, die den angeblich besonderen Wert der "Nation" betont und in der

Wohlstand immer nur für einige wenige und in Abgrenzung und Konkurrenz zu anderen propagiert wird, bildet den Nährboden für rechtsextremistische Parolen.

Durch das immer breitere Aufgreifen der Forderung nach Änderung des Grundgesetzes, wie sie von der CDU/CSU initiiert wurde, oder zum Beispiel durch die berüchtigten Zählappelle für Flüchtlinge im SPD-regierten Schleswig-Holstein werden die Rechtsextremen und Neonazis geradezu bestärkt und rassistische und chauvinistische Parolen erst recht salonfähig.

Nach den Ereignissen auf der Schönau hat sich die Situation dramatisch verschärft,

niemand kann zur Zeit sagen, wann es wieder zu Aggressionen gegen die Flüchtlinge kommt. Es ist jetzt in Mannheim höchste Zeit, ein erneutes Zeichen gegen den Rassismus und für die Solidarität mit den Flüchtlingen und Einwanderern zu setzen.

Alle Menschen, die nicht länger tatenlos zusehen wollen, sind jetzt gefordert, öffentlich Stellung zu beziehen. Rassismus und Chauvinismus müssen geächtet werden, bei der Arbeit, im Wohngebiet, in der Gesellschaft überhaupt.

Wir treten ein für:

**Uneingeschränktes Recht auf Asyl !**

**Bleiberecht für Alle !**

**Gleiche Rechte für Alle !**

**Schaut nicht weg - greift ein !**

Aktionsbündnis gegen Rassismus

**Aktuell: (Montag, 8.6.)**

Um von den eigentlichen politischen Inhalten unseres Protestes - nämlich den rassistischen Angriffen auf die Flüchtlinge und deren Hintergründe - abzulenken, ist OB Widder offensichtlich jedes Mittel recht. Als erstes verbot er eine für den letzten Samstag (6.6.) geplante Demo auf der Schönau. Daraufhin sollte, um einer Konfrontation mit der Polizei aus dem Weg zu gehen, in der Innenstadt eine spontane Protestdemonstration stattfinden. Auch diese wurde von OB Widder persönlich verboten. Die auf dem Paradeplatz friedlich versammelten Menschen wurden von der Polizei brutal zusammengeknüppelt. Im Zuge der weiteren polizeilichen "Maßnahmen" an diesem Abend (Hunde - und Pferdeeinsatz, weitere Knüppelinsätze, Behinderung ärztlicher Hilfe) wurden mindestens 15 Menschen zum Teil schwer verletzt (Hundebisse, Knochenbrüche, Kopfverletzungen) und ca. 150 Menschen festgenommen.

Das JUZ wurde grundlos von Sondereinsatzkommandos gestürmt, weil es in das politische Konzept von OB Widder paßte.

Weiteres Flugli von OB Widder, welches er auf Schönau verteilen  
ließ!

79



DER OBERBÜRGERMEISTER

Stadt Mannheim · Der Oberbürgermeister · Postf. 103051 · 6800 Mannheim 1

Telefon Zentrale (06 21) 293-1  
Telex 463 423  
Telefax 06 21-2 93-43 98  
Dienstgebäude: Rathaus, E 5  
Datum u. Zeichen Ihres Schreibens

Geschäftszeichen (bitte stets angeben)

Sachbearbeiter(in) / Zimmer-Nr.

Durchwahl 293- Datum  
12.6.92

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Schönau,

nachdem in unserer Stadt selbst dank der Vernunft und Einsicht des weitaus überwiegenden Teils unserer Bürgerschaft und dank der Besonnenheit, aber auch Entschlossenheit unserer Polizei längst wieder Ruhe eingekehrt ist, bereiten uns aus dem gesamten Bundesgebiet zureisende militante Kräfte erhebliche Sorgen.

Nach den Auseinandersetzungen in der Innenstadt am vergangenen Samstag ist für den morgigen Samstag, 13. Juni, erneut eine Demonstration angemeldet, die ich aufgrund der Erkenntnisse der Polizei zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit verbieten mußte. Nach unseren Informationen wird nämlich eine große Anzahl auswärtiger Teilnehmer erwartet, bei denen erhebliche Gewaltbereitschaft besteht. Bei aller Würdigung des verfassungsrechtlich garantierten Demonstrationsrechtes darf es nicht zugelassen werden, daß dieses mißbraucht wird, um ein Betätigungsfeld für auswärtige militante Kräfte in unserer Stadt zu schaffen.

Ungeachtet des von mir verfügten Verbots, das voraussichtlich auch noch gerichtlich geprüft werden wird, ist damit zu rechnen, daß versucht wird, die Demonstration durchzuführen. Die Polizei ist darauf vorbereitet, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Ich bitte Sie deshalb erneut sehr eindringlich, jeglichen Ansammlungen und Aktionen fernzubleiben, womit Sie die Arbeit der Polizei erheblich unterstützen. Weiter bitte ich um Verständnis, wenn großflächigere Verkehrslenkungsmaßnahmen und Polizeikontrollen erfolgen werden. Sie dienen ausschließlich der Sicherheit unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Mit freundlichen Grüßen

Widder

Wie zu erwarten war, wurde auch die zweite Demo in Mannheim verboten.

MM, 13.11.92

# Appell an die Vernunft von Stadt und Polizei

## Demonstration verboten / Ausschreitungen befürchtet

Von unserem Redaktionsmitglied  
MacBarchet

Eine für Samstag, 18 Uhr, auf der Schönau - Straßenbahn-Endhaltestelle - angekündigte Demonstration, die Solidarität mit den in der Gendarmeriekaserne untergebrachten Asylbewerbern bekunden sollte, wurde gestern von der Stadtverwaltung verboten. Oberbürgermeister Gerhard Widder und Polizeipräsident Knut Feldmann appellieren an die Bevölkerung, sich besonnen zu verhalten und jedweden Ansammlungen fernzubleiben.

Zur Begründung des Verbots wird den Anmeldern der Demonstration, Reiner Dribbusch, Mathias Schilling und Claudia Omoregie (vgl. Artikel auf dieser Seite), mitgeteilt, daß nach den Erfahrungen des Pfingstwochenendes bei der heutigen Demonstration die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet wäre. Der gewaltbereite Anhang sei durch die Veranstalter nicht zu kontrollieren. Man müsse damit rechnen, daß auswärtige Gruppen den Ablauf der Veranstaltung bestimmten und daß es zu Ausschreitungen kommen wird.

Diese Befürchtungen basieren auf Erkenntnissen der Polizei, nach denen mehrere hundert „Politrocker“ im Anmarsch auf Mannheim seien. Blessuren würden offen einkalkuliert. So habe ein Mann, der sich als Arzt ausgegeben hat, bei Kirchengemeinden in den nördlichen Stadtteilen - zum Beispiel Sandhofen - vorgesprochen und Räume zur Versorgung Verletzter anmieten wollen.

Über das, was sich auf der Schönau zusammenbraut, hat Oberbürgermeister Gerhard Widder gestern noch mit einer Postwurfaktion die Bevölkerung des Stadtteils informiert. In dem Schreiben heißt es, bei aller Würdigung des durch die Verfassung garantierten Demonstrationsrechtes dürfe nicht zugelassen werden, daß es von auswärtigen militanten Kräften mißbraucht wird. Widder wirbt um Verständnis, wenn der Verkehr umgeleitet werden muß oder Polizeikontrollen stattfinden.

In einem gemeinsamen Aufruf bitten Oberbürgermeister Widder und Polizeipräsident Feldmann die „lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger“, die Ruhe zu bewahren, sich nicht provozieren zu lassen und die Arbeit der Polizei nicht zu er-

schweren. Wörtlich: „Geben Sie der Gewalt keine Chance.“

Heute werden noch einmal 20 000 Handzettel an die Schönauer Bürger verteilt. Auch in einer Anzeige im „Mannheimer Morgen“ wendet sich der Oberbürgermeister an die Bevölkerung.

Am Pfingstwochenende hatte sich - nach dem vom Verwaltungsgerichtshof bestätigten Verbot der Demonstration auf der Schönau - die Protestaktion in die Innenstadt verlagert. Bislang liegt keine Anmeldung für eine weitere Demonstration in den Quadraten vor. Sollten sich jedoch die Ereignisse vom 6. Juni wiederholen, ist die Polizei, die mit starken Kräften in Mannheim präsent sein wird, gerüstet.

Sie weist eindringlich darauf hin, daß Schaulustige damit rechnen müssen, Opfer von Gewaltaktionen zu werden. Bei aller Umsicht könne die Polizei nicht verhindern, daß auch Unbeteiligte in die Auseinandersetzungen hineingezogen werden. Ihr Rat deshalb: allen Gruppen fernbleiben.

Vorsorglich wird das Weinfest auf den Kapuzinerplanken statt um 22 Uhr, schon um 17 Uhr beendet. Zur gleichen Zeit sollen auch das Stadthaus N1 und die Straßenwirtschaften auf den Planken und in den angrenzenden Quadraten geschlossen werden.

Als Reaktion auf das Demo-Verbot erreichten den „MM“ gestern mehrere Stellungnahmen. Die Anmelder Dribbusch, Schilling und Omoregie sehen in dem Verbot einen „Freibrief für die Polizei, gewalttätig gegen Demonstranten vorzugehen“. Zitat: „... es wird die allgemeine Empörung schüren... jetzt ist uns jede Möglichkeit genommen, die Ereignisse zu beeinflussen“. Rechtsanwalt Günther Urbanczyk wandte sich im Auftrag seiner Mandanten an das Verwaltungsgericht. Ziel: Das Verbot solle rückgängig gemacht werden. Der Antrag wurde jedoch gleich abgewiesen.

In seiner Eigenschaft als CDU-Kreisvorsitzender erklärte Bürgermeister Wolfgang Pföhler, seine Parteifreunde sähen keine Alternative zu dem Demo-Verbot. Die Grünen dagegen übten daran heftige Kritik. Sie hätten ursprünglich die Demonstration unterstützen wollen, müßten jetzt jedoch durch andere Aktionen ihre Position zum Asylrecht deutlich machen. Die Grün-Alternative Hochschulgruppe - Sprecher ist Rüdiger Weiß - kündigt die Demonstration weiterhin an, ruft jedoch die Teilnehmer auf, „Besonnenheit zu zeigen“ und sich nicht durch die Polizei „zu Gegengewalt hinreißen zu lassen“.



RP Samstag, 13. Juni 1992

RP, 13.6.92

## Mannheim fürchtet neue Krawalle

### Demonstration verboten

# Neue Unruhen drohen

## OB Widder verbietet für heute geplante Demonstration

Eine Woche nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten drohen heute erneut Zusammenstöße. Oberbürgermeister Gerhard Widder hat gestern die für heute geplante Pro-Asyl-Demonstration im Stadtteil Schönau verboten. Die Polizei habe Erkenntnisse über „konkrete Krawallabsichten Handwerker auswärtsiger Politrockers“, heißt es zur Begründung des Verbots.

Der Aktionskreis gegen Rassismus und eine Reihe anderer Gruppierungen aus dem gesamten Bundesgebiet haben für heute um 18 Uhr zur Kundgebung im Bereich der Gendarmen-Kaserne aufgerufen, die als Sammelunterkunft für Asylbewerber dient. Wie am vergangenen Samstag, als die Polizei eine verbotene Kundgebung mit 300 Teilnehmern auf dem Paradeplatz gewaltsam auflöste, habe, rechnen die Beamten auch diesmal damit, daß mehrere hundert Personen der „militanten Linken“ sich konzentriert auf Krawalle vorbereiten. So sei in den letzten Tagen versucht worden, in mehreren Kirchengemeinden der rüdlichen Stadtteile Räume anzumieten, um dort Verletzte aus den eigenen Reihen ver-

sorgen zu können. Man könne nicht mit einem friedlichen Verlauf der Versammlung rechnen.

Die Polizei hofft, daß die demokratischen Kräfte unter den Initiatoren auf die Kundgebung verzichten werden, und bittet alle „Friedliebenden und besonnenen Bürger“, von den Schauplätzen verbotener Demonstrationen fernzubleiben.

Die Stadtverwaltung hat inzwischen aus Sicherheitsgründen verfügt, daß das Weinfest auf den Kapuzinerplanen heute um 17 Uhr endet. Zur selben Zeit werden auch Lokale in der Fußgängerzone nicht mehr draußen bewirtschaftet und das Stadthaus N 1 (bis auf Gaststätten) geschlossen. Heute werden außerdem 20 000 Handzettel an die Bevölkerung verteilt, in denen OB Widder über die Lage informiert und zur Besonnenheit mahnt. An die Schönauer wurde gestern nachmittag eine Postwurfsendung gleichen Inhalts abgeschickt.

Die Mannheimer Grünen haben das erneute Demonstrationsverbot scharf kritisiert. Der OB verschärfte damit die Eskalation. Die „Pro-Asyl-Bewegung“ werde kriminalisiert und friedlicher Protest unmöglich gemacht. (jia)

Sonja Mettall

NR 24 - R 14. JUNI 1992

## 128 Personen in Gewahrsam

MANNHEIM (jia) - 128 Personen hat die Polizei gestern bis zum Abend in Mannheim im Vorfeld einer verbotenen Solidaritätsdemonstration für Asylbewerber vorläufig festgenommen. Bei ihnen seien Schlag- und Stichwaffen, zwei Revolver, Beile, Baseballschläger und andere verbotene Gegenstände gefunden worden. Die meisten der in Gewahrsam genommenen Personen wurden bereits bei der Anreise von der Polizei an Kontrollstellen abgefangen, die an den Zubehrsstraßen zur Stadt aufgebaut wurden.

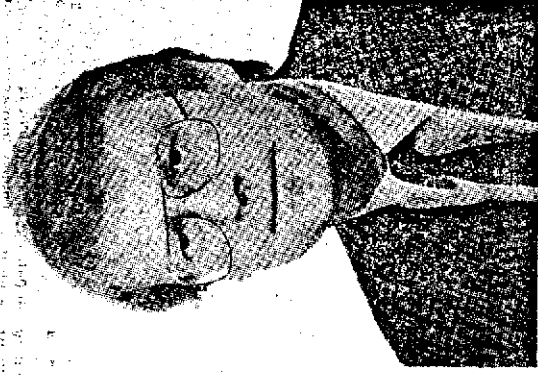
Der Verwaltungssprecher des Badener-Württemberg hatte gestern das Verbot zur Demonstration bestätigt, zu der unter anderem ein „Aktionskreis gegen Rassismus“ aufgerufen hatte. Die Stadt hatte die Protestveranstaltung abgelehnt nachdem bekannt geworden war, daß eine große Zahl militanter Autonomen zur Randalie anreisen wollten. Dennoch zogen gestern abend rund 300 Personen vom Paradeplatz in die Neckarstadt, wo sich ihnen weitere 100 Protestierer anschlossen, skandierten Parolen und entrollten Transparente. Im Stadtteil Schönau, wo es in den vergangenen Wochen vor einem Asylobewerber-Sammellager mehrfach zu Krawallen gekommen war, blieb es dagegen ruhig. Die verbotene Demonstration sollte Solidarität mit den Bewohnern dieses Lagers bekunden.

RP

MM, 13.6.32



# Aufruf an die Mannheimer Bevölkerung



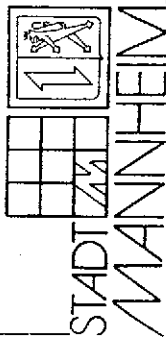
## Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

für den Samstagabend wurde eine Demonstration in Schönau angemeldet, die nach vorliegenden Informationen aus Gründen der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit verboten werden mußte. Die Sorge über die Gefährdung der öffentlichen Ordnung gründet sich auf die uns bekannten, in anderen Städten getroffenen Vorbereitungen auf die Demonstration. Trotz Verbot ist mit einer großen Zahl auswärtiger Teilnehmer zu rechnen. Die Polizei ist darauf vorbereitet, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie erneut sehr eindringlich darum:

- Bewahren Sie Ruhe und lassen Sie sich nicht provozieren.
- Folgen Sie den Hinweisen der Polizei und erleichtern Sie deren Arbeit, indem Sie Ansammlungen und Aktionen fernbleiben.
- Haben Sie bitte Verständnis für Umleitungen und Verkehrsbehinderungen durch Polizeikontrollen. Diese dienen Ihrer Sicherheit.
- Geben Sie der Gewalt in Mannheim keine Chance.

(29)



*Gerhard Linder*  
Oberbürgermeister

*Knut Feldmann*  
Polizeipräsident



1 E 100 hat

# Widder verbietet Demonstration

Mannheims Polizei rechnet mit großem Gewaltpotential

Mannheim. (Mac/eb - Eigener Bericht) Eine für Samstag, 18 Uhr, im Mannheimer Stadtteil Schönau geplante Demonstration, die Solidarität mit Asylbewerbern bekunden sollte, wurde gestern von der Stadtverwaltung untersagt. Nach den Ausschreitungen am Pfingstsonntag in der Mannheimer Innenstadt sah OB Widder (SPD) wieder die Sicherheit und Ordnung gefährdet.

Nach den Erkenntnissen der Polizei werden für heute bis zu tausend Demonstranten aus dem gesamten Bundesgebiet erwartet, die zum großen Teil gewaltbereiten Gruppierungen zuzurechnen seien. Die Veranstalter der Demonstration legten gegen das Verbot umgehend Widerspruch beim Verwaltungsgericht Karlsruhe ein.

In dringenden Appellen rufen Widder und

der Polizeipräsident die Bevölkerung auf Ruhe und Besonnenheit zu bewahren sowie allen Menschenansammlungen fernzubleiben.

Das Demonstrationsverbot erstreckt sich auf die Umgebung der Asylbewerberunterkunft. In der Begründung heißt es, es sei ein Gewaltpotential erkennbar, das über das des vergangenen Samstags weit hinausgehe. Diese gewaltbereiten Kräfte seien von den Veranstaltern nicht im Sinne einer friedlichen Kundgebung zu beeinflussen. Die Demonstrationsanmelder warfen Widder dagegen vor, die Begründung für das Verbot sei fadenscheinig. Es gehe offensichtlich darum, jeden massenhaften Protest gegen Rassismus und Verschärfung des Asylrechts zu unterdrücken. Ohne Verbot sei eine friedliche Demonstration in Schönau möglich.

## Spontane Demo vor E 5 und N 1

Etwas 60 Frauen und Männer versammelten sich gestern zwischen 17.30 Uhr und 18.10 Uhr zu einer „spontanen Kundgebung“, so die Polizei, vor dem Rathaus in E 5 und danach vor dem Stadthaus auf N 1. Sie protestierten gegen das Verbot, das der Oberbürgermeister gegen die für heute 18 Uhr angesetzte Demonstration auf der Schönau ausgesprochen hatte. Die Aktion gestern abend verlief nach Polizeiangaben friedlich und ohne Zwischenfälle.

# Anmelder der Demo zieht sich zurück

Nach dem Verbot will [REDACTED] nicht mehr zur Teilnahme aufrufen

„Mit dem Verbot der Demonstration auf der Schönau ist die Sache für mich zu Ende, wir werden dann nicht weiter zur Teilnahme aufrufen“, erklärte Heiner Dribbusch, einer der „Anmelder“ der Demo beim Ordnungsamt in einem Gespräch mit dem „Mannheimer Morgen“.

[REDACTED] 37 Jahre alt, gelernter Schreiner, studiert zur Zeit Geschichte und Politik und wohnt im [REDACTED]. Er habe zu der Demonstration am Samstag, 18 Uhr, auf der Schönau „als Privatmann“, aber auch engagiert im „Aktionsbündnis gegen Rassismus“, das sich regelmäßig im „Forum der Jugend“ am Neckarufer trifft, aufgerufen. Das Aktionsbündnis zeichnet auch für die Vier-Farb-Plakate mit der gelben Hand verantwortlich, die zur Zeit überall in der Stadt für die Demonstration werben.

Die Anmeldung der Demonstration ha-

ben außer [REDACTED] noch zwei weitere Mannheimer unterschrieben: [REDACTED]

[REDACTED] die öffentlich noch wenig hervorgetreten sind, aber in der Szene offenbar einen Namen haben.

Dribbusch war - wie die zwei Mitstreiter - bei der Demonstration vor acht Tagen nicht unter den Anmeldern. Er sei jedoch auf dem Paradeplatz präsent gewesen und habe mit seinem Anwalt Günter Urbanczyk in Gesprächen mit der Polizei versucht, zu einer „Deeskalation“ beizutragen. Leider habe die Polizei überzogen reagiert. Die Beamten hätten ja zuerst mal die Demonstranten „weschubsen“ können, statt zu prügeln, meint er.

Vorgestern - so berichtet er, habe er nochmals zusammen mit seinen Gesinnungsgenossen ein Gespräch mit dem Ordnungsamt und der Polizei geführt und dabei seine friedlichen Absichten zum Ausdruck gebracht.

Bei einer vorbereitenden Besprechung mit Teilnehmern für die Demonstration, die dann am Abend im Alten Neckarpark in der Waldhofstraße anberaumt war, sei er nicht dabeigewesen. Den Versammelten sei da jedoch schon mitgeteilt worden, daß man mit einem Verbot der Demonstration rechnen müsse.

Wird man [REDACTED] am Samstag abend auf der Schönau sehen? Seine Antwort: „Das weiß ich noch nicht, wenn die Demonstration verboten ist, dann sicher nicht, um dort zu demonstrieren, sondern höchstens, um wieder zur Deeskalation beizutragen“. Er sei nach wie vor überzeugt, daß die geplante Demonstration einen friedlichen Verlauf hätte nehmen können. „Es geht uns um die politischen Inhalte.“

Auch die von auswärts anreisenden Gruppen seien ihm größtenteils bekannt. Die seien auch nicht auf Gewalt aus. Natürlich könne er nicht für jeden Teilnehmer die Hand ins Feuer legen. Mac

90

110 13.06.92  
Letzte Meldung

MM, 13.6.92

## DEMO VERBOT DURCHBROCHEN!

Nachdem am letzten Samstag die Bullen den Versuch einer Solidaritätsdemo mit den Flüchtlingen auf der Schönau brutal zusammengeknüppelt hatten, war für heute (Sa. 13.06) um 18.00 Uhr eine weitere Demo geplant. Im Vorfeld haben die Medien, der OB von Mannheim und die Bullen massiv Propaganda gegen die Demo gemacht. Die Straßencafés in der Fußgängerzone hatten Anweisung um 17.00 Uhr zu schließen und ein Weinfest wurde abgesagt. Es wurden "bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen" suggeriert, die MannheimerInnen wurden aufgefordert, sich nicht in der Innenstadt aufzuhalten. "Sie (die Polizei d.V.) weist eindringlich darauf hin, daß Schaulustige damit rechnen müssen Opfer von Gewaltaktionen zu werden. Bei aller Ursicht könne die Polizei nicht verhindern, daß auch Unbeteiligte in die Auseinandersetzungen mit hinein gezogen werden." (Mannheimer Morgen 13.06.92)

Bis ca 19.00 Uhr sah es so aus, als ob die Bullen wieder auf totale Konfrontation setzen. Die ganze Stadt war von den Bullen überwacht. Es gab jede Menge Fahrzeugkontrollen und Festnahmen. Beim EA (in einer Kneipe) lief gegen 17.00 Uhr ein SEK ein, das die Personalien der Anwesenden aufnahm, ein Telefon beschlagnahmte (zum Glück gab es Alternativen), und zur Verunsicherung beitrug. An mindestens 13 Vorkontrollen wurden bis 19.00 Uhr (je nach Quelle) zwischen 150 und 300 GenossInnen festgenommen. In Karlsruhe wurden ca 200 GenossInnen von den Bullen an der Abfahrt nach Mannheim gehindert. Nach unseren Informationen wurden dabei PKW's beschlagnahmt. Zwei Reisebusse aus Freiburg und einer aus Bielefeld wurden zur Rückfahrt gezwungen: "entweder zurück oder der Keller im Polizeipräsidium", zitiert ein Bielefelder Genosse auf der Abschlußkundgebung die Bullen. "Die sind jetzt weichgekocht, die fahren jetzt zurück" O-Ton Bullenfunk im Bezug auf den Bielefelder Bus. In Sandhofen (ein Nachbar-Stadtteil von Schönau) gab es drei Kessel, in denen hauptsächlich GenossInnen aus dem Frankfurter Konvoi festgesetzt wurden.

Kurz nach 19.00 Uhr formierte sich eine vom reformistischen Spektrum (VSP, SAG, Grüne) mit den Bullen ausgehandelte Demo (80-150 Leute) vom Paradeplatz aus (Stadtmitte). Wir haben das zu diesem Zeitpunkt noch so eingeschätzt, daß die Reformisten demonstrieren, während in Sandhofen die Autonomen von den Bullen platt gemacht werden.

Kurz darauf stellte sich das im Bullenfunk ganz anders dar: die Bullen hatten Anweisung Demos zu dulden.

Die Kessel in Sandhofen wurden zusammengeführt und eine Demo (im Spalier) wurde zugelassen.

Die Demo in der Innenstadt fand enormen Zulauf, auf einer Strecke von 500 Metern verdoppelte sie sich! Gleichzeitig setzte sich vom neuen Meßplatz aus eine Demo von nochmals 150 GenossInnen in Richtung Innenstadt in Bewegung.

In der Neckarstadt (deutsche und türkische ArbeiterInnen, viele Linke) vereinigten sich beide Demozüge, die Zahl der TeilnehmerInnen stieg auf über 1500 an. Am Ende der Demo waren mindestens 2000 Menschen anwesend. Die Zusammensetzung war bunt. Ca. ein Drittel AusländerInnen, viele junge "Normalos", der Rest Autonome, Mannheimer Linke und wir. Die Stimmung war einfach Spitze. Die Demo war unvorstellbar entschlossen, auch ohne militant zu sein. Wir denken trotzdem, daß JEDER Angriff auf die Demo energisch zurückgeschlagen worden wäre. Es wurden permanent Parolen geschrien. Leider wurde vielmehr der Rassismus als das System angegriffen, aber es war alles andere als eine reformistische Demo! In Mannheim gab es in den letzten (mindestens) sieben Jahren nichts vergleichbares.

Die Demo endete in einer Kundgebung, die Festcharakter annahm, als Bielefelder GenossInnen (die letzten in Mannheim) mit einem Lautsprecherwagen vorfuhren und Musik und Infos rüberbrachten.

Für uns gibt es noch einige Punkte, die unklar sind: War das jetzt nur ein Erfolg, oder war es Taktik der Gegenseite? War die Tatsache, daß die "auswärtigen Militanten" von der Demo getrennt blieben ein gelungener Spaltungsversuch der Herrschenden, oder hat gerade das zu einer breiten Solidarisierung geführt? sowie einiges anderes...

PS. Letzte Meldung aus der Schönau: Es gab Schlägereien zwischen türkischen Jugendlichen und Hools - die Türken sollen es im Griff haben!

# Mannheimer wollten friedlich demonstrieren

MM, 15.6

## Protestmarsch gegen Ausländerfeindlichkeit durch die Stadt / Konfrontation mit Polizei geschlichtet

Von unserem Redaktionsmitglied  
Peter W. Ragge

Immer wieder unterbrochen von Wortwechseln zwischen auswärtigen Demonstranten und Mannheimern, welchen Weg sie denn nun einschlagen sollten, schlängelte sich am Samstag dreieinhalb Stunden lang eine spontane Demonstration durch Innenstadt, Neckarstadt und Jungbusch. Erst kurz von Mitternacht kam es zu einer Konfrontation mit der Polizei, die aber friedlich endete.

Los geht es am Paradeplatz, wo schon den ganzen Nachmittag über einige junge Leute, darunter viele aus dem Umfeld des Jugendzentrums (JUZ) in O 4, 8, lagern. Kurz nach 19 Uhr wird ein rotes Transparent entrollt, wenden sich mehrere Sprecher per Megaphon gegen Ausländerfeindlichkeit, kritisieren das Demonstrationsverbot und den Polizeieinsatz am vergangenen Wochenende. Uniformierte Polizei ist zunächst gar nicht zu sehen, dann taucht ein Streifenwagen auf.

„Hoch die internationale Solidarität“ skandierend, ziehen die rund 200 Demonstranten durch die Breite Straße zur Alten Hauptfeuerwache. Am Neuen Meßplatz stößt Rainer Baschwitz, ehemals Fraktionsgeschäftsführer der Grünen im Gemeinderat und einer der Sprecher der Initiative „Freie Flüchtlingsstadt Mann-

heim“, zu der Gruppe. Rolf Suthmann, Chef des Innenstadt-Reviere und hier der Einsatzleiter, leiht ihm sein Megaphon, es kommt zu ersten Debatten. Einige wollen hier schon eine Schlußkundgebung abhalten, andere weitermaschieren – Richtung Norden. „Nazis vertreiben, Ausländer bleiben“ schallt nun durch die Schimper, dann die Carl-Benz-Straße. Da wird wieder kurz debattiert. „Geht's da nach Schönau?“, fragen einige auswärtige Autonome immer wieder, während ein Motorradfahrer Nachrichten von der Spitze des immer größer werdenden Demonstrationzuges an Leute weiter hinten übermittelt.

Am Neuen Meßplatz empfangen starke Polizeikräfte die Protestierer. Die Wagen sind vergittert, bei den Beamten hängt der Schlagstock am Gürtel. „Weiterlaufen“ drängen dennoch einige in schwarzer Kluft. „Kameras weg“, rufen sie beim Auftauchen von Fotografen, ziehen Halstücher vor die Nase und Kaputzen über den Kopf. Ihr Ziel ist die Schönau. „Wollt ihr in die Polizeiknüppel laufen?“, fragt Baschwitz erregt und plädiert für eine Rückkehr in die Innenstadt. Es gibt hitzige Wortgefechte über den Sinn der Demo, auch gegenseitige Beleidigungen. „Bleibt doch das nächste Mal zu Hause!“, schreien die Mannheimer die Fremden an, die weiter Richtung Norden drängen. Doch da steht die Polizei, und gerade kommt wieder ein Einsatzwagen dazu. Also machen die Demonstranten doch kehrt, einige freilich murrend.

„Wir sind doch friedlich, oder?“, rufen

die Protestierer den Anwohnern an den Fenstern in der Gärtnerstraße zu. Manche winken, „Nehmt Eure Hände zum Schaffen“, reagierten andere erbost. Am alten Volksbad in der Mittelstraße gehen Solidaritätsgrüße zu den dort untergebrachten Asylbewerbern, und immer wieder wird die „Internationale Solidarität“ beschworen. Ständiger Begleiter jetzt aber auch: die Polizei, mit Videofahrzeugen ebenso wie mit massiven Kräften in den Seitenstraßen; sichtbar, jedoch zurückhaltend.

Über die Kurpfalzbrücke und den Luisenring geht es in den Jungbusch. In der Böckstraße plötzlich gellende Pfliffe, die Menge bleibt stehen. Aus einer Wohnung im zweiten Stock hängt eine deutsche Flagge. Ein auswärtiger Demonstrant klettert die Fassade hoch, reißt sie herunter. Johlend wird das schwarz-rot-goldene Tuch verbrannt. „Nie wieder Deutschland“, lautet nun der Sprechgesang.

Spürbar langsamer bewegt sich der auf inzwischen über 1000 Menschen angeschwollene Zug durch die H- und G-Quadrate auf den Paradeplatz zu. Dort sprechen auch ausländische Redner, wird der friedliche Verlauf der Demo als Erfolg gefeiert. Der „einzige politisch und kriminelle Gewalttäter“ sei der Oberbürgermeister, der „sofort abgesetzt“ gehöre, schimpft die Rednerin eines „Frauenbündnisses“. Bielefelder Demonstranten („Wir haben es geschafft, durchzukommen“) schicken von einem neu aussehenden Benz-Kleinbus Rockmusik als „musi-

kalische Grüße“ durch die Lautsprecher, und gegen 23 Uhr scheint die Sache zu Ende.

Rund 50 meist auswärtigen Demonstranten war es bislang aber offenbar zu langweilig. Sie ziehen plötzlich Richtung Polizeipräsidium, wollen die Festgenommenen befreien. „Tod dem Staatsterrorismus“ und „Bullenstaat“ sind ihre Parolen. Die Polizei reagiert schnell, umstellt das gesamte Quadrat L 6, Hunde bellen, „Schlagbereitschaft herstellen“, kommt als Kommando aus den Funkgeräten. Die Beamten setzen die Helme auf, streifen die Handschuhe über, halten Schutzschilde und die langen Schlagstöcke griffbereit.

Mit Hilfe der Polizei wird der Lautsprecherwagen der Demonstranten vom Paradeplatz in die Bismarckstraße gelotst. Da appellieren, ja flehen die Mannheimer an die Auswärtigen, den bisher „hohen politischen Erfolg“ jetzt nicht durch eine Gewaltaktion zu gefährden, während die Fremden offensichtlich auf Konfrontation aus sind. Über eine halbe Stunde dauert der Nervenkrieg. Dann haben die Verhandlungen, die Heiner Dribbusch, einer der Anmelder der verbotenen Demonstration, und Rechtsanwalt Günter Urbanczyk mit Polizeieinsatzleiter Suthmann führen, Erfolg. Die Beamten lassen fünf Festgenommene sofort, den Rest sukzessive im Lauf der Nacht frei. Alles atmet auf, und jetzt wird auch wieder über die Fußball-EM geschertzt. Kurz nach Mitternacht ist der Spuk vor L 6 zu Ende.



Abschluß spät in der Nacht: Am Paradeplatz wurde zum Ende der friedlich verlaufenden Demonstration der Rücktritt von Oberbürgermeister Gerhard Widder gefordert. Von hier aus gingen viele Demonstranten nach Hause, während sich einige – meist auswärtige – Protestierer auf den Weg zum Polizeipräsidium machten. Bild: Keese

Die HERRschenden schaffen es auch noch, das durchbrochene Demoverbot und die vielen DemonstrantInnen, die trotz Repression und Drohungen gekommen waren, als ihren Erfolg darzustellen. Eigentlich ist es eine Niederlage für die HERRschenden, daß in Mannheim trotz Belagerungs- und Ausnahmezustand der Bullen demonstriert wurde. Eine Niederlage für uns ist, daß es den HERRschenden gelungen ist, uns zu spalten und gegeneinander auszuspielen.

86

MM 15.6.92

## Erleichterung auf breiter Front

CDU und FDP loben Polizei / Jusos fordern OB-Rücktritt

Erleichterung über die friedlich verlaufene Demonstration bei den bürgerlichen Kräften, Kritik an der Polizei und dem Oberbürgermeister bei den Linken kennzeichnen die ersten Stellungnahmen zu den Ereignissen am Samstag.

„Der Ablauf des Tages hat bewiesen, daß das Demonstrationsverbot richtig war“, meinte gestern der CDU-Kreisvorsitzende Wolfgang Pföhler und dankte der Polizei für ihren Einsatz.

Pföhlers Parteifreund, der Bundestagsabgeordnete Professor Dr. Egon Jüttner, schickte sogar eigens ein Dankschreiben an Polizeipräsident Knut Feldmann, weil „das befürchtete Chaos ausgeblieben“ sei. Nun gelte es aber, die frühere Entscheidung, die Gendarmeriekaserne als Asylbewerberwohnheim zu nutzen, zu überprüfen, sagte Jüttner gestern. Es könne weder den Menschen dort noch den Schönauern zugemutet werden, „unter ständiger Polizeibewachung mit der Ungewißheit und Unsicherheit zu leben“. Jüttner forderte zudem, die Rolle des Jugendzentrums in Selbstverwaltung (JUZ) in Zusammenhang mit den Vorgängen der letzten Wochen genau zu untersuchen.

„Sowohl die Polizeikräfte als auch die Demonstranten zeigten Besonnenheit“, hob FDP-Kreisvorsitzender Professor Karl-Theodor Eisele hervor. Es sei richtig gewesen, die Autonomen, „die regelmäßig aus der ganzen Bundesrepublik anreisen und eine Demonstration für einen Truppenübungsplatz halten, großräumig um Mannheim herum abzufangen und zu entwaffnen“. Am Pfingsttag habe die Polizei dagegen „unbesonnen und nervös überreizt“ reagiert, so Eisele. Namens des Kreisvorstands seiner Partei vertrat er aber die Ansicht, daß Spendenaktionen

für jugoslawische Kriegsflüchtlinge derzeit bessere Solidaritätsbeweise mit Verfolgten als Demonstrationen seien.

Die Juso-Hochschulgruppe bleibt bei ihrer Forderung, daß Oberbürgermeister Widder von seinem Amt zurücktreten müsse. Der friedliche Verlauf der spontanen Demonstration am Samstag habe gezeigt, daß die Ausschreitungen am 6. Juni durch die politische Fehlentscheidung des Oberbürgermeisters mitverantwortet werde. Widder habe seit Freitag letzter Woche „eine Art Belagerungszustand“ verhängt. Dies sei wenig geeignet, das friedliche Miteinander in einem demokratischen Gemeinwesen wiederherzustellen. Nach Auffassung der Juso-Hochschulgruppe hätte der Oberbürgermeister das Ge-

ADAC-Pannendienst  
1 92 11

sprach mit allen Beteiligten suchen sollen.

In einer Presseerklärung meldete sich auch das „antirassistische und antifaschistische Notruf- und Infotelefon“ in Frankfurt. Die Verfasser loben „das besonnene und geschlossene Auftreten der Demonstrationsteilnehmer“. Dadurch habe eine Eskalation mit der Polizei verhindert werden können. Als Skandal empfinden sie dagegen das Vorgehen der Stadt und der Polizei.

Rüdiger Weis von der Grün-Alternativen Hochschulgruppe legt Wert darauf, daß sein (am Samstag im „MM“ erwähntes) Flugblatt vor dem Demonstrationsverbot verfaßt wurde und daß es sich dabei lediglich um einen Entwurf gehandelt habe. Dieser sollte nach einer Überarbeitung an die Teilnehmer der Demonstration verteilt werden, um eine Eskalation der Gewalt zu verhindern.

pwr/jan



Friedliche Demonstration durch die Stadt: Gegen Rassismus wandten sich die Teilnehmer eines Zuges, der anfangs rund 200 Leute umfaßte. Da es zu keinen Auseinandersetzungen kam, stießen später immer mehr Personen hinzu. Bild: Hund

## Wasserwerfer und Gulaschkanone

Mannheim erlebte den stärksten Polizeieinsatz

Mannheim glich am Samstag einer Festung. An allen Zufahrtstraßen richtete die Polizei Kontrollstellen auf, zum Teil mehrere hintereinander. Fast ununterbrochen waren Mannschaftswagen in der Stadt unterwegs. Die aus ganz Baden-Württemberg zusammengezogenen 1200 Beamte, so viel wie noch nie, standen unter der Einsatzleitung von Polizeioberst Hartmut Lewitzki.

Allein die Kosten für die Verpflegung berechnete ein Polizeisprecher auf 18 000 Mark. Zum Mittag wurden die Uniformierten aus einer Gulaschkanone versorgt, dazu gab es Nudeln und Bohnensalat. Über 1100 Pakete mit Proviant hatte die Abteilung III des Polizeipräsidioms – sie ist normalerweise für die Verwaltung zuständig – zusammengestellt. So konnten sich die Beamten am Abend mit geräucherter Wurst, Brot und Obst stärken. Hinzu kamen Hektoliter Kaffee und ziemlich dünner Orangensaft. Spontan spendeten die Arbeiterwohlfahrt und einige Mannheimer Bäcker reichlich Kuchen. Eine Schönauerin kam sogar mit einem kleinen Lieferwagen zum Standort an der Gendarmeriekaserne, um Kaffee zu verteilen.

Überhaupt stellten Lewitzki und Polizeipräsident Knut Feldmann fest, daß die Mannheimer den Einsatz der Polizei und die damit verbundenen Unbilden an den Kontrollstellen, wo sich Staus gebildet haben, mit auffallender Gelassenheit hinnehmen.

Pech hatten allerdings etwa 15 kahlgeschorene Skins, die zu einer Veranstaltung in der Pfalz fuhren und unversehens in die Kontrollen gerieten. Auch sie wurden zunächst festgenommen. Ihre wich-

tigste Sorge war, nicht mit den linken Chaoten in den Zellen untergebracht zu werden. Da offensichtlich war, daß sie so schnell wie möglich Mannheim verlassen wollen, ließ die Polizei sie wieder frei.

Nicht zum Einsatz kamen die Wasserwerfer und die Reiterstaffel aus Stuttgart. Für sie blieb es bei der Bereitschaft auf dem Gelände der Gendarmeriekaserne, die am Abend, als dort die Kräfte zusammengezogen wurden, ihrem Namen alle Ehre machte.

Über die Kosten des Einsatzes mochte sich die Polizei nicht äußern, sie dürften mindestens 300 000 Mark betragen. jan



Leitete den Einsatz von rund 1200 Beamten: Polizeioberst Hartmut Lewitzki. Bild: Keese

## Kommentar

### Nicht nur Spatzen

Es war schon eine gespenstische Szenerie: Wer am Samstag die Kurpfalzmetropole zum Ziel hatte, erlebte eine verbarrickadierte Stadt. Er mußte sich durch Straßensperren – auf allen Rheinbrücken und Hauptverkehrsadern – schlängeln, vorbei an martialisch ausgerüsteten Polizeibeamten und aufgerollten Nagelketten.

So mancher mag sich gefragt haben, ob das nicht ein bißchen übertrieben war, ob da nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen wurde. Es verlief ja dann auch alles glimpflich und – von verbalen Attacken einmal abgesehen – ganz friedlich, ohne Personen- und Sachschäden. Zum Glück!

Viele Indizien sprechen aber dafür, daß da nicht nur ein paar harmlose Spatzen aufgeschwecht wurden, da waren auch etliche ziemlich schräge Vögel dabei. Wenn nichts passiert ist, dann dürfte das nicht zuletzt das Ergebnis der massiven optischen Präsenz starker Polizeikräfte gewesen sein, die eine Reihe potentieller Störer präventiv herausfischten.

Von der Mannheimer Szene ging kaum Gewaltgefahr aus. Hier kennt ohnehin jeder jeden. Aber es zeigte sich eben doch, daß auch andere auf dem Feuer ihr Süppchen kochen wollten. Noch in der Nacht zum Samstag war ja bundesweit die Lösung ausgegeben worden: „Die Mannheimer Demo ist verboten, sie soll aber auf jeden Fall stattfinden, es wird weiter mobil gemacht.“

Die Typen, die sich dann – nach wohlüberlegter Logistik – in Karlsruhe und Frankfurt trafen und zur Fahrt nach Mannheim verabredeten, hatten sicher mehr als einen Sonntags-Ausflug mit „Spontan-Demo“ im Sinn. Mit den Baseball-Schlägern, die sie im Gepäck mitführten, wollten sie sicher kein Freundschaftsspiel austragen und mit den Schreckschusspistolen keine Böller zum Jubiläum des Landes Baden-Württemberg abfeuern.

Ihre Motivation ist ohnehin nur schwer nachvollziehbar, weil ideologisch verbogen. Aus ihrer Sicht mußte ja Mannheim offenbar als eine Stadt erscheinen, in der der Nazismus und der Rassismus nur noch mit vereinter Kraft aller aufrechten Linksautonomen aus dem ganzen Land in seine Schranken verwiesen werden kann. Daß die Mannheimer mit den Problemen, die es auf der Schönau zweifellos gab, selbst fertig werden könnten, wollte man ihnen wohl nicht zutrauen.

Die Mannheimer haben den Ausnahmezustand, der wie ein Hurrikan über sie hereinbrach, mit Fassung ertragen. Sie haben die Rolläden heruntergelassen. Sie haben darauf verzichtet, den schönen Sommerabend in Straßencafés zu genießen, sie haben die Verkehrskontrollen mit Geduld und Verständnis über sich ergehen lassen.

Die Demonstranten sind wieder abgezogen. Was hat der ungebetene Besuch den Asylbewerbern in der Gendarmerie-Kaserne gebracht? Nur lautstarke Parolen und Aufregung. Ihr Los hat er nicht verbessert. Da haben Schönauer Bürger, die ein paar Spielsachen für die Flüchtlingskinder einsammelten oder ein paar Fahrräder zur Verfügung stellten, tausendmal mehr getan. MacBarchet

# Polizei verhindert Ausschreitungen

15.06.92  
MM

**Mannheim: 189 Personen am Samstag festgenommen  
Alle Zufahrtsstraßen von Sicherheitskräften kontrolliert**

Von unserem Redaktionsmitglied  
Jan Cerny

**Mannheim.** Die befürchteten Kräfte anlässlich einer Demonstration in Mannheim sind am Samstag ausgeblieben.

Die Demonstrationsteilnehmer waren aus allen Teilen der Bundesrepublik angereist. Bis zum Abend nahm die Polizei an Kontrollstellen auf allen Zufahrtsstraßen insgesamt 189 potentielle Störer fest.

Trotz des Verbotes der Demonstration in Mannheim-Schönau waren diese ange-

mit Säure gefüllte Glühbirnen bei sich und wurden deshalb von der rund 1200 Mann starken Polizei abgefangen und festgenommen. In der Innenstadt durchsuchten die Beamten ein Lokal, das offensichtlich als logistisches Zentrum für die militanten Störer diente.

Zahlreiche von Süden anreisende Demonstranten stoppte die Polizei in Karlsruhe. Sie formierten sich daraufhin zu einem Zug, marschierten durch die Stadt und zerstreuten sich später. Etliche von Norden anreisende Demonstranten erfuhr offenbar unterwegs, was in Mannheim los war, und kehrten um.

Am späten Samstag Abend kam es in der Mannheimer Innenstadt zu einer spontanen Demonstration, die nach Schätzungen der Polizei auf rund 2500 Personen anwuchs. Am Pfingstwochenende war es dagegen zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Teilnehmern einer verbotenen Demonstration gekommen, bei der 142 Personen festgenommen und sieben verletzt wurden.

**Kommentar Seite 2; ausführliche  
Berichte im Lokalteil**

reist, um ihre Sympathien mit Asylbewerbern zu bekunden. Einige von ihnen hatten Schreckschußpistolen, Beile, Schlagstöcke, Ketten, Messer und präparierte,



Die Polizei machte alle Zufahrtsstraßen nach Mannheim dicht, um potentielle Schläger herauszufiltern.  
Bild: Keese

## MM, 15.6.92 Gegen Gewalt

Mit einem massiven Aufgebot von 1200 Beamten, dicht gestaffelten Straßenkontrollen und Festnahmen schon im weiteren Umfeld bis hin nach Karlsruhe hat die Polizei am Wochenende Mannheim vor drohenden gewalttätigen Auseinandersetzungen bewahrt. Die Hoffnung richtet sich darauf, daß nun wieder Besonnenheit einzieht.

Gewalt kann Argumente nicht ersetzen. Wer Toleranz fordert, muß sie selbst üben, kann sie dem Bürger nicht mit dem Knüttel einblenden wollen. Der Versuch, Demonstrationsteilnehmer zu mißbrauchen, schädigt ein außerordentliches Gut unserer Demokratie. Demonstrationsrecht außer Kraft zu setzen, kann nur ultima ratio sein. Im speziellen Fall lag die Entscheidung des Oberbürgermeisters aber zweifellos im Interesse der ganzen Stadt.

Dazu kann man durchaus anderer Ansicht sein. Das wird sich wohl auch noch in einer Reihe politischer Nachbeben bemerkbar machen. Dabei darf man freilich nicht übersehen, daß seit den Studentenunruhen Ende der 60er bestimmte Aufregtheiten nach mehr oder weniger festgelegten Ritualen ablaufen. Wichtig ist zunächst, einen Kristallisationspunkt zu finden, der es möglich macht, den Staat als Unterdrücker und die Gesellschaft als faschistoid vorzuführen.

Zum Repertoire gehören Anzeigen gegen Politiker und Spitzenbeamte, Rücktrittsforderungen, eine Auf- und Nachbereitung der Repression in geeigneten Zirkeln mit Flugblättern, offenen Briefen und politischen Pamphleten und natürlich massenhaft Leserbriefe, die der angeblich autoritätshörigen bürgerlichen Presse Manipulation bei der Berichterstattung vorhalten.

Hier haben all jene recht, die meinen, so etwas müsse die Demokratie aushalten. Was sie jedoch im Interesse aller nicht aushalten muß, ist Gewalt. Daß man sich ihr in Mannheim rechtzeitig und entschlossen entgegengestellt hat, ist uneingeschränkt zu begrüßen.

Horst-Dieter Schiele



# Friedliches Ende des Großeinsatzes

HH, 15.6.92

## Polizei nahm fast 200 potentielle Störer fest

Von unserem Redaktionsmitglied  
Jan Cerny

Nach dem größten Polizeieinsatz in Mannheims Nachkriegsgeschichte hofft Oberbürgermeister Gerhard Widder, daß die Stadt jetzt wieder zur Normalität übergehen kann. Rund 1200 baden-württembergische Polizisten waren am Samstag in der Stadt zusammengezogen worden, nachdem bekannt geworden war, daß gewalttätige Demonstranten aus der ganzen Bundesrepublik in die Kurpfalzmetropole anreisen werden. Sie wurden an den zahlreichen Kontrollstellen abgefangen. Bis zum Abend hatte die Polizei 189 Personen festgenommen. Zu diesem Zeitpunkt bekundeten rund 2500 Demonstranten in der Innenstadt ihre Sympathie mit Asyberwerbem.

Wie berichtet hatte der Oberbürgermeister eine für den Samstag angekündigte Demonstration auf der Schönau verboten. Damit gaben sich die Anmelder zwar zu Frieden, dennoch erfuhr die Polizei, daß bundesweit für eine Demo getrommelt wurde.

Bereits am Vormittag hatte die Polizei an allen Zufahrtsstraßen sowie auf dem Hauptbahnhof massive Kontrollstellen errichtet. Wolke ein Schönauer nach Hause fahren, mußte er sich sogar mehrmals in der Lilienthalstraße - die Zufahrt über die Sonderburger Straße war ganz gesperrt - durch Sperrgitter schlängeln.

Polizeiberrät Hartmut Lewitzki, der den Einsatz geleitet hat, erläuterte gestern vor der Presse, daß es darum ging, potentielle Gewalttäter gar nicht erst in die Stadt einreisen zu lassen und von friedliebenden Demonstranten zu trennen.

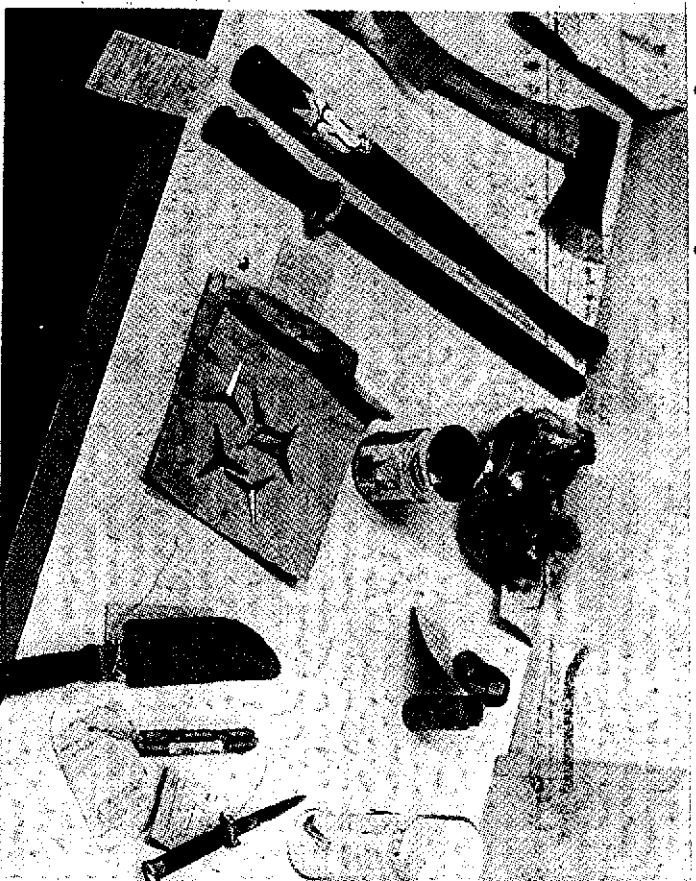
Die Beamten wurden auf etwa 15 Kontrollstellen verteilt. Bis zum Nachmittag hatten sie rund 50 Personen in Gewahrsam genommen. Und während sich noch aus dem Norden der Republik anreisenden Demonstranten auf dem Campus der Frankfurter Universität und die „Südhafer“ auf dem Parkplatz des Supermarkts Wertkauf in Karlsruhe gesammelt hatten, durchsuchte die Polizei das Lokal Punnckel im Quadrat L 14. Nach Lewitzkis Angaben fanden die Beamten in der Gaststätte ein „logistisches Zentrum“ mit Telefonverbindungen und sogar einem Stadtplan, in dem alle Kontrollstellen eingezeichnet waren.

In Karlsruhe hat die Polizei die Demonstranten an der Weiterfahrt gehindert. Daraufhin formierte sich dort eine spontane Demonstration, die sich nach 20 Uhr auflöste. Ein Teil der aus Frankfurt ankommenden Demonstranten sickerte über Feldwege am Klärwerk vorbei nach Sandhofen ein, dort wurden sie von den Uniformierten empfangen, ein weiterer Teil wurde bei der Autobahnausfahrt Sandhofen gestoppt. Sie fanden wieder zusammen und durften in Sandhofen eine Demonstration abhalten, parallel zu einem Umlauf in der Innenstadt (siehe untenstehenden Bericht). Ein größerer Teil der Anreisenden aus dem Norden erfuhr unterwegs, was in der Stadt los ist und drehte über das Vornheimer und Weinheimer Kreuz wieder ab.

Bis zum Abend nahm die Polizei 189 Personen vorsorglich in Gewahrsam. Unter den Festgenommenen waren lediglich fünf Mannheimer, die übrigen kamen von auswärts, zum Teil aus Hamburg, Hannover, Köln und Frankfurt. Einige vor bei den Kravallen in der Innenstadt schon einmal festgenommen. Bei den sichergestellten Gegenständen befanden sich Schreckschuhpistolen, Schlagstöcke, Messer, Beile und Glühbirnen gefüllt mit Säure.



Zwischendurch gab's auch mal Eis: Im ganzen Stadtgebiet zeigten starke Kräfte der Polizei mit meist vergitterten Fahrzeugen Präsenz.



Für eine friedliche Demonstration nicht nötig: ein Beil, Schlagstöcke, Wurfsterne und Messer beschlagnahmte die Polizei.

Bild: Keese

# Polizisten spielen mit „Gameboy“

MM, 15.6.92

## Beobachtungen auf der Schönau / OB nutzt mobile Feuerwehrleitstelle

Es ist ein unwirkliches Bild, das einem an diesem sonnigen Samstagnachmittag in der Schönauer Gendarmeriekaserne begegnet. Die Asylbewerber kicken, Kinder sitzen im Rasen. Gleich daneben stehen ein Wasserwerfer und vergitterte Einsatzfahrzeuge der Polizei.

Alle Beamten haben Handschellen, Pistolen, teilweise auch eine „Chemische Keule“ am Gürtel und Kaffeebecher in der Hand. Einige spielen Karten, in einem Stuttgarter Streifenwagen kreist ein „Gameboy“-Computerspiel. Ständig bellen die Polizeihunde, brummt ein Stromgenerator, der den Einsatzleitwagen der Feuerwehr versorgt.

1978, nach den großen Waldbränden, wurde dieser Lkw mit Kastenaufbau angeschafft und vor eineinhalb Jahren mo-

dernisiert. Jetzt dient er dem Oberbürgermeister, der direkt am Ort befürchteter Auseinandersetzungen sein wollte, als Leitstelle. Von hier aus hält er Kontakt zur Polizei in Schönau und zum Polizeipräsidium, aber auch zum Rathaus, wo - für alle Fälle - unter Leitung von Bürgermeister Eckhard Südmersen ein Krisenstab mit Vertretern von Ordnungsamt und Katastrophenschutz gebildet wurde. Per Funk und Telefon ist man ständig in Verbindung. Der Einsatzleitwagen verfügt über eine kleine Telefonvermittlung für Amtsleitungen, ebenso sind Autotelefon und Telefax, Lagepläne und Schreibmaschine an Bord. Der OB hat seine Sekretärin Rita Kaufmann und den zweiten persönlichen Re-

ferent Herbert Bangert dabei, ferner Presseamtsleiter Jörg Blumenthal und Lothar Nagel von der Feuerwehr. Er ließ auch die Schichten auf den Feuerwachen verstärken.

Auf alles vorbereitet - diesen Eindruck erweckt auch die Schönau am späten Samstagnachmittag. In Gruppen stehen die Bürger zusammen, diskutieren, unterhalten sich mit den Polizisten an den Kontrollstellen. Bäcker und die Arbeiterwohlfahrt spendieren den Beamten Kuchen. Doch in auffallend vielen Häusern in der Kattowitzer Zelle sind die Rollläden heruntergelassen, die Türen verschlossen. Es ist die Ruhe vor einem Sturm, den viele fürchten, der aber nicht kommt. pwr



„Zur Festnahme vorbereitet“: An einer Kontrollstelle in der Feudenheimer Straße reisten auf einen Schlag so viele Demonstranten - aus Kiel ebenso wie aus Konstanz - an, daß die Gefangenentransporter gar nicht nachkamen. Die Festgenommenen, viele davon in Lederkluft und mit farbigen Haaren oder kahlgeschorenen Köpfen, warteten jedoch gelassen.

97

„MM“ 15.6.82



Kampf dem Rassismus: Das bekundeten auch die Teilnehmer der kleineren Demo in Sandhofen; die überwiegend aus dem Raum Frankfurt kamen.

Bei Kontrollen gestellt: anreisende Demonstranten.



Konfrontation kurz vor Mitternacht: Rund 50 meist auswärtige und teils vermummte Demonstranten forderten nach Ende der Demonstration vor dem Polizeipräsidium die Freilassung aller Festgenommenen. Die Polizei stellte sich daraufhin „schlagbereit“ vor L 6 auf.

Bilder: Hund/Keese



Vertical text or stamp at the bottom of the page, possibly a date or reference number.

Mo., 15. 6. 92

# Kein Krawall bei Asyl-Demo

## Zahlreiche Festnahmen in Mannheim – Lange Nacht für die Polizei

be/joe. MANNHEIM. Ohne die von Stadt und Polizei befürchteten Unruhen bei verbotenen Demonstrationen ist in Mannheim das Wochenende abgelaufen. Die durch auswärtige Kräfte verstärkte Polizei hatte schon am Samstag vormittag die Hauptzufahrtsstraßen und die Rheinbrücken kontrolliert, um etwa anreisende Unruhestifter abzuhalten. Dabei sind nach Angaben der Polizei 180 Personen zeitweise „in Gewahrsam“ genommen, ihre Personalien festgestellt, gefährliche Waffen und Gegenstände sichergestellt worden. Nur zum geringen Teil habe es sich bei diesen Personen um Mannheimer gehandelt, ganz überwiegend um Auswärtige. Sichergestellt wurden mehrere Schreckschußpistolen, Messer, Hieb- und Schlagwerkzeuge. Anlaß zu den Sicherungsmaßnahmen der Polizei waren die Demonstrationen, die von einem „Aktionsbündnis gegen Rassismus“ für Samstag um 18 Uhr im nördlichen Stadtteil Schönau wegen der anhaltenden Spannungen in der Nähe des umstrittenen Asylantenwohnheims angemeldet worden waren.

Das Verbot der Demonstration, das Oberbürgermeister Gerhard Widder am Freitag ausgesprochen hatte, war vom Verwaltungsgerichtshof bestätigt worden. Schon vorher hatten die Veranstalter angekündigt, daß sie sich einer solchen Rechtslage fügen würden. Ihr Vorwurf aber lautete, Oberbürgermeister und Polizei hätten durch ihre Taktik bei der Demonstration am 6. Juni erst die von auswärts anreisenden Demonstranten mobilisiert. Taktisch hatte die Polizei in Mannheim sich dies-

mal auf ein elastisches Verhalten in der Absicht eingestellt, nur bei ernsthaften Ausschreitungen von Demonstranten aktiv einzugreifen.

Die Polizei reagierte diesmal sehr flexibel. Sie geleitete einen Demonstrationszug gut zwei Stunden durch die halbe Stadt und hielt sich bei den Kundgebungen auf dem Paradeplatz zurück. Auch, als sich kurz vor Mitternacht ein letzter harter Kern von Demonstranten provozierend vor dem Polizeipräsidium aufbaute, gelang es, die Konfrontation ohne Gewalt zu beenden. Doch trotz des alles in allem friedlich verlaufenden Tags befand sich die Stadt auch an diesem Wochenende wieder in einem Ausnahmezustand. Die Straßencafés in der Innenstadt stellten um vier Uhr nachmittags ihre Außenbewirtschaftung ein, das Stadthaus schloß seine Türen. An allen großen Zufahrtsstraßen richtete die Polizei Kontrollpunkte ein. Gegen 15 Uhr wurden die ersten jungen Leute aus Augsburg in Gewahrsam genommen.

Die Polizei war überall präsent. Wie viele

Beamte im Einsatz waren, wurde nicht mitgeteilt. Hubschrauber kreisten in der Luft, zwei Reiterstaffeln waren unterwegs, Schäferhunde, Wasserwerfer, Geländewagen standen bereit. Gegen 18 Uhr hatte die Polizei 230 potentielle Demonstranten festgenommen. In Karlsruhe verhinderte eine Hundertschaft die Abreise von 200 Leuten nach Mannheim.

Gegen 19 Uhr startete dann eine „Sozialistische Arbeitsgruppe“ auf dem Paradeplatz eine Kundgebung, bei der die Sprecher heftig gegen Ausländerfeindlichkeit, den Polizeieinsatz vom Samstag zuvor und gegen Oberbürgermeister Widder polemisierten. Anschließend zogen von hier 500 Demonstranten zum alten Meßplatz, un-

terwegs stieß eine zweite, größere Gruppe hinzu. Eine kritische Zuspitzung ergab sich am neuen Meßplatz, wo ein Teil der Demonstranten in Richtung Schönau weitermarschieren wollte. Doch dort zeigte sich, daß es der Polizei offenbar gelungen war, die Anführer zu eliminieren. Der Zug bewegte sich dann wieder in Richtung Paradeplatz zurück.

Gegen 23.30 Uhr allerdings suchte eine Gruppe von 100 bis 200 Leuten noch einmal die Konfrontation mit der Polizei. Die Beteiligten marschierten eingehakt in Richtung Polizeipräsidium, verlangten die Freigabe der „Gefangenen“ und beschimpften die Beamten. In einer schmalen Seitenstraße standen sich kurze Zeit Polizei und Demonstranten gegenüber. Doch gelang es der Einsatzleitung relativ rasch, den Aufmarsch zum Abzug zu bewegen.



Bereits auf den Zufahrtsstraßen stoppte die Polizei mutmaßliche Demonstranten und hinderte sie an der Weiterfahrt in die Mannheimer Innenstadt.

Foto: dpa

RNZ  
15.6.92

# Wenig Verständnis für Pro-Asyl-Demos

## Im Stadtteil Schönau herrschte trotzige Straßenfeststimmung

**Mannheim.** Es ist zwar nur ein lauer Frühjahrsfesttag, doch der italienische Eisverkäufer in der Lilienthalstraße im Mannheimer Stadtteil Schönau macht ein glänzendes Geschäft. Soviele Kunden findet er an einem Samstagnachmittag in der Stadt sonst nirgends. Halb Schönau scheint auf den Beinen zu sein. In dem Stadtteil, einem sozialen Brennpunkt mit hoher Arbeitslosigkeit, Drogenproblemen und Kriminalität, herrscht fast so etwas wie trotzige Straßenfeststimmung wegen der verbotenen Demonstration für die Asylbewerber.

Demonstranten wollten am Samstag für die von der Bevölkerung ungeliebten Asylbewerber im Sammellager auf die Straße gehen. Die Demonstration war verboten worden, die Demonstranten dennoch in der Stadt, großenteils aus vielen Städten der Bundesrepublik angereist. Verständnis für die Demonstrationen haben in Schönau nur wenige. „Wenn sie die Asylbewerber auf die feineren Stadtteile verteilt hätten, würde niemand was sagen. Aber dort wohnen die Reichen und Einflußreichen, die sich mit Rechtsanwälten und Beziehungen wehren können“, klagt ein Anwohner.

„Wir haben selber genug Sorgen“, meint ein Frührentner, der sich über den Müll, den Lärm und das Benehmen der Asylbewerber ärgert. „Die spielen nachts um zwei noch Fußball unter Flutlicht, schmeißen ihre Bierbüchsen bei uns in den Garten und böbeln die Leute an“, schimpft seine Frau. Ein afrikanischer Asylant hatte angeblich ein Mädchen mißbraucht. Daß der Täter in Wirklichkeit nachweislich ein schwarzer Zivilamerikaner gewesen war, hat sich hier noch nicht überall herumgesprochen.

Der Vorfall hatte aber die Volksseele zum Kochen gebracht, war Auslöser gewesen für handfeste Feindseligkeiten gegen die Asylbewerber, was wiederum radikale Demonstranten auf den Plan gerufen hatte. Seit zwei Wochen halten die Auseinandersetzungen an. Am Samstag hatte die Polizei die Straßen rund um das Asylbewerberheim abgeriegelt. Hinaus oder hinein kam niemand ohne behördlichen Segen. Randalen wurde befürchtet. Innerhalb der Wagenburg aus Straßensperren und grünen Minnas aber tat jeder so, als sei alles ganz normal.

Der dreifache Kordon, den mindestens eine Hundertschaft an Polizisten um Schulen und Einfamilienhäuser herum gebaut hat, scheint niemanden mehr zu schrecken. „In der ersten Nacht habe ich kein Auge zugetan, doch jetzt hat man sich daran gewöhnt“, meint eine Einwohnerin aus der Nachbarschaft. Trotzig wird Kaffee getrunken, wie jeden Samstag auf dem akkuraten Grün unter dem Kirschbaum. Ein paar Meter weiter hat die Idylle ein Ende. Zwei Meter hoch ist der Zaun, oben zusätzlich mit Stacheldraht bewehrt, den die ehemaligen US-Hausherren angebracht hatten. Die Amerikaner waren

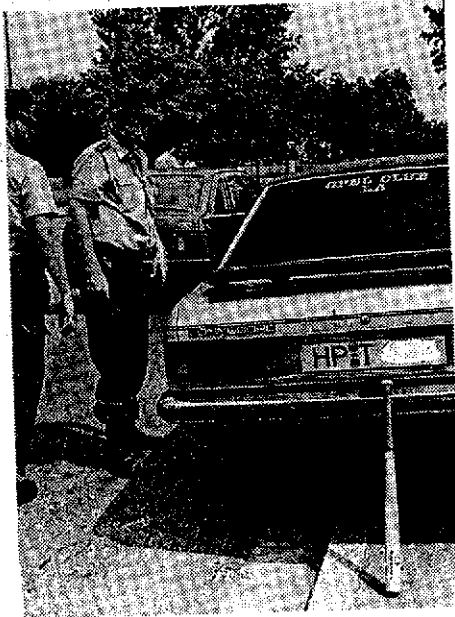
hier gern gesehen, denn „bei den Soldaten gab es wenigstens Disziplin“.

Hier, im Asylbewerberlager, haben Polizei und Oberbürgermeister Gerhard Widder an diesem Samstag ihr Hauptquartier. Auf dem Hof der ehemaligen Kaserne spielen die Polizisten Karten, die Asylbewerber Volleyball. Kontakte gibt es nicht. Die Beamten verziehen sich in die eine, die Asylbewerber in die andere Ecke. Lediglich auf dem Weg zur Toilette kreuzen sich die Wege. Trotzdem findet Kaim, einer der rund 260 Asylbewerber, „Polizei gut“. Der 19jährige kam vor kurzem aus Jugoslawien, weil er nicht in die serbische Armee einrücken wollte. Hier fühlt er sich sicher und frei. Er kann das Gelände jederzeit verlassen. Allerdings tut er das „auf eigenes Risiko“, wie der Pförtner nicht vergißt, ihm mit auf den Weg zu geben.



ZWEI SPONTANE DEMONSTRATIONEN mit nach Polizeiangaben 2500 Teilnehmern wurden geduldet und lösten sich am späten Abend auf, ohne daß es zu ernsthaften Zwischenfällen kam.

Foto: dpa



hatten Polizeibeamten aus dem gesamten Land einen Kontrollring um die Stadt gelegt, um auswärtige Politrockers daran zu hindern, in den Quadraten wieder Randalen zu machen. Bei den Personenkontrollen wurden Waffen beschlagnahmt (Fotos rechts) und 189 Personen festgenommen. (Fotos: Grudrun Keese)

# Erwartete Eskalation blieb aus

Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit verlief ohne Zwischenfälle

RNZ  
15.6.92

Mannheim. Aufatmen gestern in Mannheim. Nach den Ausschreitungen und der gewaltsamen Auflösung einer Demonstration gegen „Ausländerfeindlichkeit und Rassismus“ am Pfingstamstag blieb der Quadratsstadt ein zweites heißes Wochenende erspart.

Allerdings nur aufgrund eines Großeinsatzes der Polizei, die mit über 1000 Beamtinnen und Beamten bei intensiven Personenkontrollen aus der ganzen Bundesrepublik ange-reiste mutmaßliche Straftäter und Politrockers aus dem Verkehr zog und 189 Personen vorübergehend in Gewahrsam nahm.

Auch in Karlsruhe wurden bei dieser kon-zertierten Aktion 120 Personen, die sich bei der Autobahneinfahrt sammelten, an der Weiterreise nach Mannheim gehindert und zurückgehalten.

Ein über die Frankfurter Autobahn kom-mender Konvoi drehte – wohl um nicht in die Polizeikontrollen zu kommen – vor der baden-württembergischen Grenze ab.

Unter den vorläufig Festgenommenen wa-ren 51 Personen aus Göttingen, Hamburg, Frankfurt, Heidelberg, Freiburg, die „aktive oder passive Waffen“, wie Ketten, Beile, Messer, Schußwaffen oder Masken bei sich hatten. Alle wurden noch im Laufe der Nacht zum Sonntag aus dem polizeilichen Gewahrsam wieder entlassen, die Jugendlichen noch vor 22 Uhr.

Daß es nicht wieder zur Eskalation mit durch die Innenstadt jagenden Demonstran-

ten und schlagenden Polizisten kam, lag wohl an der guten Vorbereitung und der flexi-blen Haltung der Einsatzleitung, die die für den Stadtteil Schönau verbotene Demonstration in der Innenstadt zuließ, aber auch an den 2500 Demonstrationsteilnehmern aus der Mannheimer Friedenszene, die durch ver-bale Beiträge zur Beruhigung beitrugen. Die Gefahr war groß, daß es um die eigentliche Sache, nämlich eine Solidaritätsbekundung für die in der Schönauer Asylbewerberunter-kunft untergebrachten Menschen, nicht mehr gehen könnte. Doch sie wurde durch umsichtige Taktik und Gelassenheit auf bei-den Seiten gebannt.

Die gute Erkenntnislage der Polizei, die zwischendurch ein Lokal in der Mannheimer Innenstadt als Informationszentrale für aus-wärtige Autonome durchsuchte, die Bevölke-rung, die die intensiven Kontrollen gelassen hinnahm, die ringartig an der Peripherie der gesamten Stadt und punktuell immer wieder durchgeführt wurden, trugen dazu bei. Und nicht zuletzt die Demonstrationsteilnehmer, die sich auf dem Neuen Meßplatz in der Neckarstadt entschlossen, nicht in den kriti-schen Stadtteil Schönau, sondern wieder zu-rück in die Innenstadt zu laufen.

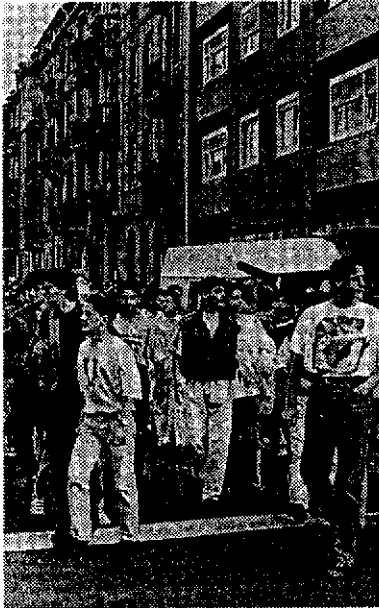
Zur Chronologie: Oberbürgermeister Ger-hard Widder hatte am Freitag ein Demonstra-tionsverbot für den Stadtteil im Mannheimer Norden ausgesprochen, da „erhebliche Si-cherheitsbedenken“ vorlagen.

Damit war die Rechtsgrundlage für die vor-übergehende Festnahme anreisender mut-mäßlicher Gewalttäter geschaffen. „Wir ha-ben die Sammelunterkunft für Asylbewerber unter unseren Schutz gestellt, wer in dieser Stadt lebt, genießt unseren Schutz, gleichgül-tig, welche Nationalität er hat“, verwies Wid-der gestern auf die traditionell weltoffene Haltung der Mannheimer.

Das Stadtoberhaupt: „Dritte dürfen sich nicht solcher Demonstrationen bedienen, um ihre Geschäfte zu betreiben.“ **Gabi Booth**

Eigentlich müßte das Bild der Medien zusammenbrechen, nach Angaben der RNZ, wurde bei den über 3500 DemonstrantInnen, nur bei 51 ! sogenannte Waffen gefunden. Aber die Kampagne gegen die "gewaltbereiten reisenden Politrockers" geht weiter. Trotzdem wurden über 400 TeilnehmerInnen von Bullen, zum größten Teil ohne Begründung, eingesperrt! (Angabe von RNF 15.6.92)

101



VOR ORT Oberbürgermeister Widder während der kritischen Stunden des Samstags.  
(Foto: Keese)

GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT und Rassismus demonstrierten am Samstag abend vor allem junge Menschen in der Innenstadt, Neckarstadt und Sandhofen als Reaktion auf Übergriffe auf die Sammelunterkünfte in der Schönauer Gendarmierekaserne. Die Polizei reagierte flexibel und leitete die Spontanaktionen. Im größten Polizeieinsatz in Mannheim

## Demonstration und Kundgebungen

RNZ, 15.6.92

# Friedliche Aktionen gegen Rassismus

Großeinsatz der Polizei verhinderte Teilnahme von angereisten Politrockern – Ruhiger Samstag

Von unserem Mitarbeiter Horst Dieter Wenzel

Nach einer Woche der Ungewißheit und der Sorge um erneute gewalttätige Auseinandersetzungen, nach erhitzten Diskussionen um Asylrecht und Demonstrationsfreiheit als Grundpfeiler der Demokratie war erst am Samstag um 23 Uhr endgültig klar, daß Mannheim ein weiteres „heißes Wochenende“ erspart geblieben ist. Da nämlich war auf dem Paradeplatz ein zeitweise bis zu 2500 Personen starker Demonstrationzug in Auflösung begriffen, der friedlich ab 20 Uhr vom Neuen Mesßplatz durch die Gärtnerstraße und Mittelstraße über die Kurpfalzbrücke und den Luisenring in den Jungbusch gezogen war, um von dort zwischen den G- und H-Quadranten den Paradeplatz zur Schlußkundgebung anzusteuern.

In lautstarken Sprechchören wandte sich die Menge wie auch ein kleinerer Kundgebungszug in Sandhofen gegen jede Form von Rassismus, jedoch für ein uneingeschränktes Asyl- und Bleiberecht für alle Ausländer und ein uneingeschränktes Demonstrationsrecht. Tags zuvor hatte OB Gerhard Widder jegliche Ansammlungen und Kundgebungen auf der Schönau im Zusammenhang mit dem dort gelegenen Asylbewerber-Wohnheim untersagt. Vertreter eines breiten Aktionsbündnisses Mannheimer Gruppen hatten daraufhin die Illegalität der Demonstration anerkannt, bedauert und jegliche Verantwortung für das, was sich zusammenzubrauen schien, von sich gewiesen. Nach einer bundesweiten Mobilisationskampagne hatten Stadtverwaltung und Ordnungskräfte befürchtet, Hunderte von auswärtigen „Politrockern“ würden erneut die „Sicherheit und Ordnung gefährden“, hatten dem ausforschten und als gutwillig erkannten Mannheimer „Aktionsbündnis“ nicht mehr zuge-  
traut, Herr der Lage zu sein.

Ein in der Quadratestadt noch nie gesehenes etwa 1000köpfiges, durch SEK-Einheiten aus dem ganzen Land verstärktes Polizeiaufgebot hatte am Samstag alle Zugänge zur Stadt abgeriegelt und auch die Innenstadt mit unzähligen Kontrollpunkten gespickt. Gegen 17 Uhr machte die Gastronomie entlang der Planken die Schotten vorsorglich dicht. Zuvor hatte die Polizei mit richtiger Erlaubnis die Gaststätte „Pumuckl“ in L 14 durchsucht, in der die „logistische Zentrale“ der Gegenseite vermutet wurde. Tausende von Personen wurden rings um die Stadt überprüft, 189 (darunter 184 auswärtige) „in Gewahrsam genommen“, 51 hatten Waffen bei sich. Darunter eine Schußwaffe sowie „waffenähnliche Gegenstände“ (Ketten, abgebrochene Mercedes-Sterne, Wurfgeschosse), Schlagstöcke, Vermummungsmittel und Passivbewaffnung wie Motorradhelme. OB Widder rechtfertigte das Demonstrationsverbot: „Nur durch die intensive Vorbeugung sind erneute Gewalttaten verhindert worden“, so Widder.

Auf der Schlußkundgebung auf dem Paradeplatz betonten Demonstranten in Kundgebungsbeiträgen, Gewaltfreiheit und Solidarität mit bedrohten ausländischen Mitmenschen, sie verurteilten dagegen in scharfer Form das Vorgehen der Polizei im Vorfeld der Demonstration, die sogar in anderen Städten wie Karlsruhe und Freiburg mutmaßliche Sternfahrer nach Mannheim an der Abreise gehindert hatte.

Zu einer bewegenden Szene war es während der von der Polizei geduldeten und begleiteten Demonstration in der Neckarstädter Mittelstraße gekommen, als der Zug anhielt und vor einer Ausländer-Unterkunft die „Internationale Solidarität“ hochleben ließ. Auf dem Luisenring fühlten sich Demonstranten provoziert, als gegenüber J 7 eine Bundesflagge gezeigt und von einem Balkon ein Wurfgeschöß auf die Menge geschleudert wurde, worauf prompt von unten eine Fensterscheibe eingeworfen wurde.

102

# Polizei kesselt Demonstranten ein

Großdemonstration gegen Rassismus in Mannheim / Polizei kesselt Autokonvois ein / 250 Menschen „vorübergehend in Gewahrsam genommen“ / Demonstrationen auch in anderen Städten

Von Klaus-Peter Klingelschmitt

Frankfurt/Main (taz) — Trotz einem von der Stadt Mannheim erlassenen und vom zuständigen Verwaltungsgericht bestätigten Verbot demonstrierten am Sonnabend „spontan“ rund 2.500 Menschen friedlich Solidarität mit den AsylbewerberInnen in der Ex-US-Kaserne im Stadtteil Schönau. Seit zwei Wochen sind die dortigen Flüchtlinge den Anfeindungen der deutschen Bevölkerung ausgesetzt. Daß es nicht zu den im Vorfeld befürchteten Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und der martialisch auftretenden Polizei kam, lag — so eine Sprecherin des Aktionsbündnisses — an der „Besonnenheit der Demonstrationswilligen“, die sich von den eingesetzten Hundertschaften der Bereitschaftspolizei nicht hätten provozieren lassen. Ein Sprecher der Polizei führte den „relativ friedlichen Ablauf“ dagegen auf die zahl-

reichen „Kontrollpunkte“ rund um den Stadtteil Schönau zurück. So wurde etwa der Autokonvoi der Solidaritätsdemonstranten aus dem Rhein-Main-Gebiet schon im Nachbarstadtteil Sandhofen gestoppt und eingekesselt. Über zwei Stunden, so eine Demonstrantin aus Frankfurt, seien die Fahrzeuge von der Polizei blockiert worden. Der Polizei verdächtige PKW aus Richtung Süden wurden bereits in Karlsruhe gestoppt. Dabei seien — nach Polizeiangaben — insgesamt 250 Menschen „vorübergehend in Gewahrsam genommen“ worden. Erste Meldungen, wonach bei diesen Demonstranten „Revolver“ sichergestellt worden seien, wurden später korrigiert. Es habe sich, so ein Polizeisprecher, lediglich um Schreckschußpistolen gehandelt.

Wie Mitglieder des „Aktionsbündnisses gegen Rassismus“ und der als Mitveranstalter fungierenden Grünen in Mannheim berichten, sei

es einer Gruppe von etwa 50 Demonstranten trotz der massiven Polizeipräsenz gelungen, bis nach Schönau vorzudringen. Dort seien die Solidaritätsdemonstranten dann auf rund 200 BürgerInnen gestoßen, die ausländische Parolen gerufen hätten. Nachdem sich knapp 50 ausländische Jugendliche in den Protestzug eigeiht hätten, seien die „Bürger“ auseinandergeschieden.

Der Haß der deutschen Stadtteilbevölkerung richtet sich noch immer gegen die AsylbewerberInnen, obgleich inzwischen feststeht, daß die als Auslöser für die massiven Feindseligkeiten gegen die Flüchtlinge geltende Vergewaltigung eines Mädchens den wenigen Schwarzafrikanern im Lager Schönau nicht angelastet werden kann. Der inzwischen gefaßte Täter ist ein farbiger Zivilangestellter der US-Armee.

Am Abend stürmte die Polizei auf der Suche nach „militanten Demonstranten“ und auf richterliche An-

ordnung noch das Szenelokal „Pumuckel“ — ergebnislos. In zahlreichen westdeutschen Städten fanden zeitgleich Solidaritätsdemonstrationen statt. In München, so das Aktionsbündnis, habe die Polizei eine Spontandemonstration „mit Bruchialgewalt zerschlagen“. Auch in Hamburg sei es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen.

## ■ Festnahmen in Rostock

Rostock (dpa) — Die Rostocker Polizei hat am Sonnabend bei Auseinandersetzungen mit Demonstranten gegen Versammlung der rechtsradikalen Deutschen Volksunion (DVU) 40 Personen vorläufig festgenommen. Eskaliert war die Situation nach Aussage der Polizei, als die Demonstranten den Eingang zum Tagungsort blockierten und den Teilnehmern der DVU-Veranstaltung den Durchgang verweigerten. Daraufhin sei der Eingang geräumt worden.

## Hubschrauber über Mannheim

Riesiges Polizeiaufgebot bei Demonstration für Asylrecht

MANNHEIM, 14. Juni (AP/hdw). Eine Woche nach dem harten Vorgehen der Polizei in Mannheim ist eine zweite Demonstration gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit am Samstag in der baden-württembergischen Stadt weitgehend friedlich verlaufen. Angaben der Landespolizeidirektion Karlsruhe vom Sonntag zufolge wurden allerdings 189 der insgesamt 2500 Teilnehmer vorübergehend festgenommen, weil sie unter anderem Baseballschläger, feststehende Messer und Schreckschußwaffen mit sich führten. Verletzte habe es nicht gegeben.

Etwa 1000 Polizisten hatten vor der Demonstration, unterstützt von mit Hubschraubern ausgerüsteten Sonder-Einsatz-Kommandos, sämtliche Zufahrten zur Stadt abgeriegelt, um auswärtige Demonstranten von der Teilnahme am Protest abzuhalten.

Zuvor waren etwa 150 Demonstranten, die ursprünglich nach Mannheim wollten, durch die Karlsruher Innenstadt gezogen. „Die Protestaktion verlief absolut friedlich“, sagte der Polizeisprecher. Da die Behörden gewalttätige Auseinandersetzungen in Mannheim befürchtet hätten,

sollten die Demonstranten zunächst nicht reisen. Daraufhin hätten sie spontan in Karlsruhe demonstriert. Auch in Freiburg verhinderte die Polizei die Abreise von Demonstranten, die nach Mannheim wollten.

Die Mannheimer Solidaritätsdemonstration für das Recht auf Asyl war vom Oberbürgermeister der Stadt, Gerhard Widder (SPD), und vom Verwaltungsgericht mit Hinweis auf mögliche Ausschreitungen verboten worden. Die Polizei hatte auf richterliche Anordnung auch ein Lokal durchsucht. Die Vermutung, daß sich dort militante Demonstranten aufhielten, habe sich nicht bestätigt.

Am Pfingsttag waren in Mannheim bei der Auflösung einer nicht angemeldeten Demonstration sieben Personen, darunter zwei Polizisten, verletzt und 142 Menschen festgenommen worden. Auslöser des Protestes waren befürchtete Übergriffe von Nachbarn auf ein Asylantenwohnheim im Mannheimer Stadtteil Schönau gewesen.

FR 15.6.82



15.6.92

Demonstration ohne Zwischenfälle

## Auf anderem Kurs

Von Ute Janik

Die Schlagstöcke der Polizisten blieben diesmal stecken, und die Demonstranten kämpften nur mit Worten für ihre Ziele. Die befürchtete Randalie blieb am Samstagabend aus. Das aufsehenerregendste an diesem Abend war zweifellos das massive Polizeiaufgebot. Die Schönau sah aus wie im Belagerungszustand, und im feinmaschigen Netz an Kontrollstellen gab es so gut wie keine Schlupflöcher. Zugriffen - und zwar rigoros - hat die Polizei aber nur bei den Vorkontrollen, dem Demonstrationszug durch die Innenstadt ließen die Beamten trotz des Verbots seinen Lauf. Die Frage, warum dies nicht auch in der Vorwoche so hatte sein können, wurde noch am Samstagabend von Demonstranten und Bürgern debattiert. So versuchte einer der Redner bei der Kundgebung am Paradeplatz die Argumente der Polizei als fadenscheinig zu entlarven: „Wer wirft denn hier mit Steinen? Das ist doch alles Unsinn!“

Der Redner hatte allerdings eines nicht bedacht: Zu diesem Zeitpunkt waren bereits über 150 Personen in Polizeigewahrsam. Darunter 51 Bewaffnete, denen es mit Sicherheit nicht um die Belange der Asylbewerber ging. Die Tatsache, daß potentiell gewaltsame Demonstranten, diesmal im Vorfeld festgehalten worden waren, stellen die Polizei und Oberbürgermeister Widder gestern als entscheidenden Un-

terschied zur ersten Demonstration heraus. In der Tat gab es am vergangenen Samstag eindeutig Situationen, in denen die friedfertige Stimmung leicht hätte umschlagen können, wenn eine größere Zahl Provokateure dagebewesen wäre. So wurde es am Neuen Meßplatz ganz schön brenzlich, als die radikaleren Demonstranten plötzlich Richtung Norden ziehen wollten. Und die Mehrzahl der Leute, die am späten Abend vors Polizeipräsidium marschierten, hatten sichtlich noch nicht genug Nervenkitzel genossen. Die Taktik der Vorkontrollen war damit der sicherste Weg, erneute Zusammenstöße zu verhindern.

Es ist zum Teil der Besonnenheit der Polizei zu verdanken, daß die Lage trotz des erneuten Verbots nicht weiter eskalierte, aber nicht nur der Polizei. Auch das Aktionsbündnis gegen Rassismus schlug einen anderen Kurs ein. So hatte es diesmal nach Aussprache des Verbots nicht mehr zur Teilnahme aufgerufen und am Abend ganz entscheidend dazu beigetragen, daß sich die Versammlung auflöste.

Hoffentlich sind dies Anzeichen dafür, daß die Lawine, die da Ende Mai bei Feindseligkeiten vor dem Asylbewerberheim in Schönau losgetreten wurde, zum Stillstand kommt. Und daß politische Auseinandersetzungen in Mannheim wieder so geführt werden, wie es in der Demokratie sein muß: ohne Gewalt.

## RHEINPFALZ 15.6.92 „Gewalttäter haben keine Chance“

### OB Widder zur Demo

„In dieser Stadt haben weder Gewalttäter von links noch solche von rechts eine Chance.“ Das betonte gestern Oberbürgermeister Gerhard Widder vor der Presse mit Hinblick auf die Demonstration am Samstag. Er hoffe, daß „wir sehr bald zurückkehren können zu ungestörten und friedlichen Demonstrationen, wie sie in Mannheim Tradition haben“.

Nur durch den engagierten Polizeieinsatz sei es allerdings möglich gewesen, die gewaltbereiten Demonstranten von den friedfertigen zu trennen. Damit habe die Polizei letzteren eine ungestörte Versammlung erst ermöglicht. „Wer immer anderes behauptet, tut dies in Kenntnis dessen, was hier auf dem Tisch liegt“, betonte er angesichts der beschlagnahmten Waffen. Widder dankte der Bevölkerung für ihr Verständnis bei den umfangreichen Kontrollen.

Der OB erklärte, es werde auch weiterhin alles getan, um die Bewohner des Asylbewerberheimes in Schönau zu schützen. „Wer in dieser Stadt lebt, genießt unabhängig von der Nationalität den Schutz unserer städtischen Gemeinschaft und des Rechtsstaates.“ Die Stadt mache da keine Unterschiede. Es sei offenbar einigen entgangen, daß Polizei und Stadtverwaltung bei den drohenden Übergriffen auf die Sammelunterkunft am 28. Mai „mit aller Konsequenz“ gegen die Aggressoren vorgegangen seien. (uja)

★  
Zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten ist es in Mannheim gekommen. Die Beamten nahmen 250 Menschen vorübergehend in Gewahrsam, weil sie bei ihnen Waffen vermuteten. Die geplante Demonstration für das Asylrecht war zuvor verboten worden.

Münchener  
Abendzeitung  
15.6.92



Nicht genehmigt, aber friedlich: Demonstration auf dem Mannheimer Paradeplatz. (Foto: Kunz)

RP, 15.6.92

## Demonstration friedlich verlaufen

Großes Polizeiaufgebot bei nicht genehmigter Versammlung in Mannheim

MANNHEIM (uja). Friedlich verlaufen ist eine nicht genehmigte Pro-Asyl-Demonstration am Samstagabend in der Mannheimer Innenstadt, an der laut Polizei über 2000 Menschen teilnahmen. Über 1000 Polizeibeamte waren im Einsatz, um vor allem mit umfangreichen Vorkontrollen auswärtige Demonstranten der linksradikalischen Szene abzufangen. 189 Personen wurden vorläufig festgenommen, bei 51 von ihnen fanden sich unter anderem Metallketten, Schußwaffen, Schlagstöcke und eine Axt. Alle kamen noch in der Nacht zum Sonntag wieder frei.

Die Demonstration war am Freitag untersagt worden, weil der Polizei Erkenntnisse vorlagen, daß auswärtige Krawallmacher nach Mannheim anreisen wollten. Nach dem Verbot, das der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof am Samstag bestätigt hatte, zog einer der Initiatoren,

das Aktionsbündnis gegen Rassismus, den Aufruf zurück. Bundesweit hatten jedoch verschiedene Gruppierungen zur Teilnahme aufgerufen. Die Versammlung war im Stadtteil Schönau geplant, wo Ende Mai Übergriffe der Bevölkerung auf das Asylbewerberheim in der dortigen Gendarmerie-Kaserne gedroht hatten.

An sämtlichen Zufahrtsstraßen gab es Fahrzeugkontrollen, der Bereich um das Asylbewerberheim in Schönau war komplett gesperrt. Am Abend versammelten sich zunächst rund 100 Pro-Asyl-Demonstranten auf dem Paradeplatz in der Innenstadt und zogen weiter durch die Neckarstadt. Während dessen wuchs der Zug ständig an. 170 auswärtige Demonstranten hielt die Polizei im Schönauer Nachbarstadtteil Sandhofen zurück, wo sie einen eigenen Demonstrationzug starteten.

Die Polizei griff im Gegensatz zum

vorangegangenen Samstag, als bei gewaltsamer Auflösung einer Demonstration mindestens sieben Menschen verletzt worden waren, nicht ein. Begründet wurde dies damit, daß es diesmal gelungen sei, die gewaltbereiten Störer schon bei den Vorkontrollen abzufangen. „Unsere Taktik ist voll aufgegangen“, erklärte gestern der Einsatzleiter der Polizei, Hartmut Lewitzky, vor Journalisten. Es handelte sich um den bisher größten Polizeieinsatz in Mannheim mit Einsatzkräften aus ganz Baden-Württemberg. 120 Demonstranten wurden bereits an der Abfahrt in Karlsruhe gehindert, der Großteil von 230 Demonstranten aus dem Raum Frankfurt kehrte angesichts der rigorosen Kontrollen um. „Erst der engagierte Polizeieinsatz hat sichergestellt, daß die, die in friedlicher Absicht demonstrieren wollten, dies tun konnten“, sagte Oberbürgermeister Widder.

### Großes Polizeiaufgebot verhindert neue Krawalle

MANNHEIM (swz). Angesichts eines Polizeiaufgebots von mehr als 1000 Beamten sind am Wochenende in Mannheim bei erneuten Asyl-Demonstrationen die befürchteten Ausschreitungen ausgeblieben. Zwei spontane, nicht genehmigte Demonstrationen mit über 2000 Teilnehmern am Samstag sind nach Polizeiangaben friedlich verlaufen. Mehrere hundert Personen seien überprüft, 189 vorübergehend in Gewahrsam genommen und gestern morgen wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Δ Weiterer Bericht: Südwest.

RP, 15.6.92

An Zynismus kaum noch zu übertreffen...

# RHEINFAL 2 15. Juli 52 Wenn Wasserverfer in der Abendsonne warten

## Ein Mannheimer Abend ohne größere Zwischenfälle - Zurückhaltende Polizisten und überwiegend friedfertige Demonstranten

In den Hof der Gendarmen-Kaserne in der Lilienthalstraße scheint die Abendsonne. Es ist 17.30 Uhr. Der Hof gleicht einem Heerlager, zehn Polizeibusse stehen hier einsatzbereit, dazu ein Wasserverfer mit einem 9 000-Liter-Tank. Trotz der äußeren Ruhe ist die Spannung spürbar. Polizisten trinken Kaffee aus Plastikbechern, ein Asylbewerber spielt mit einem kleinen Jungen Fußball. Oberbürgermeister Gerhard Widder führt vor dem roten Feuerwehrwagen mit der Aufschrift „Einsatzleitung“ ein Funkgespräch. Im Vorgarten nebenan ist eine Schönauer Familie am Campingschisch ihr Abendbrot.

Die Kaserne ist weitläufig abgesperrt, es gibt gestaffelte Vor- und Nachkontrollen. „Wir haben bisher 50 Personen an den Kontrollstellen in Gewahrsam genommen“, hält Polizei-Pressesprecher Volker Dresler Journalisten auf dem laufenden. Ein Polizeibeamter im Wagen hört einen Funkspruch ab: „Auf dem Paradeplatz haben sich 50 bis 70 Personen versammelt, die sich aber völlig ruhig verhalten.“ Auch nach 18 Uhr gibt es keine Spur von Demonstrationen auf der Schönau.

Eine Stunde später auf dem Paradeplatz: Vertreter der Sozialistischen Arbeitergruppe spannen ein rotes Transparent auf. Sie erinnern an den Polizeinsatz eine Woche zuvor. „Da wurden hier 300 Menschen aufs Bru-

talste überfallen.“ Die Gruppe auf dem Paradeplatz wächst und macht sich schließlich auf, über die Kurpfalzbrücke bis zum Neuen Meßplatz zu ziehen. „Hoch die Internationale Solidarität“, hallt es durch die Breite Straße. Ein paar bunte Punks sind

dazwischen, sonst mutet die Menge friedfertig an. Immer mehr junge Leute schließen sich an. Ein Polizeiwagen fährt voraus wie bei einer geringfügigen Demo. „Man muß doch dabei sein, wenn was abgeht“, findet ein Jüngling mit Pubertätspickeln.

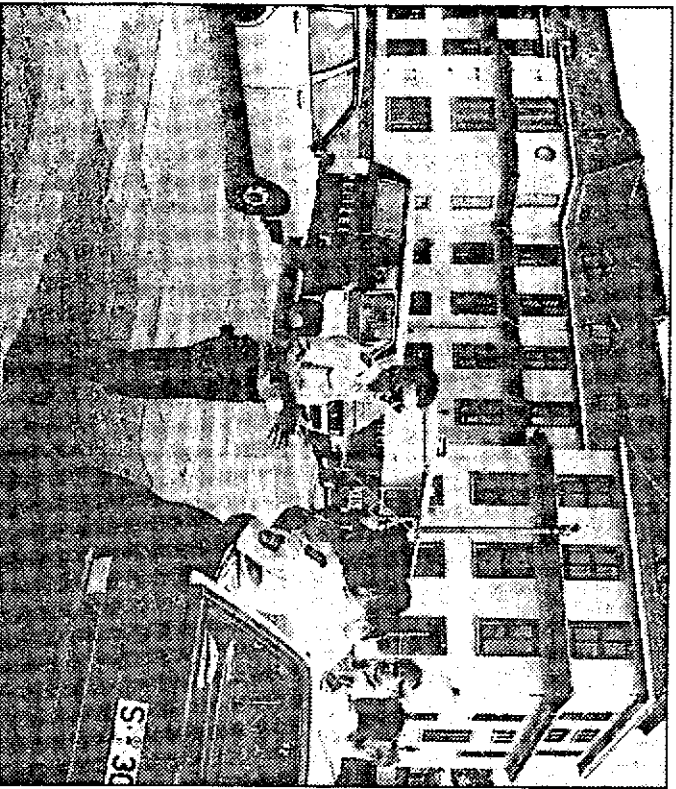
„So ein Chaotenpack“, schimpft ein Neckarsüdköder vor einer Kneipe in der Schirmerstraße.

Um 20 Uhr ist der Zug am Neuen Meßplatz. Polizeiwagen und -busse säumen den Straßenrand. Gerüchte, daß in Sandhofen 200 weitere Demonstranten eingetroffen seien, machen die Runde. Der Zug stockt. Auf einmal liegt die Entscheidung in der Luft. Gehen wir nach Süden zurück in die Stadt oder nach Norden - Richtung Schönau? „Wir werden ja sehen, ob sie abbiegen“, meint ein junger Beamter an einem Polizeiwagen. „Da hoch lassen wir sie nicht!“ Die ersten Vermutungen sind zu sehen, wollen unbedingt nach Norden ziehen. Hier fern sich Wortgefechte mit den anderen. „Ich lauf doch nicht freiwillig in die Schlagstöcke rein!“ ruft eine Mannheimerin. Der Zug setzt sich wieder in Bewegung - Richtung Innenstadt. Die Polizei schätzt die Zahl später auf über 2 000.

Um 21.30 Uhr hören noch ein paar hundert der Kundgebung auf dem Paradeplatz zu. Sie scheinen müde. „Ein Gruß aus Bielefeld“, ruft einer ins Mikrofon. „Wir sind die Einzigen, die heute durchgekommen sind!“ Die Bielefelder fahren einen gelben Kleinbus mit Megaphon an den Paradeplatz, lassen Musik laufen. Die ersten Pärchen knutschen auf dem Rasen. Von Ludwigshafen dringen die Bllerschlüsse des Feuer-

werks herüber. Alles scheint gelautet. Um 23 Uhr plötzlich doch wieder Bewegung: Rund 100 Leute wollen vor's Polizeipräsidium ziehen, um

„die Gefangenen rauszuholen“. Es sind jetzt einige Männer mit schwarzen Kapuzen und Schals vor dem Gesicht dabei. Zwischen M 5 und L 6 bilden behelmte Polizisten eine Barriere. „Haut ab!“ kreischen einige der Vermutungen. Ein halbes Dutzend Leute in Lederkluft und Kapuzenjacken ballen die Faust. „Wir haben Haß!“ Passanten gehen sicherheits halber in Hausengänge. Es riecht nach Zoff. Zögernd macht die Gruppe kehrt, ein Teil davon taucht kurz darauf gegenüber dem Präsidium in der Bismarckstraße auf. Polizisten formieren sich vor dem Präsidium, die Schilde in der Hand. Der gelbe Bus der Bielefelder taucht auf. „Wir konnten trotz des Verbots demonstrieren, das ist soweit okay“, ruft Heiner Dribbusch vom Aktionsbündnis gegen Rassismus durchs Megaphon. „Die Polizei hat uns wegen, sobald wir uns auflösen. Keine Randalen jetzt!“ Der Appell hat Erfolg. Nur noch wenige bleiben stehen, warten ab. Es ist jetzt Mitternacht. Ein Kameramann schultert nochmal sein Gerät. Die Polizei läßt fünf Demonstranten frei. Ein paar Leute klatschen, dann kehrt Stille ein. (jfa)



Gespannte Ruhe: Polizisten im Hof der Gendarmen-Kaserne. (Foto: Kunz)

# Friedlicher Zug durch die Innenstadt

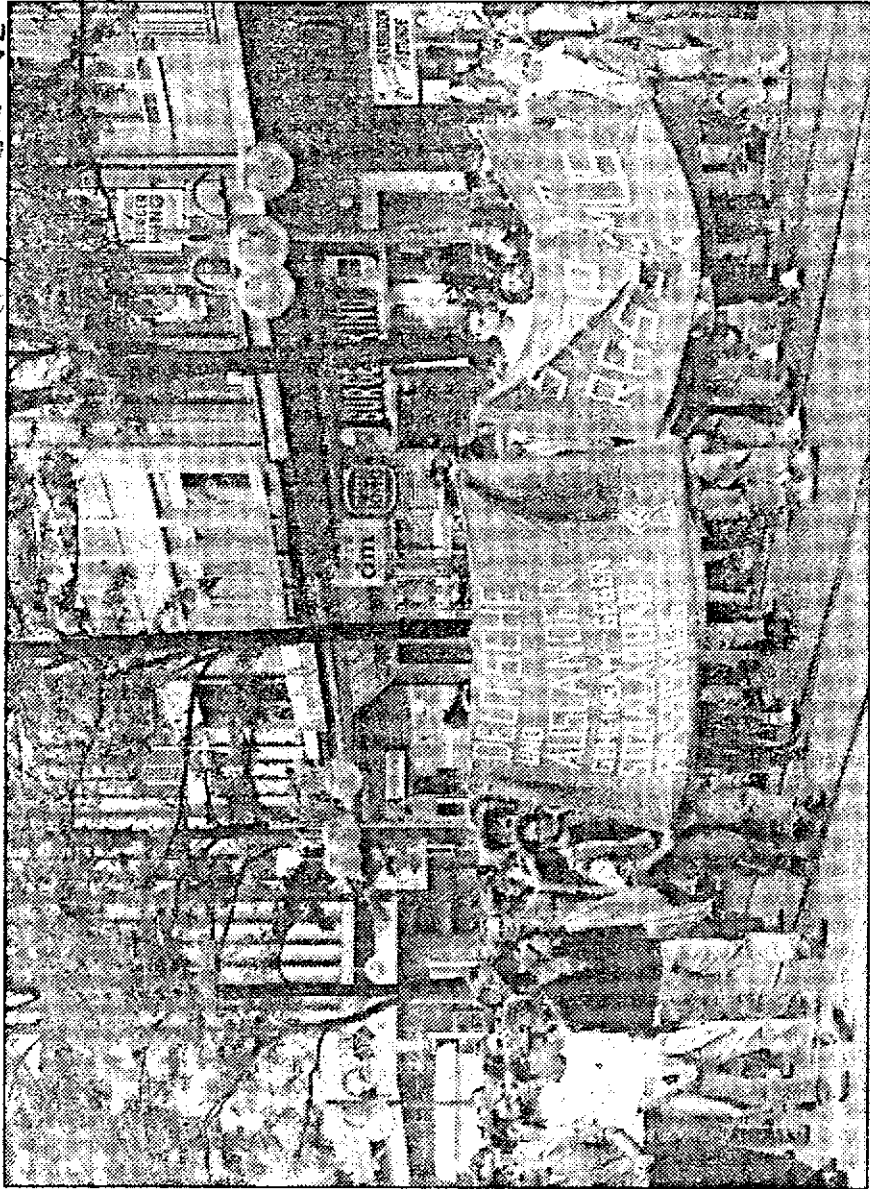
Polizei greift in verbotene Demonstration nicht ein - Nahezu lückenlose Vorkontrollen rund um die Stadt

RP 15.6 92

Vor dem Polizeipräsidentium, wo um Mitternacht fünf vorläufig festgenommene junge Leute freigelassen wurden, endete am Samstagabend eine mehrstündige Pro-Asyl-Demonstration mit über 2 000 Menschen. Im Gegensatz zum Wochenende zuvor gab es keinerlei Zusammenstöße mit der Polizei, niemand wurde verletzt. Auf der Schönnau, wo die am Freitag untersagte Demonstration hatte stattfinden sollen, blieb es ruhig. Das Polizeiaufgebot war mit weit über 1 000 Beamten aus ganz Baden-Württemberg das größte, das je in Mannheim im Einsatz war.

Bei nahezu lückenlosen Vorkontrollen wurden 189 Menschen in Polizeigewahrsam genommen. Oberbürgermeister Gerhard Widder und der Einsatzleiter der Polizei, Hartmut Lewitzky, erklärten gestern vor der Presse, aufgrund des Abfanges gewaltbereiter auswärtiger Demonstranten sei es der Polizei diesmal möglich gewesen, flexibel zu reagieren und nicht einzugreifen. „Wesentliches Element unserer Taktik war es, zu verhindern, daß gewaltbereite Demonstranten auf die Schönnau gelangen“, so Lewitzky. „Die Taktik ist voll aufgegangen“, zeigten er und Polizeipräsident Knut Feldmann sich erleichtert. Ab dem Nachmittag gab es an allen Stadtfahrten Kontrollen. Bei 51 der 189 Festgenommenen wurden Waffen gefunden, darunter eine Kette, eine Axt, ein Beil, Schußwaffen, ein Behälter mit einer ätzenden Flüssigkeit und Schlagstöcke. In Karlsruhe wurden rund 120 Personen, die sich zur Busfahrt versammelten, zurückgehalten, ein Großteil Richtung Frankfurt anreisten, drehten angesichts der strengen Kontrollen um.

„Wäre die Demonstration genehmigt worden, wären diese Kontrollen nicht möglich gewesen“, verwies Lewitzky auf das Demonstrationsverbot, das der Mannheimer Verwaltungsgerichtshof am Samstag mittag



Quer durch die Innenstadt zog sich der Demonstrationzug am Samstagabend. (Foto: Kühr)

bestätigt hatte. Grund waren die Erkenntnisse der Polizei, daß zahlreiche Störer der linksradikalen Szene zur Fahrt nach Mannheim rüsteten. Zu der Demo hatte unter anderem das Aktionsbündnis gegen Rassismus aufgerufen, nachdem es Ende Mai zu ausländerfeindlichen Aktionen vor dem Asylbewerberheim in der Schönnauer Gendarmerie-Kaseme gekommen war. Nach dem Verbot zogen die Anmelder den Aufzug zurück.

In der Innenstadt sammelten sich abends zunächst 50 bis 70 Menschen, die sich gegen 19 Uhr zum Demonstrationzug über Breite Straße und

Kurfalzbrücke bis zum Neuen Meßplatz formierten. Die zeitweise rund 2000 Menschen hätten sich friedfertig verhalten, betonte Lewitzky. Einen kritischen Moment habe es dennoch gegeben, als auf dem Meßplatz darüber diskutiert wurde, ob der Zug Richtung Schönnau weitermarschieren statt zum Paradeplatz zurückkehren solle, was schließlich geschah. „Das war die entscheidende Phase“, betonte Lewitzky. Rund 170 Auswärtige waren außerdem nach Sandhofen gelangt, wo sie mehrere Stunden von der Polizei zurückgehalten wurden und dann einen eigenen De-

monstrationzug bildeten. Am späten Abend zogen etwa hundert Demonstranten vors Polizeipräsidentium und forderten, die dort Festgehaltenen freizulassen. Die Polizei ließ schließlich fünf Personen frei. Lewitzky lobte ausdrücklich, daß die Anmelder der Versammlung in dieser Phase dazu aufriefen, die Versammlung aufzulösen. Bis gestern morgen um 5.30 Uhr wurden alle Festgenommenen auf freien Fuß gesetzt. „Wir sind guter Hoffnung, daß der auswärtige Kreis nun wegbleiben wird“, zeigte sich der Einsatzleiter für die Zukunft optimistisch (via)

# Mannheimer Verhältnisse

Antirassistische Demonstrationen

Doch einige Menschen versammelten sich im Laufe des Nachmittags am Paradeplatz, trotz Polizeiwannan und ausgerüsteten Polizisten. Noch gegen 17.00 Uhr wurden GenossInnen der TKP/ML beim Flugblatt verteilen festgenommen. Die Polizei war offensichtlich auf der Suche nach einem VSP-Flugblatt mit der Überschrift „Polizeiterror verhindert Solidaritätsaktion“, welches für illegal wegen

Hetze gegen die Staatsgewalt erklärt wurde.

Auf dem gesamten Platz herrschte gedrückte, angespannte Stimmung. Gegen 18.00 Uhr, inzwischen waren ca. 100 Menschen auf dem Platz verteilt, zogen sich die Einsatzfahrzeuge in eine Seitenstraße zurück. Langsam kam wieder Leben in die Anwesenden. Diskussionen wurde geführt. Von einzelnen VSPlern, der SAG und von DIDEF wurde die Initiative für eine improvisierte Kundgebung mit eventuell anschließender Demo — trotz Verbot — ergriffen. Einige innerhalb der Bewegung stellten sich gegen dieses Vorgehen, da sie ähnlich Ereignisse wie ein Woche zuvor befürchteten.

Bezeichnenderweise waren es die älteren und seit langem „etablierten“ GenossInnen der verschiedenen linken Organisationen (z.B. BWK, PDS, VSP) und des Aktionsbündnisses gegen Rassismus, die abwartend, passiv bis massiv ablehnend reagierten. Der überwiegende Teil der Jüngeren und die ImmigrantInnen setzten sich für eine Demo ein. Dies erwies sich kurz darauf auch als richtige Einschätzung der Stimmung. Es formierte sich ein Zug mit ca. 100 TeilnehmerInnen, hauptsächlich Jugendliche und ImmigrantInnen.

Von Anfang an hatte die Demo ihre eigene Dynamik, nicht zu vergleichen mit den sonst lahmen Demos. Diese neue Ausstrahlung führte dazu, daß sich schon auf den ersten 500 Metern viele PassantInnen, in erster Linie ImmigrantInjüngendliche anschlossen. Dazu kam nach einer guten halben Stunde eine kleinere Demo aus einem anderen Stadtteil. Weiter ging der Zug durch die Viertel der Arbeitsimmigration, mit Zwischenkundgebungen vor Cafés und einem Asylbewerberwohnheim. Der Demonstrationzug wuchs auf über 2000 Menschen an. Die dominierende Parole war „Hoch die internationale Solidarität!“

Ulrich Demel/Evelyn Roth/  
Marc Fischer

Aus Soz Aktuell

„der Schönauer Mob“ müsse gezeigt bekommen, daß er nicht ungestraft seinen Rassismus ausleben kann. Die von ihnen vertretene Position ging davon aus, daß alle, die nicht ihren Vorschlägen folgen, rassistisch seien. So versuchten sie, die politische Diskussion mit moralischem Druck zu ersticken. Auf einem Treffen der antirassistischen Bewegung am 1.6. trat diese Gruppe mit einem eigenen Demoauftrag für den 6.6. auf.

Nachdem die am 6.6. in Schönau geplante Demo verboten und für den gesamten Stadtbereich ein Versammlungsverbot ausgesprochen worden war, mußten die Ankomenden aus anderen Städten umgeleitet werden und landeten in der Mannheimer City auf dem Paradeplatz. Gegen 19.00 Uhr befanden sich dort 250 bis 300 vorwiegend autonome DemonstrantInnen.

Zweimal forderte die Polizei auf, den Paradeplatz zu räumen, zuletzt unter Androhung von Gewalt, wenn dies nicht innerhalb von fünf Minuten geschehe. Die fünf Minuten waren noch nicht ganz verstrichen, und die ersten DemonstrantInnen begannen den Platz zu verlassen, da

kam der Einsatzbefehl der Polizei. Die bis dahin völlig friedliche Versammlung wurde unter den Augen der in großer Anzahl anwesenden Bevölkerung auf die brutalste Weise überfallen. Die Auseinandersetzungen dauerten über eine Stunde an. Ein Jugendzentrum wurde aufgebrochen um Schutzsuchende zu verhaften. Es gab sieben Verletzte, mehrere leicht Verletzte. 140 Verhaftete wurde bis zu zehn Stunden festgehalten. Ein antirassistische Ermittlungsausschuß will die Ereignisse untersuchen und dokumentieren. Gegen den Bürgermeister und den Einsatzleiter der Polizei wurde Anklage erhoben.

Eine zweite Demo gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit fand eine Woche später statt. Schon am Samstagvormittag, am 13.6.92, wurden in der gesamten Stadt einige Hundertschaften Polizei zusammengezogen. Mittags kam die Abriegelung an den Zufahrtsstraßen dazu. Damit sollten ein verhängtes Demonstrationsverbot für Schönau, de facto aber für ganz Mannheim mit Gewalt durchgesetzt werden. Die Straßen- und Eiscafés der Innenstadt waren angewiesen, ab 17.00 Uhr ihre Läden geschlossen zu halten.

Damit sollte eingeschüchert werden. Dies gelang, alle Aktivitäten wurden abgesagt, nur ein Infotisch blieb übrig. Unter den AktivistInnen war die Angst verbreitet, daß sich ein Prügeleinsatz wie am vorangegangenen Samstag wiederholen könnte. Dies war auch, wie die Verhaftungen und die Durchsuchung einer linken Kneipe zeigten nicht unbegründet.

Seit dem 26.5.1992 ist das Flüchtlingsmülllager (eine ehemalige Gendarmeriekaserne) im Mannheimer Stadtteil Schönau, in dem jugoslawische Flüchtlinge, Albaner und Ghanesen leben, Ziel rassistischer Angriffe.

Am Donnerstag, dem 28.5.92 kam es dabei zu pogromartigen Ausschreitungen, die den bisherigen Höhepunkt der „Schönauer Ereignisse“ darstellen. Begonnen hatte es auf einem in der Nähe des Mülllagers stattfindenden Volksfest. Dort machte ein längts widerlegtes Gerücht die Runde: Ein afrikanischer Lagerbewohner habe ein 15jähriges Mädchen vergewaltigt. Was sonst nur ein müdes Achselzucken hervorruft, war diesmal Anlaß, daß mehrere hundert Menschen vor das Mülllager zogen. Dort brüllte die Menge rassistische Parolen, warf Steine und drohte gar, das Lager zu stürmen. Nur die Absperrung der Kaserne durch die Polizei konnte dies verhindern.

In Schönau entlud sich vordergründig der durch die „Asyldebatte“ regierungsamtlich geschürte Rassismus. Aber die wirkliche treibende Kraft war die Wut über die sich verschärfende soziale Ausgrenzung. Schönau ist ein Stadtteil mit überdurchschnittlich hoher Erwerbslosenquote, geringen Zukunftsaussichten für Jugendliche, Drogenabhängigkeit usw. Hier wohnen viele, die im Sinne des Wortes nichts zu verlieren haben — ein fruchtbarer Boden für die staatlich inszenierte Asylhetze, die die Unterdrückten spalten und gegeneinander aufhetzen und von den wahren Verursachern des sozialen Elends — den Banken und Konzernen — ablenken soll. Nicht ohne Grund kamen hier bei den letzten Kommunalwahlen die Repts und die NPD zusammen auf nahezu 20 Prozent der Stimmen.

Nachdem bekannt worden war, was in Schönau geschehen war, kam es zu den ersten Solidaritätsaktionen. Am Freitagabend demonstrierten rund 70 Menschen vor dem Lager ihre Solidarität mit den Flüchtlingen und machten eine kleine, aber beachtete Demonstration durch Schönau. Samstag abends trafen sich rund 120 Menschen vor dem Lager zu einer Solidaritätskundgebung. Die Stimmung, die den Demonstranten entgegenschlug war mehrheitlich ablehnend bis aggressiv. Nur wenige zeigten sich solidarisch.

Im Vorfeld der am 6. und 13.6. durchgeführten Demonstration kam es zu heftigen Diskussionen innerhalb der antirassistischen Bewegung, inwiefern es um einen politischen oder militärischen Kampf gehe. Insbesondere die autonomen Kräfte vertraten die Auffassung,

# Polizeieinsatz im Widerstreit der Meinungen 16.6.92 MM

## Oberbürgermeister Widder: „Asylbewerber bleiben unter unserem Schutz“

Lob und Kritik ernteten Oberbürgermeister Gerhard Widder sowie die Polizei nach dem Einsatz am vergangenen Samstag.

Wie berichtet, waren 1200 Beamte aus ganz Baden-Württemberg in Mannheim zusammengezogen worden, um Ausschreitungen durch militante Störer, die sich nicht durch ein Verbot einer Demonstration am Asylbewerberheim auf der Schönau an der Anreize abhalten ließen, zu verhindern. Tatsächlich beschlagnahmte die Polizei zahlreiche Schlaggegenstände und nahm bei massiven Kontrollen an allen Zufahrtstraßen 189 Personen in Gewahrsam. Gegen Abend ließ sie dann eine „spontane“ Demonstration in der Innenstadt und in Sandhofen zu.

In einer Stellungnahme der Grünen heißt es, „der friedliche Verlauf war auch deshalb möglich, weil die Leitung der polizeilichen Maßnahmen im Gegensatz zum letzten Wochenende in der Hand von besonnenen Polizeioffizieren lag“. Für den Kreisvorstand der Grünen hebt Günter Urbanczyk besonders den Ersten Polizei-

hauptkommissar Rolf Suthmann hervor, der unter anderem am späten Abend vor dem Polizeipräsidium in einer gespannten Situation erfolgreich zur Entschärfung beigetragen habe.

Die Freude über den erfolgreichen Ablauf der Aktionen dürfe, so die Grünen weiter, nicht darüber hinwegtäuschen, daß es Grundrechtsverletzungen gab. Die Verhängung des Demonstrationsverbots und die „Einschüchterung der Bevölkerung durch die Aufrufe von Oberbürgermeister und Polizeipräsident“ seien durch nichts zu rechtfertigen.

Dagegen meint Landtagsabgeordneter Max Nagel (SPD), daß das Demonstrationsverbot und das Verhalten der Polizei der Situation angemessen gewesen seien. „Wer OB und Polizei wegen deren Handlungsweise verurteilt beziehungsweise Strafanträge gegen sie stellt, muß sich fragen lassen, ob er Gewaltbereitschaft von zugereisten Randalierern billigend in Kauf nimmt und damit Eskalation zuläßt.“

Bereits wenige Stunden nach der Demonstration hatte Oberbürgermeister Widder nachdrücklich betont, daß alle

Bürger der Stadt und damit auch die Asylbewerber unter dem Schutz der Stadt stehen. Polizeioberrat Hartmut Lewitzki, der den Einsatz leitete, freute sich über den friedlichen Verlauf der abendlichen Demonstration und erklärte, am Pfingst-

samstag sei die Situation anders gewesen, da sich auf dem Paradeplatz zahlreiche gewaltbereite Störer versammelt hätten. Das würden unter anderem auch die bei der Auflösung der Demonstration beschlagnahmten Schlagwaffen belegen. Jan

Parallel zu den Ereignissen in Mannheim können Skinheads auf der anderen Rheinseite ungestört ihren Aktivitäten nachgehen. 99

RP, 16.6.92

## Skinheads halten Polizei in Atem

### Einsätze am Wochenende

LUDWIGSHAFEN (red). Ein ereignisreiches Wochenende meldet die Polizei des Landkreises Ludwigshafen. Zu schaffen machten den Beamten wieder in starkem Maße die Einsätze wegen Ruhestörung - weit über 20 Fälle - sowie 13 tatsächliche und angebliche Schlägereien. Einsatzschwerpunkte bildeten das Spargelfest in Dudenhofen, Schifferstadt und das Naherholungsgebiet bei Waldsee, wo es in der Nacht zum Sonntag zu Auseinandersetzungen mit Jugendlichen kam. Insbesondere in Dudenhofen mußte die Polizei mehrmals mit starken Kräften erscheinen, weil sich Bürger durch Skinheads bedroht fühlten. Am Einsatzort selbst relativierten sich manche Meldungen, Ausschreitungen gab es nicht. In einem Falle mußten die Beamten der Schutzpolizeiinspektion Schifferstadt allerdings einer Gruppe von acht Skinheads einen Platzverweis erteilen. Deren Wortführer, der sich besonders aggressiv verhielt, wurde vorübergehend in Gewahrsam genommen und muß mit einer Strafanzeige rechnen. Weitere Meldungen über Skinheads-Aktivitäten stellten sich zumeist als Streitereien zwischen Einzelpersonen dar.

Obwohl, wie die Polizei betonte, der Tatort auf einem Campingplatz bei Waldsee von den Beamten unverzüglich angefahren wurde, konnte eine Gruppe angeblicher Skinheads, die zuvor dort einen Mann geschlagen hatte, nicht mehr angetroffen werden; die Ermittlungen nach den Tätern dauern an. Ebenfalls am frühen Sonntagmorgen wurden der Polizei Sachbeschädigungen von Jugendlichen im Bereich der Neuen Pforte in Mutterstadt mitgeteilt. Die Beamten stellten acht junge Leute fest, die alkoholisiert Fensterscheiben eingeworfen haben sollen.

## Gegen Gewalt MM, 16.6.

Mit einem massiven Aufgebot von 1200 Beamten, dicht gestaffelten Straßenkontrollen und Festnahmen schon im weiten Umfeld bis hin nach Karlsruhe hat die Polizei am Wochenende Mannheim vor drohenden gewalttätigen Auseinandersetzungen bewahrt. Die Hoffnung richtet sich darauf, daß nun wieder Besonnenheit einzieht.

Gewalt kann Argumente nicht ersetzen. Wer Toleranz fordert, muß sie selbst üben kann sie dem Bürger nicht mit dem Knüppel einbleuen wollen. Der Versuch, Demonstrationsteilnehmer zu mißbrauchen, schädigt ein außerordentliches Gut unserer Demokratie. Demonstrationsrecht außer Kraft zu setzen, kann nur ultima ratio sein. Im speziellen Fall lag die Entscheidung des Oberbürgermeisters aber zweifellos im Interesse der ganzen Stadt.

Dazu kann man durchaus anderer Ansicht sein. Das wird sich wohl auch noch in einer Reihe politischer Nachbeben bemerkbar machen. Dabei darf man freilich nicht übersehen, daß seit den Studentenunruhen Ende der 60er bestimmte Aufregtheiten nach mehr oder weniger fest gelegten Ritualen ablaufen. Wichtig ist zu nächst, einen Kristallisationspunkt zu finden, der es möglich macht, den Staat als Unterdrücker und die Gesellschaft als feischistoid vorzuführen.

Zum Repertoire gehören Anzeigen gegen Politiker und Spitzenbeamte, Rücktrittsforderungen, eine Auf- und Nachbereitung der Repression in geeigneten Zielkern mit Flugblättern, offenen Briefen und politischen Pamphleten und natürlich massenhaft Leserbriefe, die der angeblich autoritätshörigen bürgerlichen Press Manipulation bei der Berichterstattung vorhalten.

Hier haben all jene recht, die meiner so etwas müsse die Demokratie aushalten. Was sie jedoch im Interesse alle nicht aushalten muß, ist Gewalt. Daß man sich ihr in Mannheim rechtzeitig und entschlossen entgegengestellt hat, ist uneingeschränkt zu begrüßen.

Horst-Dieter Schiel

109

## Statt der Krawallmacher wurden unbescholtene Bürger eingesperrt

Zum Thema: Asylbewerberwohnheim auf der Schönau

Als ruhiger und unbescholtener Bürger der Schönau muß ich mich wundern, welche Maßnahmen OB Widder und Anhang getroffen haben, um die Krawalle anlässlich des Asylantenwohnheims auf der Schönau einzudämmen.

Obwohl zahlreiche Stimmen davor gewarnt haben, auf der Schönau - in der Nähe eines sozialen Brennpunktes - ein Asylantenwohnheim einzurichten, geschah dies trotzdem. Der Stadtteil Schönau wurde über Jahrzehnte hinweg von der Stadt links liegen gelassen. Er existierte für die Stadtväter nur, wenn es um die Zuweisung von sozial schwachen Familien in den Stadtteil ging. Einrichtungen, die für andere Stadtteile selbstverständlich sind, wie z. B. Freibäder, Hallenbäder, Parkanlagen, Bürgerhaus oder sonstige Freizeitmöglichkeiten, fehlen dort praktisch vollständig. Die größten Attraktionen auf der Schönau sind die Straßenbahndienststelle und eine Handvoll verdreckter und heruntergekommenen Kinderspielplätze, die sich nahtlos in die Wohnqualität auf der Schönau einbinden lassen.

Auch die Stadträte der Schönau haben sich bisher noch nicht besonders hervorgetan. Bis vor kurzem kannte ich als politisch interessierter Bürger noch nicht einmal ihre Namen. Natürlich ist das Engagement von Stadträtin Trösch für die Asy-

lantent zu loben, doch, wo war sie die ganzen Jahre zuvor, was hat sie eigentlich für die Bürger auf der Schönau in den letzten Jahren erreicht. Noch nicht einmal ihre Zusage, sich für eine Verbesserung im Kindergarten in der Joh.-Schütte-Straße einzusetzen (Stichwort Pergola), hat sie bisher eingehalten. Auch von einer Kernzeitbetreuung von Schönauer Schulkindern, wie sie in anderen Stadtteilen jetzt verwirklicht wird, ist nirgendwo die Rede.

Nun zu den Belastungen durch das Asylantenwohnheim: Anstatt, wie versprochen, überwiegend Familien in der Unterkunft unterzubringen, handelt es sich bei den Bewohnern fast ausschließlich um junge Männer, deren Notlage so groß war, daß sie sich - kaum auf der Schönau angekommen - untereinander wegen der Verpflegung prügeln.

Der Unmut, der sich in den Bürgern aufgestaut hatte, mußte sich irgendwann einmal entladen. Leider hat es dabei die Falschen getroffen; anstatt die politischen Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, hat man es an den Asylsuchenden ausgelassen.

Das nördliche Wohngebiet der Schönau wird schon seit Tagen hermetisch durch Polizei und Gitter abgeriegelt. Man kommt sich vor wie ein krimineller, da durch die Absperrungen noch nicht einmal eine Maus mehr durchkommt. Die

Belastungen für unschuldige Bürger sind beachtlich, man fährt große Umwege zur Arbeit oder zum Einkaufen, Lkw-Fahrer sind gezwungen, in den engen Wohnstraßen unter entsprechender Lärm- und Abgasbelastung zu rangieren. Besucher des Neubaugebietes irren sinnlos umher, und, besonders grotesk, die Kinder können demnächst die auch von der Polizei empfohlenen Schulwege nicht mehr benutzen, da die Wege gesperrt sind.

Es ist klar, daß präventive Maßnahmen getroffen werden, um Krawalle zu verhindern, Störer müssen bereits im Vorfeld gebändigt werden. Aber, anstatt - wie das Polizeigesetz es vorsieht - die Krawallmacher in Gewahrsam zu belassen (nach § 28 Polizeigesetz ist es möglich, Personen in Gewahrsam zu nehmen und diese unter Richtervorbehalt auch dort bis zu 14 Tagen zu belassen, wenn durch deren Verhalten eine unmittelbar bevorstehende erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung droht), sperrt man lieber unbescholtene Bürger ein. Man geht sogar so weit, Störer, die man in Gewahrsam hatte, wieder laufen zu lassen, um sie anschließend erneut festzunehmen zu können.

Nur am Rande möchte ich erwähnen, daß ich für Asyl bin und das Asylantenwohnheim auf der Schönau mich und meine Familie nicht im geringsten stört.

Hans Bauer

## Blinde Magnet-Mannheim-Hörigkeit

Zum Demo-Bericht

Noch nie hat mich ein Bericht im „Mannheimer Morgen“ so geärgert wie Ihre Reportage über den Verlauf der Samstag-Demonstration. Die einseitige Darstellung und Rechtfertigung des brutalen Polizeieinsatzes ist für jeden politisch denkenden und verantwortungsvoll handelnden Menschen wie ein zusätzlicher Schlag zu den Prügelorgien der Polizei.

Am gemeinsten aber sind die Bildunterschriften. Dieser Zynismus und die blinde „Magnet-Mannheim-Hörigkeit“ des „MM“ verdienen tiefste Verachtung.

Herr Widder und die von ihm begrüßte Polizeiaktion haben der Stadt Mannheim sehr viel mehr Schaden zugefügt, als es je eine Demonstration hätte tun können.

Rainer Negrelli  
Bildender Künstler, Mannheim

## Obrigkeitsgläubig

Zum Kommentar von Sigmar Heilmann „Auf Randale aus“

Die Brisanz des Themas hätte als Kommentar mehr als nur ein Potpourri aus obrigkeitgläubigen Allgemeinplätzen verdient. Die beschworene Gefahr für den liberalen Staat besteht in rabiaten Polizisten, die in Ausübung ihrer staatlichen Macht unbeteiligte Passanten zusammenschlagen, sowie analog zur Weimarer Republik „Rechte“ walten lassen und „Linke“ verprügeln. Das Verständnis einer „liberalen Gesinnung“, das der Kommentautor vertritt, erscheint abstrus.

Alexander Fleischer

## Aus Dachterrassen-Perspektive

Zu den Ereignissen am Pfingstsonntag

Ich saß auf meiner Dachterrasse um zu lesen. Das war nicht möglich, weil von allen Seiten Signalhörner an mein Ohr drangen. Zentrum des Hexenkessels: der Paradeplatz. Es war der brutalste, zugleich sinnloseste Polizeieinsatz, den ich je in Mannheim sah. Ich berichte, was ich sah, nicht über Hintergründe.

Erste Phase: Eine unangemeldete Demonstration, zumeist schwarze Lederkleidung tragende Jugendliche, setzt sich vom Paradeplatz aus in Richtung Wasserturm in Bewegung. Einem mitgeführten Transparent entnehme ich, daß sich die Demonstranten für den Schutz der Asylanten aussprechen. Es ist nach 17 Uhr. Der Einsatzleiter der Polizei fordert, die Demonstration aufzulösen und schließt, ohne Pause (?), den Befehl zum Angriff an. In Monturen mit Schutzhelmen und Schlagstöcken ausgerüstete Polizeitrupps stürmen im Laufschrift, überfallen von hinten (!) die letzte Reihe der Demonstranten, greifen willkürlich irgendeinen, knüppeln den nieder und knüppeln weiter, als der auf dem Boden liegt. Gellende Schreie aus allen Ecken, die Demonstration löst sich in Windeseile auf, zerstreut sich in alle Himmelsrichtungen. Passanten, es sind nicht wenige um diese Zeit in der Innenstadt, die durch die Hauptgeschäftsstraße flanieren, in Straßencafés und Eisdielen schlemmen, Kinos besuchen möchten, sind erschüttert. Jeder sieht mit eigenen Augen bewaffnete, formierte Polizeieinheiten und wehrlose Demonstranten. Ich selbst kann keine Gewaltanwendung gegen die Polizei feststellen und höre auch keinen, der solches gesehen hat.

Zweite Phase. Sie dauert vier bis fünf Stunden. Polizeitrupps postieren sich neben (zitternden) Kleingruppen von mutmaßlichen Demonstrationswilligen, beraten und greifen dann wahllos irgendeinen aus der Gruppe, schlagen mit Knüppeln zu, führen ihn in ein wartendes gepanzertes Polizeifahrzeug ab. Dieses

saurige Schauspiel zieht sich etwa vier Stunden hin. Während dieser Zeit werden auf diese Art und Weise über 140 Personen in Polizeigewahrsam genommen. Während dieser Zeit werden die Planken zwischen C & A und Planken-Kino von vergitterten Polizeiwagen aus NW, KA, S, GP, von Hundestaffeln, berittenen Polizeistaffeln, hin- und herrennenden Polizeitrupps, durch benachbarte Straßenzüge rasende Polizeifahrzeuge mit eingeschalteten Sirenen und Krankenwagen beherrscht. Während diesen Stunden stockt der normale Verkehr. Straßenbahnen fahren nicht. Straßencafés, Eisdielen, Restaurants sind leergefegt. Die Situation kippt bereits um 20 Uhr um. Nun haben die Passanten und Zuschauer die Majorität, sie (!) stehen den Polizeistaffeln am Brunnen zwischen O 4 und P 4 gegenüber. Sie warten gespannt auf Ereignisse. Mutmaßliche Demonstranten, wenn überhaupt erkennbar, sind in absoluter Minorität. Währenddessen stürmen Polizeitrupps das Jugendzentrum in O 4, 8. Das heißt, die Eingangstür zum Gebäude, in dem sich auch das Wohnungsamt (!) befindet, wird eingerammt, so hört man, denn der Zugang wird weiträumig von sich mit Schilden wappnenden Polizisten abgeriegelt. Als ob sich dort Geiselnnehmer, Bankräuber, Schwerverbrecher verschanzen würden. Obwohl die Situation schon um 20.30 Uhr absurd ist, wird kein Kommando zum Rückzug gegeben.

Ich meine, Ordnungsmacht Polizei und verantwortliche Politiker haben an diesem Samstag abend ihrem Ansehen schwer geschadet. Wer dieses absurde Theater am Samstag abend sah - und es waren viele - wird nicht den Weg zurück in die Wahlkabine finden, wenn doch, dann aber schon gar nicht, um die herrschenden Parteien zu wählen. Solche Einsätze treiben den rechten Parteien die Wähler zu. Oder sie treiben sie in die Ohnmacht, in die Politikverdrossenheit.

Dr. Ursula Köhler



## Geist der Gewalt

Zum Thema: Polizeieinsatz

Das Verhalten des OB Widder und der Mannheimer Polizeiführung ist skandalös, politisch unverantwortlich und erweckt den Eindruck, daß Gewalt provoziert werden soll, um daraus politisches Kapital zu schlagen.

Ihr Sprachrohr finden sie dabei in einer unseriösen, tendenziösen Berichterstattung des „Mannheimer Morgen“, der die ganze Woche über mit seinen Hetzartikeln gegen sog. „linksradike Gewalttäter“ dem völlig überzogenen Polizeieinsatz am Samstag propagandistisch den Boden bereitet. Einmal mehr zeigt es sich, daß das Pressemonopol des „Mannheimer Morgen“ einem kritischen, unabhängigen Journalismus nicht förderlich ist.

Zuerst werden in Schönau 200 Flüchtlinge in eine Kaserne gepfercht und Versprechungen über die Rahmenbedingungen des Flüchtlingslagers nicht eingehalten. Dabei wird ein Stadtteil gewählt, von dem Kenner sagen, daß damit Auseinandersetzungen und Radau von Teilen der Bevölkerung vorprogrammiert waren.

Man wird den Verdacht nicht los, daß die politisch Verantwortlichen den sog. „Bürgerzorn“ gegen die Asylbewerber geradezu wünschen, so daß Argumente glaubhaft erscheinen, der Erhalt von Frieden, Ordnung und Sicherheit erfordere und rechtfertige rigidste Sondergesetze gegen Flüchtlinge, ja eine Abschaffung des Art. 16 GG.

## Polizei muß den Kopf hinhalten

Zum Artikel „Reisende Gewalttäter erreichen Schönau“

Es ist doch verwunderlich, daß 100 sonst friedliche Schönauer Bürger sich vor dem Asylheim versammeln. Wieso gibt es auf einmal so viele Ausländer-Feinde. Ich glaube, diese Leute werden direkt durch die verfehlte Asylpolitik betroffen und werden deshalb in die Standard-Ecke gestellt. Sehr zu bedauern ist, daß wieder der Polizeibeamte für diese Verfehlung der Politik den Kopf hinhalten muß. Hut ab vor jedem, der heute noch zur Polizei geht, bei der geringen politischen Unterstützung.

Das Ablenken auf auswärtige militante Kräfte durch OB Widder spiegelt das Bild der Politiker wider. Die 100 Schönauer Bürger werden kategorisch eingestuft. Wenn man mitbekommt, wie Asylanten mit dem Essen umgehen, kann man sich über die Stimmung im Volke nicht wundern, um nur ein Beispiel herauszudeuten.

Peter W. Veith

Und siehe da, im Kommentar des „Mannheimer Morgen“ vom 9. 8. auf der zweiten Seite wird just eine noch schärfere Fassung des neuen Asylverfahrens gefordert, das jetzt schon allen humanen und rechtsstaatlichen Grundsätzen Hohn spricht.

Da verhängt OB Widder eine Stunde vor Demonstrationsbeginn in der Innenstadt ein Verbot, dann wird mit äußerster Brutalität eine Ansammlung von Menschen, die keinerlei Gewalt ausübt, von aufgesetzten Polizeikräften zusammengeprügelt. Zur Rechtfertigung werden die erst aufgrund des Polizeieinsatzes zu Bruch gegangenen Scheiben und Polizeibeauptungen über verteilte Eisenstangen, die niemand sonst sah, in die Welt gesetzt.

Die CDU zieht ihren „Sicherheitsplan für Mannheim“ aus der Tasche, der Kommentator des „MM“ fordert schärfere Strafgesetze und mobilisiert zugleich den „Steuerzahler“ gegen das JUZ. Bemerkenswert, wer die Vorgänge am Paradeplatz zu nutzen weiß, und man fragt sich daher, von wem sie so gewollt waren.

Der „Geist der Gewalt“ entsprang offensichtlich der Polizeiführung. Der Fotograf des „Mannheimer Morgen“ beweist es mit seinen Bildern, zu denen der Hetzartikel nicht so recht passen mag – Bewaffnete und Vermummte sind nur auf Seiten der Staatsgewalt erkennbar.

Friederike Rüd, Ludwigshafen

Der „Mannheimer Morgen“ hat über die Demonstrationen am Pfingstsonntag und in der darauffolgenden Woche nach bestem Wissen und Gewissen berichtet. Wie immer bei solchen Anlässen, gehen besonders bei den unmittelbar Betroffenen die Wogen der Emotionen hoch. Daß sich an Kommentaren ein Meinungsstreit entzündet, ist selbstverständlich. Die in der Berichterstattung angezweifelten Tatbestände – zum Beispiel ob es vermummte und bewaffnete Demonstranten, ob es zerbrochene Scheiben gab – wurden im nachhinein auch durch Fernsehaufnahmen bestätigt. Es gehört jedoch zu unserem demokratischen Selbstverständnis, daß wir in unserem Leserforum für alle eine Plattform bieten.

Die Redaktion

## Die „Burschen“ haben provoziert

Zur Berichterstattung über die Unruhen

Die Art und Weise, wie der „MM“, den ich als liberale Tageszeitung seit vielen Jahren abonniert habe, berichtete, ist der Versuch einer einseitigen politischen Manipulation.

Da wurden auf der einen Seite rechtsradikale Nationalisten, die wehrlosen Menschen Gewalt androhten, als „Burschen“ und „angetrunkene Jugendliche“ bzw. „Schönauer Bürger“, auf der anderen Seite Demonstranten gegen Rassismus als „Autonome“ und „Chaoten“ bezeichnet.

Wir sollten nicht vergessen, daß diese „Jugendlichen“ die Ursache aller Unruhen sind, haben doch ihre Gesinnungsgenossen in jüngster Vergangenheit mehrfach Wohnheime von Asylsuchenden angegriffen und dabei auch den Tod der Bewohner in Kauf genommen.

Ich teile Ihre Meinung, daß die Mittel, die Gegendemonstranten in den vergangenen Tagen in Mannheim einsetzten, zu verurteilen sind. Der Art und Weise wie die Auseinandersetzung geführt wurde, fehlt jegliches Verständnis für Demokratie.

Auslöser aller Unruhen sind jedoch die Gruppen, die auf ihre geistlose Art gegen Asylbewerber vorgehen und somit die gewalttätigen Auseinandersetzungen provozieren.

Die Stadtverwaltung, allen voran OB Widder sowie alle Vertreter der demokratischen Parteien Deutschlands müssen der Bevölkerung deutlich machen, aus welcher Bedrohung heraus sich Menschen zu einem Asylantrag in Deutschland entschließen. Der überwiegende Teil der Asylantragsteller kommt in den letzten Monaten aus den vom Bürgerkrieg betroffenen Gebieten Jugoslawiens. Wer hierbei von Wirtschaftsflüchtlings spricht verkennt die aktuelle politische Lage.

Christoph Wobbe, Schwetzingen

## Als Demo-Büro umfunktioniert

Zum Thema: Die Rolle des Jugendzentrums

Darf man als Bürger und Steuerzahler verlangen, daß eine strafrechtliche (verfassungsrechtliche?) Überprüfung des Verhaltens des JUZ abgewartet wird, bevor 3 Mio. DM in ein Demonstrationsbüro investiert werden?

Hans Kalcker



## Geordnet und registriert

Fast eine Woche hat es gedauert, bis die Kriminalpolizei das Arsenal von Hieb-, Stich- und Schußwaffen - zumeist Schreckschußpistolen - geordnet und registriert hat. In unserem Bild ist ein Teil der beschlagnahmten Gegenstände zu sehen. Die Polizei stellte am letzten Samstag bei den Kontrollen an allen Zufahrtstraßen auch Eisenstangen, Beile, Würgehölzer und Gasmasken sicher. Wie berichtet waren aus der ganzen Bundesrepublik junge Menschen zu einer verbotenen Demonstration angereist, darunter offensichtlich auch zahlreiche militante Störenfriede. Tatsächlich seien die beschlagnahmten Gegenstände allesamt bei auswärtigen Demonstranten gefunden wor-

den, erklärte Polizeioberst Hartmut Lewitzki, der am Samstag den Einsatz von rund 1200 Polizisten geleitet hatte und bei dem 189 Personen in Gewahrsam genommen worden waren. Beeindruckt zeigte sich gestern auch Rechtsanwalt Günter Urbanczyk, der die Anmelder der Demonstration vertrat: „Da gibt es nichts zu deuten“, meinte er beim Anblick des Arsenal. Im Gespräch mit dem Rechtsanwalt sprach Lewitzki auch Dank an Heiner Dribbusch, einen der Anmelder der Demonstration, aus. Mit seinem Einsatz bei dem am Abend in der Innenstadt zugelassenen Umzug habe er zur Entschärfung einer kritischen Situation beigetragen.

jan/Bild: Thomas

# Studenten setzten Zeichen 22.6.92 MM

## Zu Gast im Lager für Asylbewerber auf der Schönau

Möglichst rasch „ein Zeichen setzen“ wollten Studenten der Fachhochschule für Sozialwesen in Mannheim, als sie auf die Asylbewerber zugingen, die derzeit im Sammellager auf der Schönau untergebracht sind.

„Innerhalb von drei Tagen hatten wir genug Kaffee- und Kuchenspenden zusammen, um eine schöne Tafel herzurichten“, sagte einer der Initiatoren und deutete auf die reich gedeckten Tische, die mit tatkräftiger Unterstützung der Bewohner ins Freie getragen und gedeckt worden waren. Auch Sozialarbeiter Mikula freute sich über den Besuch der zwölf „Aktivisten“, deren Anliegen es war, den Asylbewerbern ein kleines Stückchen Angst nach den jüngsten Vorfällen rund um ihre Unterkunft zu nehmen.

Die letzten Anzeichen von Zurückhaltung waren dann auch rasch verschwun-

den, als die jungen Leute ihre zahlreich mitgebrachten Bälle auspackten. Im Nu hatten sich zwei Fußballmannschaften gebildet, Volleyballfreunde aus den verschiedensten Herkunftsländern fanden zusammen und die Kleinsten vergnügten sich mit Luftballons und Hüpf-Spielen.

Als „vollen Erfolg“ werteten die Studierenden ihren Besuch, nachdem sie sich unter dem Applaus der Bewohner verabschiedet hatten. „Natürlich ist es sinnvoll und wichtig, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf die Straße zu gehen“, meinte eine Studentin: „Nach den Erfahrungen, die wir heute gemacht haben, möchten wir die Mannheimer und insbesondere die Schönauer dazu ermuntern, ihre Bedenken – die wir selbst auch hatten! – wegzustecken und sich ein Herz zu fassen, auf die Asylbewerber zuzugehen. Besonders die Kinder sind sehr dankbar, wenn etwas Freude in ihr sonst sehr tristes Leben kommt.“ -0-

# 22.6.92 RP Asylbewerber im Hungerstreik

## Protest gegen gewaltsame Auflösung der Demonstration am Pfingstsonntag

Fünf Flüchtlinge verharren seit Freitag in der Breiten Straße in einem unbefristeten Hungerstreik. Die vier Kurden und ein Türke, unter ihnen ist eine Frau, kommen aus den umliegenden Asylbewerberheimen. Am ersten Tag schlossen sich drei Gastarbeiter der Aktion an. Eine Frau brach gestern aus gesundheitlichen Gründen den Hungerstreik ab.

Der Protest richtet sich gegen die gewaltsame Auflösung der verbotenen Pro-Asyl-Demonstration vom Pfingstsonntag und gegen das immer noch andauernde Versammlungsverbot in der Umgebung des Asylbewerberheims in Mannheim-Schönau (wir berichteten mehrfach). Von Oberbürgermeister Gerhard Widder fordern die Streikenden eine Entschuldigung für das Vorgehen der Polizei bei der nicht genehmigten Versammlung, bei der es zu 142 vorläufigen Festnahmen und mindestens sieben Verletzungen kam.

Die Streikenden verlangen außerdem für alle Besucher freien Zugang zum bewachten Schönauer Asylbewerberheim in der Gendarmerie-Kaserne. Mitgliedern des Komitees zur Unterstützung des Hungerstreiks war nach eigenen Angaben der Zutritt zum Heim von Polizisten verweigert worden. Zwei Bewohner seien kurz nach Kontakten zu Demonstranten in andere Bundesländer verlegt worden. Viele der Flüchtlinge in Mannheim haben jetzt Angst, nach Ostdeutschland abgeschoben zu werden, weil sie dort weitere Übergriffe



Im Hungerstreik: Asylbewerber in der Breiten Straße. Ihr Protest gilt dem Polizeieinsatz gegen die verbotene Demonstration an Pfingsten. (Foto: Kunz)

aus der Bevölkerung befürchten, hieß es. Das Ordnungsamt genehmigte einen Informationsstand und Transparente, untersagte aber das Aufstellen eines Zeltes in der Fußgängerzone. Die Streikenden übernachteten im Freien und werden täglich ärztlich untersucht.

Für jeden Werktag der laufenden Woche wurde für 17 Uhr zu einer Demonstration durch die Innenstadt aufgerufen. Für den kommenden Samstag ist eine Kundgebung mit einer anschließenden Demonstration gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit angekündigt. (tr)

114

## Hetzjagd

Zum Thema: Polizeieinsatz bei der Demo

Als Teilnehmer an der Demonstration in der Mannheimer Innenstadt bin ich empört über Ihre Berichterstattung, insbesondere aber über den Kommentar von Herrn Heilmann. Ich möchte vorwegschicken, daß ich weder ein bewaffneter „Demo-Profi“ noch der „Randale“ wegen nach Mannheim gekommen bin, sondern vielmehr meiner Besorgnis über die Ereignisse auf der Schönau Ausdruck verleihen wollte, eine, wie ich meine, durchaus legitime Motivation, die ich im übrigen mit den anderen Teilnehmern gemeinsam hatte.

Herr Heilmann war offensichtlich nicht in der Innenstadt zugegen, sonst würde er nicht von einem „liberalen Staat“ sprechen, dessen „Freizügigkeit“ mißbraucht worden sei. Denn was dort stattfand, hatte mit diesen Prinzipien nichts zu tun, es war eine brutale Hetzjagd auf sich fried-

lich verhaltende Menschen, deren Mißbrauch der Freizügigkeit darin bestand, sich entgegen eines aus ihrer Sicht unhaltbaren Demonstrationsverbotes auf dem Paradeplatz zu versammeln, um gegen rassistisch motivierte Übergriffe zu protestieren.

Falsch und daher unhaltbar ist in diesem Zusammenhang auch jede Darstellung, die behauptet, daß die Polizei sich veranlaßt sah, gegen die Teilnehmer vorzugehen, nachdem einige Fensterscheiben zu Bruch gegangen waren. Tatsache ist, daß die erste, alles in Gang setzende Aggression allein von der Polizei ausging, von den Versammelten ging keinerlei Provokation aus, es wurde auch, wie in vielen Berichten unterstellt wird, keine Konfrontation mit der Polizei erwünscht. Hierauf wurde die Einsatzleitung der Polizei im übrigen von den Demonstrierenden per Megaphon hingewiesen.

Man muß es ganz deutlich sagen: Es ging der Polizei nicht darum, Gewalttaten zu verhindern oder Gewalttäter zu fassen, ihr Vorgehen war im Gegenteil von vornherein auf Eskalation und Gewaltanwendung ausgerichtet, um die Teilnehmer zu provozieren, zu demoralisieren und zu kriminalisieren. Es wurde wahllos auf Frauen und Männer, zum Teil auch auf Passanten und Beobachter, eingepöbeln, ebenso wahllos wurden Menschen unter Knüppelinsatz festgenommen, von einem gezielten Vorgehen kann keine Rede sein.

Wer dies anders darstellt, war entweder nicht dabei oder ihm geht die Rechtsfertigung und der bedingungslose Schutz von Maßnahmen und Gewalt des Staates vor der körperlichen Unversehrtheit seiner engagierten und kritischen, aber friedlichen Bürger.

Sven Bogmann, Heidelberg

## Lehrstunde in Staatsbürgerkunde

Zur Berichterstattung über Ausschreitungen

Ich kann zwar zum Verlauf der Demonstration am 8. 8. 1992 nichts sagen, da ich nicht dabei war, aber zwei Punkte sind mir im nachhinein aufgefallen, die mir zu denken geben. Zum einen sprechen Sie in Ihrem Bericht von ca. 300 Demonstranten, die meisten in schwarzer Kluft und viele davon vermummt. Erstaunlicherweise ist auf keinem der Bilder ein schwarz gekleideter Demonstrant zu sehen, ganz zu schweigen von vermummten Demonstranten. Da stellte sich mir die erste Frage: Waren tatsächlich so viele Vermummte dabei oder haben die sich immer versteckt, wenn fotografiert wurde?

Zum zweiten soll der Anlaß für das Eingreifen der Polizei vor allem Steine werfende Demonstranten gewesen sein, wodurch mehrere Schaufensterscheiben zu Bruch gegangen seien. Ich war am nächsten Tag dort, von Sensationslust getrieben. Meine Enttäuschung war allerdings groß, da ich in der gesamten Fußgängerzone keine einzige kaputte Schaufensterscheibe entdecken konnte. Danach stellte sich mir die zweite Frage: Sind denn tatsächlich Schaufensterscheiben zu Bruch

gegangen oder haben die Mannheimer Glaser in Windeseile eine Feiertags-schicht eingelegt?

Der Anlaß für meine Anwesenheit in den Quadraten am Samstagabend war die Befürchtung meines 13jährigen Sohnes, der an diesem Abend Thekendienst im JUZ hatte, daß selbiges an diesem Abend von Neonazis überfallen werden könnte. Entsprechende Gerüchte kursierten bereits die ganze vorhergehende Woche.

Als ich kurz nach 20 Uhr beim JUZ eintraf, war es bereits von starken Polizeikräften eingekesselt. Erst nach energischem Nachfragen meinerseits wurde mir erlaubt, meinen Sohn zu sprechen, der zu diesem Zeitpunkt zusammen mit ca. 40-50 anderen Jugendlichen im JUZ festgehalten wurde. Für diese Maßnahme gab es keinen Anlaß und vor allem keine Begründung von seiten der Polizei. Glücklicherweise wurde meinem Sohn erlaubt, das Gebäude zu verlassen. Andere minderjährige Jugendliche, die nicht an der Demonstration teilgenommen hatten, sondern sich nur wie jeden Samstag im JUZ getroffen hatten, wurden noch bis 22 Uhr festgehalten. Einige wurden sogar vor

übergehend festgenommen und erst am nächsten Morgen freigelassen, ohne daß eine konkrete Anklage gegen sie erhoben wurde. Dieses Vorgehen erfüllt m. E. den Tatbestand der Freiheitsberaubung.

Als Ergebnis der gesamten Aktion kann sich die Polizei rühmen, mehrere Dutzend minderjährige Jugendliche verhaftet zu haben, die sich friedlich im JUZ getroffen hatten. Das Vorgehen der Polizei war mit Sicherheit eine sehr eindrucksvolle Lehrstunde in angewandter Staatsbürgerkunde, die die betroffenen Jugendlichen nicht so schnell vergessen werden. Es trug auch sicherlich dazu bei, bei ihnen das Vertrauen in diesen Staat und seine Organe zu stärken.

Als betroffener Elternteil finde ich das Vorgehen skandalös und will an dieser Stelle bemerken, daß m. E. die volle Verantwortung für die Vorfälle und deren Eskalation bei Herrn Widder und dem Einsatzleiter der Polizei Herrn Grentrup liegt. Die beiden Herren sollten sich über den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel in einer stillen Minute ein paar grundlegende Gedanken machen.

Klaus Schnepf

115

MM 23.6.92

Der „Mannheimer Morgen“ hat über die Demonstrationen am Pfingstsonntag und in der darauffolgenden Woche nach bestem Wissen und Gewissen berichtet. Wie immer bei solchen Anlässen, gehen besonders bei den unmittelbar Betroffenen die Wogen der Emotionen hoch. Daß sich an Kommentaren ein Meinungsstreit entzündet, ist selbstverständlich. Die in der Berichterstattung angezweifelte Tatbestände – zum Bei-

spiel ob es vermummte und bewaffnete Demonstranten, ob es zerbrochene Scheiben gab – wurden im nachhinein auch durch Fernsehaufnahmen bestätigt. Es gehört jedoch zu unserem demokratischen Selbstverständnis, daß wir in unserem Leserforum für alle eine Plattform bieten. Die heute veröffentlichten Meinungen schließen das Leserforum zu diesem Thema ab.

## Die armen Demonstranten . . .

Zum Thema: Polizeieinsatz

Als ich heute morgen den Artikel von Frau Dr. Köhler im „MM“ vom 17. 6. 92 las, kamen mir fast die Tränen, „die unschuldigen, zitternden Demonstranten und die gewalttätige, brutale Polizei“ – wirklich ein Bild zum Heulen.

Sehr geehrte Frau Dr. Köhler, haben diese Demonstranten eigentlich auch gezittert, als sie Schlag-, Hieb- und Stichwaffen, Eispickel(!) und Steine in ihrem Auto verstaute, als sie mit dem festen Vorsatz aus ihren Wohnorten abfahren, in Mannheim einen „Scherbenhaufen“ zu hinterlassen und Gewalt anzuwenden, wo immer sich die Möglichkeit zeigen würde – natürlich alles zum Wohle der Asylanten!!

Das Verbot des OB richtete sich niemals und zu keinem Zeitpunkt gegen friedliche Demonstranten, sie allein waren die Leidtragenden dieser Auseinandersetzung, weil durch Chaoten, die Sie in Ihrem Artikel hochjubeln, ihre ehrliche, friedliche

Absicht in ein böses Licht geriet. Sie alle, die friedlichen(!) Demonstranten benötigen keine Vermummung und können ihr Gesicht offen zeigen, sie benötigen ihre Hände bestenfalls dazu, ein Spruchband zu halten und nicht, um Steine zu werfen und Menschen zu verletzen, sie pöbeln weder Polizeibeamte mit dummen Sprüchen an, noch gehen bei ihrem Gang durch die Straßen Fensterscheiben zu Bruch.

Aber all dies scheint Frau Dr. Köhler von ihrer Dachterrasse nicht gesehen zu haben, ihr Blickwinkel muß sehr einseitig gewesen sein. Vielleicht sollte sie einmal darüber nachdenken, daß sie das ruhige Lesen und Liegen auf ihrer Dachterrasse auch unseren Ordnungskräften in dieser Stadt verdankt, die uns die meisten dieser Chaoten vom Leibe halten, die sich sonst vielleicht aus Langeweile und um wenigstens ein bißchen Gewalt anzuwenden mit uns und Frau Dr. Köhler beschäftigen würden.

Renate Ohm

## Schlimmeres verhütet

Zum Thema: Demonstration

Ich werde den Eindruck nicht los, daß die vielen Kontra-Leserbriefe wegen des Asylantenheims Schönau von einer bestimmten Ecke gelenkt werden. Sie geben bestimmt nicht die überwiegende Meinung der Mannheimer Bürger wieder. Alles was für die Sicherheit der Bürger getan wird – ob von Polizei oder vom OB – wird verteufelt, sogar die Tageszeitung „MM“ will man madig machen, nur weil sie noch auf dem Boden der Normalität steht. Dabei muß man dem „MM“ zugute halten, daß er die beleidigenden, polemischen Leserbriefe abdruckt, obwohl er dazu als neutrale Tageszeitung gar nicht verpflichtet ist.

Nun, ich bin gegen jede Gewalttätigkeit, und wir Bürger danken dem OB und der Polizei, daß sie Schlimmeres verhütet haben. Warum steht in den Kontra-Leserbriefen kein Wort davon, daß die Gewalttäter von allen Ecken Deutschlands ange-reist kamen, um hier Zoff zu machen? Nur wenige Mannheimer Bürger waren beteiligt. Ist das normal, wenn sich eine Frau mit Kind und Kinderwagen in das Getümmel begibt, nur, um die Polizei zu provozieren, nur, daß geschrieben werden kann, die Polizei habe auf Frauen und Kinder eingeschlagen? Wer den Ausbil-

dungsweg der Polizei kennt, weiß, daß die Menschen dort nicht zu einer Schlägertruppe ausgebildet werden. Schauen Sie sich diese blutjungen Menschen an, die tun einem wirklich leid, daß sie diesen schweren, risikoreichen Dienst versehen müssen. Ich halte es mit dem Leserbriefschreiber, der da schreibt: „... Hut ab vor jemandem, der heute noch zur Polizei geht.“ Ich meine, die Polizei muß sich zu viel gefallen lassen, bis sie reagieren darf.

Wenn Leserin Dr. Ursula Köhler in einem Leserbrief schreibt: „... Die Ordnungsmacht Polizei und verantwortliche Politiker haben an diesem Samstagabend ihrem Ansehen schwer geschadet“, so habe ich in Gesprächen das Gegenteil erfahren. Mannheim wird von vielen Städten um diese Ordnungskräfte beneidet, ihr Ansehen ist gestiegen.

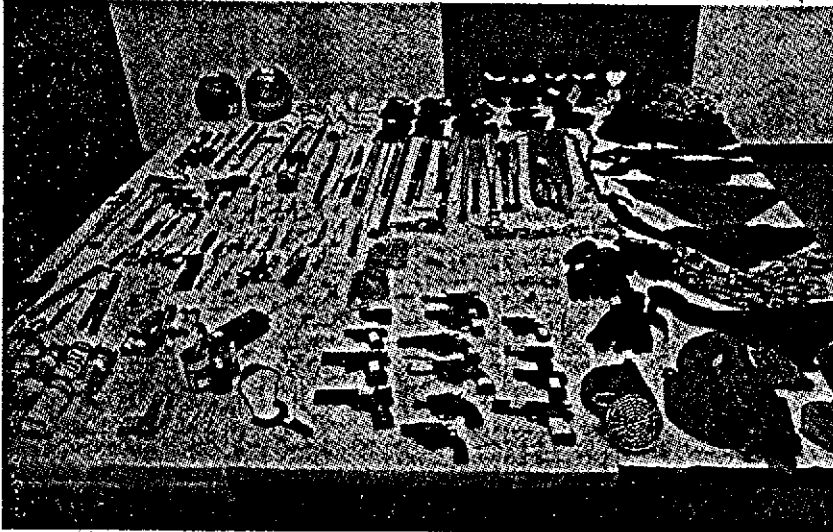
Die Ereignisse auf der Schönau waren für Krawallmacher nur ein Vorwand, um ihr Mütchen zu kühlen, zum Leidwesen aller Mannheimer. Die Polizei hätte sich sicher lieber Freizeit genommen als für Sondereinsätze eingesetzt zu werden.

Schwören wir der Gewalt ab und suchen lieber die Wahlkabine auf, um dort unsere Stimme zu erheben, ohne Gewalt.

Günter Jüngling

116

## Anregungen und Beschwerden



### Tischlein deck dich: Kein Märchen

Belle und Messer, Würgehölzer und Baseball-Schläger, Hämmer und Schraubenzieher, Lacksprühdosen und als Molotow-Cocktails präparierte Glühbirnen, eine Steinschleuder und Schreckschuß-Pistolen im Dutzend, Knie- und Ellenbogen-

schützer, Gasmasken, Vermummungen und Tücher - all das gehörte zu den Mitbringseln von Demonstranten, die von der Polizei bei der Einfahrt nach Mannheim kontrolliert wurden.

Bild: Thomas

### Einen anderen Staat

Zu den Ereignissen vom Pfingstsonntag

Die Vorgänge in der Mannheimer Innenstadt am Pfingstsonntag sind zutiefst deprimierend. Die Berichterstattung der Medien, MM, RNF, S 3, ist es ebenso. Die Opfer - die Flüchtlinge - kommen kaum vor. OB Widder macht sich Sorgen um seine „lieben Schönauer“, so als ob letztere etwas zu erleiden hätten, was sie nicht in den letzten 40 Jahren US-amerikanischer Belegung der Gendarmeriekaserne klaglos - es waren ja unsere „Freunde“ - erlitten haben.

Wo wird einmal der Gedanke geäußert, daß die als „Chaoten, Randallierer, Terror-demonstranten“ u. ä. diffamierten jungen Leute zunächst einmal ihre Solidarität mit den eingeschüchterten Flüchtlingen zum Ausdruck bringen wollen - und das unter Opfer von Zeit und Geld, ja, jetzt sogar von körperlicher Unversehrtheit?

Was schließlich veranlaßte die Mannheimer Polizeiführung, ein paar hundert junge Menschen, die angesichts des fragwürdigen, wenn auch formalrechtlich abgesicherten, Demoverbotes ratlos, wie sie ihrer Meinung Ausdruck verleihen sollten, herumstanden, in einer eines demokratischen Staates unwürdigen Weise zu-

sammenzuknüppeln? Daß die CDU sich beeilt, ihre „Solidarität“ - besser wäre Kumpanei - mit der Mannheimer Polizei auszudrücken, überrascht nicht, bei ihrem rechten Unterdrückungsregimes stets entgegengebrachten Verständnis.

In den verschiedensten Kommentaren zu den beschämenden Ereignissen folgt dann meist zur Rechtfertigung der polizeilichen Prügelorgie die - durch nichts belegte - Unterstellung, die Demonstranten wollten „einen anderen Staat“. Ist der Gedanke eigentlich so abwegig, wenn man sieht, wie dieses durch seine jüngste Geschichte hochbelastete Deutschland derzeit der ganzen Welt in aufdringlicher Weise seine Soldaten andient - Geld spielt keine Rolle! -, gleichzeitig außerstande zu sein vorgibt, ein paar -zigtausend Flüchtlinge, an Leib und Leben bedroht, menschenwürdig und sicher unterzubringen? Einen anderen Staat als den, dessen Repräsentanten mit ihrem verantwortungslosen Geschwätz von der Asylantenflut, unangenehme Zeitgenossen - wie eben jetzt auch auf der Schönau - ermuntern, Flüchtlinge in allen nur denkbaren Formen zu drängsalieren?

Herbert Wolf, Ludwigshafen

### Beim Namen genannt

Zum Artikel „Anmelder der Demo zieht sich zurück“

Nahezu mit Entsetzen las ich den Artikel in dem drei Personen, die die Anmeldung der Demonstration unterzeichnet hatten, namentlich mit Adresse und z. T. sogar mit ihrer beruflichen Betätigung aufgeführt waren.

Diese Angaben geben keinerlei Aufschluß über die geplante Veranstaltung und deren Hintergrund. Sie schaden einzig und allein den Genannten und wirken darüber hinaus abschreckend. Als politisch engagierte Person muß man demzufolge damit rechnen, derart der Öffentlichkeit preisgegeben zu werden. Des weiteren werden die Genannten geradezu denunziert, da sie ja in einem Atemzug mit den ach so häufig erwähnten „Radikalen“ und „Chaoten“ genannt werden. Von den privaten Schwierigkeiten und Gefahren ganz zu schweigen. Es ist hinlänglich bekannt, daß Rechte solche Informationen nur zu gerne sammeln und für Attacken nutzen.

Sabine Bockwoldt

### Eine starke Hand

Zum Thema: Schönau

Trotz der beispiellosen Leistung vom Samstag, bei der OB Widder ganze Berufsbezüge wegen einer verbotenen Demonstration per Verfügung lahmlegte, wird das nicht die richtige Würdigung finden und Kritiker auf den Plan rufen.

Vergessen wird, daß man uns Bewohnern große Freiräume ließ. Schließlich hätte man auch noch verfügen können, daß die Bevölkerung die Luftschutzräume aufsucht, Sandsäcke vor die Kellerfenster legt, daß die Brücken gesprengt und die Kinder evakuiert werden.

Daß man aber nur 1200 Polizisten benötigte um 189 Berufs-Chaoten festzunehmen, wird völlig verkannt. Wir brauchen eben eine starke Hand und ein Magnet Mannheim braucht seinen Quadrate-Napoleon.

Hans Gebhardt, Mannheim

## Antifaschisten werden kriminalisiert

Zum Thema: Verbotene Demonstration

Es scheint immer mehr an der Tagesordnung, daß Menschen, die ihre Meinung öffentlich kundtun möchten, mit Gewalt daran gehindert werden. Tragen diese Menschen dann noch schwarze Kleidung, werden sie sofort als „Terrorchaoten“ bezeichnet und als solche gejagt.

Trotz von der Stadt Mannheim erlassenen Demonstrationsverbot war es für die Antifaschisten, die sich am 6. Juni auf dem Paradeplatz in Mannheim versammelten, wichtig, ihre Solidarität gegenüber den Flüchtlingen in Mannheim-Schönau öffentlich zum Ausdruck zu bringen.

Die Kundgebung verlief friedlich und ohne Aggressivität, bis dann die Polizei nach Ablauf eines fünfminütigen Ultimatums zum Angriff überging und diesen mit Brutalität ausführte. Liest und hört man dagegen die Berichterstattungen über den sogenannten „heißen Samstag“, so könnte man meinen, daß es wieder einmal die „linken Chaoten“ waren, die die Randalen suchten. Die zunehmend rigide Vorgehensweise der Polizei sowie die Berichterstattungen in den Medien lassen unschwer erkennen, daß der antifaschistische Widerstand, der die Opfer, d.h. Flüchtlinge und Asylsuchende, vor weiteren rassistischen Übergriffen schützen möchte, zunehmend kriminalisiert wird und die Rolle des Täters aufgelegt bekommen soll. Susanne Ritter, Hemsbach

## Politiker waren gewarnt

Zum Bericht „Brennpunkt Schönau“

Wir können den Schwarzen Peter gar nicht weitergeben, weil wir ihn in der Asylfrage noch nie gehabt haben. Alle Schönauer Kommunalpolitiker und alle Schönauer Parteien sowie viele besorgte Bürger haben in einer Bürgerversammlung - in Anwesenheit des stellvertretenden Regierungspräsidenten Dr. Scheurer - und lange vor der Umfunktionierung der Gendarmeriekaserne in eine Sammelunterkunft vor möglichen Konfrontationen gewarnt. Der massive Druck von allen Seiten wurde jedoch ignoriert.

Daß viele Schönauer die Konfrontation vorhergesehen haben, beweist auch meine Rede am 1. Mai über das Asylproblem, die wie folgt lautete:

Die Politiker reden gerne von Bürgernähe, ihre Asylantenpolitik ist bürgerfern. Seit Monaten streiten sie über CDU, CSU, FDP- oder SPD-Lösungen. Der Bürger wartet aber nicht auf irgendeine Parteilösung, sondern auf eine Lösung des Problems. Wir brauchen eine Drosselung des Asylantenzustroms und eine effektive Abschiebung derer, die keine Asylanten sind. Geschieht nichts, dann gibt's neue Krawalle, die niemand wünschen kann und unserem Ruf im Ausland schaden. Mitschuldig daran wären dann die, die geschworen haben, unser Land vor Schaden zu bewahren.

August Mehl, 1. Vorsitzender  
Kultur- und Interessengemeinschaft  
Mannheim-Schönau e. V.

den Formulierungen werden nicht abgedruckt. Wir bitten um Verständnis dafür, daß wir eingehende Zuschriften nicht zurücksenden. Unsere Adresse: Leserforum - Anregungen und Beschwerden, Mannheimer Morgen, Lokalredaktion, Am Marktplatz, Postfach 121 231, 6800 Mannheim 1.

## Kein Krawall-Tourismus

Zur Berichterstattung über die Demonstration

In meiner Tätigkeit als Journalist wurde ich Augenzeuge der Demonstration in der Mannheimer Innenstadt und der Auflösung der Veranstaltung durch die Polizei. Leider findet sich in Ihren Berichten kein Hinweis auf das äußerst brutale Vorgehen der Polizisten. Entgegen verschiedener Presseverlautbarungen habe ich weder Übergriffe der Demonstranten auf die Polizei noch eingeschlagene Fensterscheiben beobachtet. Vielmehr sah ich, wie mehrere Hundertschaften von Polizeibeamten die auf dem Paradeplatz versammelten Demonstranten in einem Sturmangriff auseinandertrieben. Dabei wurde mit nicht angebrachter Härte unter Schlagstockeinsatz vorgegangen. Selbst ein stark am Kopf blutender, am Boden liegender Mann wurde noch getreten. Als ich diese Szene fotografierte, wurde ich sofort festgenommen, meine Kameraausrüstung mir entzogen und der Film vernichtet. Erst nach drei Stunden kam die Order der Mannheimer Polizeipressestelle, mich wieder aus der Haft zu entlassen. Die IG Medien hat Beschwerde beim Polizeipräsidenten eingelegt.

Ich sehe übrigens nichts Verwerfliches darin, wenn sich junge Menschen aus allen Teilen Deutschlands gegen Ausländerfeindlichkeit engagieren und nach Mannheim reisen, wo das Problem momentan am Beispiel Schönau akut wird. Das zeugt von politischer Wachsamkeit und nicht von Krawall-Tourismus. Seien wir froh, daß es Bürger mit Zivilcourage gibt, die gegen den Haß ankämpfen. Überreaktionen von staatlicher Seite enden auf langer Sicht in Eskalation. Durch die Verweigerung des legitimen Demonstrationsrechts wird Staatsfeindschaft und Abtauchen in den Untergrund provoziert.

Thomas Kretschmer, München

## Die Quittung

Zum Thema: Asylanten auf der Schönau

Die Hauptschuld betrifft die Politiker, Oberbürgermeister Widder und die Polizei. Wir sind die Steuerzahler und die Asylanten und Ausländer haben die Rechte. Die Quittung werden wir 1994 bekommen.

Bernd Sachs

Dies hier abgedruckten Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor, um möglichst vielen Lesern Gelegenheit zu geben, ihre Meinung darzulegen. Nicht alle Zuschriften können veröffentlicht werden. Briefe mit beleidigender Sprache werden nicht abgedruckt.

## Zweierlei Maß

Zum Thema: Asylbewerberheim Schönau

Wir waren bisher immer sehr zufriedene Mannheimer Morgen-Leser, können uns aber mit der derzeitigen Berichterstattung zum Thema Asylbewerberwohnheim Schönau und gewalttätige Demonstrationen am Pfingsttag nicht mehr abfinden. Schon das Vokabular des Mannheimer Morgen bezieht eindeutige Stellung. Die Rechtswidrigkeit werden verharmlost zu „Burschen mit Stöcken“, betrunkenen Bürgern und Demonstranten gegen Rassismus werden allesamt über den Kamm der „Autonomen“ geschert. Unserer Meinung nach gehört zu einem liberalen Journalismus, z.B. auch ein Interview mit einem Asylbewerber der Schönau (Also wie fühlen sich die Menschen, die seit Wochen unter ständiger Bedrohung und Angst leben?)

Obwohl wir Gewalt auf beiden Seiten verurteilen, fragt man sich, warum die Polizei nicht schon damals vor dem Asylbewerberwohnheim die unangemeldete Demonstration der 400 Rechtsradikalen (ob betrunken oder nicht) mit genau der Härte, die jetzt am Samstag an den Tag gelegt wurde, bekämpft hat.

Der Mannheimer Morgen symbolisiert mit keiner Art von Berichterstattung einen großen Teil unserer Gesellschaft, d.h. wir haben immer noch nicht gelernt, vorurteilsfrei, unabhängig von Hautfarbe und Staatsangehörigkeit, mit Respekt auf unsere Mitmenschen, auch die einer anderen Kultur, zuzugehen.

Wann begreifen die Bürger, daß die Debatte um Asylbewerber nur einen Sündenbockfall darstellt, weil diese das schwächste Glied der Kette sind? Warum richten die Bürger ihre Aggressionen nicht gegen die Politiker?

Welche Bürger haben mit den Asylsuchenden (Menschen, die ihre Heimat verlassen haben - und das macht niemand gerne) schon einmal ein Wort gewechselt? Vielleicht müßten sie dann feststellen, daß ihre Probleme eigentlich recht ähnlich sind - ohne Arbeit, kleine Wohnung, zu wenig Geld.

Samina Shah und vier weitere Unterzeichner fordern mehr für Asylanten

111

# **HUNGERSTREIK IN SOLIDARITÄT MIT DEN FLÜCHTLINGEN**

Auf der Breiten Straße in Mannheim treten ab Freitag den 19.06.92 Flüchtlinge und Immigrant/innen in den Hungerstreik. Damit richten sie ihren Protest gegen die Angriffe auf die Flüchtlinge in Mannheim-Schönau und gegen den nachfolgenden Polizeiterror, der anti-rassistische Solidaritätsaktionen verhindern sollte. In der gesamten BRD wird die Situation für Flüchtlinge und Immigrant/innen immer unerträglicher.

Täglich werden Ausländer/innen angegriffen, zusammengeschlagen, bedroht und öffentlich diskriminiert. Die Neo-Nazis befinden sich wieder im Aufschwung. Wie kommt es zu dieser Entwicklung? Die Bundesregierung betreibt eine Ausländer und Asylpolitik, die den Rassismus fördert. Das Ausländer und Asylgesetz wird verschärft. Das Grundgesetz soll geändert und die Grenzen dicht gemacht werden.

Die bürgerliche Parteien sind in der Krise. Sie wissen genau daß sich die soziale und wirtschaftliche Lage in diesem Land für die Bevölkerung drastisch verschlechtern wird. Da können sie gut eine Sündenbock gebrauchen. Die Ausländer/innen sollen für die Massenarbeitslosigkeit und die Wohnungsnot verantwortlich gemacht werden. Aber es ist die Politik der Regierung, die den sozialen Wohnungsbau stark gekürzt hat und die Rationalisierung der Unternehmer unterstützt. Dieses Spiel machen wir nicht mit. WIR FORDERN GLEICHES RECHT FÜR ALLE.

Mit dem Hungerstreik soll unseren Forderungen Nachdruck verliehen und eine breite Öffentlichkeit erreicht werden.

Wir fordern alle auf sich solidarisch zu erklären und den Hungerstreik aktiv zu unterstützen.

- \* DIE FLÜCHTLINGE UND IMMIGRANT/INNEN SIND NICHT AN DER WIRTSCHAFTS KRISE SCHULD.
- \* ASYLRECHT IST MENSCHENRECHT
- \* SCHLUSS MIT DEN RASSISTISCHEN ANSCHLAGEN
- \* FÜR DIE AUFLÖSUNG DER SAMMELLAGER
- \* BLEIBERECHT FÜR ALLE
- \* FÜR DEMONSTRATIONS UND VERSAMMLUNGSRECHT IN MANNHEIM-SCHÖNAU
- \* VERBOT ALLER AUSLÄNDERFEINDLICHEN ORGANISATIONEN
- \* FÜR DAS RECHT AUF EINE EIGENE KOCHSTELLE IN DEN SAMMELLAGERN
- \* DIE VERANTWORTLICHEN FÜR DEN POLIZEITERROR MÜSSEN SICH ÖFFENTLICH ENTSCHULDIGEN

- KOMITEE ZUR UNTERSTÜTZUNG DES HUNGERSTREIKS -



# Mannheimer MORGEN

## LÜGT!



Demonstration der Gewalt am Samstag auf dem Paradeplatz (Foto: dpa)

Am Samstag, dem 6. Juni '92 kam es in der Mannheimer Innenstadt zu schweren Ausschreitungen. Mehrere hundert vermummte und schwer bewaffnete Gewalttäter waren aus dem ganzen Bundesgebiet angereist. Sie versammelten sich gegen 19 Uhr auf Anweisung von OB Widder auf dem Paradeplatz. Dort überfielen sie die Teilnehmer einer friedlichen Kundgebung gegen Rassismus. Dabei verletzten die knüppelschwingenden Randalierer mehrere dutzend Menschen zum teil schwer. Wenig später drangen die Terroristen in das Jugendzentrum in O 4.8 ein und verschleppten die großenteils minderjährigen Besucher und Besucherinnen. Alle Täter sind flüchtig.

Die Täter waren bekleidet mit grünen Kampfanzügen, schwarzen Springerstiefeln und weißen Helmen mit Klappvisier.

**Vorsicht! Die Täter sind bewaffnet und äußerst gewalttätig!**